

# ISS AKTUELL

1/2018

---

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK  
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

## ZUR STRATEGISCHEN LAGE

JAHRESBEGINN 2018

2. ERWEITERTE AUFLAGE

globale Akteure und internationale  
Organisationen

  [bundesheer.at](https://www.bundesheer.at)



UNSER HEER



**Impressum:**

Amtliche Publikation der Republik Österreich /  
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung  
Rossauer Lände 1  
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie  
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung  
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

2. erweiterte Auflage

ISBN: 978-3-903121-36-2

*Februar 2018*

Druck

HDruckZ  
Arsenal  
Kelsenstraße 4  
1030 Wien

## Vorwort

Es ist inzwischen zu einer Tradition geworden, Ihnen mit dem alle sechs Monate erscheinenden Überblick zur strategischen Lage einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Halbjahres zu präsentieren. Damit wollen wir laufende Entwicklungen in größeren Zusammenhängen betrachten und zugleich eine Einschätzung möglicher künftiger Abläufe erleichtern. Es geht uns in dieser bewusst knapp gehaltenen Zusammenfassung nicht um eine umfassende Darstellung aller Geschehnisse der vergangenen Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge. Der letzte derartige Überblick erschien im Juni 2017; die einzelnen Beiträge des vorliegenden Berichts wurden Mitte Jänner 2018 fertig gestellt.

Die Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lag wieder in den bewährten Händen von Oberstleutnant dhmfD Dr. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Angehörigen des ISS (Dr. Rastislav Bächora, derzeit der Abteilung für Verteidigungspolitik dienstzugeteilt, Dr. Gerald Brettner-Messler, derzeit dem Büro des Generalsekretärs dienstzugeteilt, Oberst dhmfD Dr. Otto Naderer, derzeit dem Generalstab dienstzugeteilt, Dr. Gunther Hauser und Dr. Felix Schneider) möchte ich Dr. Gerald Hainzl, Mag. Jasmina Rupp und David Fussi (vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement) sowie Dr. Johannes Maerk nennen und danke allen für ihre Mitwirkung. Ganz besonders darf ich diesmal aber auf den Beitrag von Oberst dG Mag. Walter J. Unger, dem Leiter des Cyber-Verteidigungszentrum (Cyber Defence Centre), verweisen, der uns erstmals die Cyber-Lage nahebringt. Wir planen zukünftig neben den geopolitischen Räumen dem Cyber-Raum regelmäßig die notwendige Beachtung zu schenken und seine strategische Bedeutung zu würdigen.

Für die „2. Auflage“ dieser Ausgabe war es dank der Unterstützung des Instituts für Militärisches Geowesen möglich, mehrere Kartenskizzen zur besseren Verständlichkeit des Textes beizufügen. Wir danken Brigadier Dr. Friedrich Teichmann und seinen Mitarbeitern ganz herzlich für diese Unterstützung und Kooperationsbereitschaft und freuen uns, Ihnen dieses Service auch in künftigen Ausgaben des ISS-Aktuell bieten zu können.

Ganz besonderen Dank schulden wir wie gewohnt Dr. Felix Schneider, der neben seiner wissenschaftlichen Mitwirkung auch alle Beiträge – unter wie gewohnt übermäßigem Zeitdruck – lektoriert hat. Für die Administration und Verteilung sorgte wie immer Oberstleutnant Wolfgang Gosch.

Wie auch bisher, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

*Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl  
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik*

**Inhaltsverzeichnis**

<b>Vorwort.....</b>	<b>1</b>
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>2</b>
<b>Äußere und innere strategische Herausforderungen der westlichen Welt .....</b>	<b>6</b>
Strategische Interessen und Ziele der USA in den geopolitisch umstrittenen Räumen .....	6
Strategische Hintergründe des iranischen Raketenprogramms .....	6
Strategische Ziele in der nordkoreanischen Krise .....	7
Das Konfliktpotential US-amerikanischer und chinesischer Interessen in Zentral- und Südostasien.....	9
Das Konfliktpotential westlicher und russischer Interessen im postsowjetischen Raum .....	11
Die Konfliktzone MENA.....	12
Strategische Konflikte im Cyber-Raum.....	13
Innereuropäische Herausforderungen .....	14
Die Dominanz nationalstaatlichen Handelns in der Migrationskrise am Beispiel der zentralen Mittelmeerroute....	14
Die innere Krise der europäischen Parteiendemokratie .....	16
<b>Die westliche Welt .....</b>	<b>19</b>
<b>Die USA, die Welt und Donald Trump.....</b>	<b>19</b>
Trump und die Wirtschaft .....	19
Trump und die Verteidigung der USA .....	20
Die Neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA .....	21
Trump und das Klima .....	22
Donald Trump und seine Bauchpolitik.....	23
<b>Europa und die EU .....</b>	<b>25</b>
PESCO wird Realität.....	25
EU: keine einheitliche Flüchtlingspolitik.....	26
Der „Brexit“ – Es wird verhandelt.....	27
Deutschland hat gewählt.....	28
Neue Regierung in Österreich.....	30
EU-Kommission: Verfahren gegen Polen .....	31
Andrej Babiš gewinnt Wahlen in Tschechien.....	32
Der Konflikt in Katalonien .....	32
<b>Die NATO und die transatlantischen Beziehungen .....</b>	<b>36</b>
Interne Entwicklungen.....	37

Übungen und Einsatzbereitschaft .....	37
Anpassung der NATO-Kommandostruktur.....	37
Verstärkung der Truppen in Afghanistan .....	37
Die NATO lehnt den neuen nuklearen Verbotsvertrag ab.....	38
NATO-Verbündete rüsten auf.....	38
<b>Die NATO-Partner.....</b>	<b>38</b>
Die Europäische Union .....	38
Finnland.....	39
Schweden.....	39
NATO – Russland.....	39
Israel und die NATO unterzeichnen Sicherheitsabkommen.....	39
Zusammenfassung .....	39
<b>... und ihre Partner und Herausforderer.....</b>	<b>42</b>
<b>Außen- und Sicherheitspolitik Russlands im Kontext internationaler Konflikte .....</b>	<b>43</b>
Ausgangslage.....	43
Bilaterale Beziehungen zu den USA.....	43
Russlands Interessen in internationalen Konflikten.....	44
Ausblick .....	47
<b>Der indo-pazifische Raum .....</b>	<b>49</b>
China – der zentrale Player.....	49
Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer.....	49
Hongkong: Kampf um Erhalt der Demokratie.....	49
Säuberung in der Volksbefreiungsarmee.....	49
Parteitag in Peking: China muss „starke Macht“ werden .....	50
Grenzkonflikt China – Indien – Bhutan .....	50
Der Konflikt um Nordkorea.....	50
Raketentests und erneuter Atomversuch .....	50
China und Russland: Widerstand gegen die US-Politik .....	51
Neue Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates gegen Nordkorea.....	51
Südkorea: für den Ernstfall bereit ... ..	52
Nordkorea provoziert China.....	52
Trump vor den UN: Druck auf „Rocket Man“ Kim .....	52
Washington: mehr Druck durch Sanktionen.....	53
Militärische Maßnahmen und Gesprächskontakte .....	53
Nordkorea: Chinas wachsende Bürde.....	53

<b>Die MENA-Region im Dauerstress</b> .....	<b>55</b>
Die Dynamiken in der Region .....	55
Wahlen in Libyen - Hoffnung auf Stabilität .....	56
Der Libanon unter Zerreißprobe .....	56
Syrien - Kein Friede in Sicht.....	58
Irak - Der Untergang des IS-Kalifats und der Ausbruch neuer Konflikte .....	59
<b>Subsahara-Afrika</b> .....	<b>63</b>
Südafrika: Neuer ANC-Chef.....	63
Zimbabwe: Neustart ohne Mugabe.....	63
Äthiopien: Gute ökonomische Aussichten, aber interethnische Konflikte.....	63
Sudan: Außen- und innenpolitische Spannungen .....	64
<b>Krisenregion Lateinamerika</b> .....	<b>67</b>
Das Ende links-ideologischer Experimente?.....	67
Außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen.....	68
Rechtswende in Brasilien und Argentinien .....	68
Mexiko und seine schwierige Beziehung zum großen Nachbarn.....	69
Sozioökonomische Aufgabenstellungen.....	70
Militär- und rüstungspolitische Aktivitäten in Lateinamerika.....	70
US-amerikanische Raketen und Torpedos für Mexiko.....	70
Ausweitung russischer Militrkooperationen in Lateinamerika.....	70
Iran militärische Präsenz in Lateinamerika .....	71
<b>Cyber-Lagebild</b> .....	<b>72</b>
Militärische Auftragerfllung.....	72
Sicherheitspolitisches Umfeld und Technologiewandel.....	73
Technologiewandel: Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung.....	73
Die Cyber-Bedrohung .....	74
Akteure - Angreifer und Täter .....	74
Das Cyber-Bedrohungsspektrum .....	75
Trends .....	76
Cyber-Vorfälle in Österreich.....	76
Internationale Cyber-Angriffe.....	77
WANNACRY.....	77
NOTPETYA .....	78
„Operation Copperfield“ - Angriff gegen eine kritische Infrastruktur .....	78
TRITON – Angriff gegen kritische Infrastrukturen .....	79

---

Cyber- und EloKa-Angriffe gegen NATO-Länder.....	79
Cyber-Spionage mittels Gratis-Software .....	80
Ausblick .....	80
<b>Stabilisierung der globalen Ökonomie .....</b>	<b>82</b>
Globaler Handel.....	82
Protektionismus in den globalen Handelsbeziehungen .....	83
Niedrige Lohnzuwächse bzw. Pro-Kopf-Wachstumsraten .....	84
Jugendarbeitslosigkeit .....	85
Industriestaaten .....	85
Österreichische Wirtschaftsentwicklung .....	86
Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer .....	87
<b>Bildnachweis .....</b>	<b>90</b>
<b>Autoren.....</b>	<b>92</b>

## Äußere und innere strategische Herausforderungen der westlichen Welt

Das Ringen um Einflussphären durch die Welt- und Regionalmächte, globale Bevölkerungsentwicklungen, unkontrollierte Massenmigration, die Konsequenzen der Globalisierung, innere Polarisierungen und die Krise der Parteiendemokratie sind einige der zentralen strategischen und sicherheitspolitischen Fragestellungen in Gegenwart und absehbaren Zukunft. Stabilität und Handlungsfähigkeit der westlichen Staaten und ihrer Bündnisse werden von der Fähigkeit ihrer politischen Eliten und Führer abhängen, Antworten auf diese Herausforderungen zu finden.

Aus den Räumen versuchter oder realisierter westlicher Machtprojektion werden weiterhin antiwestliche Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die westliche Machtprojektion wird dabei von den USA dominiert, jedoch zumeist unter Beteiligung und mit Unterstützung europäischer Staaten. Die EU tritt dabei als Akteur nur sehr begrenzt in Erscheinung.

### Strategische Interessen und Ziele der USA in den geopolitisch umstrittenen Räumen

Die USA sind als Akteur teilweise unberechenbarer, teilweise aber auch geradliniger geworden. Zuletzt stellte die US-Regierung in der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) bzw. der National Defense Strategy (NDS) ihre Gegnerschaft zu einigen Staaten - sogenannten revisionistischen Mächten und Schurkenregimen - offen dar. Die USA betrachten dabei das Wiederaufleben eines langfristigen, strategischen Wettbewerbs zwischen den USA und den als „revisionistische Mächte“ definierten Staaten als zentrale Herausforderung, nicht nur für ihre Sicherheit, sondern auch für ihren zukünftigen Wohlstand. Die USA gehen dabei davon aus, dass China und Russland die internationale Ordnung unterminieren und die wirtschaftlichen, diplomatischen und sicherheitsrelevanten Entscheidungen anderer Nationen dominieren wollen. China strebe die regionale Hegemonie im indopazifischen Raum und die zukünftige globale Vorherrschaft an. Von Russland wird ebensolches für seine Peripherie vermutet. Am Weg dorthin werde Russland versuchen, die NATO zu zerschlagen und die Sicherheits- und Wirtschaftsstrukturen in Europa und im Nahen Osten zu seinen Gunsten zu verändern.

Ziel der USA ist es hingegen, die wesentlichste globale Militärmacht zu bleiben, um dadurch die bestehenden Machtverhältnisse und die internationale Ordnung zu Gunsten der USA zu sichern. Die Priorität des US-amerikanischen Militärs ist daher der langfristige strategische Wettbewerb mit China und Russland. In diese Auseinandersetzung werden Mittel und Investitionen verschoben, die Bekämpfung von sogenannten „Schurkenregimen“ und terroristischen

Bedrohungen wird zukünftig hingegen mit weniger Mitteln erfolgen. Aber auch wenn die messianische Zielsetzung früherer US-amerikanischer Regierungen, die Welt zu demokratisieren oder anderweitig zu verbessern, von dieser US-Regierung nicht geteilt wird, gibt es dennoch neben revisionistischen Mächten noch weitere Feindbilder.

*„Seit Jahrzehnten genossen die USA unbestrittene oder dominante Überlegenheit in allen Bereichen. Wir konnten unsere Streitkräfte einsetzen, wann wir wollten, sie zusammenschieben, wo wir wollten, und mit ihnen operieren, wie wir wollten. Heute ist jedoch jeder Bereich umkämpft - Luft, Land, Meer, Weltraum und Cyberspace.“*

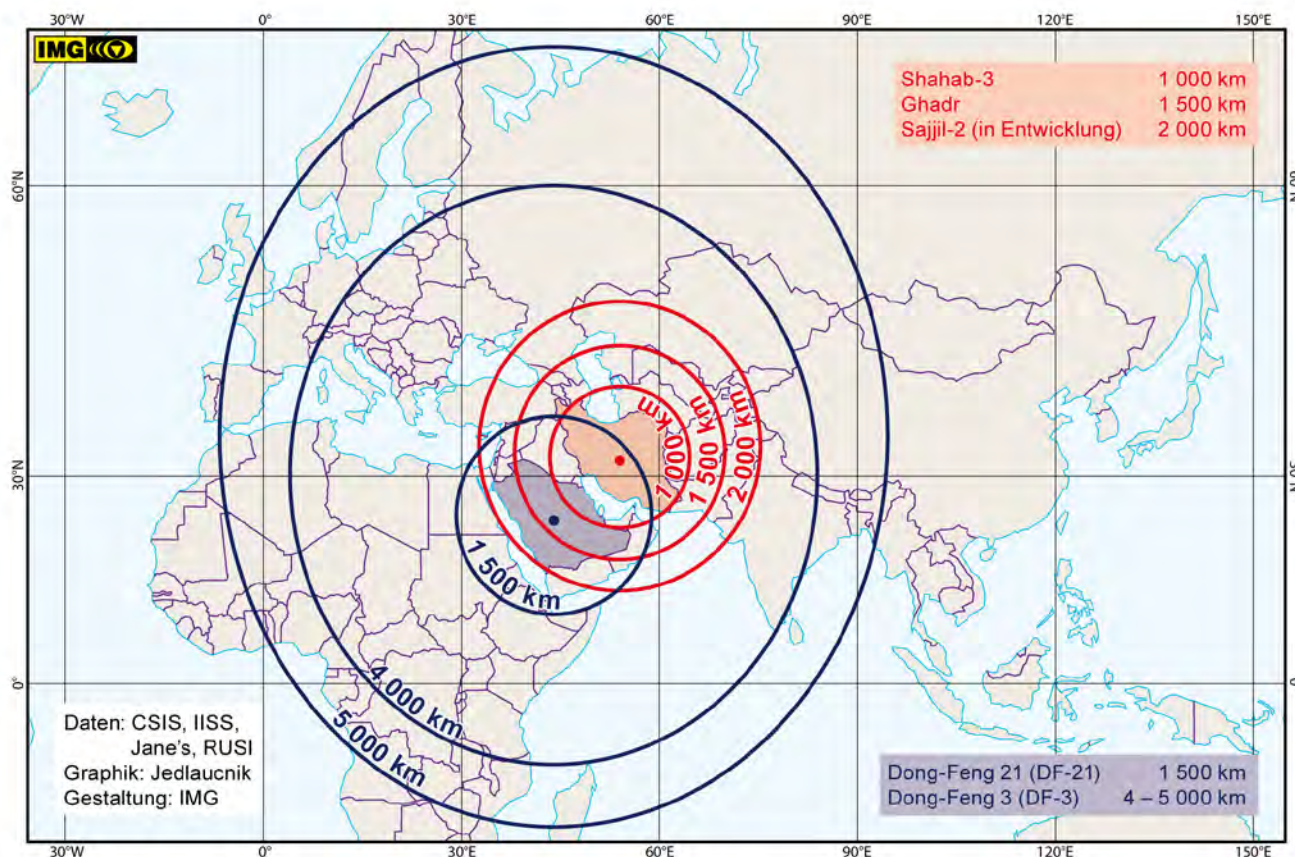
(Nationale Sicherheitsstrategie der USA 2018).

Nach Einschätzung der USA destabilisieren vor allem „Schurkenregime“ wie Nordkorea und der Iran ganze Regionen durch ihr Streben nach Atomwaffen oder Unterstützung von Terrorismus. Im Mittleren Osten kämpft nach US-Ansicht der Iran mit seinen Nachbarn um regionale Hegemonie. Dafür würde der Iran auch staatlich geförderte terroristische Aktivitäten und sein Raketenprogramm einsetzen. Die aktuelle US-Regierung betrachtet diesbezüglich das von der Obama-Regierung abgeschlossene Atomabkommen als äußerst mangelhaft. In den letzten Monaten wurde dabei immer deutlicher, dass die US-Administration gegen den Iran wieder aktiv vorgehen will.

### Strategische Hintergründe des iranischen Raketenprogramms

Die Kritik an der iranischen Raketenbewaffnung ignoriert zumeist die militärischen Kräfteverhältnisse des Nahen Osten. Irans Raketenprogramm ist zentrales Element seiner Verteidigungsplanungen und stellt ein Gegengewicht zu den militärischen Fähigkeiten seiner regionalen Gegner dar. Das iranische Raketenprogramm ist insbesondere ein Äquivalent zur Raketentechnologie und modernen westlichen Kampfflugzeugen seiner Nachbarstaaten. Jedenfalls sind Raketen die relevantesten konventionelle Abschreckungswaffen des Iran und haben derzeit eine Maximalreichweite von 1.600 und zukünftig von 2.000 km. Damit ist der Iran in der Lage, alle regionalen Gegner anzugreifen bzw. abzuschrecken. Die potentiellen Gegner des Iran, Israel bzw. Saudi Arabien, haben überdies weitreichendere konventionelle Raketen (1.500 bzw. 4-5.000 km) – Israel überdies nukleare Raketen (5-6.000 km). Das iranische Raketenprogramm ist auch nicht mit dem nordkoreanischen Programm vergleichbar, das darauf abzielt, Atomsprenköpfe global einsetzen zu können.





Reichweiten iranischer und saudiarabischer Raketen

Im Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), dem Iran-Atom-Deal, wurde festgelegt, dass der Iran keine Aktivitäten im Zusammenhang mit ballistischen Raketen durchführen darf, die dazu ausgelegt sind, Kernwaffen zu transportieren. Daran hält sich der Iran auch, da seine aktuellen Raketentests der Weiterentwicklung konventioneller Trägersysteme dienen. Es gibt keine ernsthaften Anzeichen, dass es sich um die Entwicklung atomarer Trägersysteme handelt. Die zuletzt durchgeführten Tests dienten der Verbesserung der Treffergenauigkeit – eine typische Notwendigkeit für konventionelle, aber weniger für nukleare Waffensysteme.

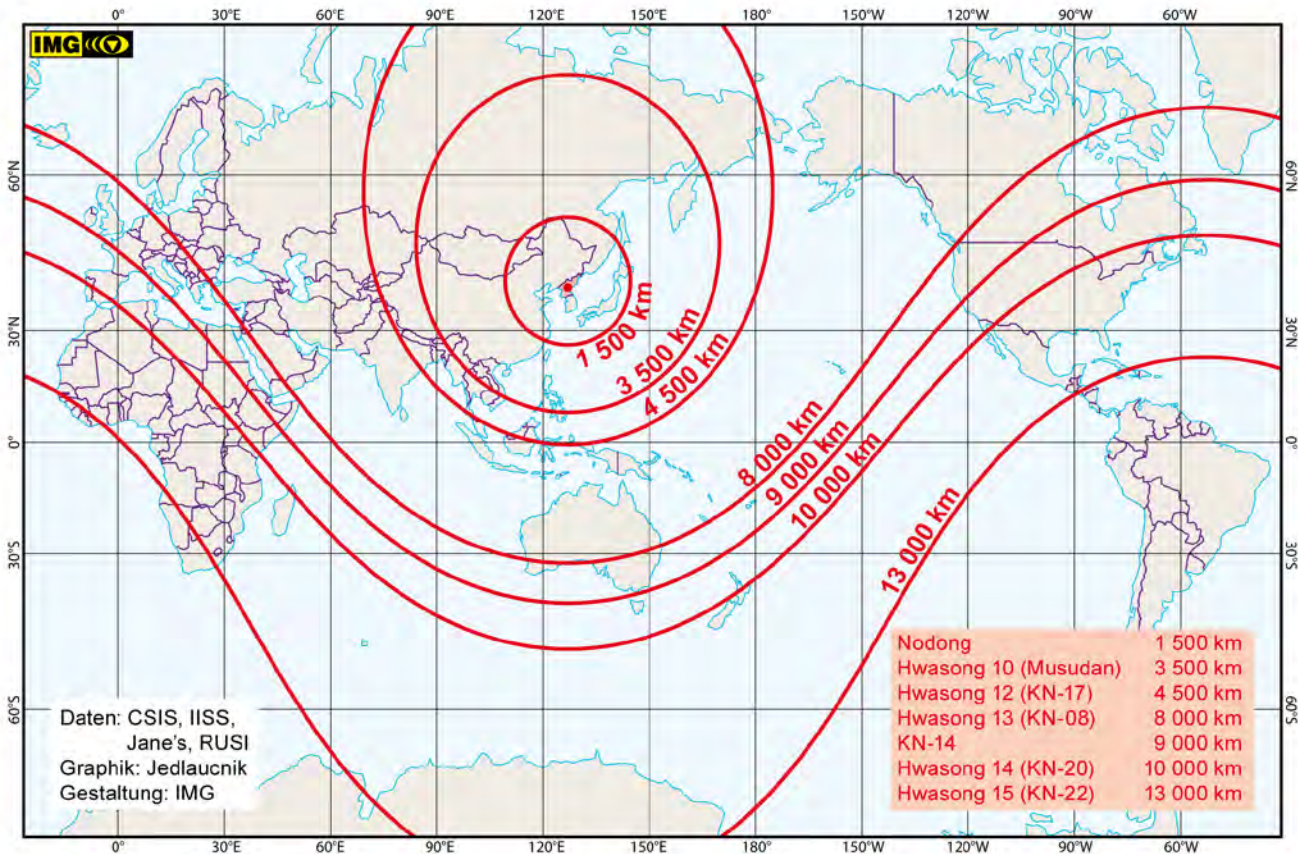
Der Versuch, das iranische Raketensystem als illegal und wider den Übereinkünften des JCPOA darzustellen, lässt darauf schließen, dass die aktuelle US-Regierung die internationale Position des Iran gegenüber seinen mit den USA verbündeten Gegnern schwächen möchte. Die europäischen Staaten verfolgen (vorerst noch) eine gegensätzliche Politik und halten am JCPOA fest.

### Strategische Ziele in der nordkoreanischen Krise

Besondere Priorität von US-Präsident Trump scheint aber die Bekämpfung des „Schurkenregimes“ in Nordkorea zu sein. Die USA gehen dabei davon aus, dass das

nordkoreanische Regime sein Waffenarsenal ausbaut, um das eigene Überleben zu sichern. Dabei fordert es das US-amerikanische Machtverständnis aktiv heraus. Faktum ist, dass Nordkorea eine Nuklearmacht ist und ein hochentwickeltes Raketensystem betreibt. Vermutlich noch nicht realisiert, wird es dabei in Kürze die beiden Programme soweit verknüpfen, dass auch nukleare Angriffe auf das amerikanische Festland durchführbar sind. Seit Jahren versuchen die USA erfolglos, diese operative Fähigkeit Nordkoreas zu unterbinden. Daher besteht natürlich die Gefahr, dass die USA eine militärische Lösung suchen, bevor Nordkorea die operative Fähigkeit besitzt, das amerikanische Festland effektiv mit atomaren Waffensystemen zu erreichen. Diese Option ist jedoch als eher unwahrscheinlich zu beurteilen. Es besteht allerdings ein Restrisiko, dass ein bewaffneter Konflikt auf Grund von Fehlkalkulationen oder Fehler in der Frühwarnung ausgelöst wird. Abseits der militärischen Option tobt rund um die nordkoreanische Frage ein strategischer Machtkampf.

Das nordkoreanische Regime handelt dabei abseits verbaler Propaganda nach einer nüchternen politisch-strategischen Zielsetzung. Es ist davon überzeugt, dass nur eine nukleare Abschreckungsfähigkeit sein Überleben sichern kann. Abschreckung beruht bekanntlich nicht nur auf der Drohung sondern vor



Reichweiten nordkoreanischer Raketen

allein der Fähigkeit, einem Gegner massiven Schaden zuzufügen, um eine Aggression zu verhindern. Die Tatsache, dass die Kim-Dynastie im Gegensatz zu Saddam Hussein oder Muammar al-Gaddafi noch immer existiert, lässt die eingeschlagene Strategie als durchaus effektiv erscheinen. Sanktionen werden dabei vom Regime als akzeptable Kosten für das grundsätzliche Ziel der eigenen Sicherheit angesehen. Nordkoreas Provokationen und Raketentests sollen dabei der USA die eigene Bereitschaft signalisieren, bei einem militärischen Angriff auch nuklear zu antworten. Konventionelle Artillerie inklusive entsprechender Chemiewaffen an der entmilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea sowie Nuklearwaffen kürzerer Reichweite gegen Ziele der US-Streitkräfte und seiner Verbündeter im südostasiatischen Raum sollen dabei auch vor der endgültigen Realisierung interkontinentaler Nuklearfähigkeit einen US-Militärschlag abschrecken. Ein wie immer gearteter Erstschlag durch das nordkoreanische Regime ist jedoch vorerst auszuschließen. Längerfristig wird Nordkorea aus einer Position der Stärke heraus durchaus auch wieder eine stärkere Kooperation mit dem Ausland suchen, um sein Programm des Wirtschaftswachstums voranzutreiben. Dabei ist das nordkoreanische Militär ein integraler Bestandteil seines diplomatischen Instrumentariums. In einer solchen späteren Phase ist auch eine

entsprechende Entspannung denkbar. Diese langfristigen (wirtschaftlichen) Ziele bleiben jedoch den grundsätzlichen Zielen nationaler Sicherheit untergeordnet. Daher ist es extrem unwahrscheinlich, dass das nordkoreanische Regime seine Nuklearpolitik grundsätzlich ändert. Es ist aber jedenfalls vollkommen auszuschließen, dass es sich denuklearisiert.

Sowohl das nordkoreanische Regime als auch US-Präsident Trump handeln im nordkoreanischen Konflikt abseits verbaler Propaganda nach nüchternen politisch-strategischen Zielsetzungen.

Dies wissen auch die USA. Das Sanktionenregime hat daher eine andere Zielsetzung. Es soll vermutlich primär dazu dienen, einen von innen heraus wirksamen Regime-Change vorzubereiten. Durch die Sanktionen und die dadurch bedingten Mängel sollen eventuell die Bevölkerung, vor allem aber die (militärische) Elite Nordkoreas gegen Kim Jong-un aufgebracht werden. Auf diese Art und Weise soll das Regime gestürzt werden, ohne dieses Ziel formell so zu definieren, da ein von außen forciertes Regime-Change für die ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder China und Russland

vollkommen inakzeptabel ist. US-Präsident Trumps aggressive Rhetorik unter Einschluss einer militärischen Option zwingt jedoch den UN-Sicherheitsrat, quasi als gelinderes Mittel immer schärferen Sanktionen zuzustimmen. Gleichzeitig überwachen die USA immer effektiver die Realisierung der verhängten Sanktionen. Die rhetorische Forderung nach einer Denuklearisierung dient damit der eigentlichen und realistischeren Zielsetzung nach einem Regime-Change.

Russlands, aber vor allem Chinas Interesse ist weniger die Aufrechterhaltung des nordkoreanischen Regimes als vielmehr die Verhinderung einer Ausdehnung des US-Einflusses in seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Gleichzeitig sind sowohl Russland als auch China daran interessiert, die Position des UN-Sicherheitsrates nicht nachhaltig zu schädigen. Aus diesem Grund blockieren sie (vorerst) die von den USA und seinen Verbündeten vorangetriebenen Sanktionen im UN-Sicherheitsrat nicht.

Nichtsdestotrotz verschärft sich die grundsätzliche Konfrontation zwischen den USA und China im asiatischen Raum. China tritt hier teilweise aktiv US-amerikanischen Interessen entgegen, teilweise nutzt es entstehende Machtvakuen.

### **Das Konfliktpotential US-amerikanischer und chinesischer Interessen in Zentral- und Südostasien**

Einer der asiatischen Räume, in denen US-amerikanische und chinesische Interessen aufeinandertreffen, ist die Konfliktzone in und um Afghanistan. Dabei lies zuletzt US-Präsident Trump mit harschen Worten gegenüber dem offiziell verbündeten Pakistan aufhorchen. Trump empörte sich darüber, dass die USA der Islamischen Republik innerhalb von 15 Jahren mehr als 33 Milliarden US-Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe hatten zukommen lassen, als Gegenleistung aber „nichts als Lügen und Betrug“ erhalten habe. Seit Jahren beschwerten sich die USA zumeist im Hintergrund über die (verdeckte) Unterstützung der Taliban durch pakistanische Sicherheits- bzw. Geheimdienste. Unter anderem auf Grund der Abhängigkeit des Afghanistan-Einsatzes von der pakistanischen Logistikkroute wagten die USA bisher aber keine offene Konfrontation. Dies hat sich nunmehr geändert. Es wird interessant zu beobachten sein, ob die geradlinige Vorgangsweise Erfolg zeigt, oder ob Pakistan damit noch mehr unter chinesischen Einfluss gerät. Hintergrund des Trumpschen Ärgers ist, dass der sich kontinuierlich fortsetzende Aufstand der Taliban den ohnehin extrem hohen Level an Gewalt und Instabilität in Afghanistan noch steigert. Dies wiederum birgt die Gefahr eines potentiellen Zusammenbruchs der afghanischen Regierung und aller bisherigen Bemühungen der USA und seiner

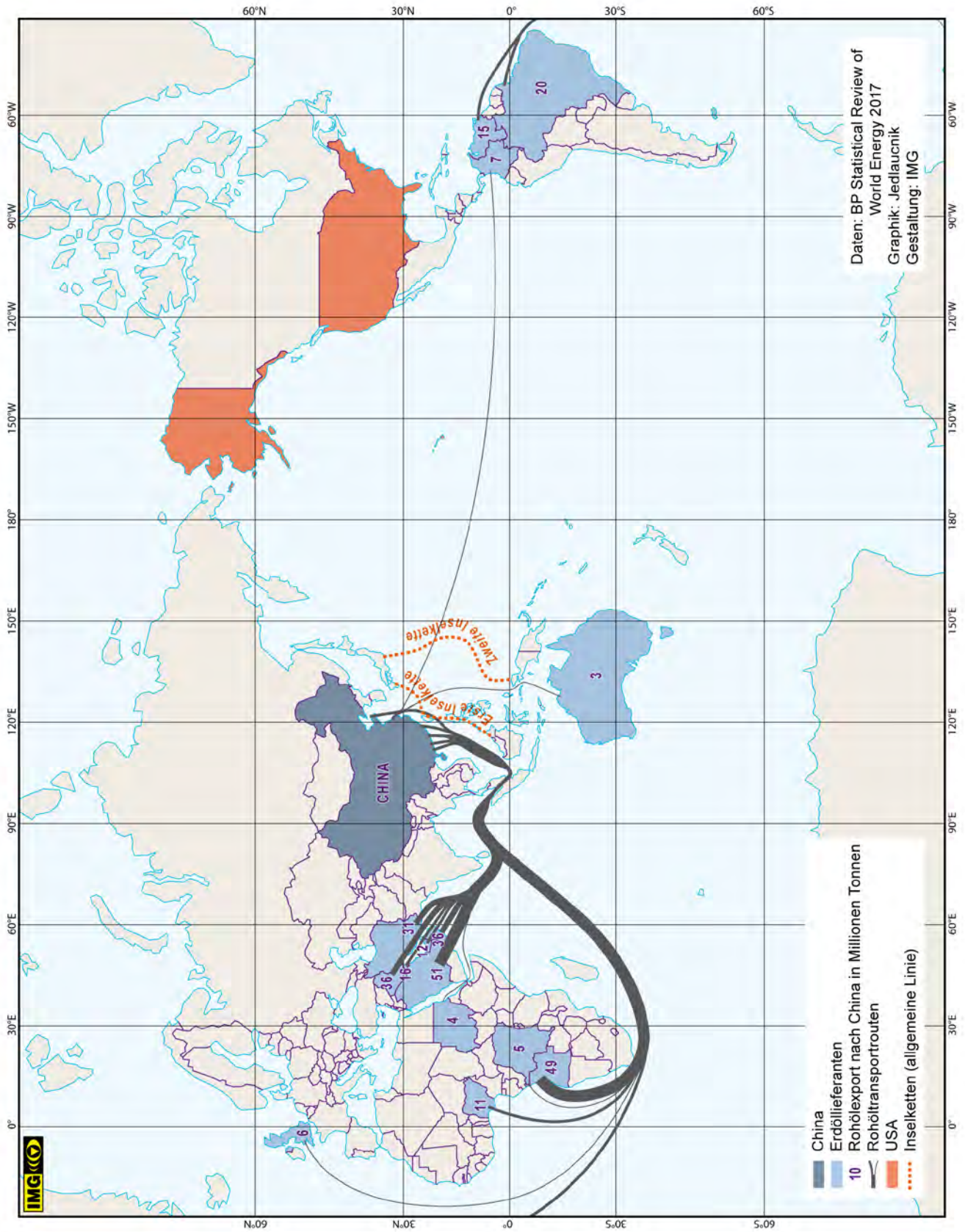
Verbündeter. Realistischerweise ist davon auszugehen, dass die westliche Militärpräsenz auch in den nächsten Jahren aufrechterhalten bleiben wird, dies am mittelfristig absehbaren Scheitern der westlichen Bemühungen aber nichts ändern wird.

Kritiker von US-Präsident Trump vermuten jedoch, dass seine mangelnde Diplomatie und die geringere Bereitschaft, in Krisenräumen wirksam zu werden, zu einer Stärkung Chinas im zentral- und südostasiatischen Raum führen werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass China die mangelnde globale Ausstrahlungskraft der USA und den steigenden US-amerikanischen Isolationismus nutzen wird, um eigene Interessensräume auszuweiten.



Globale Machtprojektion durch US-Streitkräfte

Für die mittel- und langfristigen strategischen Zielsetzungen ist China hinsichtlich seiner Herrschaftsstrukturen in einer optimalen Ausgangsposition, da die Macht des chinesische Staats- und Parteichefs Xi Jinping im November 2017 am alle fünf Jahre stattfindenden Parteitag gestärkt wurde. Auf dieser Basis forciert die chinesische Führung ihre langfristigen strategischen Ziele, die auf eine Zurückdrängung gegnerischer Mächte aus dem Bereich des eigenen Überlegenheitsanspruches abzielt. Zurzeit erstreckt sich entlang der Linie Japan - Taiwan – Diaoyu-Inseln - Philippinen die von US-amerikanischen Militärstrategen so bezeichnete "erste Inselkette". Für die USA stellt diese Inselkette ein wichtiges Mittel zur Eindämmung einer potentiellen chinesischen Expansion dar. Beispielsweise nannte US-General Douglas MacArthur in diesem Zusammenhang Taiwan bereits 1950 "einen unsinkbaren Flugzeugträger", dessen Position, etwa 150 Kilometer von China entfernt, es ermöglicht, US-amerikanische Macht an die gesamte chinesische Ostküste zu projizieren. An dieser Sicht hat sich in den letzten Jahrzehnten nichts Grundlegendes geändert. Der chinesische Gegenentwurf stellt die Befreiung der vitalen chinesischen Wirtschaftsräume und derer Logistikkrouten von dieser permanenten US-amerikanischen Bedrohung dar. China sieht die



Chinesische Erdöltransportrouten und maritime Konflikträume

Kontrolle über die „erste Inselkette“ als ersten Schritt eines dreistufigen Plans, primär die Kontrolle über den eigenen Raum zu erlangen und sekundär der eigenen Marine Machtprojektionsfähigkeit zu geben. Die nächste Stufe dieses Plans ist die Kontrolle über eine zweite Inselkette, welche die Ogasawara-Inseln mit Guam und Indonesien verbindet. Die dritte und letzte Stufe dieser chinesischen strategischen Planungen zielt auf die Beendigung der unilateralen US-amerikanischen Vorherrschaft im pazifischen und indischen Ozean durch den Einsatz eigener Flottenverbände inklusive Flugzeugträgern ab. Auf Grund dieser grundsätzlich divergierenden strategischen Interessen steigt generell das Potenzial für eine bewaffnete Auseinandersetzung über umstrittene Meeresgebiete im Südchinesischen Meer nicht nur zwischen China und einem oder mehreren südostasiatischen Kontrahenten, sondern auch der mit einzelnen dieser Länder verbündeten USA. Dennoch wird China in absehbarer Zeit keine direkte militärische Konfrontation mit den USA und seinen Verbündeten suchen.

Konsequenterweise wird China – wie schon erwähnt – in der aktuellen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der USA als revisionistische Macht charakterisiert, deren Ziel im Widerspruch zu den Werten und Interessen Amerikas stehe. China wird daher als strategischer Rivale definiert, der in allen relevanten strategischen Bereichen mit den USA konkurriere.

### **Das Konfliktpotential westlicher und russischer Interessen im postsowjetischen Raum**

Der zweite große Herausforderer US-amerikanischer Hegemonie ist das russische Reich. Russland strebt die Anerkennung als regionale Macht an und es ist sein strategisches Ziel, seine regionale Sicherheit und seinen Einfluss zu stärken. Russland betrachtet den Westen und die NATO als größte Bedrohung für seine nationale Sicherheit. Zuletzt konnte daher erkannt werden, dass Russland seine Bodentruppen im westlichen Teil des Landes modernisiert und ausbaut sowie seine Raketensysteme im Gebiet von Kaliningrad erheblich verstärkt. Sowohl die Ostsee als auch das Schwarze Meer bleiben dabei ein Spannungsfeld zwischen Russland und der NATO. Die baltischen Staaten sehen sich dabei sowohl auf Grund Ihrer eigenen Schwäche aber auch der eigenen russischen Bevölkerung besonders gefährdet. Für Russland stellt generell der postsowjetische Raum sein nationales Interessensgebiet dar. Es sucht grundsätzlich aber bisher erfolglos die Zustimmung des Westens bzw. der USA zu dieser geostrategischen Positionierung. Russland ist diesbezüglich enttäuscht, dass seine Interessen nicht respektiert werden.

Dem gegenüber stehen vor allem US-amerikanisch dominierte strategische Ziele. Der einflussreiche

Politikwissenschaftler und -berater Zbigniew Brzezinski hatte schon vor Jahren ungewohnt offen – und daher von besonderem Interesse – dargelegt, dass es Ziel US-amerikanischer Politik sein müsse, keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen. Die Ukraine ist bei diesen geopolitisch-strategischen Überlegungen eines der bedeutendsten Länder auf dem eurasischen Schachbrett. Sie ist deshalb einer der wichtigsten geopolitischen Dreh- und Angelpunkte, da nach Brzezinskis Überlegungen ohne die Ukraine Russland aufhört, ein eurasisches Reich zu sein. Wenn Moskau die Kontrolle über die Ukraine gewinnt, würde Russland hingegen automatisch wieder die nötigen Mittel erlangen, ein leistungsfähiger imperialer Staat zu werden, der Europa und Asien verbindet. Damit die Ukraine jedoch als unabhängiger Staat überlebt, sollte es Teil von Mitteleuropa und nicht von Eurasien werden. Dazu muss es jedoch Teil der NATO und der EU werden. Ein größeres Europa und eine erweiterte NATO dienen dabei überdies kurz- und langfristig US-amerikanischen Interessen. Ein größeres Europa erweitert den US-amerikanischen Einfluss und durch die Aufnahme neuer mitteleuropäischen Mitglieder steigt die Anzahl der pro-amerikanischen Staaten in der EU – ohne gleichzeitig ein Europa zu schaffen, das politisch so integriert wäre, dass es in absehbarer Zeit die USA in geopolitischen Fragen von großer Bedeutung herausfordern könnte. (*Brzezinski, Zbigniew; The Grand Chessboard: American Primacy and its Geostrategic Imperatives*) Auch die aktuelle US-Administration lässt keine Zweifel aufkommen, grundsätzlich ähnliche Ziele zu verfolgen bzw. strategisch ähnlich zu denken und daher russischen Interessen bzw. einer Ausdehnung dessen Einflussbereiches aktiv entgegenzutreten. Daher haben sich beispielsweise die USA zuletzt auch entschlossen, moderne Waffensysteme an die ukrainischen Streitkräfte zu liefern.

Russlands militärische Fähigkeiten sind der einzige Bereich strategischer Mittel, der eine konkrete Herausforderung für den Westen darstellt. Sein strategisches Nukleararsenal kann sogar als ein dem US-amerikanischen gegenüber gleichwertiges betrachtet werden. Konsequenterweise räumt Russland daher seinen strategischen Nuklearwaffen weiterhin hohe Priorität ein. Da Russland auch bereit ist, bei Bedarf nukleare Waffen flexibel einzusetzen, stellt dies Russlands Sicherheit und Überleben trotz konventioneller Überlegenheit des Westens sicher.

Aber auch auf konventioneller Ebene setzen die russischen Streitkräfte ihre Modernisierungsbestrebungen fort. Als Reaktion auf NATO-Verstärkungen in Osteuropa werden wieder Panzerdivisionen<sup>1</sup> im Westen bzw. Südwesten

<sup>1</sup>In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren waren im Zuge der Entspannung zwischen Russland und dem Westen zahlreiche Divisionen in unabhängige Brigaden umorganisiert worden, um

Russlands aufgestellt. Die Wiedereinführung von Divisionen zeigt, dass Russland befürchtet, größere operative Einheiten zu benötigen, um gegebenenfalls zusammenhängende Kampfhandlungen gegen einen gleichwertigen Gegner durchzuführen zu können. Die neuen Divisionen zeichnen sich vor allem durch eine wesentliche Erhöhung ihrer Kampfmittel wie Kampf- und Schützenpanzer sowie ihrer Artilleriesysteme aus. Überdies ist zu beobachten, dass auch die Führungs- und Kommunikationsfähigkeit der Kommandostrukturen erheblich verbessert werden. Dennoch ist es jedoch sehr unwahrscheinlich, dass Russland eine direkte militärische Aggression sucht bzw. eine direkte Konfrontation mit der NATO riskiert. Unterhalb der Schwelle offener Konfrontationen werden sich Russland und die aktionsfähigen westlichen Staaten weiterhin bekämpfen. Wesentliche Ebenen dieser Auseinandersetzungen sind der Cyber- und Informationsraum. Russland betreibt sowohl auf der Cyber- als auch Informationsebene aggressive Maßnahmen zur Schwächung und Beeinflussung feindlich gesinnter Staaten. Folglich wird Russland weiterhin eine bedeutende Sicherheitsherausforderung für den Westen darstellen. Derzeit ist dennoch keine militärische Konfrontation zwischen Russland und den westlichen Verbündeten zu erwarten. Eine unbeabsichtigte militärische Konfrontation zwischen Russland und der NATO ist aber ein permanent vorhandenes Restrisiko.

### **Die Konfliktzone MENA**

Auch in anderen strategischen Räumen stoßen russische und westliche Interessen aufeinander. Um seine Position zu stärken, kooperiert Russland mit zahlreichen Staaten die - wie Russland - versuchen, die USA und den Westen herauszufordern. Im Nahen Osten sind dies vor allem Syrien und der Iran. Auf internationaler Ebene demonstrierte Russland dabei, dass es ebenso wie die relevanten Mächte USA, Großbritannien und Frankreich bereit ist, militärische Machtmittel einzusetzen, um seine Machtposition zu erhalten bzw. seine oder die strategischen Interessen seiner Verbündeten zu sichern.

Russlands Engagement im Raum Middle East & North Africa (MENA) scheint von mehreren Interessen angetrieben zu sein. Erstens versucht Russland einer potentiellen US-Dominanz im Raum entgegenzutreten, zweitens versucht es den expansiven ausgerichteten sunnitischen Radikal-Islam, der auch die eigene Südflanke im zentralasiatischen Raum bedroht, zu bekämpfen und drittens hat Russland wirtschafts- und rüstungspolitische Interessen. Letztere stellen generell

einen nicht unwesentlichen Aspekt der russischen Herausforderung für die USA bzw. den Westen dar. Russland ist neben den USA der zweitgrößte Waffenexporteur und gleichzeitig unabhängige Produzent aller Waffensysteme. Für Herausforderer US-amerikanischer Hegemonialvorstellungen ist Russland damit oftmals Partner auf rüstungspolitischer Ebene.

Seit Jahren ist die Region MENA die friedloseste und gewalttätigste Region der Welt. Die Konfliktträume Syriens, des Irak und Jemens haben sich durch die Beteiligung Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) im letzten Jahr weiter ausgedehnt. Die kriegerischen Auseinandersetzungen sind die stärkste Manifestation des regionalen Machtkampfes zwischen dem schiitisch-persischen Iran und dem sunnitisch-arabischen Saudi-Arabien. Der Iran hat seinen politischen und militärischen Einfluss sowohl in Syrien als auch im Irak erfolgreich gestärkt. Der Iran hat seine regionale Position durch verstärkte politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit Russland aber auch der Türkei gestärkt. Aber vor allem das militärische Wirksamwerden mit schiitischen Milizen hat Irans Position nachhaltig gestärkt. Dies hat wesentliche Auswirkungen auf den regionalen Machtkampf zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Saudi-Arabien versucht bisher erfolglos, den zunehmenden Einfluss des Irans im Libanon, im Irak, in Syrien und im Jemen zu schwächen. Angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien sowie der Beteiligung beider Länder an den Kriegen in der Region ist überdies die Möglichkeit einer bewaffneten Konfrontation zwischen diesen beiden Staaten zu einer ernsthaften Bedrohung geworden. Der Iran wird auch in diesem Jahr seine Bemühungen fortsetzen, den eigenen Einfluss im MENA-Raum auszubauen. Nach dem äußerst erfolgreichen Engagement in Syrien wird es darum gehen, die geopolitische Achse Iran-Irak-Syrien-Libanon abzusichern. In den vergangenen Monaten gelang es dazu, die Macht von Bashar al-Assad zu festigen und auch die Hizbollah im Libanon konnte entsprechend gefestigt werden. Die Zusammenarbeit mit Russland stellt auch eine Absicherung der eigenen Position auf überregionaler Ebene sicher. Überdies schafft es der Iran vorerst weiterhin, den relevantesten Gegner Saudi Arabien mit Hilfe der verbündeten Houthi-Rebellen im Jemen herauszufordern. Die innerstaatlichen Proteste stellen diesbezüglich zwar eine innere Schwächung und Herausforderung dar, werden aber vermutlich nicht zu einer substantiellen Schwächung des Regime bzw. seiner außen- und sicherheitspolitischen Ziele führen. Auf Grund der jeweiligen Bündnispartner – Saudi Arabien und die USA versus Iran und Russland – ist das Bedrohungspotential als besonders problematisch zu betrachten. Relativierend muss aber angemerkt werden, dass es die USA und Russland im Syrienkonflikt gut

---

damit kleinere, aber flexibler einsetzbare Verbände zur selbstständigen Lösung operativer Aufgaben verfügbar zu haben.

verstanden haben, eine direkte militärische Konfrontation zu vermeiden. Beide Mächte haben wohl auch kein Interesse, in eine direkte militärische Auseinandersetzung verwickelt zu werden.

Ergänzend zum sunnitisch-schiitischen Konflikt und der Involvierung internationaler Mächte in diese finden weiterhin auch inner-sunnitische bzw. weitere lokale Konflikte im MENA-Raum statt. Auch in Libyen ist dabei kein Ende der internen Konflikte absehbar. Der Konflikt wird auch dadurch angeheizt, dass internationale und regionale Mächte konkurrierende libysche Machtzentren unterstützen. Die gemeinsamen Bemühungen der Türkei und Qatars und ihre Unterstützung der Gruppen der Muslimbruderschaft im MENA-Raum haben deren Beziehungen zu Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die solche Gruppen als Bedrohung für die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen betrachten, massiv beeinträchtigt. Den Arabischen Frühling und seine anhaltenden Folgen betrachten Letztere vor allem als einen von der Muslimbruderschaft orchestrierten Umsturzversuch.

### **Strategische Konflikte im Cyber-Raum**

Im Laufe der letzten Monate waren zahlreiche Cyber-Attacken auf der politisch-strategischen Ebene feststellbar. Die USA, China, Russland, Großbritannien, Israel, Nordkorea, Frankreich und Deutschland sind dabei die führenden und sehr aktiven Akteure im Cyberbereich. Diese Staaten verfügen über umfangreiche Fähigkeiten zur Durchführung von Cyber-Spionage und zerstörerischen Cyber-Angriffen, die ihre strategischen und sicherheitspolitischen Interessen untermauern und ihre militärischen Operationen stärken können. Neben diesen gibt es aber zahlreiche weitere staatliche sowie nichtstaatliche Akteure, die offensive Fähigkeiten im Cyber-Bereich aufgebaut haben. Zielsetzung aller staatlichen Akteure ist die Beeinflussung von politischen Konflikten im relativen Frieden, die Durchführung von Sabotageakten in Krisensituation und die Unterstützung von militärischen Operationen bis hin zu Cyber-Angriffen gegen strategische Infrastrukturen, um politische Ziele ohne Militäreinsatz zu erreichen. Die Cyber-Waffe ermöglicht feindselige Akte unterhalb der bisher im Kriegsvölkerrecht festgelegten Schwellenwerte. Es kann daher ein sehr wirksames Mittel in hybriden Szenarien darstellen.

Es werden dabei verschiedenste Techniken angewandt. Zuletzt wurden mehrfach in Hack- and Leak-Kampagnen gestohlene Informationen preisgegeben, um die öffentliche Meinung oder politische Entscheidungen zu beeinflussen. In Europa fand beispielsweise zuletzt ein solcher Cyber-Angriff bzw. eine Hack- and Leak-Kampagne unmittelbar vor der Stichwahl für die französische Präsidentschaft statt. Ziel

war dabei der schlussendlich siegreiche Kandidat Emmanuel Macron. Für diesen Angriff wurde vielfach Russland verantwortlich gemacht. Fast zeitgleich hat der US-amerikanische Untersuchungsausschuss seinen Abschlussbericht veröffentlicht, indem die versuchte Einflussnahme auf die dortigen Präsidentschaftswahlen 2016 ebenfalls russischen Dienststellen angelastet wird. Aber auch zerstörerische Cyber-Angriffe dienen auf strategischer Ebene der Schwächung politischer Gegner. Ende Juni fand beispielsweise der NotPetya-Angriff primär in der Ukraine statt. Ziel der Attacke war es, Daten zu vernichten und Panik auszulösen. Von der Ukraine aus verbreitete sich der Angriff über Firmennetze internationaler Unternehmen weiter. Auch in Österreich waren einzelne Firmen betroffenen. Das spezielle am NotPetya-Angriff ist es, dass es vermutlich auf Basis einer von der US-amerikanischen NSA entwickelten Exploit namens EternalBlue entwickelt wurde. Diese Malware wurde wiederum von einer Gruppe namens "Shadow Brokers" geleakt. Die „Shadow Brokers“ werden von verschiedenen Regierungen verdächtigt, eine staatlich gesponserte Hackergruppe aus Russland zu sein. Dennoch ist bei der Zuordnung von Cyber-Attacken höchste Vorsicht geboten. So fand wenige Monate vor dem NotPetya-Angriff der WannaCry-Angriff statt. Die dabei verwendete Schadsoftware ist dem NotPetya-Angriff sehr ähnlich, bzw. nutzt ebenfalls den EternalBlue-Exploit. Der WannaCry-Angriff wird von den führenden westlichen Mächten wiederum als ein nordkoreanischer Cyber-Angriff eingeschätzt. Entweder gibt es somit Verbindungen zwischen staatlichen und/oder kriminellen Gruppen oder aber es wurde versucht in einer False flag-Operation anderen Akteuren die Schuld zuzuschreiben. Länder, die Cyberangriffe durchführen oder Cyberspionage betreiben tun alles, um ihre Spuren zu verwischen. Deshalb ist große Vorsicht gegenüber Behauptungen empfehlenswert, dass bestimmte Regierungen hinter Cyber-Angriffen stehen. Dies umso mehr, als es im staatenlosen Cyberraum zu Vermischungen staatlicher und krimineller Gruppen kommt. Die NSA und andere US-amerikanische Dienste, die im Cyber-Raum aktiv sind, werden im Westen nicht als vergleichbare Bedrohung wahrgenommen, da die USA und ihre (Geheim)Dienste von westlichen Staaten – trotz Kritik an der umfassenden globalen Überwachung - grundsätzlich als Verbündete wahrgenommen werden. Es darf aber nicht aus den Augen verloren werden, dass sich dies auf globaler Ebene auch anders darstellt. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass Auseinandersetzungen im Cyberraum 2018 weiter zunehmen werden. Im Schatten der USA, Russlands, und Chinas sind auch immer mehr Mittelmächte dabei, Schadsoftware als Waffen einsetzen. Bereits mehrfach hat Nordkorea seinen Ruf als rücksichtslose (Militär)Macht auch im Cyberraum

gefestigt. Aber auch der Iran, Vietnam und wohl ein Dutzend weiterer Schwellenländer verfügen über schlagkräftige Cyberelemente um ihre Ziele im Cyberraum zu verfolgen. Besonders beunruhigend ist dabei, dass einige Staaten diese Maßnahmen offenbar mit kriminellen Cybermethoden finanzieren bzw. mit kriminellen Gruppen zusammenarbeiten.

Da jedenfalls mit einer steigenden Relevanz der Cyber-Bedrohung in den kommenden Jahren zu rechnen ist, haben wir uns entschlossen, diesem Thema größere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir veröffentlichen daher erstmals in unserer „Strategischen Lage“ einen eigenständigen Beitrag über den Cyber-Raum. Um Sie, geschätzte Leser, in das Thema und die Problematik einzuführen und die darin gelegenen Bedrohungen erkennbar zu machen, ist dieser erste Beitrag entsprechend umfassender und grundsätzlicher gestaltet.

### **Innereuropäische Herausforderungen**

Die EU und die europäischen Nationalstaaten haben als mittelbar betroffene Akteure der Konfliktbeziehung zwischen den USA und seinen Herausforderern hingegen kaum wahrnehmbare eigene politisch-strategische Zielsetzungen. Sie sind vielmehr passive Akteure und dabei mit massiven inneren Problemen beschäftigt. Systemimmanent ist die EU-Führung überdies aufgrund des dezentralisierten und breiten politischen Entscheidungsprozesses nicht in der Lage, schnelle und riskante politische Entscheidungen zu treffen. Dies bedingt einen zumindest taktischen Nachteil gegenüber potentiellen Gegnern aber auch gegenüber Herausforderungen. Entgegen den Vorstellungen einiger europäischer Spitzenpolitiker, die EU „bis 2025 zu den Vereinigten Staaten von Europa mit einer gemeinsamen föderalen Verfassung“ umzuwandeln, hat in Europa in den letzten Jahren nationalstaatliche Lösungskompetenz an Bedeutung gewonnen. Besonders deutlich wurde dies auch zuletzt wieder im Zuge der anhaltenden Migrationskrise.

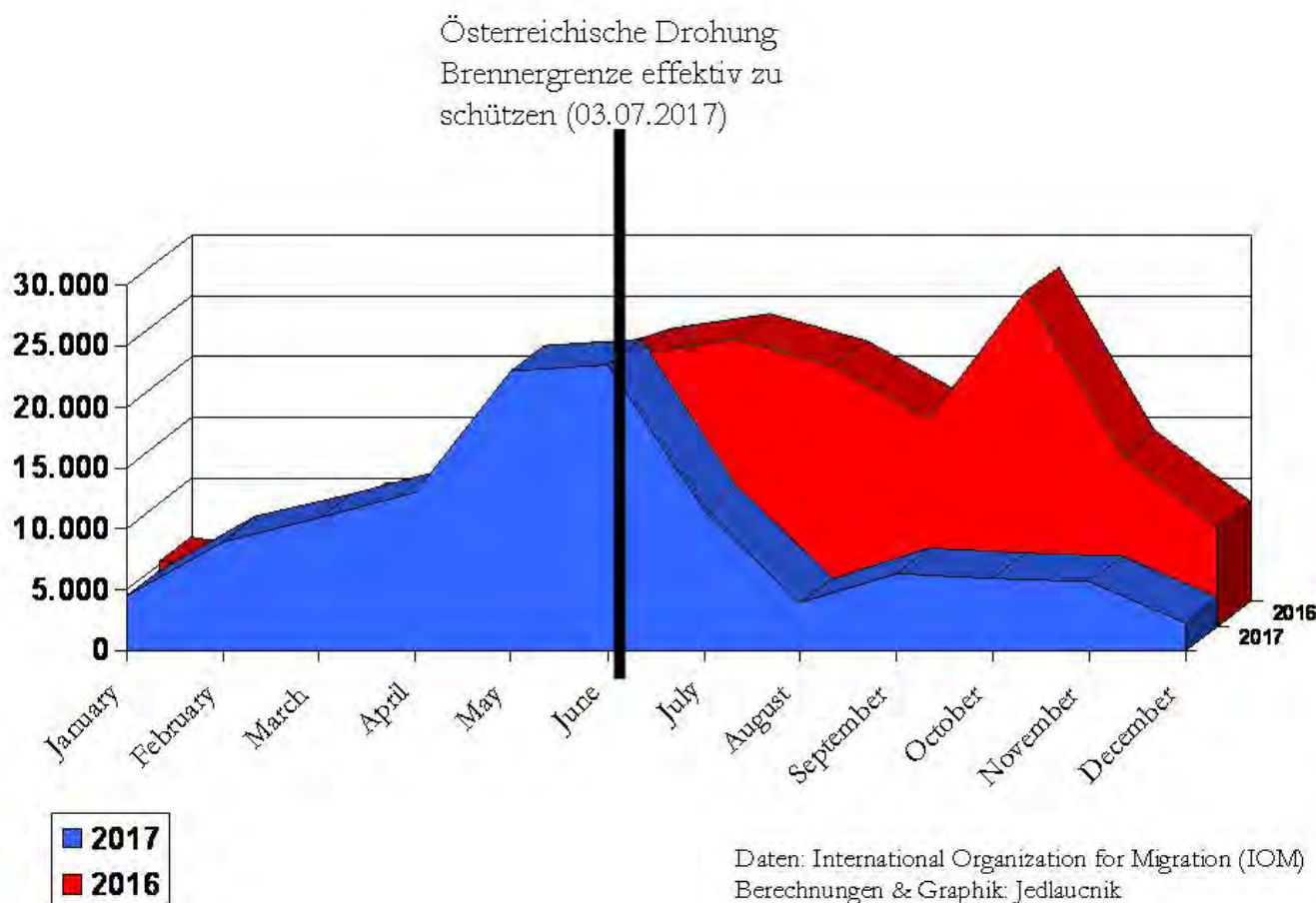
### **Die Dominanz nationalstaatlichen Handelns in der Migrationskrise am Beispiel der zentralen Mittelmeerroute**

Die Einwanderung über das Mittelmeer in die EU ist ein Teil der globalen Migrationsbewegung von Menschen aus dem unterentwickelten Süden in den entwickelten Norden. Auf der menschlichen Ebene ist diese Entwicklung mit zahllosen Tragödien illegaler Migranten verknüpft. Die Mittelmeerroute ist dabei die weltweit gefährlichste Route für Migranten. Seit dem Jahr 2000 ertranken nach Angaben der International Organization for Migration (IOM) etwa 23.000 Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer in ein europäisches Land zu gelangen. Der Tod dieser

Menschen muss der inkonsequenten Migrationspolitik und der damit einhergehenden Forcierung illegaler Migration angelastet werden. Zentraler Pull-Faktor für illegale Migranten ist bekanntlich die Anziehungskraft europäischer Sozialsysteme. Die Politik, Flüchtlingsboote im Zuge von Rettungseinsätzen nach Europa zu bringen und illegale Migranten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht umgehend abzuschieben, hat das Besteigen eines Schlepperbootes bisher für jeden illegalen Migranten faktisch zu einer fast garantiert erfolgreichen, wenn auch lebensgefährlichen Reise nach Europa gemacht. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die aus dieser implizierten europäischen Asylverfahren werden dabei massiv missbraucht. Eine illegale Einreise, wie sie seit Jahren hunderttausendfach an der europäischen Südgrenze stattfindet und von einzelnen europäischen Regierungen und NGOs unterstützt wird, ist gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention nur dann zulässig, wenn Flüchtlinge unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht sind. Die Genfer Flüchtlingskonvention sieht jedoch vor, dass ein Asylantrag im nächstmöglichen sicheren Staat zu stellen ist. Eine selbständige Weiterreise aus sonstigen, insbesondere wirtschaftlichen Gründen ist nicht vorgesehen. Genau dies findet aber seit Jahren in einem quasi industriellen Maßstab statt.

Die sicherheitspolitisch-strategische Dimension ist dabei die damit einhergehende Desintegration Europas aus zwei zentralen Punkten. Einerseits wird die innere Sicherheit und Stabilität europäischer Staaten durch die Massenimmigration, die damit einhergehende Veränderung der Gesellschaft und die von den neuen Bevölkerungsschichten ausgehende Kriminalität gefährdet. Schweden sieht sich beispielsweise bereits gezwungen, den Einsatz seiner Streitkräfte zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zu erwägen. Andererseits wird der innere Zusammenhalt der EU durch die mangelnde äußere Sicherheit und den daraus folgenden politischen Maßnahmen massiv gefährdet. Die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der europäischen Institutionen und einzelner Grenzstaaten, der Massenmigration aus den südlichen und südostwärtigen Krisenregionen Herr zu werden, haben zu deren massiven Delegitimierung innerhalb der europäischen Gesellschaft geführt. Zumindest auf der symbolischen Ebene ist dabei ein zentraler Aspekt das von der Mehrheit der EU-Staaten 2015 beschlossene Programm für die verpflichtende Umverteilung von Flüchtlingen („Relocation“) nach einer bestimmten Quote aus Griechenland und Italien auf andere EU-Staaten. Die Problematik liegt dabei die Tatsache, dass europäische Solidarität eingefordert wird, um die eigene mangelnde Bereitschaft zu kompensieren, die äußere Sicherheit sicherzustellen. Die EU verklagt inzwischen ihre Mitgliedsstaaten Polen, Ungarn und Tschechien vor





Graphik: Anzahl illegaler Migranten über die zentrale Mittelmeerroute (Italien) 2016 und 2017

dem Europäischen Gerichtshof, weil diese die Umverteilung verweigern. Diese juristische Auseinandersetzung ignoriert jedoch vollkommen, dass die strittige Weigerung zur Aufnahme von Migranten dem Willen der (nationalen) Bevölkerung entspricht. Mit dieser Vorgangsweise hat sich die EU jedenfalls selbst massiv geschadet. Staaten zwangsweise zur Aufnahme von Flüchtlingen zu bewegen, hat bereits zu einer tiefen Spaltung der EU geführt. Mitte Dezember 2017 hat der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, schließlich auch eingestehen müssen, dass die Politik der Umverteilung von Asylsuchenden in der EU wirkungslos ist und Lösungen in der Migrationspolitik nur die Einzelstaaten selbst finden könnten, nicht aber die EU. Diese Beurteilung ist als korrekt zu bewerten. Die EU hat bisher in der Migrationsfrage vollkommen versagt. Sehr langsam sorgen einzelne Nationen dafür, dass Europa die Migrationskrise geordnet bewältigt. Migration als zentrales sicherheits- und gesellschaftliches Thema der Gegenwart wird jedenfalls realpolitisch im Wesentlichen auf nationaler Ebene entschieden. Wie sich anhand der politisch-strategischen, aber auch der militärischen Maßnahmen zur Abwehr illegaler Migration deutlich zeigen lässt, ist nur das Wirksamwerden nationalstaatlicher Macht

wirkungsreal. Dies lässt sich deutlich an den Ereignissen im Sommer 2017 nachzeichnen.

Durch nationalstaatliche Maßnahmen wurde der Migrationsstrom über die zentrale Mittelmeerroute, der im ersten Halbjahr 2017 etwa 120 Prozent des Vergleichszeitraums des Vorjahres betragen hatte, im zweiten Halbjahr auf 30 Prozent des Vergleichszeitraums gesenkt.

Seit 2015 ist bekanntlich eine europäische Marineoperation an der zentralen Mittelmeerroute im Einsatz, um die illegale Migration nach Europa zu unterbinden. Faktisch betätigte sich EUNAVFOR MED Operation SOPHIA aber vor allem als Rückgrad des Migrantentransportes durch NGOs von der Grenze libyscher Hoheitsgewässer nach Italien. Mangels politischem Willen, Migranten den erzwungenen Zugang nach Europa zu verwehren, waren die im Auftrag der EU eingesetzten multinationalen Streitkräfte handlungsunfähig. Mitte 2017 konnte der Migrationsstrom jedoch plötzlich deutlich reduziert

werden. Während im ersten Halbjahr die Migrationszahlen auf 120 Prozent des Vorjahres gestiegen waren, trat an Juli eine massive Veränderung ein. In diesem Monat sanken die Zahlen bereits auf 50 Prozent, in weiterer Folge noch deutlicher auf teilweise unter 20 Prozent der entsprechenden Vergleichsmonate des Jahres 2016. Über das gesamte zweite Halbjahr gesehen stellte dies eine Reduktion auf 30 Prozent dar. (Auch die Anzahl der Ertrunkenen konnte auf etwa 40 Prozent reduziert werden – im Vergleich zum Vorjahr verloren 2.000 Menschen weniger ihr Leben!)

Grundlage dafür waren durch Italien ausgehandelte (Geheim-)Abkommen mit libyschen Regierungsvertretern aber auch Warlords, den Menschenschmuggel einzustellen bzw. zu verhindern. Parallel dazu verpflichtete Italien Anfang Juli Hilfsorganisationen zu einem Kodex, der die Beteiligung am Transport der illegalen Migranten von der afrikanischen Nordküste nach Italien eindämmen sollte und im August dehnte Libyen seine Hoheitsgewässer auf 70 Seemeilen zu einer exklusiven „Search and Rescue-Zone“ aus. Hilfsorganisationen ist es nunmehr untersagt, innerhalb dieser Zone wirksam zu werden. Einen wesentlichen Beitrag für diese Haltungsänderung Italiens war die Androhung der österreichischen Bundesregierung, den weiteren Migrationsstrom über die österreichische Grenze notfalls unter Einsatz der eigenen nationalen Streitkräfte zu unterbinden. Anfang Juli 2017 hatte Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil erklärt, die Verlegung von Soldaten sowie gepanzerten Truppentransportern für Straßensperren an die Brennergrenze intern vorzubereiten. Österreich war zuvor selbst unter Zugzwang geraten, da Deutschland seine Grenze relativ effektiv überwachte. Italien hat also erst, nachdem es die im Süden des Landes anlandenden Migranten nicht mehr faktisch nach Norden weiterleiten konnte und befürchten musste, diese langfristig selbst betreuen zu müssen, effektive politische Schritte gesetzt um den Migrationsstrom aus Libyen heraus zu stoppen. Die EU hat in diesem nationalstaatlichen Reigen primär die Rolle des Geldgebers unter anderem für den EU-Treuhandfonds für Afrika, welcher Maßnahmen des italienischen Innenministeriums zur Stärkung der Kapazitäten libyscher Akteure finanziert. Zur umstrittenen Rolle libyscher Sicherheitskräfte und Warlords ist festzuhalten, dass Europa zwar nicht willens und in der Lage ist, Migranten an seinen Grenzen zu stoppen aber durchaus bereit ist, die "Drecksarbeit" an Dritte zu übertragen. Da in Libyen keine europäischen Standards herrschen, sind die gestrandeten Flüchtlinge allzu oft unmenschlichen Bedingungen und massiver Kriminalität ausgesetzt. Ein weiteres Mal, dass europäische Schwäche massives Leid auslöst.

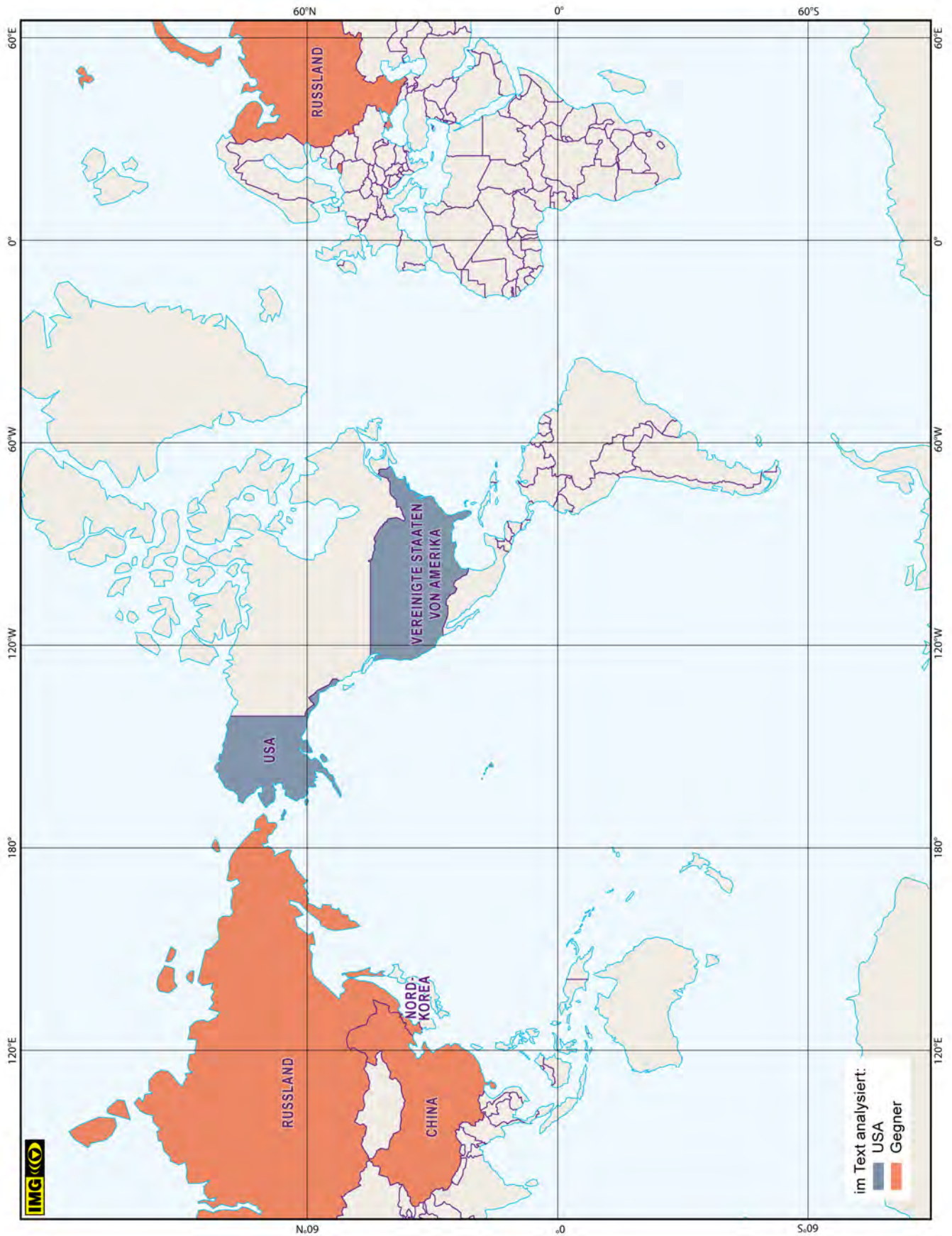
## **Die innere Krise der europäischen Parteiendemokratie**

Europa ist aber nicht nur durch äußere Probleme herausgefordert. Es durchlebt auch eine innere Krise, die teilweise durch äußere Herausforderungen – wie jener der Migrationskrise - deutlicher zu Tage treten. In Europa verlieren Zentrumspartei sowohl an Parteien des linken als auch des rechten Randes weiter Stimmanteile. Kritiker befürchten, dass von diesen sogenannten populistischen Parteien liberale Freiheiten der demokratischen Gesellschaften eingeschränkt werden könnten. Unter der zumeist nicht analytisch sondern abwertend verwendeten Kategorie des Populismus werden zumeist missliebige rechtsgerichtete Parteien, nur gelegentlich auch linke Parteien zusammengefasst. Neutraler und somit analytisch sinnvoller anwendbar ist die Kategorie „systemkritische Parteien“. Diese haben Vorbehalte gegenüber herrschenden Eliten, Organisationen und Strukturen, lehnen das politische System als solches aber nicht ab.

Eine Studie des Tony Blair Institute for Global Change befürchtet eine von diesen systemkritischen Parteien ausgehende "radikalen Transformation der Politik". Eine solche Transformation könnte nicht nur zu einer unnachgiebigen Immigrations- und Asylpolitik sowie der prioritären Betonung der jeweils eigenen nationalen Identität führen, sondern darüber hinaus zu einer protektionistischen Wirtschaftspolitik, Ablehnung internationaler Organisationen und schlussendlich auch Infragestellung demokratischer Normen.

Dem ist jedoch kritisch entgegenzuhalten, dass vor allem die (mangelnde) Reaktion der politischen Eliten bzw. der systemkonformen Parteien zur Radikalisierung systemkritischer Akteure führt. Die Integration der systemkritischen Parteien und somit die Anerkennung des entsprechenden Wählerwillens in der politischen Entscheidungsfindung wird teilweise grundsätzlich abgelehnt. So stellen beispielsweise in Ostdeutschland systemkritische Parteien zusammen gerechnet 40 Prozent des Wählerwillens dar. Gleichzeitig lehnen die Systemparteien eine Regierungsbeteiligung dieser Parteien – aus unterschiedlichen Gründen – grundsätzlich ab. Ohne auf die Detailargumente - die aus der jeweiligen Position heraus durchaus Logik in sich tragen - näher einzugehen, muss dabei jedoch erkannt werden, dass eine solche Ausgrenzung die Gefahr in sich trägt, den Willen großer Bevölkerungsteile im realpolitischen Prozess zu ignorieren. Dies delegitimiert jedoch unter Aufrechterhaltung der Legalität den demokratischen Prozess.





Vereinigte Staaten von Amerika

## Die westliche Welt ...

### Die USA, die Welt und Donald Trump

#### Anmerkungen zum ersten Jahr einer Präsidentschaft

Jeder Reisende, der - aus den Bundesländern kommend - die Stadtgrenzen der schönen Bundeshauptstadt Wien erreicht, wird unwillkürlich mit großen Plakaten konfrontiert, auf denen zu lesen steht: *Wien ist anders*. (Zyniker meinen, dies könnte auch als Drohung aufgefasst werden.) Ähnliches gilt für den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Auch Trump ist anders. Fast exakt ein Jahr nach der Inauguration von Donald Trump auf den Stufen des Kapitols verläuft ein tiefer Graben durch die US-amerikanische Gesellschaft. Trump polarisiert, statt zu versuchen, das Volk hinter sich zu vereinen.

#### Trump und die Wirtschaft

Schon die Amtseinführung war durch einen völlig neuen, bis dato nie im Rahmen einer derartigen Feierstunde gepflegten Stil geprägt worden: Trump zeichnete bei seiner Inaugurationsrede ein Bild von den USA, die sich seiner Auffassung nach in einem miserablen Zustand befänden. *„Die Jobs sind weg, die Fabriken geschlossen... der Reichtum, Stärke und Zuversicht unseres Landes sind hinter dem Horizont verschwunden“*, so Trump wörtlich. Er bezog sich dabei, wie schon im Wahlkampf, auf eine nicht näher definierte Washingtoner Machtelite, der man (er) nun endlich die Macht entrissen habe, um sie dem Volk zurückzugeben. Ungewöhnlich der aggressive Ton, den Trump dabei anschlug. Normalerweise startet ein US-Präsident mit versöhnlichen Worten in seine Amtszeit. Trump jedoch beschritt einen anderen Weg. Das, was er in Folge gebetsmühlenartig seinen Widersachern vorwerfen sollte – nämlich „fake news“ zu verbreiten, war selbst massiv Inhalt seiner eigenen Inaugurationsrede: Die Anzahl der von ihm angesprochenen, angeblich nicht vorhandenen „Jobs“, also der Gradmesser einer jeden Konjunktur, war zum Zeitpunkt seines Amtsantrittes bereits seit sechs Jahren (!) stetig angestiegen, im Dezember 2016 bei 4,7 Prozent gelegen und näherte sich damit kontinuierlich der Vollbeschäftigungsmarke. Für Wirtschaftsfachleute unmissverständlich ein Verdienst seines Vorgängers, was Trump natürlich völlig ignorierte.

Ein guter Indikator für die Wirtschaft der USA ist natürlich die Stimmung an der Wall Street. Fast ein Jahr nach Trumps Amtsantritt verzeichnete der Dow-Jones-Index erstmals einen Punkttestand, der die magische 25.000-Punkte-Marke übertraf. Auch der Technologie-Index Nasdaq-Composite legte 2017 ständig zu und erreichte Anfang Januar ein Rekordhoch von 7.098

Punkten. Das alles sind Auswirkungen eines weiterhin florierenden Arbeitsmarktes, für den Wirtschaftsexperten in aller Welt allerdings nicht die Initiativen eines Donald Trump, sondern die weltweite wirtschaftliche Entspannung verantwortlich machen: Der Aufschwung ist ein kontinuierlicher, der die Arbeitslosenzahlen seit 2010 von noch 10 Prozent schließlich auf unter die Hälfte Ende 2016 drückte. Ende 2017 lag die Quote schließlich bei nur noch 4,1 Prozent. Der US-Notenbank Federal Reserve war es unter der Führung der Ende Januar aus dem Amt scheidenden Janet Yellen daher möglich, allein 2017 den Leitzins drei Mal anzuheben, sodass dieser sich momentan in einem Zielkorridor von 1,25 – 1,5 Prozent befindet. Die Nahe-Nullzinspolitik der harten Jahre nach der Finanzkrise scheint somit vorbei zu sein. Der zukünftige Chef der US-Notenbank wird der Trump-Vertraute und Intimus des US-Finanzministers Steve Mnuchin, Jerome Powell, sein.

Ganz im Zentrum von Donald Trumps Wirtschaftskurs stehen die geplanten neuen Steuergesetze. Was die großen US-Unternehmen betrifft, so möchte die Administration Trump erreichen, dass die von Wirtschaftsgiganten wie Google oder Apple im Ausland „gebunkerten“ Gewinne in Zukunft wieder stärker der US-Volkswirtschaft zugutekommen. Um hier den entsprechenden Anreiz zu geben, senken die neuen Steuergesetze die Steuern für US-Unternehmen von 35 auf 21 Prozent. Das betrifft auch Bargeld und sonstige Vermögenswerte, die aus dem Ausland wieder in die USA zurückgeholt werden – hier sind die Steuer-Boni sogar noch deutlich höher.

Donald Trump nannte es im Dezember ein *„tolles Weihnachtsgeschenk“*, politische Gegner sprechen von *„schamlosen Diebstahl“* von Volksvermögen: Gemeint ist der erste legislative Erfolg des neuen US-Präsidenten nach einer Vielzahl von Abstimmungsniederlagen oder politischen Rückziehern: Die größte Steuerreform in den USA seit über 30 Jahren ist zugleich Symbol einer Gesetzgebung, die die Reichen und Superreichen des Landes entlastet, während die Reform in Wirklichkeit von unzähligen „John Does“ finanziert wird. Donald Trump wird nicht müde, zu betonen, dieses Gesetz sei vor allem zum Wohl der „vergessenen Amerikaner“ gedacht. Schaut man sich die nun beschlossene Reform an, so kann davon jedoch keine Rede sein: Entlastungen für die unteren Einkommenschichten gibt es überhaupt nur in den ersten Jahren – und diese fallen bescheiden aus. Schaut man sich aber deren Perspektive für die nächsten 10 Jahre an, so werden die untersten 40 Prozent der US-Amerikaner im Jahre 2027 – wenn es schon lange keinen Donald Trump mehr geben wird – stärker belastet sein, als sie es heute sind! Gleichzeitig werden 62 Prozent der gesamten Steuerentlastungen zu diesem Zeitpunkt auf das reichste Prozent der US-Bürger entfallen. Die reichsten 20 Prozent aller US-

Amerikaner werden dann im Genuss von nicht weniger als 91 Prozent aller Steuerentlastungen sein, die die Regierung Trump durch das umstrittene Gesetz unlängst beschloss.

Sinnbildlich dabei das Zustandekommen des 1.097-Seiten starken Gesetzes: Während die letzte große Steuerreform unter Ronald Reagan 1981 unter akribischer und mühevoller Kleinarbeit beider großer Parteien auf den Weg gebracht worden war, zeichneten diesmal die Republikaner allein verantwortlich und boxten das wichtige Gesetz nach nur 47-tägiger Vorbereitung durch den Kongress – ohne Anhörungen und hinter verschlossenen Türen. Speed kills.

Kosten der Reform: 1,5 Billionen USD. Trump versicherte zwar, dass die Reform sich auf die Dauer selbst finanzieren würde, doch dies wäre nur dann möglich, wenn der USA ein geradezu gigantischer wirtschaftlicher Aufschwung in den nächsten Jahren ins Haus stünde. Und der ist bei der momentanen 2,5 Prozent-Prognose für 2018, derselben Rate wie schon 2017, nicht zu erwarten.

### Trump und die Verteidigung der USA

Militärisch bleibt im Großen und Ganzen alles beim Alten. Das gilt auch für die nukleare Abschreckung. Verteidigungsminister James Mattis, selbst pensionierter General des US-Marine Corps, ließ an der auf Interkontinentalraketen abgestützten US-Verteidigung mit Zweitschlagskapazität keinen Zweifel: „... *in a deterrent, you can leave no doubt at all that [it will work] ... You want the enemy to look at it and say, 'This is impossible to take out in a first strike, and the retaliation is such that we don't want to do it.' That's how a deterrent works.*“

Das Jahr 2017 war seitens Nordkorea gekennzeichnet von wiederholten provokativen Starts atomwaffenfähiger Interkontinentalraketen zu Testzwecken. Trotz entsprechenden Verbots und mehrfachen Resolutionen seitens der Vereinten Nationen sowie weltweiter Proteste demonstrierte der nordkoreanische „Oberste Führer“ Kim Jon-un damit die (angebliche) Bereitschaft seines Landes, wenn nötig auch jederzeit atomare Schläge gegen den Erzfeind USA oder einen ihrer pazifischen Verbündeten durchführen zu können. Die im Zuge dieser Auseinandersetzung verlautbarten gegenseitigen Verbalinjurien und semantischen Muskelspiele trugen im Verlauf des Jahres nicht gerade zur Beruhigung der ohnehin aufgeheizten Stimmungslage in der Region bei. Pjöngjang stieß dabei im Vorfeld der Generaldebatte der UN-Vollversammlung (19.-25. September 2017) ganz unverhohlen nukleare Drohungen gegen die USA und ihre Alliierten aus: Laut Reuters ließ die nordkoreanische Führung über die staatliche Nachrichtenagentur KCNA u.a. verlauten, man werde das US-amerikanische Festland auf „*Asche und Dunkelheit*

*reduzieren*“. Auch Japan war Ziel der unmissverständlichen Drohung mit der atomaren Keule: „*Die vier Inseln des Archipels*“ sollten „*von der Atombombe von Juche im Meer versenkt*“ werden. (Anm.: Unter „*Juche*“ versteht das nordkoreanische Regime ihre ganz eigene Ideologie – einen Mix aus Marxismus und einem ganz speziellen nordkoreanischen Nationalismus, der einst von Staatsgründer Kim Il Sung, dem Großvater des jetzigen Diktators, ins Leben gerufen worden war.) Weiters war der US-Stützpunkt Guam und natürlich Südkorea mehrfach Ziel der nordkoreanischen Drohgebärden. Präsident Trump ließ im Rahmen seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 19. September keinen Zweifel am Ernst der Lage und am Willen seiner Administration, ab sofort mit Vehemenz gegen alle Staaten und Organisationen vorgehen zu wollen, die das nordkoreanische Regime weiterhin unterstützten :

„*No one has shown more contempt for other nations and for the wellbeing of their own people than the depraved regime in North Korea. It is an outrage that some nations would not only trade with such a regime, but would arm, supply, and financially support a country that imperils the world with nuclear conflict. No nation on earth has an interest in seeing this band of criminals arm itself with nuclear weapons and missiles.*“



US-Transportflugzeug

Trump sprach damit offen aus, was sich – vor allem unter den eigenen Alliierten – niemand bislang getraute, zuzugeben: Dass mit der nuklearen Drohung Nordkoreas, die USA oder ihre pazifischen Verbündeten atomar anzugreifen, von Pjöngjang eindeutig eine rote Linie überschritten worden war. In Asien wurde seine Rede daher auch großteils begrüßt, während in Europa das Gespenst eines nun als mögliche letzte Konsequenz zu führenden Krieges die Eliten lähmte und für einen politischen Aufschrei sorgte. Wenn auch Trumps Worte in diesem Zusammenhang sicherlich nicht der Nettiquette international-üblicher diplomatischer Gepflogenheiten entsprachen, so stellt sich doch allgemein die Frage, wie die Weltgemeinschaft nach Ausschöpfen aller nichtmilitärischen Alternativen mit Regimen wie jenem Nordkoreas umgehen sollte, um das Schlimmste zu vermeiden? Trump weiter: „*The United States has great strength and patience, but if it is forced to defend itself or its allies, we will have no choice but to totally*

*destroy North Korea. Rocket Man is on a suicide mission for himself and for his regime. The United States is ready, willing and able, but hopefully this will not be necessary.*“ Anlässlich seines Besuches in Südkorea Ende Oktober machte dann auch Verteidigungsminister Mattis klar, dass die Vereinigten Staaten jedem Angriff Nordkoreas auf die USA oder einen ihrer Verbündeten mit unmittelbarer Härte begegnen würden. Ungeachtet weiterer nordkoreanischer Drohungen führten US-Streitkräfte zusammen mit Alliierten umfangreiche See- und Luftübungen in der Region durch. Im Dezember hielten die US-Air Force zusammen mit südkoreanischen Einheiten das bislang größte Luftmanöver ab: Fünf Tage lang befanden sich insgesamt 230 Maschinen beider Nationen sowie 12.000 US-Soldaten im Einsatz. Das Verteidigungsbudget der Vereinigten Staaten erfuhr 2017 unter Präsident Trump eine signifikante Erhöhung von fast 15 Prozent. Mit ca. 700 Milliarden USD lag es 80 Mrd. USD höher, als noch unter Obama geplant.

Aus aktuellem Anlass werden die Mittel für die Raketenabwehr deutlich aufgestockt. So sind neben den bereits bestehenden GMD-Basen in Alaska und Kalifornien nun auch an Standorte im Mittelwesten und an der Ostküste geplant (beide für die 2020er-Jahre). Die neuen Standorte werden möglicherweise mit dem neuen System THAAD ausgerüstet, von dem sich bereits eines auf Guam und eines in Südkorea befindet. Das hochmobile System hat sich GMD gegenüber als überlegen erwiesen. Allein für die Entwicklung neuer und Modernisierung bestehender Gefechtsköpfe für die Abwehr raketen sind 8,5 Mrd. USD budgetiert.

Darüber hinaus werden insgesamt 90 F-35 Kampflugzeuge angeschafft, davon 20 für die US-Navy. Kostenpunkt: 9 Mrd. USD. Die US-Navy wird budgetär im Fokus stehen. Insgesamt 13 neue Einheiten, darunter 2 Zerstörer und zwei U-Boote der Virginia-Klasse kommen 2017 dazu: 25 Mrd. USD werden dafür zur Verfügung gestellt. Fast 10 Prozent des Gesamtbudgets (65 Mrd. USD) sind für die laufenden Operationen im Irak, Afghanistan, Syrien und Somalia vorgesehen.

### Die Neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA

Seit 1986 ist es für jede Regierung der Vereinigten Staaten Pflicht, eine National Security Strategy (NSS) zu veröffentlichen, die die Rahmenbedingungen für die Sicherheits- und Außenpolitik der USA in den kommenden Jahren vorgibt. Die im Dezember 2017 von der Regierung Trump veröffentlichte Strategie konnte ob ihres Inhalts und ihrer Prioritäten politische Kenner indes nicht überraschen. Im Gegensatz zu der unter Barack Obama verfolgten strategischen Rolle der USA, die auf eine US-amerikanische Führung einer westlich-geprägten liberalen Weltordnung abzielte, ist die NSS 2017 sehr stark auf den bereits bekannten Slogan „America First“ konzentriert. Die Kritik der

jetzigen Administration Trump an der Politik der Kabinette Obama I+II (2008-2016) bezieht sich dabei im Wesentlichen auf die angebliche Preisgabe nationaler Interessen und eine damit verbundene schwache Führung der westlichen Welt. Trump möchte an die politisch und militärisch starke globale Präsenz der USA und damit an den unter Präsident George W. Bush (2000-2008) eingeschlagenen Weg wieder anknüpfen. Kritiker sehen indes in der versuchten Wiederherstellung globaler US-amerikanischer Interessen einen Rückschritt und werfen der Administration „Neo-Merkantilismus“ und „Neo-Kolonialismus“ vor.



US-Präsident Donald J. Trump bei seiner Rede zur Lage der Nation am 30.01.2018

Donald Trump hingegen ist der Ansicht, den US-amerikanischen Nationalismus stärken zu müssen und appelliert an vermeintlich US-amerikanische Werte, die es in Zeiten der weltweiten Globalisierung zu reaktivieren, aber zumindest zu stärken gelte, ein Vorgehen, das durch die angebliche Führungsschwäche seines Vorgängers notwendig geworden sei. Wo Macht entfaltet wird, stößt man unweigerlich auf Kontrahenten. Bei der Vorstellung der neuen Strategie durch Donald Trump am 18. Dezember bezeichnete dieser China und Russland als jene beiden „rivalisierenden“ Staaten, mit denen die Vereinigten Staaten sich in einem zukünftigen geopolitischen Szenario zu messen hätten. Der US-Präsident sprach in diesem Zusammenhang von einer „neuen Ara des Wettbewerbs“. „Wirtschaftliche Sicherheit“ sei auch „nationale Sicherheit“. „Chronische Verstöße gegen Handelsabkommen“, so der neue US-Präsident, wolle man nicht länger hinnehmen – ein Seitenhieb, der sich vor allem an die Adresse Pekings richtete, dessen Wirtschaftspolitik ja bereits während des republikanischen Wahlkampfes zentral in Trumps Kritik gestanden war. Vor allem der von der chinesischen Führung praktizierte Datendiebstahl und das riesige Handelsdefizit wurden von Donald Trump als Negativbeispiele bezüglich der fernöstlichen Großmacht ins Feld geführt. China habe,

so der US-Präsident, „*entgegen unserer Hoffnungen seine Macht auf Kosten der Souveränität anderer*“ ausgeweitet. Russland wiederum wird als die militärisch stärkste Bedrohung der Vereinigten Staaten eingestuft. Sein Atomwaffenpotential sei „*die bedeutendste existentielle Bedrohung*“ der USA. Ferner versuche Moskau, „*den Einfluss der USA in der Welt zu schwächen und uns von unseren Verbündeten und Partnern zu trennen.*“ Trump führte im Zusammenhang einer von Konkurrenz geprägten Weltordnung auch die durch die beiden angesprochenen Rivalen praktizierte Propaganda- und Medienpolitik ins Feld und bezeichnete diese als „*Herausforderungen*“. Gerade im Zusammenhang mit dem abgelaufenen Wahlkampf in den USA aber auch in anderen Teilen der vernetzten Welt laufen weltweit Untersuchungen und Nachforschungen über Art und Umfang vor allem russischer Einflussnahme via Neue Medien und Hackerangriffe auf verschiedenste demokratische Wahlen. Doch für Donald Trump könnte dieser Schuss auch nach hinten losgehen, stehen er und große Teile seines engsten Wahlkampfteams doch selbst im Verdacht, im Wahlkampf verbotene Kontakte zu einschlägigen russischen Regierungsstellen unterhalten zu haben, um deren Hilfe gegen seine damalige demokratische Konkurrentin Hillary Rodham Clinton in Anspruch zu nehmen. Der US-Präsident bestreitet jedoch, dass solcher Art russischer Einmischungen in die US-Präsidentenwahl 2016 jemals stattgefunden hätten. Und vor allem bestreitet er, dass sein Wahlkampfteam während des Wahlkampfes illegale Kontakte zu russischen Stellen unterhalten hat. Seine Nachrichtendienste sehen das mittlerweile anders. Die entsprechenden Untersuchungen, die von Sonderermittler Robert S. Mueller III., unter George W. Bush einst FBI-Direktor, geführt werden, dauern noch an. Ob seine Ermittlungen im Falle eines begründeten Verdachts an der Schwelle des Oval Office Halt machen werden, bleibt abzuwarten und ist derzeit hitzigster Gesprächsstoff in der US-amerikanischen Medienlandschaft. Vorläufige Bilanz von Muellers Ermittlungen zur „Russland-Affäre“: Vier Anklagen, darunter auch Präsident Trumps ehemaliger Sicherheitsberater Michael Flynn, dem Mueller Kronzeugenstatus zugesichert hat.

Donald Trumps nationale Strategie für die nächsten Jahre ruht auf vier Pfeilern: Neben der bereits angesprochenen Friedenssicherung durch militärische Stärke und der Sicherung (und Wiedererlangung) US-amerikanischer Einflusszonen standen in seiner Rede vor allem die Stärkung der Wirtschaft sowie und der Schutz des Heimatlandes im Zentrum. Fast schon zum Standardrepertoire des US-Präsidenten gehörte die Kritik auch an engsten Verbündeten. Ohne Namen zu nennen führte er zum wiederholten Male die von den NATO-Partnern vereinbarte Angleichung der Verteidigungshaushalte auf 2 Prozent des BIP ins Feld,

ein Rahmen, der zur Zeit lediglich von wenigen NATO-Mitgliedern erreicht wird.

Alles in allem kann Donald Trumps Rede zur Neuen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten durchaus zusammen in einer langen Liste derartiger Reden von US-Präsidenten verortet werden – allerdings stammen diese vor allem aus der Zeit des Kalten Krieges. Entsprechend kritisch fielen die meisten weltweiten Reaktionen aus – vor allem jene Chinas und Russlands, die beide von Trump als „revisionistisch“ klassifiziert und vom US-Präsidenten in seiner Rede in einer Reihe mit Ländern wie dem Iran und Nordkorea genannt worden waren. Trump stellte unmissverständlich klar, dass die Welt nun (sicherheits)politisch wieder mit einer erstarkten USA würde rechnen müssen, die rigoros ihre Interessen vertreten werde.

### Trump und das Klima



Donald Trumps Tweet vom 28. Dezember 2017

Ganz und gar untergegangen in seiner Grundsatzrede ist der noch unter seinem Vorgänger Barack Obama 2015 als nationales Sicherheitsrisiko eingestufte weltweite Klimawandel. Trump, der als eine seiner ersten Tätigkeiten als US-Präsident den Ausstieg der USA aus der Klimakonferenz in Paris verkündet hatte, steht weiterhin auf dem Standpunkt, die zunehmenden klimatischen Extrema weltweit seien nichts weiter als temporäre Launen der Natur und somit kein struktureller Wandel. Trump machte sich in diesem Zusammenhang zu Jahresende sogar darüber lustig, dass die USA von einer extremen Kältewelle heimgesucht wurden: Am 28. Dezember twitterte der US-Präsident zum Jahreswechsel: „*Vielleicht könnten wir ein bisschen von dem guten alten Treibhauseffekt gebrauchen, vor dem sich unser Land - anders als andere Länder - mit Zahlungen von*



*MILLIARDEN VON DOLLAR hatte schützen wollen. Zieht euch schön warm an!*“ Die Kältewelle, die zu Jahresende 2017 begann und vor allem die US-Ostküste betraf, hatte bis 5. Januar 2018 bereits 20 Todesopfer gefordert. In Florida kam es – erstmals nach 29 Jahren – wieder zu Schneefällen. Ca. 100 Millionen US-Amerikaner waren von den extremen Temperaturen betroffen.

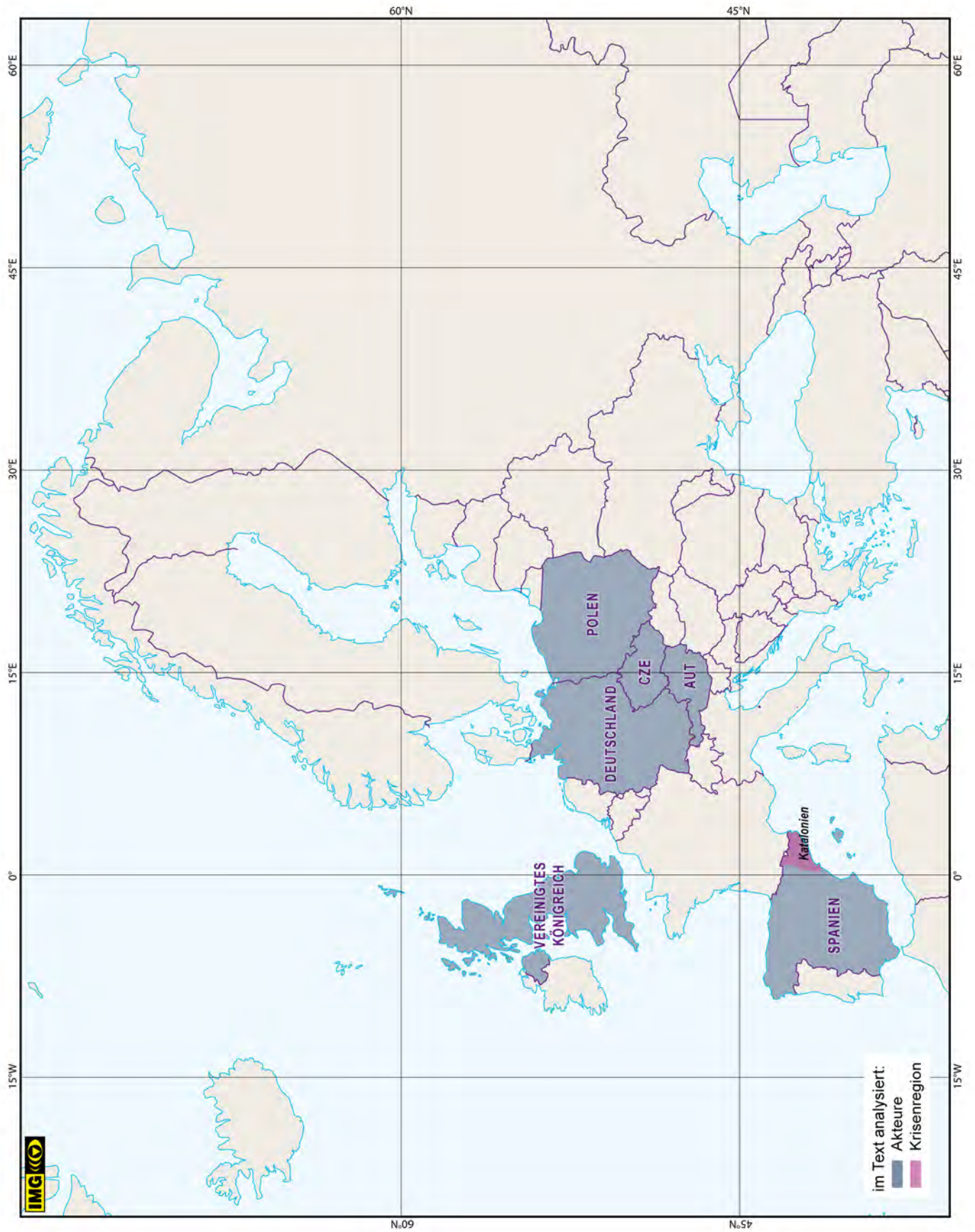
### **Donald Trump und seine Bauchpolitik**

Die Schwierigkeit, Donald Trumps Worte in ihrer wirklichen Tragweite richtig einzuschätzen, ist mittlerweile so etwas wie Nationalsport unter US-Psychologen geworden, die nicht müde werden, jeden Tweet und jeden Gefühlsausbruch des Präsidenten in Ferndiagnose, meist via Medien, zu deuten. Auch seine Rede im Rahmen der Vorstellung der neuen US-Sicherheitsstrategie ist da keine Ausnahme. Das Problem, das Trumps engster Mitarbeiterkreis zu haben scheint, ist, dass Donald Trumps Worte oft nicht mit seinen Taten korrelieren (und vice-versa)! Ihnen obliegt dann die wenig beneidenswerte Aufgabe, diese beiden oft sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen vor der Presse zu erklären bzw. so gut es geht politisch zu verschleifen. So ist sein gutes Verhältnis zum russischen Präsidenten Vladimir Putin kein Geheimnis. Das wirtschaftliche Lob, das Putin in seiner traditionellen alljährlichen Jahrespressekonferenz am 14. Dezember 2017 den USA ausstellte, wurde von Trump etwa hochofrend kommentiert. Und auch dem chinesische Staatspräsident Xi Jinping zollte Trump – Handelsdefizit hin oder her - privat eine Art von Respekt, der für viele Kommentatoren weltweit oft schon mit „Bewunderung“ umschrieben wurde. Trotzdem hielt dieser Umstand Trump im Zuge seiner zweiwöchigen Asienreise nicht ab, nach einem harmonischen China-Besuch (inkl. dem erfolgreichen Abschluss von Geschäften im Wert von 250 Mrd. USD) die Politik Xis in seiner in Hanoi gehaltenen Rede umgehend wieder scharf zu attackieren - und das ausgerechnet aus der Hauptstadt des mit Peking aufgrund zahlreicher territorialer Differenzen verfeindeten Vietnam – für die chinesische Diplomatie ein gleich doppelter Affront. (Ganz nebenbei verlautbarte Trump in Hanoi, er sei jetzt von der guten Arbeit seiner Nachrichtendienste überzeugt, die behaupteten, Russland habe versucht, die US-Wahl zu beeinflussen – am Vortag hatte er noch das Gegenteil behauptet und dem russischen Präsidenten Putin sein Vertrauen ausgesprochen...) Ähnliche Irritationen entstanden natürlich – weil in noch weitaus prominenterem Rahmen verlautbart – anlässlich seiner Attacken auf Russland und China im Zuge seiner Grundsatzrede zur NSS. Das Problem, das die jeweils angesprochenen Parteien mit Trump haben, liegt auf der

Hand: Es ist die Unberechenbarkeit und Launenhaftigkeit des mächtigsten Mannes der Welt, die es ungemein schwierig machen, sein momentan Gesagtes (oder „GeTwittertes“) richtig einzuordnen. Das, was dabei auf jeden Fall auf der Strecke bleibt, ist das wohl wichtigste menschliche Gut in der Politik schlechthin: Vertrauen. Menschen, die sich zur Wahl stellen – und besonders solche, die sich um das höchste Amt der Vereinigten Staaten von Amerika bewerben – sollten Eigenschaften besitzen, die sie deutlich von der Masse abheben. Warum sollte man sie auch sonst wählen? Diese Eigenschaften sollten primär mit jenen Werten korrelieren, die die jeweilige Gesellschaft als Wertekanon achtet und akzeptiert. So weit, so gut. Donald Trump ist es 2016 gelungen, zwar nicht die Mehrheit der Wähler, aber die Mehrheit der Wahlmänner hinter sich zu vereinen. Das ist als Demokrat zu akzeptieren. Das wirklich Problematische an seiner Präsidentschaft ist die Tatsache, dass Donald Trump nicht einmal den Versuch macht, den tiefen Graben, der sich durch die US-amerikanische Gesellschaft zieht, zuzuschütten. Das Gegenteil ist der Fall. So präsentieren sich die USA heute dem Beobachter von außen in einer äußerst bedenklichen gesellschaftspolitischen Lage.

Die einschlägigen US-amerikanischen Medien sind voll von glaubhaften, ungläubhaften und völlig irren Geschichten über den Präsidenten. Obwohl – die meisten dieser Geschichten werden sowieso durch Donald Trumps Tweets tagtäglich in den Schatten gestellt. Anfang 2018 rechnete ein findiger Journalist aus, dass der Präsident an nicht weniger als 100 Tagen im Jahr 2017 auf dem Golfplatz war. Wer selbst Golf spielt – und sei es nur eine „kleine Runde“ von 9 Löchern, weiß, wieviel Zeit dieses Hobby kostet. Viele Zeitgenossen erinnern sich an Zeiten und an Präsidenten, wo man, wenn man in der Nacht in Washington D.C. die Pennsylvania Avenue am Weißen Haus vorbeiging, fast immer Licht im Oval Office brennen sah (zu Jimmy Carters oder Lyndon B. Johnsons Zeiten etwa). Man hatte zumindest das subjektive Gefühl, da saß ein Mann, der rund um die Uhr für die USA da war und arbeitete.

Irgendwie mag sich ein solches Gefühl bei Donald Trump nicht einstellen. Man hat vielmehr den Eindruck, Donald Trump verkaufe mehr eine Marke (nämlich die Marke Donald Trump), als diene er den USA als Präsident. Donald Trump mag den Medien ein Goldenes Zeitalter beschert haben, für viele kritische Zeitgenossen ist er vielmehr Hauptdarsteller in einem oft kafkaesk-skurilen Lientheater - ohne die Möglichkeit für das Auditorium, die Vorstellung vorzeitig verlassen zu dürfen. Auf dem Spielplan: eine vierjährige Trag(ikom)ödie.



Europa

## Europa und die EU

### PESCO wird Realität

Die seit fast neun Jahren im EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Lissabon in den Artikeln 42 (6) und 46 sowie im Protokoll Nr. 10 zum EU-Vertrag verankerte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) – im Englischen PESCO (Permanent Structured Cooperation) – wird verwirklicht. Anlässlich der Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel hatte am 13. November 2017 auch Österreichs damaliger Außenminister Sebastian Kurz die Notifizierung für die SSZ/ PESCO unterzeichnet. Der dafür erforderliche rechtlich verbindliche Ratsbeschluss wurde am 11. Dezember 2017 verabschiedet. Eine Liste von 17 Projekten wurde ebenso beschlossen. Vier dieser Projekte werden von Deutschland, vier von Italien und zwei von Frankreich angeführt. Folglich soll dadurch die verbindliche Umsetzung von militärischen Kooperationsvorhaben auch in kleineren Gruppen möglich gemacht werden. Die Fähigkeiten dazu melden die sich daran beteiligenden Staaten in die Europäische Verteidigungsagentur (European Defence Agency – EDA) ein. Fähigkeiten sollen in Zukunft gebündelt, ergänzt, sowie in der Folge Rüstungsausgaben effizienter und effektiver (zum Beispiel durch Großbestellungen) koordiniert werden. Insgesamt beteiligen sich an der SSZ/ PESCO folgende 23 Mitgliedstaaten: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, die Slowakei, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Die vier EU-Staaten Dänemark, Irland, Malta und Portugal sowie das scheidende Mitglied Großbritannien werden sich an der SSZ/ PESCO derzeit nicht beteiligen. Zwei Bedingungen müssen für die SSZ/ PESCO erfüllt sein: erstens die Bereitschaft eines Mitgliedstaates, Verteidigungsfähigkeiten weiterzuentwickeln, so durch die Mitwirkung an multinationalen Programmen zur Verbesserung der Ausrüstung. Zweitens die Beteiligung an EU-Battlegroups innerhalb von 5 bis 30 Tagen für einen Zeitraum von 30 bis zu 120 Tagen. Die EDA überprüft diese Voraussetzungen. Insgesamt zielt SSZ/ PESCO

- auf Erhöhungen der Ausgaben für Verteidigung in den EU-Mitgliedstaaten;
- in diesem Zusammenhang auch auf eine mittelfristige Erhöhung des Anteils der jeweiligen Rüstungsausgaben auf 20 Prozent des Verteidigungsbudgets;

- auf eine Anhebung der Ausgaben für Verteidigungsforschung auf 2 Prozent der Verteidigungsausgaben;
- auf die Durchführung gemeinsamer Projekte, die auch vom Europäischen Verteidigungsfonds unterstützt werden können;
- auf eine koordiniertere Kooperation im Bereich Cyber-Verteidigung;
- auf eine deutliche Verbesserung der Interoperabilität der Streitkräfte und der Waffensysteme der EU-Mitgliedstaaten;
- auf die Bereitstellung von Truppen und Logistik für die EU-Battlegroups sowie für Krisenbewältigungseinsätze;
- auf eine gemeinsame Budgetierung von Missionen;
- auf eine Stärkung des Wettbewerbs auf den Rüstungsmärkten.

Umgesetzt wird die SSZ/ PESCO sowohl auf Rats- wie auch auf Projektebene. Erstere gibt Richtungsentscheidungen vor, stimmberechtigt sind ausschließlich jene Staaten, die sich an der SSZ/ PESCO beteiligen. Die Entscheidung erfolgt in der Regel einstimmig. Die jeweiligen Projekte werden von den Teilnehmerstaaten selbständig umgesetzt. SSZ/ PESCO zielt ausschließlich auf eine verbesserte Koordination in der militärischen Zusammenarbeit und beinhaltet keineswegs die Entwicklung der EU zu einer Verteidigungsgemeinschaft (die eine automatische Beistandspflicht voraussetzen würde). Die Streitkräfte bleiben den Staaten weiterhin unterstellt. In Österreich hatten am 18. September 2017 die Minister Sebastian Kurz (Äußeres) und Hans Peter Doskozil (Verteidigung) einen Ministerratsvortrag zur SSZ/ PESCO eingebracht. Diese vertiefte Kooperation dient demnach der „*Stärkung bestehender operativer Kapazitäten*“ mit dem Schwerpunkt der Verbesserung jener Fähigkeiten, die für den „*Schutz der Bevölkerung, Außengrenzschutz und Migration*“ benötigt werden. In Österreich wird vor einer konkreten Beteiligung noch der Ministerrat befasst. Bei den Projekten handelt es sich u.a. derzeit um

- ein Logistik-Knotenpunktenetzwerk;
- die Überwachung und den Schutz von Seehäfen und des Meeres;
- gezielte Meeresüberwachung;
- ein Programm für softwaregesteuerten sicheren Funk;
- die Schaffung eines Ausbildungszentrums für Katastrophenhilfe;
- die Verbesserung grenzüberschreitender Militärtransporte;

- den Aufbau eines Kompetenzzentrums für EU-Trainingsmissionen;
- die Einrichtung einer Plattform für Informationsaustausch bei Cyber-Gefahren;
- die Schaffung eines schnellen Einsatzteams bei Cyber-Angelegenheiten und gegenseitige Unterstützung bei Cyber-Sicherheit;
- die Errichtung eines medizinischen Hauptquartiers;
- die verstärkte Kooperation im Energiebereich;
- den Aufbau eines (halb-)automatischen Systems zur Seeminenabwehr;
- eine Krisenreaktionsinitiative für die multinationalen Militärverbände;
- ein strategisches Führungssystem für gemeinsame Missionen und Operationen;
- ein Programm für gepanzerte Fahrzeuge und indirekte Artillerieunterstützung.

Österreich wird sich vorerst an vier Projekten beteiligen: Gemeinsam mit Griechenland an der Entwicklung eines Cyberprogramms, um Angriffe auf digitale Netze zu verhindern. Mit Italien wird an einer Initiative für den Katastrophenschutz gearbeitet, mit Deutschland wurde der Aufbau eines Kompetenzzentrums für Trainingsmissionen und ein Programm für grenzüberschreitende Militärtransporte ins Auge gefasst. In einem weiteren Schritt ist Österreich gewillt, ab 2018 bei Bedarf auch selbständig Projekte zu initiieren. Österreich, so das Regierungsprogramm der ÖVP („Neuen Volkspartei“) und FPÖ, wirkt *„nach Maßgabe der strategischen Interessen der Republik“* im Rahmen der GSVP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU) sowie bei der SSZ/ PESCO mit (S. 53)

### **EU: keine einheitliche Flüchtlingspolitik**

Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten haben auf ihrem Gipfel am 14./15. Dezember 2017 weiterhin keine Fortschritte im Streit um die Aufteilung von Flüchtlingen erreicht. Die Standpunkte der Mitgliedstaaten haben sich nicht verändert, so Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel: *„Inhaltliche Differenzen waren nicht zu leugnen.“* Jedoch bestand Einigkeit darüber, dass *„bereits große Fortschritte bei der Bekämpfung der illegalen Migration außerhalb der EU und beim Grenzschutz erzielt worden seien“*; so Österreichs damaliger Bundeskanzler Christian Kern. Polen, die Tschechische Republik und Ungarn boykottieren den im September 2015 von der EU verabschiedeten Mehrheitsbeschluss zur Aufteilung von bis zu 120.000 Asylwerbern aus Griechenland und Italien nach einem Zahlenschlüssel. Anfang Dezember 2017 wurden die drei Staaten deshalb von der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt. Die Klage

der drei Länder gegen den Beschluss wurde vom EuGH bereits zuvor zurückgewiesen. Das System der verpflichtenden Aufteilungsquote, so der neue tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš, werde dem Vormarsch extremistischer Parteien Vorschub leisten. Ungarn argumentierte wiederum, dass die Umsetzung der Quote sowieso im September 2017 ausgelaufen sei. Die Regierung in Budapest hätte 1.294 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien aufnehmen sollen. 2017 stellte Ungarn bis Mitte September immer mehr Bleiberechte aus (von Januar bis September 2017 allein 800). Laut EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos sind die Umsiedlungszielgrößen im zweijährigen Programm zu 91 Prozent erreicht worden. 32.255 Asylberechtigte aus Griechenland und Italien waren demnach in andere Länder gebracht worden. – von 35.245 umzuverteilenden Personen. Letztere Zahl sorgte für Verblüffung: 2015 war laut EU-Kommission die Rede von der Umsiedlung von 160.000 Flüchtlingen gewesen. 40.000 freiwillig (Vorschlag im Mai 2015), weitere 120.000 im September 2015. Da Ungarn auf die Umsiedlung von 54.000 Menschen verzichtete – diese zogen illegal Richtung Westen – blieben nur noch 106.000 Personen, wovon 7.745 freiwillig außerhalb der Quoten umzogen. Aber auch die verbliebenen 98.255 seien nicht real, so Avramopoulos. Nach dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei (März 2016) kamen viel weniger Migranten (minus 96 Prozent), die „faire“ Gesamtverteilungszahl sei daher nur 35.245. Nun erfüllten viele Länder, die bisher kritisiert wurden, die neuen Quoten – etwa Luxemburg zu 449 Prozent, Deutschland zu 122 Prozent. Österreich nahm 17 von 939 Asylwerbern auf, Polen und Ungarn null. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker betonte, dass die Migrationsfrage für Generationen von Europäern weiterhin eine enorme Herausforderung bleiben werde, selbst wenn die EU aus diesem „Krisenmodus“ herauskomme. Die EU, so Juncker, benötige *„zukunftsfähige Mittel, um die Migration verantwortungsvoll und fair zu managen.“*

Umgekehrt ist es wichtig, Afrika sozial, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zu stabilisieren. Gezielte Investitionen und Programme für die Berufsausbildung erweisen sich als nachhaltiger als nur „Entwicklungshilfe“. Seit dem Jahr 1960 wurde die Summe von insgesamt sechs Marshallplänen nach Afrika investiert. Der Großteil der Gelder gelangte nicht in wirtschaftlich nachhaltige Projekte, sondern ging direkt an „korruptionsanfällige Autokraten“. In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Bevölkerung Afrikas verdoppelt. ECOWAS, die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, ist deshalb bestrebt, bis 2030 die Geburtenrate auf drei Kinder pro Frau zu verringern. Die Agrar-Exportsubventionen der EU nach Afrika existieren nicht mehr. Stattdessen ermöglichen neue Abkommen für die Wirtschaftspartnerschaft

afrikanischen Ländern Marktschutzmaßnahmen (wie Zölle oder Verbote für Geflügelimporte). Der Aufbau von umfassenden Bildungssystemen ist ebenso unerlässlich. Für die EU ergibt sich die Dringlichkeit in der Migrationsfrage allein schon aus der demografischen Entwicklung: Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf 2,5 Milliarden Menschen mehr als verdoppeln. Zudem muss die EU, so Angela Merkel Anfang Oktober 2017, Migrationsabkommen mit allen nordafrikanischen Ländern schließen – ungeachtet der politischen Systeme vor Ort. Vorbild wäre hier das Abkommen mit der Türkei. Seit der Schließung der Balkanroute gelangen die meisten Migranten über Nordafrika nach Europa. Aus Sicht der EU soll kein Migrant den Weg nach Europa durch die Sahara, durch Libyen und schließlich über das Mittelmeer antreten. Die Migranten kommen über die 2500 Kilometer lange Wüstengrenze mit Algerien, dem Tschad, dem Niger und dem Sudan nach Libyen. Es geht zunächst darum, die Kooperation mit der libyschen Regierung auszubauen und somit Ankünfte in Europa drastisch zu verringern, nach dem Rekordjahr 2016 mit 181.436 neu registrierten Migranten in Italien. Die EU bildet die libysche Küstenwache aus, die die Migranten im Mittelmeer abfängt und zurück nach Libyen bringt. Dort werden jedoch die meisten von ihnen in „Migrantenzentren“ verlegt, wo sie äußerst unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt sind. Zwangsarbeit, Folter und Vergewaltigungen gehören hier zum Alltag. An die 30 staatliche Anhaltezentren existieren in Libyen, es gibt jedoch zahlreiche inoffizielle Zentren, die von Menschenschmugglern und Milizen geführt werden. Milizen in Libyen kämpfen seit der NATO-Intervention 2011, die zum Sturz des Machthabers Muammar al-Gaddafi geführt hat, nach wie vor um die Vorherrschaft. Migranten kommen vor allem aus Mali, Niger, Nigeria, der Elfenbeinküste, Burkina Faso, Gambia, Guinea und dem Senegal. Seit August 2017 ist die Zahl der Migranten, die von Libyen aus eine Überfahrt nach Italien riskieren, gesunken. Im September 2017 waren es 6300, im Oktober 6000. Im Mai und Juni 2017 waren die Zahlen noch bei monatlich 23.000 gelegen. Von Anfang Juli bis November 2017 kamen 33.288 Menschen aus Libyen in Italien an – um 67 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2016. Offiziell plädieren die EU-Staats- und Regierungschefs für legale Fluchtwege aus dem Land. Wie dieses Vorhaben praktisch umgesetzt werden soll, bleibt im Dunkeln. Sogenannte Hotspots, von wo aus Schutzbedürftige nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel direkt in die EU-Staaten gebracht werden können, haben selbst auf europäischem Boden nicht zum erhofften Erfolg geführt, weil die Aufnahmebereitschaft einiger Mitgliedstaaten nach wie vor äußerst begrenzt ist. In vier Schwerpunktbereichen soll gemäß den Beschlüssen des EU-Afrika-Gipfels in

Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) von Ende November 2017 die Kooperation mit Afrika gestärkt werden: Migration, die Verbesserung der Sicherheitslage sowie Investitionen in nachhaltiges Wachstum und Bildung.

### **Der „Brexit“ – Es wird verhandelt**

Das britische Unterhaus hatte der Regierung von Premierministerin Theresa May bei den Brexit-Verhandlungen Zügel angelegt. Mit knapper Mehrheit von 309 zu 305 Stimmen wurde in der Nacht auf 14. Dezember 2017 eine Entschließung angenommen, demnach die Abgeordneten über den Ausstieg aus der EU entscheiden werden. Dieser Schritt soll die volle Souveränität des britischen Parlaments zum Ausdruck bringen. Seit der Entscheidung für den Brexit Mitte 2016 hatte die Regierung versucht, das Parlament vom Austrittsprozess zunehmend zu isolieren. Nach heftigen Protesten wurde schließlich beiden Parlamentskammern eine Abstimmung über den Brexit-Vertrag zugestanden – jedoch erst nach Abschluss der Verhandlungen und ohne die Möglichkeit zu Detailänderungen. Zur zentralen Figur des Protests wurde der frühere Generalstaatsanwalt und konservative Abgeordnete Dominic Grieve. Er zitierte dabei Winston Churchill: *„Es gibt Momente, in denen man das Land vor die Partei stellen muss.“* Seit der Parlamentswahl im Juni 2017 führt Theresa May eine Minderheitsregierung, diese ist auf Unterstützung der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP) angewiesen. Jeremy Corbyn (Labour) triumphierte über May: diese hätte eine *„demütigende Niederlage“* erlitten. Er spottete in Abwandlung des Slogans der Brexit-Kampagne aus 2016: *„Das Parlament hat die Kontrolle zurückerobert.“* May besitzt keine Mehrheit im Unterhaus. Tatsächlich bedeutet das Abstimmungsergebnis, dass die Regierung ihre Verhandlungsergebnisse mit der EU dem Parlament zur Bewertung und abschließenden Abstimmung vorlegen muss. In beiden Kammern des Parlaments besteht derzeit eine klare Mehrheit für einen möglichst weichen Brexit. Mitten in den heiklen Brexit-Gesprächen verlor May mit Entwicklungshilfeministerin Priti Patel (Pro-Brexit-Lager) das zweite Regierungsglied innerhalb von nur einer Woche. Grund waren zwölf politische Gespräche während desurlaubes von Patel mit der israelischen Führung, über die sie die britische Regierung nicht informiert hatte. Ein Gespräch fand sogar mit Israels Premierminister Benjamin Netanjahu statt. In der Nacht auf 21. Dezember 2017 trat Theresa Mays Stellvertreter Damien Green zurück – ihr engster politischer Mitstreiter. May verlor nun in zwei Monaten drei Minister. Green (Anhänger eines weichen Brexit wie auch Schatzkanzler Philip Hammond und Innenministerin Amber Rudd) wurde Falschaussagen zu Ermittlungen in Hinblick auf seinen Amtscomputer (*„extreme Pornographie“*) nachgewiesen.

Im Dezember 2017 erfolgte der Abschluss der ersten Brexit-Verhandlungen. Fortschritte gab es in drei Bereichen: Der Begleichung offener EU-Rechnungen, dem künftigen rechtlichen Status der in Großbritannien lebenden 3,5 Millionen EU-Bürger sowie dem künftigen Verhältnis Nordirlands zu Irland. Die Teilnahme Nordirlands am EU-Binnenmarkt ist Teil des Karfreitagsabkommens von 1998, mit dem der Konflikt zwischen nordirischen Republikanern und Unionisten entschärft werden konnte. Der Brexit drohte diese Grundlage infrage zu stellen. Die Regierung in Dublin beharrte deshalb darauf, dass es nach dem Brexit keine „harte“ Grenze zwischen Irland und Nordirland geben dürfe. Am 8. Dezember 2017 hatten sich die EU und Großbritannien auf die Brexit-Modalitäten geeinigt. Der Austrittsprozess hatte am 29. März 2017 begonnen, als May der EU das offizielle Austrittsgesuch zukommen ließ – und den zweijährigen Austrittsprozess gemäß Artikel 50 des EU-Vertrags von Lissabon aktivierte. Das genaue Brexit-Datum steht somit fest: 29. März 2019. Ein chaotischer Austritt soll vermieden werden. May hat sich bereit erklärt, ihren Teil der offenen EU-Rechnungen zu begleichen. Sie garantiert weiters, dass die Rechtsansprüche der in Großbritannien lebenden EU-Bürger weitgehend unangetastet bleiben (jedoch ohne direkte Zuständigkeit des EuGH, wie von Brüssel ursprünglich gefordert). Und sie ist drittens dazu bereit, die Vorschriften im nordirischen Landesteil an das in der Republik Irland geltende EU-Recht anzugleichen, sollte bis zum Austrittsdatum kein künftiger Modus Vivendi erreicht werden. Am letzten Punkt waren die Verhandlungen beinahe gescheitert, die DUP stellte sich dagegen. Die Bande zwischen Nordirland und dem Rest Großbritanniens dürften nicht geschwächt werden, so die DUP. Die regulatorische Anpassung an EU-Regeln soll demnach nicht nur für Nordirland, sondern auch für ganz Großbritannien gelten. Um eine harte innerirische Grenze zu vermeiden, müssen die Vorschriften auf beiden Seiten der Grenze aneinander angepasst werden. Es geht laut Dublin um 140 Bereiche: von der Landwirtschaft über die Wasserverwaltung bis hin zu Stromleitungen.

Am 15. Dezember 2017 hatten die Staats- und Regierungschefs der EU-27 Leitlinien mit der britischen Regierung vereinbart, wonach die Verhandlungen über den Brexit Ende März 2019 in die zweite Phase übergeleitet werden sollen. Das heißt, dass sich EU-Chefverhandler Michel Barnier mit Großbritannien nicht nur über alle Details der „Scheidung“ gemäß den bestehenden Verträgen einigen kann. Es soll auch gleichzeitig begonnen werden, über die künftigen Beziehungen Großbritanniens zur EU zu verhandeln, so im besten Fall im Rahmen einer für beide Seiten günstigen Freihandelszone mit dem Verbleib im Binnenmarkt und in einer Zollunion. Premierministerin May betonte, dass sie die finanziellen Pflichten der EU-

Mitgliedschaft respektieren werde, jedoch ohne konkrete Zahlen zu nennen. London hat versichert, die Finanzausgaben im derzeitigen EU-Haushalt, der 2020 ausläuft, einzuhalten. So wird demnach 2019 und 2020 der EU-Beitrag weitergezahlt, inklusive Britenrabatt. Danach wird Großbritannien für seinen Anteil an Garantien bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) oder dem Afrika-Fonds einstehen. Die Schlussrechnung beläuft sich nach Aussagen eines Sprechers von Theresa May auf 40 bis 45 Milliarden Euro. Ebenso wird May die erworbenen Rechte der in Großbritannien lebenden 3,5 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger respektieren. Auch die 1,2 Millionen Briten in der EU können auch nach dem Brexit in den EU-Staaten wohnen, arbeiten und studieren, sie behalten weiterhin ihre Sozialansprüche. London will für EU-Bürgerinnen und -Bürger einen Sonderstatus schaffen, der ihnen erlaubt, ohne hohe Kosten und Verwaltungsaufwand zu bleiben. Familienmitglieder wie Ehepartner, Kinder oder Eltern dürfen somit nachziehen. Bei Streitfällen entscheiden nun grundsätzlich britische Gerichte, die sich aber an der Rechtsprechung des EuGH orientieren. In der Vereinbarung zwischen Großbritannien und der EU vom 8. Dezember 2017 heißt es zudem, das Karfreitagsabkommen müsse *„in allen seinen Teilen geschützt werden“*. Ohne eine andere Lösung werde London *„völlige Übereinstimmung mit den Regeln des Binnenmarkts und der Zollunion beibehalten“* – sofern diese *„die Wirtschaft der gesamten Insel und den Schutz des Abkommens von 1998“* sicherstellen. Die Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland bleibt auch ab 2019 offen. 2018 wird jedoch erst die eigentliche harte Arbeit beim Brexit beginnen. Ob jedoch das Abkommen mit Großbritannien im Oktober 2018 finalisiert sein wird, bleibt weiterhin offen. Der Tag der endgültigen Trennung von der EU kommt jedoch für Großbritannien schneller als ursprünglich angedacht. Nach Vorstellungen von May sollte Großbritannien nach dem Brexit-Stichtag 29. März 2019 noch zwei Jahre an die EU gekoppelt bleiben, um erstens negative wirtschaftliche und politische Folgen des Austritts zu verringern und das künftige Verhältnis der EU zu Großbritannien zu klären. Am 20. Dezember 2017 verkürzte der Brexit-Chefverhandler der EU-Kommission, Michel Barnier, diese Übergangsfrist um drei Monate: Nach Vorstellungen der Kommission soll folglich die Transitphase am 31. Dezember 2020 zu Ende gehen, da an diesem Tag die EU-Budgetperiode 2014-2020 endet. Ab 2021 soll ohne „Faktor Großbritannien“ budgetiert werden.

### **Deutschland hat gewählt**

Die deutsche Bundestagswahl am 24. September 2017 (61,5 Millionen Menschen waren zur Wahl aufgerufen) läutete das Ende der traditionellen „Großparteien“ ein:

die CDU kam auf 32,9 Prozent der Stimmen (-8,6 Prozent im Vergleich zu 2013), die SPD auf 20,5 Prozent (-5,2 Prozent), die AfD auf 12,6 Prozent, die FDP auf 10,7 Prozent, die Linke auf 9,2 Prozent sowie die Grünen auf 8,9 Prozent. Die CSU kam in Bayern sogar auf unter 40 Prozent. Für CDU und CSU bedeutete das Wahlergebnis der schwerste Verlust seit dem Ende der 1940er Jahre (CDU) bzw. seit 1953 (CSU). Die SPD kämpfte dieses Mal nicht um Platz 1, sondern um den Fortbestand als Volkspartei und erhielt ihr schlechtestes Bundestagsergebnis seit 1945. Bereits 2009 stürzte die SPD auf 23 Prozent ab. Die AfD („Alternative für Deutschland“) entwickelte sich von der außerparlamentarischen Opposition zur drittstärksten Kraft im Bundestag, in Sachsen wurde die AfD mit 27 Prozent Stimmanteil knapp vor der CDU stärkste Kraft. So hatte die damalige Spitzenkandidatin von Sachsen, Frauke Petry, landesweit die höchsten Zugewinne für die AfD erreicht. Frauke verließ jedoch am 25. September 2017 die Partei. Zugewinne konnte die AfD in den neuen Bundesländern, im Ruhrgebiet, in Berlin und in Baden-Württemberg für sich verbuchen. Erstmals wird die AfD mit ihren Spitzenkandidaten Alexander Gauland und Alice Weidel im Bundestag vertreten sein. Die AfD hat sich in den letzten beiden Jahren weit radikaler als in ihrer Gründungsphase positioniert und warb mit dem Slogan: „Wir werden unser Land und unser Volk zurückholen“ oder „*Offene Grenzen. Ihr spielt mit dem Feuer*“. Der AfD-Vorsitzende Gauland meinte: „*Wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen*“. Die AfD wiederholte im Wahlkampf, Deutschland habe eine „*Flüchtlingspolitik, die jeder rechtlichen Grundlage entbehrt*.“ Aus diesem Grund skandierete die AfD: „*Merkel muss weg*“. Rechts der CSU ist künftig nicht mehr die Wand, wie es einst der damalige bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß ausdrückte, sondern nun die AfD. Nach vierjähriger Pause kehrt die FDP unter Christian Lindner in den Bundestag zurück, sie konnte ihren Stimmenanteil verdoppeln. Die Grünen konnten ihr Ergebnis im Vergleich zu 2013 leicht ausbauen. Die Linke blieb im Vergleich zu 2013 fast stimmengleich. Erstmals in seiner Geschichte gehören dem Bundestag sechs Fraktionen an. Weil alle Parteien eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen haben, schienen anfangs nur zwei Koalitionsvarianten möglich: CDU/CSU-FDP-Grüne („Jamaika“-Koalition) und CDU-SPD. Die SPD schloss am Wahltag die Fortsetzung der schwarz-roten Koalition kategorisch aus: „*Mit dem heutigen Abend endet die Zusammenarbeit mit der CDU*“, betonte der Spitzenkandidat Martin Schulz. Verhandlungen in Richtung „Jamaika-Koalition“ scheiterten noch im Herbst, die FDP brach die Koalitionsverhandlungen ab. Große Differenzen zwischen CDU und CSU, FDP und Grünen gab es bei den Themen Umwelt-, Flüchtlings- und Währungspolitik. Die CSU äußerte sich auch gegen

das von den Grünen forcierte Aus für den Verbrennungsmotor. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte gab es 2017 keine Regierungsmehrheit in Deutschland. Das Land schien zunächst auf Neuwahlen zuzusteuern, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war jedoch entschlossen, alles zu tun, um dies zu verhindern. Merkel sei bereit, „*wieder Verantwortung zu übernehmen*“. Am 7. Januar 2018 begannen die Sondierungen mit der SPD. Bundespräsident Steinmeier sah im Ergebnis der Bundestagswahl „*eine Mahnung zur Einigkeit der deutschen Gesellschaft*“. Die Wahl am 24. September 2017 habe demnach den Blick auf ein Land geöffnet, „*durch das sich unübersehbare große und kleine Risse ziehen*“. Die große Mauer quer durch Deutschland sei zwar weg, jedoch sind neue Mauern entstanden: „*zwischen Stadt und Land, Arm und Reich, Alt und Jung, Online und Offline*.“ Es gebe „*Entfremdung, Enttäuschung und Wut*“. Steinmeier rief dazu auf, aus Differenzen keine Feindschaften entstehen zu lassen, nirgendwo stünden sich die Meinungslager so unversöhnlich gegenüber wie beim Thema Flucht und Migration. Was für die einen ein kategorischer „*humanitärer Imperativ*“ sei, werde von anderen als „*Verräter am eigenen Volk*“ beschimpft. Das Thema bleibe ein „*moralisches Kampfgebiet zwischen diesen Polen*“. Prinzipiell gelte die Unterscheidung zwischen jenen, die tatsächlich Flüchtlinge (wie aus politischen Gründen) oder auf der Flucht vor Armut seien. (Rede am Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2017). Dieses Wahlergebnis war somit in erster Linie Resultat der ungelösten Migrationskrise. Die AfD konnte bei ursprünglich konservativen und auch sozialdemokratischen Wählern viele Stimmen gewinnen, also bei Wählern, die sich nicht von der vorigen Bundesregierung ernst genommen fühlten. 2017 verfügte die AfD bis auf die Landtage von Hessen, Bayern und Niedersachsen bereits über Sitze in allen deutschen Parlamenten sowie im Europäischen Parlament. Es dominierte gerade bei AfD-Wählern die „*Angst vor Ausländern, vor Muslimen*“. Die Pole waren „*ungesteuerte Zuwanderung*“ gegen jene Menschen, die am unteren Rand der Skala leben. In einigen deutschen Städten entstanden in den letzten beiden Jahrzehnten gravierende soziale Probleme, die auf politischer Ebene nicht bewältigt werden konnten. Ein viel zitiertes Beispiel bildet hier Gelsenkirchen mit einem Zuwanderungsanteil von um die 20 Prozent – Armut trifft dort auf Armut, wo soziale Probleme nicht gelöst wurden. Gelsenkirchen etwa hat den Wandel als ehemalige Industriestadt hin zu neuen Strukturen (und damit neuen Arbeitsplätzen) (noch) nicht geschafft. Der Aufstieg der AfD gehört nun zum politischen Erbe von Angela Merkel. Das bedeutet für Deutschland ein Ende von „*Weiter so*“, wie es von Merkel im Wahlkampf kolportiert wurde. Jedoch nicht nur die Migrationskrise spaltet das Land: Deutschland zählt eine

Rekordbeschäftigung, die niedrigste Arbeitslosenrate seit 1990 sowie volle Staatskassen.

### Neue Regierung in Österreich

Nach den vorgezogenen Nationalratswahlen am 15. Oktober 2017 (Wahlbeteiligung: 80 Prozent) bekam die ÖVP („Neue Volkspartei“) 62 (31,5 Prozent der Stimmen), die SPÖ 52 (26,9 Prozent), die FPÖ 51 (26 Prozent), NEOS 10 (5,3 Prozent) und die „Liste Pilz“ 8 (4,4 Prozent) Mandate. Die Grünen schafften mit 3,8 Prozent den Einzug in den Nationalrat nicht. Ursache war die durch die „Liste Pilz“ erfolgte Spaltung der Partei. Die neue österreichische türkis-blaue Bundesregierung will, so der neue Bundeskanzler Sebastian Kurz, „Europa aktiv mitgestalten“, jedoch dabei auch verstärkt „auf das Subsidiaritätsprinzip“ pochen. In diesem Zusammenhang soll in Zukunft stärker hinterfragt werden, ob manche Agenden nicht besser auf nationaler oder lokaler Ebene umgesetzt werden können (abgeleitet vom Szenario 4 – „Weniger, aber effizienter“ – des vom Präsidenten der EU-Kommission Jean-Claude Juncker vorgestellten Weißbuches zur Zukunft der EU). „Österreich muss wieder stärker markieren, wo es steht“, so Österreichs neue Außenministerin Karin Kneissl. Juncker selbst zeigte sich vom neuen Programm der österreichischen Bundesregierung überzeugt und betonte: „Wir werden sie an ihren Taten messen.“ Der FPÖ wolle Juncker ohne Vorverurteilungen begegnen, Juncker habe demnach auch nicht die Regierungen in Griechenland oder Bulgarien (seit 1. Januar 2018: EU-Vorsitz) „zerlegt“, denen Nationalisten angehören. Rückenwind bekam Kurz auch von EU-Ratspräsident Donald Tusk. Juncker, Tusk und Antonio Tajani (Präsident des Europäischen Parlaments) gehören Parteien aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei an. In Österreich zog Kurz die EU-Agenden direkt an sich, so übersiedelte die Task Force zur Vorbereitung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft (2. Halbjahr 2018) in das Bundeskanzleramt.

Am Tag nach der Angelobung der neuen Regierung reiste Kurz in die EU-Hauptstadt Brüssel: „Das ist eine positive Botschaft für Europa und beweist die proeuropäische Haltung seiner Regierung“, betonte Tajani: „Persönlich vertraue ich diesem jungen Bundeskanzler“. Das neue Regierungsprogramm kündigt die Einführung von Doppelstaatsbürgerschaften an – vor allem für Südtiroler. Kurz habe Tajani versichert, hier keine österreichischen Alleingänge zu unternehmen, diesbezüglich soll sich Wien mit Rom abstimmen. Italien bleibe, so Kurz, ein enger Partner Österreichs. Angeboten wird die Doppelstaatsbürgerschaft auch Nachfahren von Opfern des Nationalsozialismus und Auslandsösterreichern in Großbritannien (Grund: Brexit). Laut Regierungsprogramm sollen „Fehlentwicklungen auf der europäischen Ebene“ korrigiert

werden: „Eine besonders große Herausforderung wird die Lösung der Migrationsfrage sein.“ „Für illegale Migration, die meist unter Missbrauch des Asylrechts stattfindet, ist kein Platz“ (S. 28). „Integration hängt zudem wesentlich von der Anzahl der zu integrierenden Personen und deren Qualifikation ab. Integrationspolitik kann falsche Einwanderungspolitik nicht reparieren.“ (S. 37) Bundeskanzler Kurz hatte mehrfach erklärt, dass er eine Aufteilungsquote von Asylwerbern ähnlich wie sein polnischer und sein ungarischer Regierungskollege nicht unterstütze. So positionierte sich Kurz bei diesem Thema als Antithese zu Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel. EU-Kommissar Günther Oettinger entgegnete: „Die Quote ist unverändert ein richtiges Instrument, um die anstehenden Aufgaben fair zu verteilen.“ Zudem verlangt die Regierung Kurz eine „klare Politik gegenüber der Türkei: Keine Zustimmung zum EU-Beitritt der Türkei.“ Hier werden Verbündete zur Erreichung des endgültigen Abbruchs der EU-Beitrittsverhandlungen zu Gunsten eines Europäisch-Türkischen Nachbarschaftskonzeptes gesucht (S. 23). Gefordert wird auch ein effizienter EU-Außengrenzschutz durch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und der Grenzschutzagentur FRONTEX. Österreich plant, seinen Beitrag zu internationalen Auslandseinsätzen mit Fokus auf EU-Grenzschutz, Westbalkan, Nordafrika und Migrationsrouten zu stärken. Zudem gibt es im Regierungsprogramm ein Bekenntnis zu Israel als jüdischem Staat mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung, „die Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einen lebensfähigen palästinensischen Staat ermöglicht.“ (S. 24)

EU-Kommissar Günther Oettinger meinte, dass sich Österreichs neue Regierung „eine Chance verdient“ habe. Im Koalitionsvertrag, so Oettinger, findet sich nichts, „was mit europäischem Recht und Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar wäre“. Zudem betont Oettinger: „Auch wir werden uns die Arbeit der FPÖ-Minister in Wien und vor allem in Brüssel sehr genau ansehen.“ Die FPÖ verbleibt nach wie vor in der rechtspopulistischen und zum Teil EU-feindlichen Fraktion ENF (Europa der Nationen und Freiheit) im Europäischen Parlament (EP). Der freiheitliche Delegationsleiter im EP und stellvertretende Vorsitzende der ENF, Harald Vilimsky, betonte jedoch in diesem Zusammenhang, dass kein Bündnis auf Lebenszeit Bestand habe. Nach den Wahlen zum EP im Jahr 2019 könnte, so Vilimsky, „eine positive EU-kritische Gruppierung“ entstehen. Bei den Koalitionsverhandlungen mit der „Neuen Volkspartei“ (ÖVP) war die Mitgliedschaft der FPÖ in der ENF „kein Thema“. So wurde vereinbart, dass die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen nicht Thema der Regierungsgespräche sei. Die ENF wurde 2015 gegründet und umfasst heute 37 EU-Abgeordnete aus Frankreich (Front National), Deutschland, den Niederlanden (Partei der Freiheit – Geert Wilders), Italien (Lega Nord), Großbritannien, Polen (Kongress



der neuen Rechten), Belgien (Vlaams Belang), Rumänien und Österreich (FPÖ). Einzelne Teilnehmer sprachen sich für einen EU- und Euro-Austritt aus, wie auch gegen den EU-Binnenmarkt: „*Ich will die EU zerstören*“, so Marine Le Pen nach den Europawahlen 2014. Der Kongress der neuen Rechten aus Polen will die Wiedereinführung der Todesstrafe sowie die Abschaffung der Gurtenpflicht und fordert wie der Front National den Ausstieg aus dem EU-Binnenmarkt. Marine Le Pen und Geert Wilders gratulierten der FPÖ, Le Pen begrüßte die Regierungsbeteiligung der FPÖ als „*eine sehr gute Nachricht für Europa*“ und als „*wahrlich historisches Ereignis*“. Wilders nannte es wunderbar, dass mit der FPÖ ein Mitglied der ENF-Fraktion „*ernst genommen*“ werde und kritisierte: „*Brüssel ist eine existenzielle Gefahr für unsere Nationalstaaten*“. Le Pen sprach über die EU von einer „*desaströsen Organisation*“. Die ENF spricht sich klar gegen Zuwanderung aus: „*Ich hoffe, dass die Tschechen ihre Türen vor der Massenzuwanderung fest geschlossen halten*“, so Wilders, und lobte die Haltung von Polen und Ungarn in dieser Frage. Tomio Okamura von der tschechischen Partei „*Freiheit und direkte Demokratie*“ (SPD) sagte, es drohe eine „*muslimische Kolonisation Europas*“. Mitte Dezember 2017 forderten führende europäische Rechtspolitiker in Prag beim Kongress der ENF das Ende der EU in der gegenwärtigen Form. Gastgeber war die tschechische SPD. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sieht durch die neue österreichische Bundesregierung die EU vor einer Bewährungsprobe: „*Kanzler Kurz spricht die Sprache Donald Trumps. Der US-Präsident sagt: Wenn jedes Land dafür sorgt, dass es ihm gut geht, geht es am Ende allen gut. Kurz sagt, jedes Land entscheidet allein, ob es Flüchtlinge aufnimmt*“, so Asselborn. Auf diese Weise funktionieren die EU aber nicht: „*Wer so spricht, versteht das Einmaleins der EU nicht, den Grundgedanken der Solidarität. Wenn wir Polen oder Ungarn als Referenz nehmen, sind wir tief gefallen*.“ Asselborn meinte, Kurz will Österreich außenpolitisch an die Visegrád-Gruppe aus Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn andocken: „*Das Modell Visegrád heißt, die europäische Zusammenarbeit zu verneinen*.“ Asselborn: „*Wenn Europa sich in einer entscheidenden Frage wie der Migrationspolitik nicht einig ist, wächst langfristig die Gefahr, dass die EU in sich zusammenbricht*.“ Im Gegensatz sieht EU-Kommissar Günther Oettinger zwar, dass die „*Gefahr der Spaltung besteht, aber sie war vor einem Jahr größer*.“ Oettinger bezieht sich hier vor allem auf den Brexit: „*So schlimm der Brexit ist, er hat die Europäer ein Stück weit geeint*.“

### **EU-Kommission: Verfahren gegen Polen**

Auf der Grundlage des Artikels 7 des EU-Vertrags (Lissabon) hatte nach fast zwei Jahren rechtsstaatlichen Dialogs (seit Anfang 2016) mit Polen um die Unabhängigkeit der Justiz die EU-Kommission am 20.

Dezember 2017 ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen eingeleitet. Artikel 7 kann im Fall einer „*schwerwiegenden Verletzung*“ europäischer Grundwerte durch einen Mitgliedstaat bis zum Entzug der Stimmrechte führen. Die polnische Regierung habe demnach das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit betreffend die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit verletzt. Polens Präsident Andrzej Duda, ein Vertrauter des PiS-Vorsitzenden Jaroslaw Kaczyński, bestellte in verfassungswidriger Weise neue der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) nahestehende Verfassungsrichter. So übernahm die PiS die Kontrolle über dieses Gericht. Im Frühjahr 2016 wurde die gesamte Staatsanwaltschaft unmittelbar den Weisungen des Justizministers unterstellt. 2017 nahm sich die PiS in der Folge die ordentliche Gerichtsbarkeit vor. Aufgrund der neuen Gesetze kann das Justizministerium die Präsidenten der polnischen Gerichte sowie die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes jederzeit entlassen. Zudem wird das Gremium von Richtern, das zuvor unabhängig über die Ernennung und Beförderung von Richtern entschied, unter direktem Einfluss des PiS-dominierten Parlaments gestellt. Das Recht auf ein faires Verfahren vor unabhängigen Gerichten ist somit de jure nicht mehr gegeben. Im Juli 2017 hatte Duda sein Veto gegen Justizgesetze eingelegt, da in den von der PiS vorgelegten Gesetzen seine Rolle bei der Entlassung und Ernennung von Richtern auf die eines Notars eingeschränkt wurde. Duda sollte in Zukunft das unterschreiben, was an anderer Stelle politisch entschieden wurde. Die von Duda selbst eingebrachten Gesetze wurden von den PiS-Parlamentariern inzwischen wieder so abgeändert, dass sie sich von den ursprünglich eingebrachten Texten unterscheiden. Diese stellen jedoch weiterhin die einst unabhängigen Richter Polens unter die politische Kontrolle und heben somit das Prinzip der Gewaltenteilung auf. Verfassungsrichter können einem Disziplinarrecht unterworfen werden, im Rahmen dessen der Justizminister Disziplinarverfahren einleiten kann. Polens neuer Premierminister Mateusz Morawiecki erklärte Mitte Dezember 2017, er stehe auf dem Standpunkt, „*dass souveräne Staaten – und Europa sollte ein Europa souveräner Staaten sein – das absolute Recht haben, ihr Gerichtswesen zu reformieren*.“ Ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen ist aus seiner Sicht „*so unfair*“. Für die offizielle Einleitung des Verfahrens waren die Stimmen von 22 EU-Mitgliedstaaten ausreichend. Ein Stimmentzug im Rat erscheint für Polen dennoch nicht wahrscheinlich, da erstens dafür Einstimmigkeit notwendig ist und zweitens in der Folge Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán angekündigt hat, einen derartigen Schritt nicht zu unterstützen: „*Wer Polen angreift, greift ganz Mitteleuropa an*“, so Orbán. Im polnischen Abgeordnetenhaus hatte in der Zwischenzeit Grzegorz Schetyna, der Vorsitzende der liberalkonservativen „*Bürgerplattform*“ (PO),

angekündigt, den „*Wiederaufbau der polnischen Demokratie*“ vorzubereiten. Die nächsten Parlamentswahlen in Polen sind für Ende 2019 geplant. Die Opposition ist in Polen derzeit äußerst zersplittert. Gemäß Artikel 7 Absatz 1 wird die EU-Kommission grundsätzlich ermächtigt, den Regierungen der EU-Staaten vorzuschlagen, dass sie mit Vier-Fünftel-Mehrheit im Rat (also 22 von 27 Stimmen) die „*eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung europäischer Grundwerte*“ feststellen. Dabei handelt es sich um die in Artikel 2 des EU-Vertrags genannten Werte wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Um jedoch im Fall Polen in einem zweiten Schritt nach Anhörung der Regierung in Warschau festzustellen, dass diese Verletzung der Rechtsstaatlichkeit weiterhin anhält, bedarf es Einstimmigkeit (Polen würde nicht mitstimmen). Polen wird nach der Unterstützungszusage Orbáns also weder seine Stimmrechte im Rat verlieren noch wird es auf andere Weise bestraft werden.

### **Andrej Babiš gewinnt Wahlen in Tschechien**

Der Milliardär, Medienmogul, Multiunternehmer und ursprünglich gebürtige Slowake Andrej Babiš („der tschechische Trumpf“) ist mit seinem Konsortium Agrofert zum zweitreichsten Mann der Tschechischen Republik aufgestiegen. Ihm gehören Chemie- und Lebensmittelbetriebe und der Medienkonzern Mafra mit auflagenstärksten Zeitungen. Er trat auch 2017 als Spitzenkandidat der von ihm gegründeten Partei „Aktion unzufriedener Bürger“ (ANO) an. Im Jahr 2013 holte Babiš bei der Parlamentswahl mit ANO noch Platz zwei hinter den Sozialdemokraten (ČSSD) und nahm neben den Christdemokraten (KDU) als Juniorpartner auf der Regierungsbank Platz. ANO zog zunächst von den Parteien rechts der Mitte Stimmen ab, insbesondere von der national-konservativen ODS, einer EU-skeptischen Partei, die in den 2010er Jahren in Skandale und Affären verstrickt gewesen war. Bei den Wahlen vom 21. Oktober 2017 bekam ANO 29,6 Prozent der Stimmen (78 Sitze von 200 im Parlament), die SPD 10,7 Prozent (22 Sitze, plus 8 Sitze). Erstmals zog die Piratenpartei ins tschechische Parlament mit 22 Abgeordneten ein. Als Vizepremier und Finanzminister war Babiš nicht unerfolgreich zuvor gegen Korruption und Steuerhinterziehung vorgegangen. Weit über eine Million Wähler vertrauten ihm und seinem Versprechen, mit „Altpolitikern“ aufzuräumen und die Korruption im Land zu beseitigen. Die Einwanderung muslimischer Flüchtlinge in die Tschechische Republik lehnt Babiš ab. Profitiert hat Babiš von der Schwäche der etablierten Parteien. Sozialdemokraten und ODS hatten sich mit Korruptionsskandalen selbst diskreditiert. Markige Sprüche gegen die EU gehörten zum Repertoire von Babiš. Bei den Parlamentswahlen von 2017 räumte

Babiš nun links der Mitte ab, die ČSSD wurde zertrümmert, sie fiel mit 7,3 Prozent der Stimmen sogar hinter die Kommunisten zurück (KSCM, 8 Prozent der Stimmen). Babiš führt nun seit 6. Dezember 2017 ein Minderheitskabinett an, toleriert von der KSCM und der SPD. Wichtig bei den Wahlen war sein Erfolg als Unternehmer, sein Slogan, den Staat genauso erfolgreich führen zu können und die Bevölkerung am Wohlstand teilhaben zu lassen. Die Wirtschaft in der Tschechischen Republik boomt, es herrscht fast Vollbeschäftigung. Babiš erhielt – wie US-Präsident Donald Trump – seine Stimmen vorwiegend aus strukturschwachen und aus ländlichen Gebieten wie aus den ehemaligen Industrieregionen Nordböhmens. Pensionisten gaben mehrheitlich ihre Stimmen für Babiš ab. Trotz erfolgreicher Wirtschaft hat die Tschechische Republik das österreichische Lohnniveau noch immer nicht erreicht. Tschechische Löhne machen immer noch etwa 50 Prozent des österreichischen Durchschnitts aus. Im tschechischen Wahlkampf nahmen fast alle Parteien gegenüber der „Willkommenskultur“ für Asylwerber eine ablehnende Haltung ein. Das Programm des Tschecho-Japaners Tomio Okamura (SPD), lässt sich auf „*Nein zum Islam, nein zum Terrorismus*“ reduzieren. Babiš wird in Brüssel auf die Souveränität der Nationalstaaten auch und vor allem in der Flüchtlingsfrage bestehen. Die Verteilung von Asylwerbern nach Quoten oder gar Forderungen nach einer supranationalen EU um jeden Preis kann weitere Spaltungen Europas auslösen – Spaltungen zwischen Staaten und durch Gesellschaften.

### **Der Konflikt in Katalonien**

Im Jahr 2006 hatte sich die Regierung in Barcelona mit der Zentralregierung in Madrid auf ein Autonomiestatut geeinigt, beide Parlamente stimmten diesem Statut zu. 2010 hob der spanische Verfassungsgerichtshof nach einer Klage der Konservativen das Statut wieder auf. Katalonien fand sich zwar damit ab, versuchte jedoch, mit Madrid über eine Neuausrichtung des innerstaatlichen Finanzausgleichs zu sprechen. Derartige Gespräche lehnte die spanische Zentralregierung ab. So hatte die katalanische Regierung nach der Regionalwahl im Jahr 2015 angekündigt, dass sie bis Ende 2017 „*die Unabhängigkeit vorbereiten will*“. Mit dem Referendum vom 1. Oktober 2017 sollte die Grundlage für die Abspaltung von Spanien gelegt werden, zuvor hatte der oberste Gerichtshof in Madrid das Votum als „illegal“ bezeichnet. Der Konflikt um den Verbleib Kataloniens bei Spanien spitzte sich somit in der zweiten Jahreshälfte derart zu, sodass die Bürgermeisterin von Girona, Marta Madrenas, Spanien sogar als „*einen autoritären Staat*“ bezeichnete. König Felipe hatte Anfang Oktober 2017 in einer Erklärung an die Nation die katalanische Regierung beschuldigt, eine Rebellion

gegen Spanien anzuführen, „um auf illegale Weise die Unabhängigkeit zu erklären“. Demnach verstoße die Regionalregierung gegen die Rechtsnormen und demokratische Prinzipien. Madrid aktivierte Artikel 155 der Verfassung (Notstandsartikel), demnach kann die spanische Zentralregierung vorübergehend einige oder sogar alle Kompetenzen der Regionalregierung in Barcelona übernehmen. Premierminister Mariano Rajoy beschloss auf dieser Grundlage am 21. Oktober 2017 auf einer Sondersitzung folgende vier Schritte:

- Absetzung der katalanischen Regierung Carles Puigdemont; die Geschäfte der katalanischen Minister übernehmen die zuständigen Minister in Madrid;
- Überwachung der katalanischen Verwaltung und Polizei durch die Zentralregierung und die spanischen Sicherheitskräfte;
- das katalanische Parlament wird in seinen Kompetenzen eingeschränkt, dessen Initiativen müssen spanischem Recht entsprechen.
- Abhaltung von Neuwahlen in Katalonien binnen vier Monaten (21. Dezember 2017).

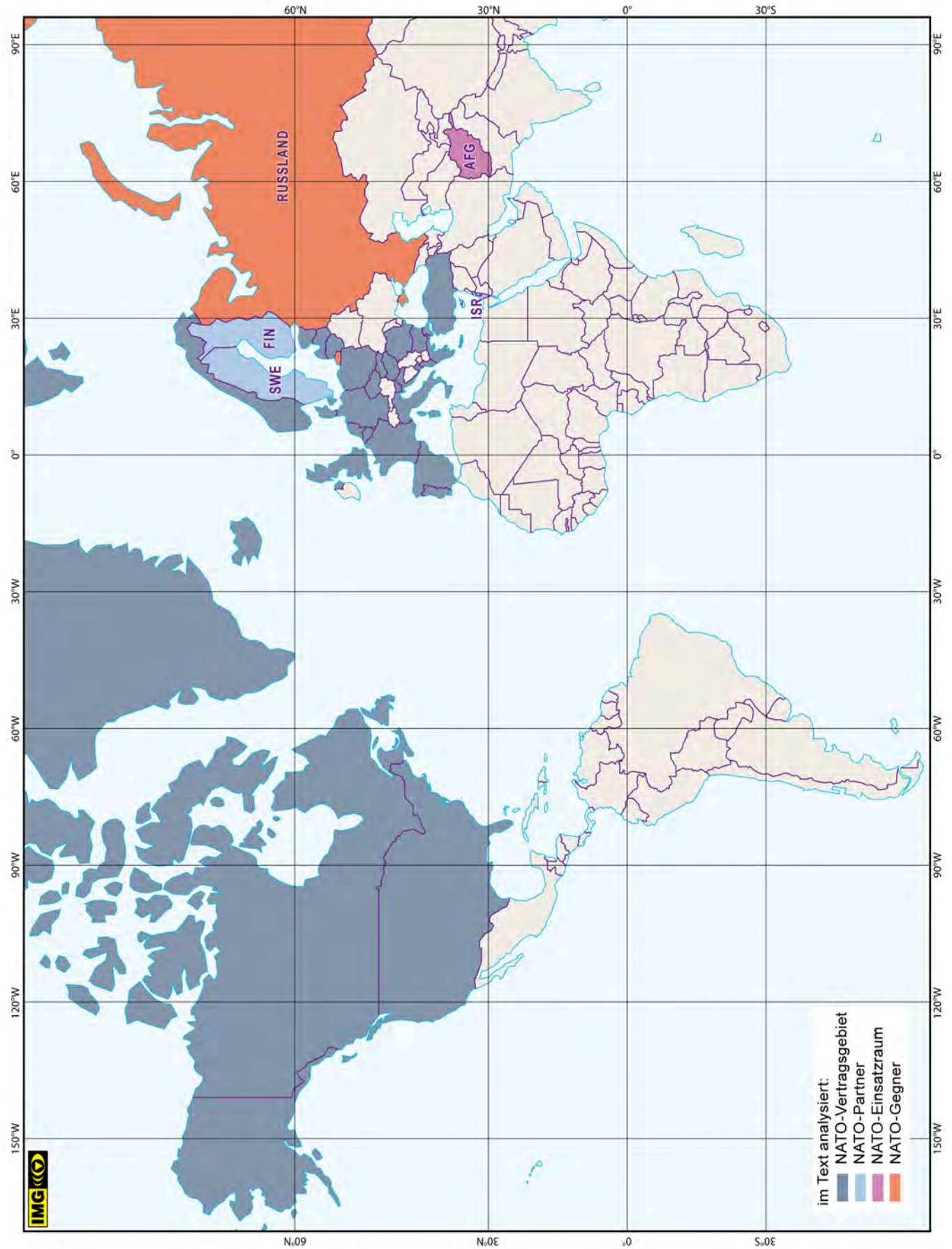
Diese Maßnahmen wurden vom Senat, dem Oberhaus, verabschiedet, Rajoys Volkspartei hält gemeinsam mit den Sozialisten dort 80 Prozent der Mandate. Etwa die Hälfte der katalanischen Bevölkerung steht einer Unabhängigkeit des Landes negativ gegenüber. Aufgrund der politischen Unruhe in Katalonien zogen bis Ende 2017 über 3.000 Firmen aus der Region ab. Ein Rückgang im Tourismus und ein Einbruch auf dem Immobilienmarkt waren ebenso die Folge. Der Imageschaden für Katalonien ist enorm. Ein weiteres Beharren auf der Unabhängigkeit wird weitere Investoren abschrecken. Spanische Banken haben ihren Sitz von Katalonien in andere Regionen verlagert. Neben dem Wahlbündnis, dem die Partei von Puigdemont angehört („Junts pel Sí“ – „Gemeinsam für das Ja“), plädieren insbesondere noch zwei Organisationen für die Unabhängigkeit als „Antwort auf die Aggression des Artikels 155“: die Bürgerinitiative Katalanische Nationalversammlung (Assamblea Nacional Catalana – ANC) unter Jordi Sánchez und der Kulturverein Omnium Cultural unter Jordi Cuixart. Im Oktober wurden die beiden Anführer in Untersuchungshaft genommen. Beide sollen Demonstranten angestachelt haben, Mitglieder der staatlichen Polizei einzukesseln. Die linksradikale und „antikapitalistische“ CUP (Candidatura d'Unitat Popular) plädiert für eine sofortige Abspaltung von Spanien. Die spanische Generalstaatsanwaltschaft kündigte im Oktober ein Verfahren gegen Puigdemont wegen Rebellion an (Höchststrafe: 30 Jahre Haft). Um einer Verhaftung zu entgehen, floh Puigdemont nach Belgien, bei einer Rückkehr muss er jedoch mit seiner Festnahme rechnen. Am 27. Oktober 2017 riefen die Separatisten im katalanischen Parlament per Resolution

mit 70 Ja-Stimmen die einseitige Abspaltung von Spanien aus: „Wir konstituieren die katalanische Republik als unabhängigen, souveränen, demokratischen und sozialen Staat.“ Zwei Abgeordnete enthielten sich, zehn gaben bei der geheimen Abstimmung leere Zettel ab. Die pro-spanischen Abgeordneten (Konservative, Sozialisten, Liberale) hatten zuvor den Saal aus Protest verlassen. Die Separatisten unter Puigdemont stellten zu diesem Zeitpunkt im Regionalparlament 72 von 135 Sitzen (47,8 Prozent der Wählerstimmen, bei den Wahlen von 2015 errungen). Am 21. Dezember 2017 war die Wahlbeteiligung mit 82 Prozent (2015: 77 Prozent) außergewöhnlich hoch, wahlberechtigt waren 5,5 Millionen Katalanen. Nach dem offiziellen Teilergebnis wurde die pro-spanische Partei Ciudadanos mit 25,3 Prozent (2015: 17,9 Prozent) stärkste Partei. Zum spanischen Lager zählen auch die Sozialisten (PSC), die mit 14 Prozent an Stimmen gewannen (2015: 12,7 Prozent). Die konservative PP kam auf nur 4 Prozent (2015: 8,5 Prozent). Der pro-spanische Block kam zusammengerechnet auf gut 43,5 Prozent – das sind 4,5 Prozent mehr als bei den Wahlen von 2015. Die Separatistenparteien Junts per Catalunya (JxCat) des früheren Regierungschefs Puigdemont und die Esquerra Republicana (ERC) landeten jeweils bei 21,65 Prozent und 21,39 Prozent, die antikapitalistische CUP kam auf 4,45 Prozent. Der Parteiboss der ERC, Oriol Junqueras, befindet sich in Untersuchungshaft wegen jenen Vorwürfen, die auch gegen Puigdemont erhoben werden. 2015 waren ERC und Junts gemeinsam bei den Wahlen angetreten und hatten zusammen 39,5 Prozent der Stimmen errungen. 2017 konnten die Separatisten mit 70 Abgeordnetenmandaten (zwei weniger als bei den Wahlen 2015) die absolute Mehrheit für sich verbuchen (68 von 135 Parlamentssitzen). Die Neuwahl, so Regierungschef Rajoy, müsse eine „Rückkehr zur Legalität“ in Katalonien einleiten: „Ich werde nicht zulassen, dass sie die Verfassung verletzen“, so Rajoy.

Die Bürgermeisterin von Girona, der Heimatstadt des nach Brüssel geflohenen Carles Puigdemont, Marta Madrenas, kämpft weiterhin für einen katalanischen Staat. Die Regionalwahl vom 21. Dezember 2017 bezeichnete sie als „keine normale Wahl, sie ist die Ratifizierung des Unabhängigkeitsreferendums vom 1. Oktober. Wenn jetzt die Mehrheit der Katalanen wieder für Unabhängigkeitsparteien stimmt, kann niemand mehr sagen, dass nur eine Handvoll Verrückter in der Regierung einen eigenen Staat wollen.“ Es gibt, so Madrenas, „kein einziges Grundrecht, das Abspaltung verbietet.“ Jedoch erlaubt Spaniens Verfassung keine Abspaltung. Im bisherigen Rechtsrahmen wäre eine größere Autonomie Kataloniens möglich. Madrenas weiter: „Wir können nicht mehr in Spanien leben, wir haben zu viel gelitten. Madrid greift seit jeher unsere Sprache, unsere Kultur an. Wir werden dieses Problem mit Spanien nie lösen. Außerdem sind wir zu unterschiedlich – auf sozialer Ebene, in der Wirtschaft“. Die

EU rechnet damit, dass der spanische Premierminister geschickt genug ist, nach diesen Regionalwahlen den Gesprächsfaden mit Barcelona wiederaufzunehmen. Laut EU-Kommissar Günther Oettinger könnte sich im Fall Katalonien ein Ländermodell wie in Deutschland oder in Österreich anbieten: *„Wir haben in Deutschland oder in Österreich mit starken Ländern und einer kooperativen Demokratie gute Erfahrungen gemacht. Ich bin mir sicher: Dieses Vorbild könnte bei einer konstruktiven Debatte im Fall Kataloniens weiterhelfen.“* Der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani stellte klar: *„Niemand in Europa wird die Unabhängigkeit Kataloniens akzeptieren.“* Eine Lösung sei demnach ausschließlich *„innerhalb des spanischen Rechts und der spanischen Verfassung möglich.“* Ähnlich äußerten sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk dazu. Katalonien zeigt sich weiterhin als tief gespaltenes Land. Wie und wann sich in Katalonien eine neue Regierung bildet und wie lange diese hält, bleibt unklar.





North Atlantic Treaty Organization (NATO)

## Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Das zweite Halbjahr 2017 gestaltete sich für das nordatlantische Bündnis wenig aufregend. Im Wesentlichen wurden die Beschlüsse des letzten größeren Gipfeltreffens von Warschau (2016) umgesetzt, was vor allem die Verstärkung der konventionellen Abschreckung gegenüber der Russischen Föderation bedeutete. Das zeigte sich in Übungen vornehmlich an der gesamten Ostflanke, in der Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft der aufmarschierten Bataillone im Nordosten, in der Modernisierung nationaler Streitkräfte und in Änderungen der Kommandostruktur.

### Interne Entwicklungen

#### Übungen und Einsatzbereitschaft

Die in Rumänien Mitte Juli beendete Übung "CALFEX" als Teil der „Saber Guardian 2017“-Serie war ein Beispiel einer multinational geführten Verteidigung mit koordiniertem Einsatz von Heeres- und Luftstreitkräften. Neben der eigentlichen Übungstätigkeit beteiligten sich US-Soldaten auch an der Verbesserung der militärischen Infrastruktur. So wurden vor allem in Rumänien und in Bulgarien entsprechende Pionierkräfte eingesetzt, die mit Soldaten der Gastgeberstaaten Übungsplätze modernisierten. Ziel ist, auf diesen Plätzen vor allem gepanzerte Heereskräfte in der Schießausbildung nach NATO-Standards überprüfen zu können. Die US-Army nützte diese Aufgabe auch zur Ausbildung ihrer Pioniere und setzte dabei sogar Reservisten ein, die für drei Wochen nach Europa verlegten. Finanziert werden diese Vorhaben aus der „European Reassurance Initiative“.

Einen Monat später absolvierte die in Lettland eingesetzte und von Kanada geführte Bataillionskampfgruppe ihre Zertifizierungsübung. Nach erfolgreichem Abschluss ist dieser kleine Verband nun der letzte, der seine Aufgaben vollumfänglich übernehmen kann. Unter dem Begriff „Enhanced Forward Presence“ sind nun je ein multinationales Bataillon in den baltischen Staaten und in Polen voll einsatzbereit und stellen so eine minimale Abschreckung gegenüber Moskau sicher.

#### Anpassung der NATO-Kommandostruktur

Bei der Konferenz der NATO-Generalstabschefs in Albanien Mitte September 2017 wurde für das schon früher angeordnete Regionale Kommandozentrum „Süd“ in Neapel die erste Einsatzbereitschaft erklärt. Dieser „Regional Hub for the South“ soll vor allem

über die Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainerstaaten die Schlagkraft ihrer Streitkräfte erhöhen, damit diese besser die Terrorgefahr bekämpfen können.

Die 2014 in Wales wegen der russischen Aggression in der Ukraine beschlossene strategische Kursänderung des nordatlantischen Bündnisses ist grosso modo erfolgreich umgesetzt worden und unterstreicht die Flexibilität der bald 70-jährigen und auf 29 Mitgliedern angewachsenen Allianz. In der immer autoritärer werdenden Türkei droht ihr aber ein internes Erosionsproblem.

Während des Treffens der NATO-Verteidigungsminister Anfang November wurde der grundsätzliche Beschluss zur Aufstellung von zwei zusätzlichen Kommanden gefasst. Beide werden die Verantwortung für die Sicherstellung von raschen Truppenbewegungen übernehmen, eines für die Seewege über den Nordatlantik, eines für die Landwege in Europa. Als Folge der gegenüber Russland nötigen Übungen wurde vor allem beim Landtransport der hohe Koordinierungsbedarf zwischen den europäischen Staaten erkannt, der die rasche Reaktion bspw. von Kräften der NATO Response Force, gefährden könnte. Die Details dieser Kommandostellen sollen die militärischen Stäbe bis zum nächsten Treffen im Februar 2018 ausarbeiten, als mögliche Gastgeber kommen westeuropäische Staaten für das Nordatlantikkommando und mitteleuropäische Alliierte für die Landwege in Betracht. Um die Transportinfrastruktur zu verbessern, sucht die NATO auch die Zusammenarbeit mit der EU. Ergänzend dazu wurde ein Cyber-Operationszentrum mit dem Ziel aufgestellt, die Netzwerkkriegsführung besser in die Operationsplanungen der alliierten Stäbe zu integrieren. Damit sollen auch Cyberangriffe gegen eventuelle Gegner möglich werden, wobei sich das Bündnis hier auf die Fähigkeiten seiner Mitglieder abstützt. So sollen diese offensiven Aufgaben Cyberwar-Einheiten der Mitgliedsstaaten wahrnehmen und es ist naheliegend, dass damit die unterschiedliche nationale Gesetzgebung berücksichtigt wird. Der Beschluss dürfte generell auf Drängen der USA zustande gekommen sein, da die Trump-Administration die defensive Einstellung ihrer Vorgängerregierung abgelehnt hat.

#### Verstärkung der Truppen in Afghanistan

Die "Resolute Support"-Ausbildungsmission der NATO für die afghanischen Streitkräfte wird in absehbarer Zeit

von 13.000 auf 16.000 Soldaten aufgestockt. Zusätzlich zu Finanzierungszusagen bis ins Jahr 2020 sollen damit die Truppen des Landes in die Lage versetzt werden, besser gegen die Regierungsgegner zu kämpfen.

### **Die NATO lehnt den neuen nuklearen Verbotsvertrag ab**

Alle NATO-Mitgliedsstaaten distanzieren sich vom weltweiten Atomwaffenverbotsvertrag, der bei der UN-Generalversammlung auflag. Das Abkommen verbietet den Einsatz von Atomwaffen ebenso wie deren Herstellung, Besitz, Lagerung und Stationierung. Mehr als 50 Staaten haben es mittlerweile unterzeichnet.

In einer gemeinsamen Erklärung des Nordatlantikrats verwies die Allianz auf die Bedeutung des seit 1970 existierenden Atomwaffensperrvertrags, dem im Gegensatz zum neuen Abkommen auch die damaligen fünf Atommächte angehören. Statt neue Verträge auszuhandeln und zu unterzeichnen, sollten die existierenden Vereinbarungen verbessert werden, wie die aktuelle Krise in Nordkorea zeige, so die NATO. Hintergrund ist das Festhalten an nuklearer Abschreckung durch das nordatlantische Bündnis, solange Atomwaffen auf der Welt existieren, obwohl sich die Allianz grundsätzlich für die weltweite Abrüstung einsetze.

Für den neuen Atomwaffenverbotsvertrag hat sich unter anderem der NATO-Partner Österreich stark gemacht. In NATO-Kreisen wurde dies zwar nicht überbewertet, aber doch kritisch gesehen – eine Diplomatin eines NATO-Staates charakterisierte dies so: *„Wie würden Sie sich fühlen, wenn Sie in einer angeregten Unterhaltung sind, aber plötzlich merken, dass Ihr scheinbarer Freund gerade dabei ist, ein Bein Ihres Sessels durchzusägen?“*

### **NATO-Verbündete rüsten auf**

Frankreich wird nach der überraschenden Mittelkürzung im letzten Jahr den Wehretat für 2018 mit 34,4 Milliarden Euro ausstatten und damit 1,82 Prozent des BIP entsprechen. 2025 soll das in der NATO vereinbarte Ziel von 2 Prozent erreicht werden. Etwas mehr als ein Drittel des Verteidigungsbudgets wird für Beschaffungen und Instandsetzung ausgegeben, damit soll nicht zuletzt der Verschleiß in den laufenden Einsätzen kompensiert werden. Im gesamten Haushalt ist der Wehretat nach Bildung und Schuldendienst der drittgrößte Posten.

Für den Ersatz des sowjetischen Geräts wird das tschechische Heer bis 2026 rund 5 Milliarden USD investieren, davon alleine 2 Milliarden USD für etwa 210 neue Gefechtsfahrzeuge.

Hingegen warnt General Pavel, der Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, die Türkei vor den Folgen einer Beschaffung des russischen S-400

Flugabwehrsystems. Dies könnte dazu führen, dass der bedeutende Verbündete von der integrierten Luftverteidigung der Allianz ausgeschlossen wird. Dabei spielten Sicherheitsbedenken eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt, da das Land auch Partner bei Produktion und Beschaffung des F-35 Kampfflugzeugs ist. Nicht wenige Experten in der NATO befürchten, dass bei einem gemeinsamen Betrieb des F-35 und des S-400 Systems wichtige Daten des Jets an die russische Seite gelangen könnten. Einzelne US-Kongressabgeordnete fordern daher bereits einen Ausschluss der Türkei aus dem F-35 Programm, doch ist die US-Regierung noch weit davon entfernt, eine derart bedeutungsvolle Entscheidung zu treffen. Diese Bedenken haben in der türkischen Regierung aber zu keinem Umdenken geführt. Zum Jahreswechsel wurde die Kaufentscheidung über ein S-400 System mit der Option auf ein zweites, bestätigt. Anfang 2020 soll es geliefert werden.



Dänische Kampfflugzeuge bei der Luftraumüberwachung im Rahmen des NATO Baltic Air Policing

### **Die NATO-Partner**

#### **Die Europäische Union**

Zur Betonung der Kooperation NATO – EU nahm NATO-Generalsekretär Stoltenberg mit der Hohen Vertreterin Mogherini an der Eröffnung des Zentrums zur Bewältigung hybrider Bedrohungen in Helsinki teil. Diese finnische Initiative widmet sich der Erforschung der sehr komplexen Bedrohungsart und wird dabei von 11 weiteren Nationen unterstützt. Der NATO-Generalsekretär bedankte sich bei diesem Anlass für die Beiträge Finnlands wie die Luftraumsicherung im Ostseeraum und rühmte den hohen Stellenwert der partnerschaftlichen Beziehungen.

Mogherini und Stoltenberg sind beide starke Befürworter einer engen NATO-EU Kooperation.



Stoltenberg legt dabei aber Wert darauf, dass die über die EU entwickelten militärischen Fähigkeiten, beispielsweise die neue Initiative der „Permanent Structured Cooperation“ (PESCO), auch für die NATO verfügbar sein müssen. Auch die weitestgehende Einbindung der europäischen NATO-Alliierten, die nicht in der EU sind, ist für ihn im Sinne einer erfolgreichen Zusammenarbeit notwendig. Aus Sicht der EU wird diese Einbindung aus verständlichen Gründen derzeit nur Norwegen gewährt, nicht aber der Türkei.

### Finland

Der NATO-Partner Finnland hat sich einer Gruppe von Alliierten angeschlossen, um kostengünstig Luft-Boden Lenkwaffen zu erhalten. Diese Staatengruppe gründete sich während des NATO-Gipfels in Wales im September 2014 und umfasst nun 12 Länder. Ziel ist die gemeinsame Beschaffung und Lagerung dieser Präzisionsmunition.

Der russische Botschafter in Finnland, Pavel Kusnetzov, warnte Helsinki vor einer Mitgliedschaft in der Allianz. Auch wenn jedes Land souverän seine Entscheidungen treffen könne, so müsste Russland doch angemessen reagieren, würde sich die NATO an die russische Grenze annähern, so der Vertreter des Kremls in Helsinki. Finnland würde in einem derartigen Fall mit wirtschaftlichen Sanktionen rechnen. Versuche Moskaus, 2013 die rüstungspolitische Zusammenarbeit zu stärken, scheiterten. Dies nicht zuletzt wegen des Einmarschs russischer Kräfte auf der Krim mit nachfolgender Annexion. Finnland näherte sich daraufhin der NATO an, eine Mitgliedschaft steht aber nicht zur Debatte. Um in Krisensituationen rasch Verbindung aufnehmen zu können, wurde im Herbst 2017 eine direkte telefonische Verbindung zwischen Helsinki und Moskau installiert. Damit sollen vor allem Truppenkonzentrationen, Übungen und Grenzwischenfälle direkt und rasch besprochen werden. Luftraumverletzungen sind von dieser neuen Kommunikationslinie aber ausgeschlossen, da dafür bereits frühere Strukturen bestehen. Finnland zieht mit dieser Maßnahme Schritte nach, wie sie auch schon vom Nachbarn Schweden ergriffen wurden.

### Schweden

Der schwedische Verteidigungsminister entschied Mitte Dezember, dass 2018 wieder eine militärische Einheit auf der Ostseeinsel Gotland stationiert wird. Diese Einheit wird 350 Soldaten und Soldatinnen umfassen und bildet eine politische Antwort auf das von Schweden als aggressiv eingeschätzte russische Vorgehen in der Ukraine. Als ein Zeichen der Entspannung zog Schweden 2005 jegliche militärische

Besatzung ab, nachdem auf dieser Insel 119 Jahre davor eine Garnison eingerichtet worden war. Auch die Luftverteidigung wird verstärkt. Neben Rumänien wird nun auch Schweden „Patriot“-Lenkwaffen beschaffen, die Grundsatzentscheidung dafür fiel im November 2017. Eine US-Batterie dieses Typs nahm bereits an der schwedischen Übung „Aurora17“ im September teil. Die Entscheidung gilt als ein weiteres Indiz für die starken bilateralen Beziehungen zu den USA.

### NATO – Russland

Nach der dritten Sitzung des NATO-Russland Rates dieses Jahres, der sich erneut den Themen Ukraine, Afghanistan und Offenheit bei militärischen Übungen widmete, sprach NATO-Generalsekretär Stoltenberg von Störungen der Telefonverbindungen alliierter Nationen während der russisch-weißrussischen "Zapad"-Manöver im vergangenen September. Russland wird verdächtigt, zumindest in Norwegen und Lettland mit einem in der Ostsee stationierten Schiff diese Kommunikation für mehrere Stunden unterbrochen zu haben.



Russische Kampfhubschrauber (ZAPAD 2017)

### Israel und die NATO unterzeichnen Sicherheitsabkommen

Am 14. November 2017 schlossen Israel und die NATO die administrativen Bedingungen für ein Sicherheitsabkommen ab, das eigentlich bereits 2001 ausgehandelt wurde. Damit ist nach langer Zeit der Austausch vertraulicher Informationen möglich, der die Basis jeglicher sinnvollen Zusammenarbeit bildet. Über ein derartiges Abkommen verfügen auch alle PfP-Partner, die dies wünschen.

### Zusammenfassung

Trotz aller Unsicherheiten, die die Politik des US-Präsidenten Trump hervorruft, bekräftigt der stärkste NATO-Alliierte seine Bündnisverpflichtungen. Dies zeigt sich in der kürzlich vorgelegten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ und in erhöhten Budgetmitteln für Europa. So forderte die US-Regierung für das neue Jahr 4,8 Mrd. USD für die „European Deterrence Initiative“

und damit um 1,4 Mrd. USD mehr als 2017. Damit soll der Bedarf der US-Streitkräfte an mehr Übungen und an verbesserter Infrastruktur gedeckt werden. Aber auch die Europäer werden unverändert angehalten, mehr zu tun und sich Richtung der 2 Prozent BIP für Verteidigungsausgaben bewegen, was auch in unterschiedlicher Intensität geschieht. Rüstungsanstrengungen wie oben beispielhaft angeführt ergänzen die budgetären Aufwendungen und untermauern die wiederholten Feststellungen von NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass hier nach vielen Jahren des Sparens eine Trendumkehr eingesetzt hat.

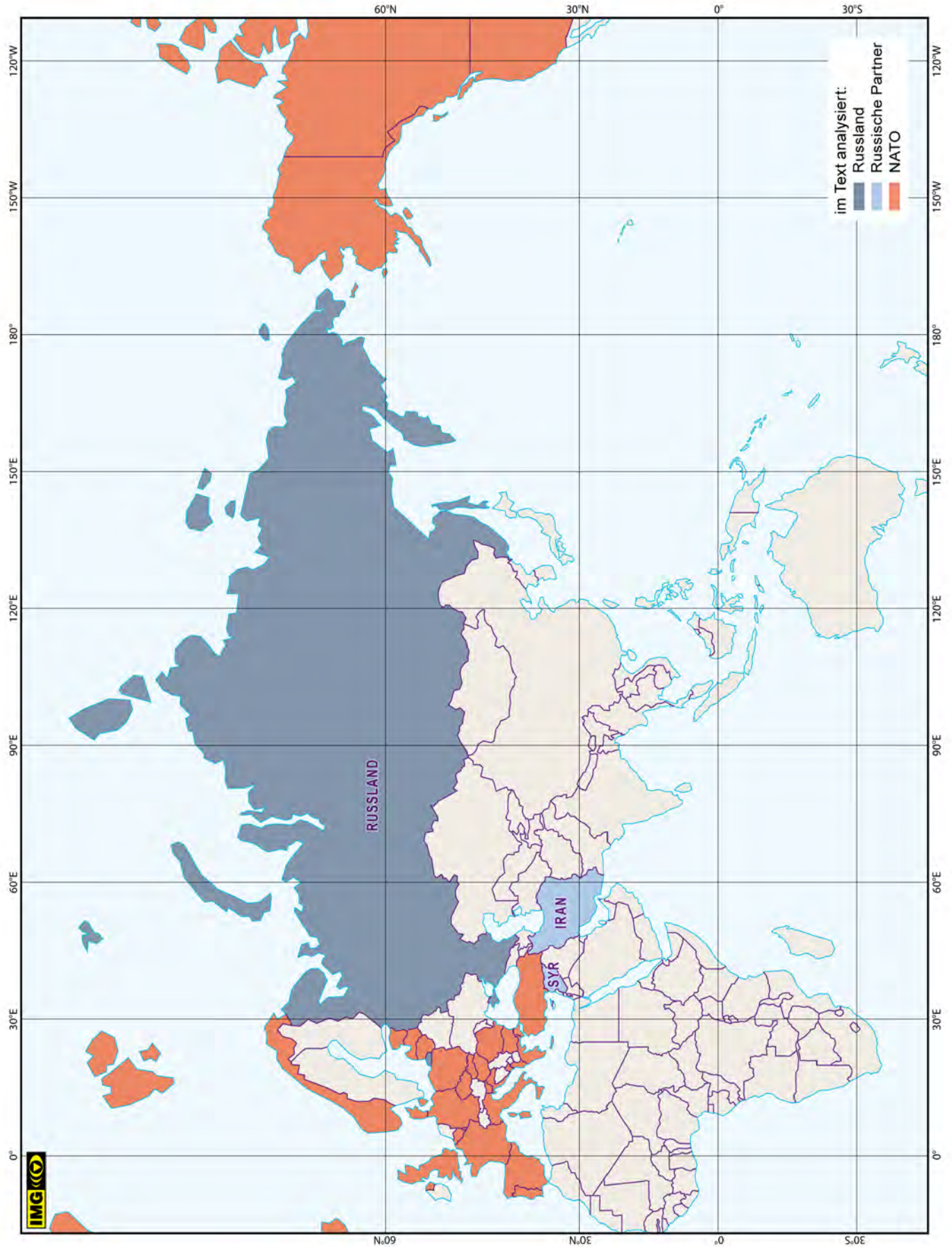
Die strategische Rückbesinnung auf die kollektive Abhaltung und wenn nötig Verteidigung, zeigt sich auch in der Anpassung der NATO-Kommandostruktur. Mit dieser sollen vor allem die rasche Reaktionsfähigkeit von Truppen und die Bewältigung der Herausforderungen des Cyber-Kriegs sichergestellt werden. Der „Regional Hub for the South“ für die Kooperation mit den südlichen Mittelmeeraanrainerstaaten ist zwar auch wichtig, dürfte in diesem Kontext aber nur eine Nebenrolle einnehmen. Terror hat viele Ursachen und die Bekämpfung desselben ist offenbar bei der EU und ihren Mitgliedsstaaten besser aufgehoben. Hier kann die NATO nur unterstützend wirken und auch diese Rolle könnte durch die Entscheidung Washingtons, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, Schaden nehmen.

Die 2014 in Wales wegen der russischen Aggression in der Ukraine beschlossene strategische Kursänderung des nordatlantischen Bündnisses ist grosso modo erfolgreich umgesetzt worden und unterstreicht die Flexibilität der bald 70-jährigen und auf 29 Mitgliedern angewachsenen Allianz. In der Türkei droht ihr aber ein inneres Erosionsproblem. Ankara hat sich wie Warschau von den demokratischen Werten entfernt, denen sich die Verbündeten eigentlich in der Präambel zum Washingtoner Vertrag aus 1949 verpflichtet fühlen. Mit der Annäherung an Moskau und der Beschaffung des russischen S-400 Luftverteidigungssystems geht die Türkei Erdogans aber noch einen bedeutenden und provokanten Schritt weiter. Wie die Allianz darauf reagieren wird, wird sich bei der Indienststellung der F-35 zeigen. Es ist nämlich schwer vorstellbar, dass ein derart hochmodernes und mit „Stealth“-Eigenschaften ausgestattetes Flugzeug im Land am Bosphorus Dienst versehen wird, wenn dort ein russisches System im Einsatz ist.



Die türkische INEBULO und das spanische U-Boot TRAMONTANA (Übung „Dynamic Monarch 17“)





Russland

## ... und ihre Partner und Herausforderer

### Außen- und Sicherheitspolitik Russlands im Kontext internationaler Konflikte

#### Ausgangslage

Das Jahr 2018 wird durch die Zunahme von internationalen Spannungen gekennzeichnet werden, obwohl bereits 2017 „kein einfaches Jahr“ war, resümierte der russische Außenminister, Sergej Lawrow, zu Jahresbeginn und deutete Herausforderungen für die russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Konkret warf er den USA vor, dass diese die internationale Lage destabilisieren würden. Laut Lawrow hat sich vor allem in den letzten Monaten 2017 die internationale Situation aufgrund von Drohungen aus Washington gegen mehrere Staaten zum Schlechteren verändert. Trotz dieser Kritik an den USA behauptet der renommierte russische Think Tank „Russian International Affairs Council“ (RIAC), dass 2018 die Verbesserung der Beziehungen zu den USA die höchste Priorität der russischen Außen- und Sicherheitspolitik darstellen werde. Daher dominierten eindeutig die amerikanisch-russischen Beziehungen den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs in Russland. Generell werden aus Moskaus Sicht die außen- und sicherheitspolitischen Prozesse stark von jenen des Weißen Hauses bestimmt - so ist es laut Experten auch in der zweiten Jahreshälfte 2017 gewesen.

#### Bilaterale Beziehungen zu den USA

In der zweiten Jahreshälfte hat sich die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands an die neuen internationalen Bedingungen, eingeleitet durch die US-Administration unter Präsident Trump, angepasst. Mit Bedauern wurde von der russischen Führung konstatiert, dass die unter dem neuen Präsidenten Donald Trump angenommene Entspannung in den bilateralen Beziehungen nicht eingetreten sei. Zwar wird das amerikanisch-russische Verhältnis seit Jahrzehnten durch geopolitische und geoökonomische Spannungen in unterschiedlichen Weltregionen beeinflusst, dennoch schien unter Präsident Trump eine Entspannung möglich, da während des Wahlkampfes eine Änderung der US-Außenpolitik angedeutet wurde. Gerade ein mutmaßliches, gesetzwidriges Herantreten von Mitgliedern des Wahlkampfteams von Donald Trump an russische Vertreter wurde zur größten Hürde für eine Verbesserung der bilateralen Beziehung.

Unter Leitung des ehemaligen FBI-Direktors, Robert Mueller, wurden auch in der zweiten Jahreshälfte 2017 Ermittlungen gegen ehemalige oder aktuelle engste Mitarbeiter von Präsident Trump geführt, denen illegale Kontaktaufnahme zu russischen Regierungsvertretern im Wahlkampf nachgesagt wird. Zu diesem Personenkreis gehören unter anderem der ehemalige

Sicherheitsberater Michael Flynn, Trumps ehemaliger Chefberater, Steve Bannon, aber auch Jared Kushner, der Schwiegersohn und wichtigste Berater des Präsidenten. Aus offengelegten E-Mails geht hervor, dass engste Mitarbeiter von Trump nach dem Wahlsieg davon ausgegangen sind, dass dies nur aufgrund von Einmischungen aus Russland möglich gewesen sei. Ob die Russlandkontakte genutzt wurden, um eine gezielte Manipulation der Wahlen zu bewirken, steht im Mittelpunkt der behördlichen Ermittlungen. Im Dezember 2017 wurde gegen Michael Flynn bereits Anklage erhoben, weil er im Zusammenhang der Russlandaffäre das FBI belogen hatte.

Eine Reihe von Experten und politischen Analysten geht davon aus, dass aufgrund der laufenden Ermittlungen in der Russlandaffäre eine außen- und sicherheitspolitische Annäherung an Moskau für den US-Präsidenten innenpolitisch zu riskant wäre. Daher ist eine demonstrative Abgrenzung gegenüber Russland mit Zunahme der Spannungen auf der internationalen Ebene eher im Interesse der aktuellen US-Administration. Tatsache ist, dass die USA in der zweiten Jahreshälfte 2017 Maßnahmen gesetzt haben, die eindeutig gegen die Interessen Russlands gerichtet waren. Dazu gehören insbesondere die im August eingeleitete Erweiterung der Wirtschaftssanktionen des US-Senats, die nach einem kurzen Zögern schließlich auch der Präsident billigte, und andererseits die Ankündigung des US-Außenministeriums im Dezember 2017, Waffen an die Ukraine zu liefern, um die „Verteidigungsfähigkeit“ des krisengeschüttelten Landes zu stärken. Anzumerken ist, dass Waffenlieferungen an die Ukraine sogar Präsident Obama abgelehnt hat. Als kontrovers können die russisch-amerikanischen Beziehungen deshalb bezeichnet werden, weil beide Staaten das bilaterale Verhältnis als das schlechteste seit Jahrzehnten bezeichnen, auf der anderen Seite bekundeten die Präsidenten nach persönlichen Gesprächen in der zweiten Jahreshälfte 2017 öffentliche Wertschätzung füreinander.

Vor dem Hintergrund der neuen Spannungen wurden seitens Moskaus Erwartungen an die erste persönliche Zusammenkunft zwischen Trump und Putin gehegt, die am 18. Juli 2017 im Rahmen des G20-Treffens in Hamburg stattfand. Vor dem Treffen erklärte der russische Außenminister Lawrow, dass man sich von den USA Klarheit über das Verhältnis der US-Regierung zu Russland erwarte. Spekulationen kamen auf, als Medien auf der Grundlage von Aussagen von Diplomaten und Spitzenpolitikern anderer Staaten über ein zweites persönliches Gespräch zwischen Trump und Putin berichteten, an dem sich zusätzlich nur ein russischer Dolmetscher und sonst niemand mehr beteiligte. Dass es ein zweites inoffizielles Treffen gab, wurde in einem Twitter-Eintrag von Trump selbst bestritten: „*Fake News story of secret dinner with Putin is*

"sick." All G 20 leaders, and spouses, were invited by the Chancellor of Germany. Press knew?" Dennoch wurden Spekulationen über mögliche geheime Aussprachen nicht restlos ausgeräumt.

Zu einer zweiten offiziellen persönlichen Unterredung zwischen Trump und Putin kam es am 11. November beim APEC-Gipfel in Vietnam. Auch danach wurden die Aussagen von Trump von seinen innenpolitischen Gegnern kritisiert. Laut Trump habe ihm Putin versichert, dass er sich nicht in den Wahlkampf eingemischte habe und der US-Präsident ihm das auch glaube: „Every time he sees me he says, 'I didn't do that,' and I really believe that, when he tells me that (...)" Solche Statements stellen laut demokratischen Senatoren die Glaubwürdigkeit des US-Präsidenten in Frage. In Russland werden indes die Beziehung zu den USA „nüchtern“ gewertet, weil die erwähnten Treffen der Präsidenten keine Verbesserung in den Beziehungen bewirkt haben, was sich auch entsprechend in den außen- und sicherheitspolitischen Prozessen Russlands widerspiegeln wird.

### **Russlands Interessen in internationalen Konflikten**

Für die russische Außen- und Sicherheitspolitik gab es in der zweiten Jahreshälfte 2017 fundamentale Interessensunterschiede zu den USA in den meisten internationalen Konflikten und Krisen. Zu diesen wesentlichen Problemfeldern im außen- und sicherheitspolitischen Fokus Russlands zählen:

- a) Entwicklungen in Syrien,
- b) Spannungen zwischen den USA und dem Iran,
- c) Der palästinensisch-israelische Konflikt,
- d) Möglicher Gewaltausbruch im Osten der Ukraine,
- e) NATO-Maßnahmen als Bedrohung,
- f) Der internationale Konflikt mit Nordkorea.

#### *a) Entwicklungen in Syrien*

Zu den wesentlichen Entwicklungen der russischen Außen- und Sicherheitspolitik zählt die Ankündigung des Rückzugs russischer Truppen aus Syrien, die dort zur Bekämpfung der Terrormiliz des sogenannten Islamischen Staates (IS) eingesetzt wurden. Der Rückzug (je nach Quelle sollen in Syrien zwischen 4500 bis 7.000 russischer Militärs eingesetzt worden sein) und der Sieg über die Terrormiliz wurde am 11. Dezember von Präsident Putin selbst auf der russischen Luftwaffenbasis Khmeimim in Syrien verkündet.

Bereits am 20. November besuchte der syrische Machthaber Bashar al-Assad den russischen Präsidenten in Sotchi, bei dem es zu Absprachen über die weiteren Schritte zur Neuordnung im Bürgerkriegsland kam. Während US-Außenminister Rex Tillerson erneut forderte, dass es im „Nachkriegs-Syrien“ keinen Platz für Assad und seine Familie geben dürfe, sieht Moskau gerade in Assad die Stabilität des Landes gesichert. In

erster Linie aber garantiert Assad den russischen Machteinfluss in der Region, der auch über russische Militärbasen in Syrien gewährleistet wird. Zumindest mittelfristig führt bei der Konsolidierung Syriens kein Weg an Assad und seinen Machtstrukturen vorbei, dessen ist man sich in Washington sehr wohl bewusst. Unmittelbar nach den bilateralen russisch-syrischen Gesprächen trafen sich die Präsidenten Russlands, der Türkei und des Irans, um über die weiteren gemeinsamen Maßnahmen bei der Neuordnung der Nachkriegsordnung in Syrien zu beraten. Bereits im Vorfeld hat man sich auf die Errichtung von vier Schutzzonen in Syrien geeinigt, in denen gegen „Anti-Assad-Rebellen“ nicht gekämpft werden solle. Zudem erwartet sich Moskau auch lukrative Geschäfte für russische Unternehmen beim Wiederaufbau des zerstörten Landes. Der russische Politiker Konstantin Kossatschow nannte Kritik aus den USA und Europa am russischen Vorgehen in Syrien als „geopolitischen Neid des Westens“. Schließlich fanden vom 21. bis 22. Dezember die sogenannten „Syrien-Gespräche“ unter der Vermittlung von Russland, der Türkei und dem Iran in der kasachischen Hauptstadt Astana statt. Diese Gespräche brachten jedoch keine nennenswerten Ergebnisse, da gemäßigte Rebellen Gruppen die syrische Regierung beschuldigten, die Waffenruhe nicht einzuhalten und auch zivile Ziele wie Krankenhäuser zu bombardieren.



Präsident Vladimir Putin und Präsident Bashar al-Assad am Luftwaffenstützpunkt Khmeimim

#### *b) Spannungen zwischen den USA und dem Iran*

Das 2015 in Wien zustande gekommene Atomabkommen mit dem Iran beendete einen jahrelangen Verhandlungsprozess und sieht nun vor, dass die iranische Regierung 95 Prozent ihres Uranbestandes beseitigt und dreiviertel ihrer Zentrifugalanlagen zerstört. Im Gegenzug sollen Wirtschaftssanktionen und ein UN-Waffenembargo schrittweise aufgehoben werden. Genau dieses Abkommen wird aber von Trump infrage gestellt, das er einst als „den dümmsten Deal aller Zeiten“ bezeichnet hat. Trump argumentiert, dass sich Teheran nicht an die Vereinbarungen halte und auch eine ernste Sicherheitsbedrohung darstelle, weil unter anderem die Hisbollah im Libanon sowie andere terroristische Gruppierungen unterstützt würden. Hingegen bekennen

sich Russland sowie die EU zum Abkommen. Die Einhaltung des Abkommens muss der US-Präsident auf der Bewertung des Kongresses alle 120 Tage bestätigen, falls eine negative Beurteilung abgegeben wird, können die USA wieder Sanktionen – vor allem gegen iranische Ölexporte – einführen. Am 12. Dezember ließen die USA die Sanktionsfrist wieder ablaufen, wobei Trump sagte, dass es die letzte Chance für den Iran sei.

Für Moskau stellt der Iran einen wichtigen Verbündeten in der Region dar. Somit würde jegliche Unterminierung des Iran-Abkommens die außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen Interessen Russlands massiv beeinträchtigen. In diesem Zusammenhang besuchte Putin am 31. Oktober 2017 zusammen mit einer wirtschaftlichen Delegation den iranischen Präsidenten Rouhani in Teheran. Beide demonstrierten Einigkeit gegenüber den USA. Westliche Experten glauben, dass sich Putin seiner Position im Nahen und Mittleren Osten so sicher sei, dass er sich einen Ausgleich zwischen Sunniten und Schiiten und sogar eine Annäherung zwischen dem Iran und Israel zutraue. Die Umsetzung wird jedoch sehr bezweifelt, allerdings dürfte Russland zumindest partiell die USA als „Ordnungsmacht“ im Nahen und Mittleren Osten abgelöst haben. Russlands Einfluss in der Region geht mit dem Verlust an Macht der USA einher, was in Europa negativ gewertet wird, wie im Artikel der Zeitung „Die Welt“ zusammengefasst wird: „*Amerikas Abschied aus der Region hat die Gegend eher gefährlicher gemacht.*“ Ein neues Kriegsszenario könnte dann zur Realität werden, wenn in Syrien iranische Militärbasen entstehen würden. Dies könnte einen Militärschlag Israels gegen den Iran einleiten und in so einem Fall würden dann die Interessen der USA und Russlands direkt aufeinandertreffen. Somit ist Russlands Einfluss in der Region und insbesondere auf den Iran für die weiteren Entwicklungen entscheidend.

#### c) *Der palästinensisch-israelische Konflikt*

Am 6. Dezember 2017 verkündete Trump die Anerkennung Jerusalems als die Hauptstadt Israels, was in weiterer Folge auch die Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv in die neue Hauptstadt bedeuten wird. Dies löste nicht nur Massenproteste mit zahlreichen Toten unter den Palästinensern bei Zusammenstößen mit israelischen Sicherheitskräften aus, sondern bewirkte auch scharfe Kritik seitens der EU und Russlands. Am 10. Dezember traf sich Putin mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Ankara. Beide stimmten unter anderem ihre Positionen gegenüber der Entscheidung der USA ab, Jerusalem als Hauptstadt anzuerkennen. Putin und Erdogan sehen durch diese Maßnahme die Stabilität in der Region gefährdet. Bei diesem Treffen wurde auch der Verkauf des russischen Boden-Luft-Raketensystems S-400 an die Türkei präzisiert.

Hinsichtlich der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt sehen Experten des internationalen Gewohnheitsrechts, wie Stefan Talmon, eine Verletzung des Völkerrechts gegeben. Es wird argumentiert, dass Israel der Osten Jerusalems nicht zustehe, die USA hätten aber die gesamte Stadt als Hauptstadt anerkannt. Dies könnte, so Talmon, auch für die annektierte Krim weitere Konsequenzen haben.



Boden-Luft-Raketensystem S-400

#### d) *Möglicher Gewaltausbruch im Osten der Ukraine*

Der Konflikt in der Ukraine und die damit zusammenhängenden Maßnahmen der NATO – insbesondere im Baltikum – stellen aus der Sicht Moskaus eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands dar. Daher seien zahlreiche russische Maßnahmen darauf ausgerichtet, etwaige negative Folgen für die eigene Sicherheit zu minimieren. Dazu würden unter anderem auch diplomatische Maßnahmen gehören, um eine Eskalation im Osten der Ukraine zu verhindern. Westliche Akteure beschuldigen gerade die russische Führung für den Konflikt und somit für das Blutvergießen in der Ukraine verantwortlich zu sein.

Vor dem Hintergrund der brüchigen Waffenruhe in der Ostukraine präsentierte Russland in der zweiten Jahreshälfte einen Vorschlag zur Deeskalation der Situation im Krisengebiet. Im September präsentierte Putin ein Konzept zur Stationierung von UN-Truppen in der Ukraine. Auf der Basis einer eng definierten UN-Resolution – ein entsprechender russischer Entwurf wurde im September im UN-Sicherheitsrat vorgelegt – sollte eine UN-Friedenstruppe entlang der Front, nicht aber im gesamten Separatistengebiet, eingesetzt werden. Unter anderem sollte diese Truppe die unbewaffnete OSZE-Mission vor Ort schützen.

Während der deutsche Außenminister, Sigmar Gabriel, den Ansatz als eine Änderung der bisherigen Politik Russlands begrüßte und darauf aufbauend weitere Diskussionen forderte, wurde der russische Vorschlag von Kiew umgehend abgelehnt, weil nach ukrainischer Vorstellung eine UN-Präsenz im gesamten Separatistengebiet sowie an der russisch-ukrainische Grenze präsent sein sollte. Bei einem Besuch des deutschen Außenministers Gabriel in Washington am 30. November bestätigte sein US-Amtskollege Tillerson, dass auch die USA Interesse an einer UN-Friedenstruppe in der Ukraine hätten, aber ein

möglicher „UN-Blauhelmeinsatz“ müsste anders als im russischen Vorschlag konzipiert werden.

Die Debatten um einen möglichen UN-Einsatz in der Ukraine wurden von der Zunahme an bewaffneten Zwischenfällen im Osten des Landes überschattet. Bereits im Oktober warnte die OSZE vor einer Eskalation der Gewalt. Ende November verkündete der Vize-Chef der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine, Alexander Hug, dass „*wenn der Boden im Winter gefriert*“, es leichter sein wird, „*schwere Waffen zu bewegen*“ und deshalb mit einer Verschlechterung der Situation im Winter gerechnet werden müsse. Zur weiteren Zunahme an militärischen Zwischenfällen kam es im Laufe des Dezembers, wobei ukrainische Truppen und Separatisten sich gegenseitig dafür verantwortlich machten.

Ungeachtet des bewaffneten Konfliktes dürfte auch ein tiefgehender Interessenskonflikt zwischen unterschiedlichen Gruppierungen der pro-russischen Separatisten vorherrschen. Im machtpolitischen Konflikt verdrängte der „Innenminister“ der „Volksrepublik Lugansk“ (VRL) den Gouverneur dieser separatistischen Entität, Igor Plotnizki, der sich Ende November nach Moskau abgesetzt hat. Daraufhin berief der ukrainische Präsident, Petro Poroschenko, eine Dringlichkeitssitzung des Militärkabinetts ein und ordnete eine besondere Bereitschaft für die Streitkräfte an. Interpretiert wurden die Vorkommnisse in Lugansk unterschiedlich. Vermutet wird unter anderem ein Kontrollverlust Moskaus über die Separatisten, aber auch, dass die ebenfalls von den Separatisten ausgerufene „Volksrepublik Donezk“ die kleinere „Volksrepublik“ einverleiben könnte.

Zu einer Zuspitzung der Situation im Osten der Ukraine kam es, als am 22. Dezember die USA verkündeten, Waffen an die Ukraine liefern zu wollen. Laut US-Medien beabsichtigt Washington die Lieferung von 210 Anti-Panzer-Raketen im Wert von 47 Millionen Dollar an die ukrainischen Streitkräfte. Angeblich könnte darunter auch das „Javelin-System“ enthalten sein, das erfolgreich in Irak, Afghanistan und Syrien eingesetzt wurde. Die russische Führung zeigte sich sichtlich empört über die möglichen Waffenlieferungen und meint, dass dies zu einem neuerlichen Ausbruch von Gewalt führen werde. Gleichzeitig wurden Gegenmaßnahmen angekündigt. Unter anderem plant Moskau auch auf der von Russland annektierten Krim weitere Raketensysteme zu stationieren, um Provokationen der vom Westen unterstützen ukrainischen Regierung zu vermeiden.

#### e) NATO-Maßnahmen als Bedrohung

In der zweiten Jahreshälfte haben sich auch die Spannungen zwischen der NATO und Russland gehäuft. Dies hängt einerseits mit der Präsenz von US-Truppen und Militärkontingenten aus anderen NATO-

Staaten im Baltikum, sowie andererseits mit unterschiedlichen Aktivitäten von russischen Streitkräften an der russischen Westgrenze sowie in internationalen Gewässern der Nord- und Ostsee zusammen. Insbesondere die Großübung „Zapad 2017“ mit russischen und weißrussischen Truppen sorgte aufseiten der NATO für Beunruhigung. Dieses als „Defensivübung“ deklarierte Manöver fand vom 14. bis 20. September 2017 auf den Territorien Russlands und Weißrusslands gemäß russischen Angaben mit ca. 12.700 Militärangehörigen unter Einsatz von moderner Waffentechnik statt. Von einigen NATO-Vertretern und insbesondere von den baltischen Staaten und Polen, aber auch von der Ukraine, wurden im Vorfeld Sorgen geäußert, dass sich die Übung auch als eine mögliche Vorbereitung auf eine Invasion interpretieren lassen könnte.

Aufgrund der nun auch militärisch konnotierten Spannungen hat die NATO wiederum ihre Strukturen angepasst, um möglichen „russischen Aggressionen“ wirksam entgegentreten zu können. So wurde am 8. November von den Verteidigungsministern der NATO-Staaten die Neustrukturierung der Kommandostrukturen als eine eindeutige Maßnahme gegen Russland beschlossen. Dies nahm die russische Führung ihrerseits zum Anlass, um die Modifizierung der NATO-Strukturen als Bedrohung gegen die eigene Sicherheit zu interpretieren. Angesichts der NATO-Präsenz an der russischen Grenze und des Umbaus der Kommandostrukturen zitierten Moskauer regierungsnahen Medien russische Experten, die in den Maßnahmen eine Vorbereitung auf einen „umfassenden Krieg“ gegen Russland sehen.

Mitte November publizierte die RAND Corporation einen Artikel mit der Überschrift: „*How NATO Could Accidentally Trigger a War with Russia*“. Im Artikel wird argumentiert, dass unter gewissen Umständen die von der NATO eingeleiteten Verteidigungsaktivitäten tatsächlich zu einem Krieg mit Russland führen könnten. Es wird erwähnt, dass es keine Anzeichen dafür gäbe, dass Russlands Strategie darauf abzielen würde, die baltischen Staaten anzugreifen, obwohl russische Streitkräfte innerhalb von 60 Stunden die Hauptstädte von Estland, Lettland und Litauen besetzen könnten. In diesem Fall würden die USA wahrscheinlich mit nuklearen Waffen antworten. Durch Aktivitäten der NATO an der russischen Grenze könnte sich Russland aber tatsächlich bedroht fühlen, was zu einer unbeabsichtigten militärischen Reaktion führen könnte, so der Autor des Artikels.

#### d) Der internationale Konflikt mit Nordkorea

Ein schon länger schwellender Konflikt der internationalen Politik erreichte im Berichtszeitraum eine neue Eskalationsstufe – der Konflikt mit Nordkorea. Als globale Bedrohungen gilt das Raketenprogramm



Nordkoreas deshalb, weil auch atomare Sprengköpfe zum Einsatz kommen könnten. Hinsichtlich der nordkoreanischen Raketentests argumentiert Trump, dass auch ein Nuklearschlag gegen das stalinistisch regierte Land als letzte Konsequenz möglich sei. In der zweiten Jahreshälfte haben deshalb unterschiedliche Militärexperten versucht, die Konsequenzen eines Krieges der USA gegen Nordkorea zu ermitteln. Gemäß Schätzungen könnten in einem Worst-Case-Szenario bei einem nuklearen Schlagabtausch bis zu zwei Milliarden und bei einem großflächigeren konventionellen Krieg zwischen 300.000 bis 500.000 Menschen sterben. Angesichts der Konfliktdynamik, die sich ergeben hatte, warnte Putin bereits im September 2017 vor einer „globalen Katastrophe“. Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Krise laufen unterschiedliche internationale Bemühungen, diese nicht eskalieren zu lassen. Es werden aber auch Maßnahmen getroffen, falls es doch zu einer militärischen Eskalation kommen sollte. Wie US-Medien berichten, würden sich die US-Streitkräfte bereits auf einen Krieg gegen Nordkorea vorbereiten. Demnach wappnet sich auch Japan für die Evakuierung von ca. 60.000 Staatsbürgern aus Südkorea. Auch in Russland werden Vorkehrungen für den Kriegsfall getroffen, wie der Sekretär des russischen Sicherheitsrates und ehemaliger Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, Nikolaj Patruschew, Ende Dezember bestätigte. Zwar wird der nordkoreanische Machthaber, Kim Jong Un, aufgrund der Raketentests und des damit verbundenen Atomprogramms auch von Russland scharf kritisiert, jedoch unterstellt die russische Führung den USA, nicht ernsthaft den Konflikt deeskalieren lassen zu wollen. In einem Interview am 14. Dezember meinte Putin sogar, dass die USA Nordkorea provozieren würden. Am 22. Dezember wurde aber dennoch eine UN-Sicherheitsresolution mit dem Ziel verabschiedet, Nordkorea mit weiteren Wirtschaftssanktionen zu belegen. Die Maßnahmen sind weitreichend, denn sie umfassen ein Exportverbot auf Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte, Maschinen, elektrische Geräte, Erde, Gesteine und Holz sowie auf Schiffe. Zudem ist es anderen Staaten nicht gestattet, folgende Güter an Nordkorea zu liefern: Industriemaschinen, Transportfahrzeuge, Eisen und Stahl. Diese UN-Resolution wurde von Nordkorea als „Kriegserklärung“ gewertet. Der Grund für diese weitgefaste Resolution war der Abschuss einer nordkoreanischen Interkontinentalrakete Ende November.

Trotz der gemeinsamen UN-Resolutionen gegen Nordkorea gibt es auch in diesem Konflikt Spannungen zwischen den USA und Russland. Moskau fordert die USA auf, in direkte Gespräche mit dem Regime in Nordkorea zu treten, damit eine Deeskalationsphase eingeleitet werden kann. In diesem Kontext bot das russische Außenministerium am 26. Dezember sogar

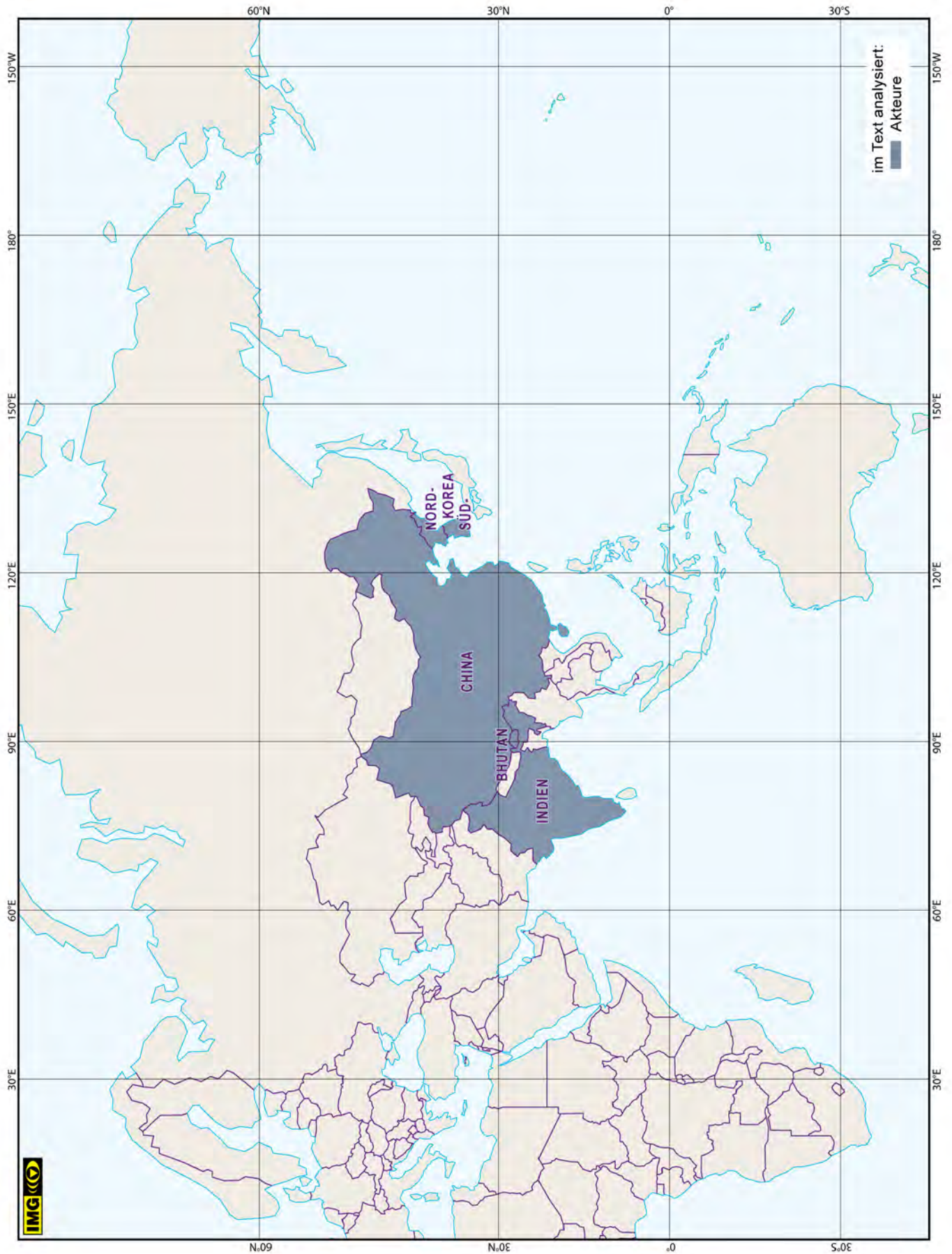
seine Rolle als Mediator zwischen Washington und Pjöngjang an. Anstatt eine Annäherung zwischen USA und Russland zu bewirken, wird das amerikanisch-russische Verhältnis wegen der Vorgehensweise gegen Nordkorea zusätzlich belastet. Bereits zu Jahresbeginn 2018 unterstellte Trump Russland, die Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea zu untergeben. Russland scheint im Nordkoreakonflikt keine stringente Linie zu verfolgen, doch dürfte sich Moskau in den internationalen Beziehungen als Gegenpol zu den USA positionieren, um eine Eskalation zu verhindern.

### **Ausblick**

Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands wird 2018 auch von möglichen Kabinettsumbildungen nach der Präsidentschaftswahl am 18. März beeinflusst werden. Dass Putin wieder zum Präsidenten gewählt werden wird, steht außer Zweifel, da er laut Meinungsumfragen von ca. 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird. Dass internationale Spannungen auf einem hohen Niveau weiter bestehen bleiben oder gar verschärft werden, bedeutet, dass Russland in unterschiedlichen Regionen intensiv engagiert bleiben wird, was sich auch auf den Haushalt auswirken wird. Somit werden auch finanzielle Rahmenbedingungen für die Gestaltung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik entscheidend sein.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit eine mögliche Änderung der Beziehungen zwischen den USA und Russland eingeleitet werden kann. Es ist davon auszugehen, dass mit der möglichen Zunahme des Ermittlungsdruckes des FBI in der sogenannten Russlandaffäre die US-Administration eher konfrontatives Verhalten in den internationalen Beziehungen gegenüber Russland an den Tag legen wird. Grundsätzlich könnten Russlands Prioritäten folgende sein:

- Machteinfluss im Nahen und Mittleren Osten auszuweiten oder zumindest zu sichern,
- Iran im Konflikt mit USA politisch zu unterstützen und dabei auf eigene wirtschaftliche Vorteile achten,
- Den palästinensisch-israelischen Konflikt für eigene Interessen nutzen,
- Im Osten der Ukraine versuchen, einen Gewaltausbruch zu verhindern. Falls eine Eskalation eintreten sollte, eine Verschiebung der „Kontaktlinie“ zu Gunsten Kiews verhindern,
- Gegen NATO-Maßnahmen könnten weitere militärische Vorkehrungen getroffen werden,
- Eine Eskalation im Nordkoreakonflikt gilt es zu verhindern, die Rolle eines Mediators zwischen Washington und Pjöngjang wird höchst wahrscheinlich nicht zu erreichen sein.



Indo-pazifischer Raum

## Der indo-pazifische Raum

### China – der zentrale Player

#### Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer

Anfang Juli führte der Raketenzerstörer USS Stethem im Bereich der Paracel-Inseln eine sogenannte „freedom of navigation operation“ (FON) durch. Diese Operationen werden in umstrittenen Meeresgebieten durchgeführt, um zu zeigen, dass sie von den USA als internationale Gewässer betrachtet werden. Die Stethem fuhr in die 12-Seemeilen-Zone vor Triton Island ein. China sprach von einer „*ernsten politischen und militärischen Provokation*“, weil das Schiff aus Sicht Pekings in chinesische Hoheitsgewässer eingefahren war. Die U.S. Air Force ließ zudem Bomber B-1B Lancer über das Südchinesische Meer fliegen und demonstrierte damit, dass auch der Luftraum über dem Meer frei zugänglich bleiben müsse.

China hat sich beim Ausbau seiner Militärstützpunkte im Südchinesischen Meer nicht vom Widerstand der USA und anderer Anrainerstaaten abhalten lassen. Am Fiery-Cross-Riff wurde die Anzahl der verbunkerten Raketenstellungen um vier auf zwölf erhöht. Dort und auf dem Mischief-Riff wurden die Radarvorrichtungen erweitert. Auf diesen beiden Stützpunkten sowie auf dem Subi-Riff wurden zudem unterirdische Anlagen errichtet, die zur Lagerung von Munition gedacht sein könnten.

Durch die Stützpunkte hat China die strategische Lage im Südchinesischen Meer zu seinen Gunsten verändert, weil sich die Möglichkeiten zur Überwachung der Region und zum Einsatz des Militärs verbessert haben. Das schränkt umgekehrt den Handlungsspielraum der USA ein. Die möglichst lückenlose Kontrolle über das Südchinesische Meer dürfte der Hauptgrund für die Errichtung der Basen sein. Kritische Stimmen in den USA meinen, die US-Regierung habe China zu wenig Widerstand entgegengesetzt, um die Errichtung dieser Basen zu verhindern. Donald Trump dürfte die erhoffte Kooperation Chinas im Nordkorea-Konflikt wichtiger als die Frage der Militärbasen gewesen sein. Um diesen Eindruck zu zerstreuen und die Verbündeten in der Region nicht weiter zu verunsichern, dürften die beiden FONs durchgeführt worden sein.

Der Asien-Fachmann Ely Ratner meinte, dass die USA überhaupt noch nicht ausgetestet hätten, wie viel Widerstand China leisten würde, sollte Washington im Südchinesischen Meer entschlossener vorgehen. Hier gebe es noch viel mehr „*Spielraum zur Zurückdrängung*“ Chinas. US-Verteidigungsminister James Mattis bezeichnete die Errichtung von Militärstützpunkten im Südchinesischen Meer als „*Missachtung des internationalen Rechts*“ und sprach von „*Verachtung gegenüber den Interessen anderer Nationen*“.

### Hongkong: Kampf um Erhalt der Demokratie

Mit großen Feiern beging die Volksrepublik den 20. Jahrestag der Rückgabe Hongkongs durch Großbritannien an China. Für Teile der Bevölkerung war der Tag Anlass, Peking an das seinerzeitige Versprechen einer Sonderstellung Hongkongs mit einem hohen Grad an innerer Autonomie und der Beibehaltung bürgerlicher Freiheiten zu erinnern („ein Land, zwei Systeme“). Der letzte britische Gouverneur, Chris Patten, äußerte sich kritisch zur aktuellen Haltung Pekings. Es habe „*outrageous breaches*“ des chinesisch-britischen Übergabeabkommens von 1984 gegeben. Peking fühlt sich an das Abkommen nicht mehr gebunden. Lu Kang, Sprecher des Außenministeriums, sagte, dass „*the arrangements during the transitional period prescribed in the Sino-British Joint Declaration are now history and of no practical significance*“.

Die Feierlichkeiten in Hongkong wurden zu einer Demonstration militärischer Macht genutzt. Mehr als 3.100 Soldaten waren vor Parteichef Xi Jinping, der auch Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist, angetreten. Den 4.000 Zuschauern wurden 121 Fahrzeuge und 12 verschiedene Militärhubschrauber-Typen vorgeführt. Xi warnte die Bevölkerung bei seinem Besuch, dass niemand die „rote Linie“ überschreiten und Pekings Souveränität und Autorität in Frage stellen solle. Für die Jugend verlangte er eine neue Kampagne zur „patriotischen Erziehung“. Zehntausende Hongkonger antworteten der chinesischen Regierung nach Xis Abreise mit einem Marsch für Demokratie.

#### Säuberung in der Volksbefreiungsarmee

Vor Beginn des 19. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas hat Staats- und Parteichef Xi Jinping einmal mehr seine Macht demonstriert. Im Zuge seines Kampfes gegen Korruption sind zwei hochrangige Generale abgesetzt worden. General Fang Fenghui, der Generalstabschef, sowie General Zhang Yang, der das politische Amt der Volksbefreiungsarmee geleitet hatte, wurden ohne großes Aufheben ausgetauscht. Fang wurde in weiterer Folge wegen „*ökonomischer Probleme*“ befragt. Seine Abberufung erfolgte insofern überraschend, als es zuvor noch Spekulationen gegeben hatte, dass er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, dem politischen Führungsgremium der Streitkräfte, ernannt werden sollte. Nunmehr bekleiden General Zhang Youxia und General Xu Qiliang die Stellvertreter-Positionen. Xi hat damit einmal mehr seinen Einfluss auf die Armee demonstriert, wo er die alten Kader gegen ihn loyal gesinnte Offiziere austauscht. Zum neuen Generalstabschef wurde Li Zuocheng ernannt. Welche Rolle die Korruptionsbekämpfung in den Streitkräften spielt, wurde durch die Beförderung des Leiters der Kommission für Disziplinspektion, Zhang Shengmin,

zum Vier-Sterne-General und seine unmittelbar darauf erfolgte Bestellung zum Mitglied der Zentralen Militärkommission deutlich.

### **Parteitag in Peking: China muss „starke Macht“ werden**

In seiner Rede auf dem Parteitag behandelte Xi Jinping auch Chinas internationale Position. China stünde „*groß und stark im Osten*“. Es sei nun an der Zeit, dass es sich in eine „starke Macht“ wandle, die die Welt in politischen, militärischen, ökonomischen und ökologischen Fragen anführen könne. Xi lobte die Chinesen als „große Nation“, die „unbezwingbar“ sei. Das politische System und die Einheit Chinas stehen für Xi nicht zur Disposition: der Sozialismus chinesischer Prägung sei eine „großartige Schöpfung“, Abspaltungstendenzen wie im Falle von Hongkong erteilte er eine unmissverständliche Absage. Xi sprach davon, dass China für kein Land eine Bedrohung darstelle – es strebe auch keine globale Vorherrschaft an, werde aber auch nichts „*schlucken, das seine Interessen untergrabe*“.

Xi wurde plangemäß erneut zum Generalsekretär der Partei gewählt und wieder Vorsitzender der Zentralen Militärkommission der Partei, die die Streitkräfte führt. Er und Premierminister Li Keqiang gehören nach wie vor dem Ständigen Komitee des Politbüros, dem höchsten Führungsgremium der Partei, an. Die fünf weiteren Mitglieder, Li Zhanshu, Wang Yang, Wang Huning, Zhao Leji and Han Zheng, wurden neu gewählt. Alle sind mindestens 60 Jahre alt, mit ziemlicher Sicherheit wird keiner von ihnen Xi auf dem nächsten Parteitag 2022 nachfolgen. Dadurch entstanden Spekulationen, wer und ob überhaupt jemand Xi in fünf Jahren ablösen wird.

### **Grenzkonflikt China – Indien – Bhutan**

Der Grenzkonflikt zwischen China und Indien ist mit großer Schärfe wieder akut geworden. Im Dreiländereck von China, Indien und Bhutan, wo der Grenzverlauf zwischen China und Bhutan umstritten ist, begannen chinesische Soldaten im Juni mit dem Bau einer Straße in Richtung Indien. Das Plateau von Doklam – chinesisch heißt es Donglang – wird auch von Bhutan beansprucht, das sich an seinen engsten Verbündeten, Indien, mit der Bitte um Hilfe wandte. Für Indien ist das Plateau strategisch bedeutsam, weil es nahe des „Korridors von Siliguri“, auch „Hühnerhals“ genannt, liegt: ein schmaler Landstreifen, begrenzt von Nepal und Bangladesch, der Nordostindien mit dem Rest Indiens verbindet. Auf den nordostindischen Bundesstaat Arunachal Pradesh erhebt China Gebietsansprüche. Vom Plateau von Doklam aus könnte chinesische Artillerie den „Hühnerhals“ beschießen. Für Indien wurde mit dem chinesischen Vordringen eine „rote Linie“ überschritten und indische

Soldaten bezogen in dem Gebiet Stellung. Schließlich standen sich 300 bis 350 Soldaten gegenüber.

China drohte Indien mit „*ernsten Konsequenzen*“, wenn es seine Soldaten nicht zurückziehe. Fachleute äußerten die Ansicht, China gehe es nicht so sehr um einen kleinen Landstrich, sondern um allgemeine strategische Überlegungen wegen der Konkurrenz Indiens zu China. Indien pflegt gute Beziehungen mit den USA und Japan, während Indiens Erzrivale Pakistan ein traditioneller Verbündeter Chinas ist. Peking sieht Indiens Parteinahme für Bhutan nicht als einen Akt der Unterstützung für ein kleines Nachbarland, sondern als Versuch, sich eine geopolitisch vorteilhafte Position zu verschaffen. Indien ist für Peking ein politischer Konkurrent, der mittelfristig zum Herausforderer werden könnte. Peking erachtet den Himalaya als militärstrategisch entscheidend für die Beherrschung Tibets. Bhutan soll daher zum Verbündeten Chinas werden – aktuell gibt es nicht einmal diplomatische Beziehungen. Im Vorfeld des Gipfeltreffens der BRICS-Staaten fand der Konflikt – zumindest vorerst – Ende August ein unvermitteltes Ende, indem die Soldaten zurückgezogen wurden.

### **Der Konflikt um Nordkorea**

#### **Raketentests und erneuter Atomversuch**

Nordkorea hat in kurzer Abfolge weitere Fortschritte bei seinem Nuklearwaffenprogramm erzielt. Die Sanktionen des UN-Sicherheitsrates und die der USA haben keinerlei Einlenken von Staatsführer Kim Jong-un bewirkt. Dass Nordkorea das Programm einfrieren und zu einer konstruktiven Politik umschwenken würde, war nicht zu erwarten gewesen. Erfolgreich durchgeführte Raketentests und der sechste Nuklearversuch haben aber die Dringlichkeit wirksamer Maßnahmen gegen Nordkorea vor Augen geführt, soll der endgültige Durchbruch in Form von nuklear bestückten Interkontinentalraketen doch noch verhindert oder zumindest verzögert werden.

Am 4. Juli startete Nordkorea eine Interkontinentalrakete mit der Bezeichnung Hwasong-14, bereits am 28. Juli kam es zum nächsten Test des – mutmaßlich – gleichen Typs. Die Maximalreichweite hätte 6.700 bis 8.000 km betragen. Diese Leistung wäre für Alaska oder Hawaii ausreichend gewesen, mit einem entsprechend kleinen Sprengkopf auch für San Diego in Kalifornien, dem Heimathafen der Pazifik-Flotte der U.S. Navy. Am 28. Juli wurde eine bessere Leistung erzielt, die für Chicago, eventuell auch New York City reichen würde. Dass Nordkoreas Raketenprogramm bereits so weit gediehen ist, wurde in den USA mit Überraschung aufgenommen.

Am 28. August wurde die Hwasong-12 einem neuerlichen Test unterzogen. Diese Erprobung hatte neben dem technischen auch einen politischen Aspekt.

Erstmals schoss Nordkorea eine ballistische Rakete direkt über japanisches Territorium. Pjöngjang wollte offenbar sehen, welche Reaktionen es damit bei Japan und seinen Verbündeten provozierte, um darauf auf das Verhalten bei künftigen Tests zu schließen. Einen Versuch, die Rakete abzufangen, gab es nicht. Japan als US-Verbündeter hat in dem Konflikt eine heikle geopolitische Position. Will Nordkorea die US-Basis Guam im Pazifik angreifen, fliegen die Raketen über Japan. Da Japan sich aufgrund seiner Verfassung nur selbst verteidigen darf, ist das Recht des Abfangens einer Rakete, die nicht auf Japan abgefeuert wurde, fraglich.

Der schon länger erwartete erneute Atomtest Nordkoreas fand am 3. September statt. Es war nach 2006, 2009, 2013 und zweimal 2016 der sechste. Durchgeführt wurde er in der Testanlage Punggye-ri. Laut nordkoreanischen Angaben handelte es sich um eine Wasserstoffbombe. Die Fachleute von 38north.org – einer Homepage, betrieben vom US-Korea Institute an der John Hopkins School of Advanced International Studies – sagen, dass Nordkorea damit auf jeden Fall „sehr wertvolle“ Erkenntnisse gewinnen konnte, die es bei der Entwicklung eines nuklearen Gefechtskopfs weiterbringen. Auf jeden Fall war es der bislang stärkste Test Nordkoreas. Die Auswertung seismischer Daten hat ergeben, dass es sich um rund 250 Kilotonnen gehandelt haben dürfte. Das ist das 17-fache der Bombe von Hiroshima.

Eine weitere Interkontinentalrakete wurde am 29. November getestet. Diese Rakete neuen Typs mit der Bezeichnung Hwasong-15 stellt einen deutlichen technischen Fortschritt dar. Sie dürfte geeignet sein, mit einem Nuklearsprengkopf von 1.000 kg alle Punkte in den kontinentalen USA zu treffen. Die Hwasong-15 ist eine zweistufige Rakete, die mit Flüssigtreibstoff angetrieben wird. Ihr Steuerungsmechanismus ist einfacher und effizienter als bei anderen Typen.

### **China und Russland: Widerstand gegen die US-Politik**

Nach wie vor gibt es keine Anzeichen, dass China von seiner Position abweicht, der Stabilität Nordkoreas Priorität vor Abrüstungsmaßnahmen einzuräumen. Zu groß ist nach wie vor die Sorge, dass durch einen Zusammenbruch Nordkoreas ein strategischer Puffer gegen die USA und ihre Verbündeten verlorengeht. Mit Russland liegt Peking dabei auf einer Linie. Präsident Wladimir Putin bezeichnete Druck auf Nordkorea als „zwecklos“ und empfahl direkte Verhandlungen ohne irgendwelche Vorbedingungen. Russland spricht sich daher auch gegen das von den USA gewünschte Ölembargo aus.

Washington steckt in der schwierigen Lage, dass Nordkorea unaufhaltsam auf ein funktionstüchtiges

Nuklearwaffenarsenal hinarbeitet und die USA aus Eigenem nur wenig dagegen unternehmen können. Solange nicht China mit den USA gemeinsam vorgeht, kann Nordkorea weiter an seinen Nuklearwaffen arbeiten. US-Präsident Donald Trump versucht daher, den Druck auf Peking zu erhöhen. In zwei Twitter-Nachrichten Ende Juli brachte er ein moralisches Argument, um China in die gewünschte Richtung zu lenken: *"I am very disappointed in China. Our foolish past leaders have allowed them to make hundreds of billions of dollars a year in trade, yet they do NOTHING for us with North Korea, just talk". "We will no longer allow this to continue"*, warnte Trump Peking. Dieses Misstrauen blieb bestehen. Als im November in Südkorea ein Ölschmuggel nach Nordkorea aufflog, richtete sich Trumps Verdacht gegen China. Der Tanker, der das Öl geliefert hatte, war in Hongkong registriert gewesen.

Das Schwergewicht der US-Maßnahmen liegt derzeit auf den Sanktionen. Washington fährt gewissermaßen zweigleisig, indem einerseits unilaterale Sanktionen verhängt werden, andererseits im UN-Sicherheitsrat die Verschärfung der bereits beschlossenen Sanktionen betrieben wird. Um die Beschlüsse im Sicherheitsrat auf eine möglichst breite Basis zu stellen, muss ein gemeinsamer Nenner mit China und Russland gefunden werden. Washington verzichtete auf Maximalforderungen (wie ein Ölembargo), die einschneidende Auswirkungen auf Nordkorea hätten, aber von China und Russland (derzeit) abgelehnt werden.

### **Neue Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates gegen Nordkorea**

Aufgrund der raschen Abfolge der Raketentests und des Nuklearversuchs konnten die USA in sehr kurzem Zeitraum zwei Resolutionen des UN-Sicherheitsrates durchbringen, mit denen neue Sanktionen gegen Nordkorea verhängt wurden. Beide Beschlüsse erfolgten einstimmig. Am 5. August wurde Resolution 2371 beschlossen, mit der Nordkorea der Export von Kohle, Eisen, Eisenerz, Meerestieren, Blei und Bleierz verboten wurde. Joint Ventures dürfen nicht mehr abgeschlossen bzw. erweitert werden. Für einzelne Personen und Unternehmen wurde ein Reiseverbot bzw. das Einfrieren von Vermögen beschlossen.

Am 11. September einigte sich der Sicherheitsrat mit Resolution 2375 auf ein Exportverbot nordkoreanischer Textilien sowie ein Verbot der Lieferung von Erdgasflüssigkeiten und Kondensaten nach Nordkorea. Die Importe raffinierter Ölprodukte wurden auf ein Limit beschränkt, die Exporte von Rohöl nach Nordkorea dürfen von den einzelnen UN-Mitgliedsstaaten nicht mehr gesteigert werden. Untersagt wurde auch die Entsendung von nordkoreanischen Arbeitskräften ins Ausland (die zuvor

schon eingeschränkt worden war) – ihre Bezahlung erfolgt an den Staat, der damit das Nuklearprogramm finanzieren kann. Ein weiteres Einfrieren von Vermögenswerten bzw. Reiserverbote enthält die Resolution ebenfalls.

Nach dem Raketentest im Dezember wurde das Sanktionenregime weiter verstärkt. Resolution 2397 vom 22. Dezember beschränkt die Exportmengen für Öl – Rohöl und raffiniertes – weiter und verfügte eine Reihe anderer Export- und Importverbote sowie weitere Maßnahmen, um Nordkorea weiter zu isolieren.

Die parallel dazu einseitig von den USA verhängten Sanktionen bieten die Möglichkeit, Personen und Firmen zu treffen, die durch die UN-Sanktionen nicht erreicht werden können. Dazu gehören solche aus China und Russland, die von den USA ins Visier genommen werden, weil sie in Geschäftsbeziehungen mit Nordkorea stehen und dadurch zur Fortführung des Nuklear- und Raketenprogramms beitragen. China und Russland haben die Maßnahmen, nicht überraschend, verurteilt. Peking akzeptiert Sanktionen nur im Wege des UN-Sicherheitsrates.

### **Südkorea: für den Ernstfall bereit ...**

China will Nordkorea als Pufferstaat gegen den Einfluss der USA in Südkorea erhalten. Dazu braucht Pjöngjang auch aus Sicht Pekings keine Nuklearwaffen. Den Einfluss der USA in Nordostasien begrenzen heißt für China aber genauso, keine militärische Gewichtsverlagerung der USA nach Südkorea zuzulassen. Nach wie vor fordert China mit aller Nachdrücklichkeit, dass das US-Raketenabwehrsystem Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) nicht in Südkorea aufgestellt wird.

Die Dinge hatten sich im Frühjahr schon im Sinne Pekings entwickelt. Der neue Präsident Moon Jae-in hatte die in Gang befindliche Aufstellung, die von seiner Vorgängerin Park Geun-hye 2016 initiiert worden war, gestoppt. Kritik an THAAD in Südkorea traf sich mit der Absicht Moons, den eigenen Handlungsspielraum in der Korea-Politik zu bewahren. Da der Ernstfall eines Angriffs aus dem Norden aber nicht ausgeschlossen ist, will sich Südkorea militärisch absichern. Die restlichen vier THAAD-Elemente – zwei wurden bereits stationiert – werden nun doch aufgestellt. Für die Beziehungen Südkoreas zu China bedeutet THAAD eine massive Belastung.

### **Nordkorea provoziert China**

Das Datum des jüngsten Nuklearversuchs war mit dem 3. September nicht zufällig gewählt. Xi Jinping hatte an diesem Tag die führenden Politiker der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) in China zu Gast. Möglicherweise wollte Kim Jong-un mit dem jüngsten Nukleartest eine politische Botschaft an Xi

senden. Kim dürfte darauf abzielen, dass Xi Trump zu Verhandlungen mit Nordkorea bewegt, an deren Ende die Akzeptanz nordkoreanischer Nuklearwaffen durch die USA und die Verringerung der knapp 28.500 Soldaten starken US-Truppen in Südkorea stehen sollen. Fachleute sind skeptisch, ob Xi sich von Kim erpressen lassen wird.

Die offizielle Reaktion Pekings auf den Nukleartest fiel verhalten aus. Außenminister Wang Yi sagte, dass China und der Weltsicherheitsrat die „*notwendigen Maßnahmen*“ ergreifen müssten. Sanktionen seien die eine Hälfte des Schlüssels zur Lösung, Dialog und Verhandlungen die andere. China behält also seine bisherige offizielle Linie bei: die Sanktionen werden unterstützt, Pjöngjang soll auf diese Weise wieder an den Verhandlungstisch gebracht werden.

Gleichzeitig erhöhte China den Druck auf Pjöngjang, um die Sechs-Parteien-Gespräche zwischen China, den USA, Russland, Japan und den beiden koreanischen Staaten wieder in Gang zu bringen. Nordkorea hatte sich aus diesem Format 2009 zurückgezogen, die Wiederaufnahme ist trotz mehrfacher Anläufe bislang nicht geglückt.

### **Trump vor den UN: Druck auf „Rocket Man“ Kim**

Donald Trump erhöhte diesen Druck zusätzlich durch aggressive Wortmeldungen. Mit einer martialischen Drohung vor der UN-Generalversammlung wollte er die Position der USA stärker akzentuieren: *“The United States has great strength and patience, but if it is forced to defend itself or its allies, we will have no choice but to totally destroy North Korea. Rocket Man is on a suicide mission”* Er gab allerdings seiner Hoffnung Ausdruck, dass dies nicht nötig sein werde. Trump forderte die anwesenden Staaten auf, mehr zu tun, bis Nordkorea sein feindseliges Verhalten aufbebe.

Die Frage erhebt sich, ob Trump seine Bemerkungen in erster Linie an Kim gerichtet hat oder nicht eher Xi Jinping eine Botschaft vermitteln wollte? Trump konnte nicht davon ausgehen, dass seine Worte Kim zum Nachgeben veranlassen würden – eher im Gegenteil. Wenn aber Xi damit rechnen muss, dass die USA Maßnahmen setzen, die sich auf Korea destabilisierend auswirken, so könnte er dazu gebracht werden, Sanktionen mit einschneidenden Auswirkungen wie dem Ölembargo, das die USA nachdrücklich fordern, zuzustimmen.

Bei der Interpretation der teils markigen Tweets und Soundbites des US-Präsidenten ist auch ganz allgemein zu berücksichtigen, dass diese in erster Linie für seine Wähler bestimmt sind, für jene „Durchschnitts-Amerikaner“ also, denen Außenpolitik ziemlich fremd ist und oft auch unwichtig erscheint. Vor einer Überschätzung der Trump'schen Aussagen sollte man sich daher hüten.

Die Repliken aus Nordkorea ließen an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig. Dass Kim sich durch Trumps Rede bestätigt sehen und diese ihm einen Vorwand für ebenso aggressive Ankündigungen liefern würde, kam nicht überraschend. Er bedachte den US-Präsidenten mit Schmähwörtern wie „Schurke“ und „geistig gestörter seniler US-Mensch“.

### Washington: mehr Druck durch Sanktionen

Dass Sicherheitsratsbeschlüsse eine unmittelbare Auswirkung auf das Verhalten von Pjöngjang haben würden, war nicht anzunehmen. Demonstrativ bezeichnete Nordkorea die Sanktionen als Ansporn für sein Nuklearprogramm. In Washington hat man keinen Zweifel daran, dass Kim Jong-un weiter an der Entwicklung von Atomwaffen wird arbeiten lassen.

Die USA setzten daher neue unilaterale Sanktionen. Nordkorea wurde wieder auf die Liste der „state sponsors of terrorism“ gesetzt. Donald Trump gab dem US-Finanzministerium die Ermächtigung, Maßnahmen gegen ausländische Banken zu setzen, die in die Abwicklungen von Finanztransaktionen für Nordkorea verwickelt sind. Ihnen soll der Zugang zum US-Finanzsystem verwehrt werden.

Das Einfrieren von Vermögenswerten richtet sich gegen solche Personen oder Institutionen, die einen „erheblichen“ Handel mit Nordkorea in den Bereichen Güter, Dienstleistungen oder Technologie betrieben haben oder die in den Bereichen Energie, Textilien, Bergbau, IT-Güter, Fischerei u. a. in Nordkorea tätig sind. Dazu gehört auch, dass Flugzeuge oder Schiffe, die in Nordkorea waren, innerhalb von 180 Tagen nicht die USA aufsuchen dürfen. Die Frage ist, wieweit die USA zu einer Auseinandersetzung mit China bereit sind, wenn sie zu „Sekundärsanktionen“ greifen, die Nordkorea zum Ziel haben, aber chinesische Banken treffen.

### Militärische Maßnahmen und Gesprächskontakte

Zumindest rhetorisch will Trump auf die militärische Lösung nicht verzichten. Er bezeichnete sie Ende September als „zweite Option, nicht die bevorzugte Option“, die aber, wenn nötig, ergriffen werde. Mit „militärische Option“ ist nicht unbedingt ein Angriff mit Waffengewalt gemeint. Denkbar wäre auch eine Seeblockade oder eine Verstärkung des in Südkorea stationierten US-Militärs. Der militärische Druck der USA auf Nordkorea wurde graduell erhöht. Der Flugzeugträger USS Ronald Reagan wurde für gemeinsame Manöver mit der südkoreanischen Marine in koreanische Gewässer verlegt. Die Stationierung von B-2-Bombern (bestückbar mit bunkerbrechenden Raketen bzw. Atombomben) und F-22-Kampfflugzeugen in Südkorea ist eine Option für

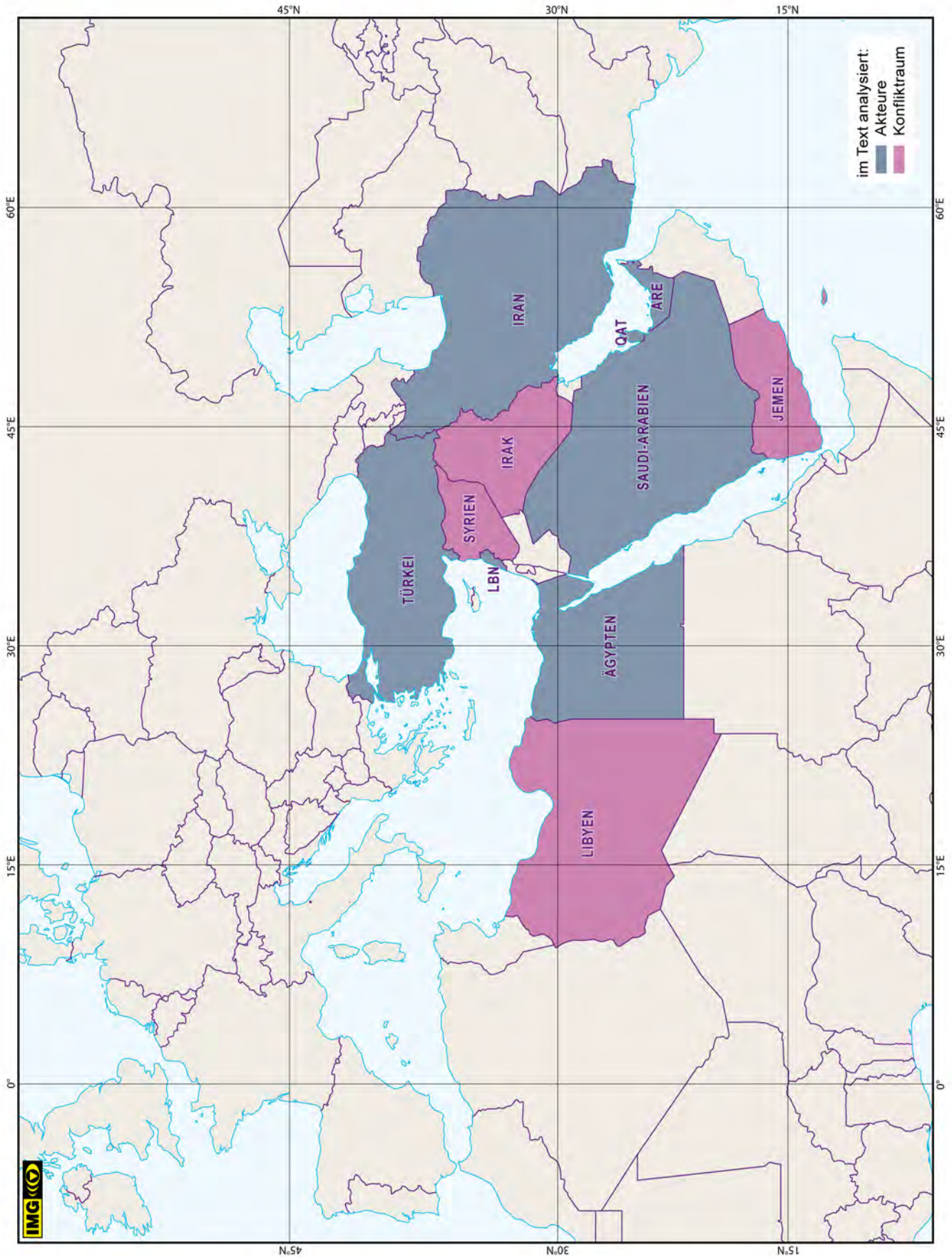
Washington und Seoul. In Südkorea werden die Stimmen für eine Restationierung von US-Nuklearwaffen lauter. Die militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten wurde bereits intensiviert. Übungen wie ein gemeinsamer Flug von zwei B-1B-Bombern und vier F-35 sowie vier südkoreanischen F-15K finden derzeit zwei- bis dreimal im Monat statt. Die Luftkampfübung „Vigilant Ace 18“ Anfang Dezember brachte die höchste Konzentration an Kampfflugzeugen der fünften Generation, darunter F-22, die es jemals in Südkorea gegeben hat.

Es ist momentan eine Gratwanderung, die Washington unternimmt, indem es die militärische Karte nicht aus dem Spiel nimmt und Nordkorea gleichzeitig zu vermitteln versucht, man werde nicht angreifen. US-Außenminister Rex Tillerson hielt gegenüber Pjöngjang fest: *“We are not your enemy (...)”*. Er wollte Verhandlungen für die Zukunft nicht völlig ausschließen – das auch eine verbale Verbeugung an China, das die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche will.

Das US-Außenministerium arbeitete hinter den Kulissen an Gesprächskanälen mit Nordkorea. Von solchen Sondierungen ist momentan kein großer Durchbruch zu erwarten, aber immerhin könnten Wege gefunden werden, um die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation zu verringern – z. B. bestimmte Anpassungen bei den gemeinsamen Manövern von USA und Südkorea.

### Nordkorea: Chinas wachsende Bürde

Pjöngjang treibt mit seiner Beharrlichkeit beim Fortführen des Nuklearprogramms die politischen Kosten Pekings für die Unterstützung Nordkoreas immer mehr in die Höhe. Inzwischen haben die Nukleartests eine solche Intensität erreicht, dass sie in China physisch spürbar sind. Das mächtige China scheint nicht in der Lage zu sein, einen Kleinstaat zur Raison zu bringen. So überrascht es nicht, dass Peking seine Unterstützung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates nicht mehr bloß als Geste des guten Willens gegenüber der internationalen Gemeinschaft betrachtet – in der Vergangenheit waren die Sanktionen eher nachlässig umgesetzt worden –, sondern als Ausdruck seines zunehmenden Missfallens gegenüber Pjöngjang. Peking hat im September angeordnet, dass nordkoreanische Firmen und Joint Ventures zwischen nordkoreanischen und chinesischen Unternehmen in China schließen müssen (chinesische Firmen in Nordkorea lässt Peking bestehen). Ein Fachmann bewertete die Auswirkungen als „sehr erheblich“, weil damit für Nordkorea die Beschaffung von Devisen erschwert wird. Entsprechende Erlässe wurden auch zur Unterbindung des Handels mit Erdgasflüssigkeiten, raffinierten Ölprodukten und Textilien erlassen.



Middle East & North Africa (MENA)



## Die MENA-Region im Dauerstress

### Die Dynamiken in der Region

Die MENA Region (Middle East and North Africa) ist von einer höchst instabilen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Situation gekennzeichnet. Von besonderer Bedeutung ist die Machtdiffusion der Regionalmächte – allen voran Iran und Saudi-Arabien – zu den zahlreichen nichtstaatlichen Akteuren. Die Spirale der sektiererischen Gewalt führt zur wachsenden Radikalisierung und entlädt sich in allen Staaten mit gemischter sunnitisch-schiitischen Bevölkerung. Syrien, Jemen, Irak und Libanon sind der Austragungsort von Stellvertreterkonfrontationen zwischen Iran und seinen verbündeten pro-iranischen Milizen einerseits und Saudi-Arabien, seinen lokalen verbündeten sunnitischen Gruppierungen und weiteren Golfstaaten andererseits. Die Fragmentierung in der Region wird durch das gestiegene militärische und diplomatische Engagement Russlands und einer möglichen unberechenbaren Antwort darauf von Seiten der Trump Administration weiter verschärft.

Dem nicht genug sind 2017 neue Spannungen innerhalb der Regionalmächte hinzugekommen: Die Rivalitäten zwischen Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) einerseits und Katar andererseits, welche sich durch Sanktionen und in einem Propagandakrieg manifestierten, verschärfen die Kluft im Golfkooperationsrat. Die Türkei und der Iran stehen sich aufgrund der jeweils entgegengesetzten Interessen in Syrien und Irak misstrauisch gegenüber.

Saudi-Arabien ist über den Unwillen Ägyptens verärgert, in zentralen regionalen Fragen der saudischen Linie zu folgen, obwohl umfassende politische und finanzielle Unterstützung an Präsident Abdel Fattah al-Sisi erfolgte. Sisi versucht durch seine Unterstützung für den syrischen Präsidenten Assad die ausländische Unterstützung für sein Militärregime zu diversifizieren und zu stärken – und das in Zeiten, in denen er durch seinen ultra-nationalistischen Diskurs und eine angeschlagene Wirtschaft innenpolitisch zunehmend unter Druck gerät.

Das harte Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte – einschließlich der Behinderung von Sisis aussichtsreichstem Rivalen bei den im Mai 2018 stattfindenden Präsidentschaftswahlen sowie der Entlassung des Militärstabschefs und Geheimdienstchefs – lassen auf eine steigende Nervosität Sisis schließen.

Unterdessen nützt Israel die gemeinsamen strategischen Interessen mit den Golfstaaten in Bezug auf die Eindämmung des Rivalen Iran, um neue Kooperationen aufzubauen. Zahlreiche israelische Sicherheits- und Technologieunternehmen erhielten Projektaufträge in mehreren Golfstaaten. Zum Austausch über iranische Aktivitäten in der Region, erfolgten im Jahr 2017

Berichten zufolge Treffen auf geheimdienstlicher Ebene.

All diese Dynamiken verhindern die Bemühungen der Konfliktvermittlung und rücken den Fokus auf dringend erforderliche wirtschaftliche und politische Reformen, wie Governance, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheitssektorreform, Korruptionsbekämpfung und Jugendarbeitslosigkeit in weite Ferne. Die Obama-Administration scheiterte letztlich mit ihrem diplomatischen Zugang zur Konfliktlösungsfindung in Syrien. Die Trump-Administration zog diplomatische Verhandlungen mit Russland bisher nicht in Betracht und konzentrierte ihr Engagement weiterhin auf den Kampf gegen die Terrormiliz *Islamischer Staat* (IS).

In Syrien, Jemen und Libyen scheiterten die Konfliktvermittlungsversuche der UN, Waffenstillstände durchzusetzen und die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen.

Im Jemenkonflikt intensivierte der Iran seine Unterstützung für die Houthi-Rebellen, dennoch sieht der Iran den Jemen weiterhin nur als einen Schauplatz, um seinen Rivalen Saudi-Arabien mit geringem finanziellem Aufwand zu beschäftigen. Für Saudi-Arabien stellen die im Jahr 2017 verstärkten Überraschungsangriffe und Raketenbeschüsse auf eigenem Staatsgebiet eine große Demütigung dar. So setzte die Saudi-Emiratische Allianz darauf, durch die Einnahme der Hafenstadt Hodeida die Versorgungslinie der Houthis abzuschneiden und die Dynamiken im Konflikt zu ihren Gunsten zu verändern. Die Kämpfe werden sich auch 2018 in unverminderter Intensität fortsetzen.

In den von Kriegen erschütterten Ländern Syrien, Irak, Libyen und Jemen erschweren die wirtschaftlichen Krisen einen politischen Konsolidierungsprozess. Die prognostizierten Kosten für den Wiederaufbau der vom Krieg gebeutelten Länder belaufen sich auf mehrere hundert Millionen US-Dollar, ein Betrag, der nur schwer durch internationale Geldgeber getragen werden kann.

Auch die angeschlagene Wirtschaftslage und hohe Arbeitslosigkeit in Algerien, Tunesien, Marokko, Libanon und Jordanien erhöht die Gefahr von Massenprotesten und setzt die Regierungen und Regime dieser Staaten zunehmend unter Druck.

Die vollständige Einnahme der Kalifatsprovinzen in Syrien und Irak symbolisieren nun das „territoriale Ende“ des IS, jedoch bedeutet dies gleichzeitig die Transformation der Gruppe in eine terroristische Guerillaorganisation, welche nicht mehr durch ihre Territoriumskontrolle verwundbar sein wird. Die Stabilität Iraks und Syriens wird unterdessen stark von Terroranschlägen und dem Wiederaufleben des IS abhängen. Zudem brachte die Zerschlagung des

gemeinsamen Feindes IS erneut die interne Fragmentierung der religiösen und ethnischen Gruppierungen in Syrien und Irak ans Tageslicht und könnte bisher aufgeschobene Konflikte neu anheizen.

Aufgrund der divergierenden Interessen der wesentlichen Konfliktprotagonisten USA, Russland, Saudi-Arabien, Iran, VAE, Katar, Türkei und Ägypten sowie mangelnder Konfliktlösungskapazitäten der UN bleiben bis zu einer Einigung auf eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur auf der arabischen Halbinsel die Spannungen und Rivalitäten aufrecht und könnten 2018 sogar neue Höhepunkte erreichen.

### **Wahlen in Libyen - Hoffnung auf Stabilität**

Libyen steht 2018 vor einem wichtigen Schritt hin zu einem geeinten demokratischen Staat. Ghassan Salamé, der UN-Sondergesandte für Libyen, kündigte für Ende 2018 ein Verfassungsreferendum und Parlamentswahlen an, was generell auf Zuspruch stieß. Allerdings ist man sehr darauf bedacht, die Wahlen diesmal unter besseren sicherheitstechnischen Umständen abzuhalten, damit diese Stabilität und nationale Versöhnung bringen und nicht, wie 2014, zur Spaltung des Landes beitragen.

Feldmarschall Haftar, der mit seiner Miliz *Libyan National Army* den Osten des Landes kontrolliert und den Anspruch auf Führerschaft in Libyen stellt, konnte in den letzten Monaten einige Gebietsgewinne verzeichnen. Einerseits konnte er Benghazi, die zweitgrößte Stadt Libyens bis auf einige Straßenzüge im Dezember 2017 vollständig unter seine Kontrolle bringen. Des Weiteren nahm die LNA den „Zentralen Ölhalbmond“ zwischen Sirte und Ajdabiya und weite Teile Südlibyens ein. Außerdem baute die LNA 2017 zunehmend Milizen im Westen des Landes auf, die im Falle einer erneut aufkochenden Auseinandersetzung zwischen Ost- und Westlibyen das Zünglein an der Waage sein könnten. Ob Haftar bei Wahlen die Mehrheit der Stimmen auf sich wird vereinen können, bleibt jedoch fraglich.

Haftar's Gegenspieler in Tripolis, der von der internationalen Gemeinschaft eingesetzte Präsident und Kopf der Einheitsregierung Fayiz al-Serraj, hat zwar internationale Unterstützung, doch konnte er die Mehrheit der Milizen in Tripolitaniens bisher nicht unter seiner Person vereinen und bleibt weiterhin eine Marionette externer und interner Machttakteure, ohne entscheidendes Durchsetzungsvermögen am Boden. Nach mehreren Treffen zwischen Haftar und Serraj in Abu Dhabi und Kairo wurde im Juli 2017 in Paris ein Waffenstillstand zwischen Serraj und Haftar ausgehandelt, der die festgefahrene Situation zwar nicht löste, doch eine Verschlechterung der Lage verhinderte. Die Bedeutung Libyens für Europa leitet sich einerseits aus der geographischen Nähe, andererseits vom Rohstoffreichtum des Landes ab. Besonders Frankreich

und Italien engagieren sich daher in Libyen intensiv. Die italienische Küstenwache ist seit August 2017 zusätzlich zur EU-Mission im Mittelmeer direkt in Tripolis vor Ort und unterstützt die libysche Küstenwache bei der Eindämmung des Migrationsflusses.

Durch gezielte Maßnahmen der EU bzw. einzelner europäischer und afrikanischer Staaten, wie Deutschland, Frankreich und Niger, konnte die Zahl der in Europa ankommenden Migranten stark eingedämmt werden. Wesentlich für diese Entwicklungen sind die veränderten Machtverhältnisse an der Küste, westlich von Tripolis. Im Oktober gelang es der Einheitsregierung, lokale Milizen, die tief in den Menschenschmuggel involviert waren, aus den wichtigsten Küstenstädten östlich von Tripolis, die als Hauptabfahrtsorte für Migranten dienten, zu vertreiben. Ein drastischer Anstieg von Flüchtlingszahlen über die zentrale Mittelmeerroute ist in den nächsten Monaten nicht zu erwarten, da einerseits lokale Milizen in Libyen aus Schlüsselregionen verdrängt wurden, andererseits die EU immer mehr auf Maßnahmen in den Herkunfts- und Transitländer südlich der Sahara setzt.

Externe Mächte wie Russland, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Katar und die Türkei versuchen weiterhin ihre Interessen in Libyen durchzusetzen, was meist durch direkte Unterstützung der jeweils freundlich gesinnten Gruppierung erfolgt. Russland engagiert sich neben Frankreich und Italien stark auf diplomatischer Ebene und versucht zwischen Haftar und Serraj zu vermitteln. Durch die Involvierung rivalisierender externer Akteure bleibt eine Lösung des Konfliktes jedoch schwierig.

Nach dem „territorialen“ Sieg über den IS in Syrien und Irak ist kein merklicher Anstieg von IS-Aktivitäten in Libyen zu verzeichnen. Der IS ist nach seiner Vertreibung aus Sirte Ende 2016 weiterhin im Wüstengebiet südlich der Stadt präsent und tritt in Form von Überfällen auf Checkpoints und Dörfer oder einzelnen Anschlägen zu Tage. Libyen wird jedoch auch in Zukunft ein wichtiges Rückzugsgebiet für den IS bleiben.

### **Der Libanon unter Zerreißprobe**

Der überraschende Rücktritt des libanesischen Premierministers Saad al-Hariri Anfang November 2017 löste große Befürchtungen bezüglich einer möglichen Destabilisierung des kleinen, aber bedeutenden Mittelmeerstaates aus. In einer Fernsehansprache von der saudischen Hauptstadt Riad aus nannte Hariri als Gründe für seinen Rücktritt die Angst vor einem geplanten Mordanschlag (ähnlich wie jenem auf seinen Vater Rafik Hariri im Jahr 2005) und warf dem Iran zudem vor, für Unruhe und Zerstörung im Libanon und der Region zu sorgen. Die pro-iranische *Hisbollah*

bezeichnete er, einen „Staat im Staat“ zu bilden. Empört über den Eingriff in die Souveränität Libanons beschuldigten Präsident Aoun und *Hisbollah*-Chef Nasrallah das Königreich Saudi-Arabien (KSA), für den Sturz der Regierung verantwortlich zu sein. Weite Teile der sonst zerstrittenen religiösen und libanesischen Fraktionen zeigten Geschlossenheit und Sympathie für ihren Premierminister.

Westliche Regierungen sind sich darin einig, einer Destabilisierung des Libanons entgegenzutreten. So äußerten beispielsweise das US State Department und das Weiße Haus ihre Unterstützung für den Premier und forderten die Rückkehr Hariris und die Erhaltung der Stabilität im Libanon. Besonders Europa ist beunruhigt, dass politische Unsicherheiten neue Flüchtlingswellen auslösen und militante Gruppen ihren Einfluss ausweiten könnten. Der Libanon beherbergt mit rund 2 Millionen Flüchtlingen die größte Zahl an Flüchtlingen pro Einwohner weltweit. Bei einem Treffen der „International Support Group for Lebanon“ in Paris beteuerten Vertreter aus GB, China, Deutschland, Italien, Russland, USA, EU, der Arabischen Liga, UN und der Weltbank die Notwendigkeit, libanesischen Staatsinstitutionen, die reguläre libanesischen Armee sowie Hariris Wirtschaftsprogramm zu stärken, indem Auslandsinvestitionen erhöht werden. Zudem sagten die USA dem Libanon eine neue 120 Millionen US-Dollar schwere Hilfspaket an Militärunterstützung zu. Derartige Maßnahmen zielen darauf ab, Saudi Arabien und den Iran unter Druck zu setzen, damit sie sich aus den inneren Angelegenheiten Libanons fernhalten.

Es gelang letztlich, dass durch französische und amerikanische diplomatische Bemühungen und nach Konsultationen Hariri's in Paris, Kairo und Zypern er am 21. November, passend zum Unabhängigkeitstag, wieder nach Beirut zurückkehrte und seine Rücktrittserklärung zurückzog.

Beobachter und Analysten sind sich darin einig, dass der plötzliche Rücktritt des Premiers mit Saudi-Arabiens regionalen Vormachtbestrebungen in Verbindung steht. Hariri kam 2016 an die Macht, indem ein Kompromiss mit der *Hisbollah* geschlossen wurde. Zum Zwecke der Überbrückung der politischen Krise einigte man sich 2016 auf eine Regierung der nationalen Einheit. Der Preis dafür war, der *Hisbollah* sowohl seine militärische Autonomie zu gewähren, als auch das neue (*Hisbollah*-loyale Kräfte begünstigende) Wahlgesetz durchzusetzen. In diesem Kontext steht die Unzufriedenheit Saudi-Arabiens mit Hariri. Aufgrund der in den letzten Jahren gewachsene, zum Teil notgedrungene Toleranz des libanesischen Staates gegenüber der *Hisbollah* bzw. Inklusionsversuche derselben, hatte das saudische Regime 2016 seine offene Unterstützung für den Libanon beendet.

Kurz vor der Einberufung Hariris durch Saudi-Arabien hatte Hariri den iranischen Berater für internationale Angelegenheiten des Obersten Führers Khomeini in Beirut empfangen. Dieser beschrieb Hariris Koalition als „einen Sieg“ und „großen Erfolg“. Dieses symbolträchtige Treffen war ein Affront für Saudi-Arabien und bestätigte seinen schwindenden Einfluss im Libanon und Irans wachsende Macht. KSA warf der *Hisbollah* und dem Iran vor, hinter dem Anfang November erfolgten Raketenbeschuss auf Riads internationalen Flughafen zu stecken, welcher durch die von ihnen unterstützten Houthi-Rebellen im Jemen erfolgte. Hinzu kamen die außenpolitischen Verluste und Fehlkalkulationen Saudi-Arabiens im Irak, Syrien, Jemen und Katar. Saudi-Arabien musste, um sein Gesicht zu wahren, eine Gegenreaktion starten. KSA zielt darauf ab, durch den Rücktritt Hariris die konfessionsübergreifende Allianz zwischen der schiitischen *Hisbollah* und der christlichen Partei *Free Patriotic Movement* des christlichen Präsidenten Aoun zu brechen. Dieses Bündnis erlaubt der *Hisbollah*, seinen Einfluss innenpolitisch weiter auszubauen und gewährt ihr zudem den Freibrief, sich weiterhin regional zu engagieren.

Saudi-Arabien forderte zudem seine Staatsbürger auf, den Libanon zu verlassen bzw. nicht zu bereisen und rief die *Hisbollah* auf, sich zu entwaffnen. Eine Forderung, welche voraussichtlich konsequenzenlos bleibt, da die libanesischen Streitkräfte und die Regierung weder den Willen noch die Fähigkeit besitzen, eine Entwaffnung zu erzwingen. *Hisbollah* gewann zudem an Sympathie innerhalb der Bevölkerung, da sie gemeinsam mit der libanesischen Armee im Sommer 2017 die führende Rolle in der Säuberung des libanesischen Territoriums von terroristischen Gruppierungen aus Syrien spielte. Die im Dezember 2017 erneute Bekräftigung von Hariris Kabinett, sich an die 2012 erklärte „Dissociation Policy“ zu halten, welche besagt, den Libanon aus regionalen Konflikten herauszuhalten, scheint allerdings ein reines Lippenbekenntnis zu sein, da es keine Sanktionen oder Durchsetzungsmaßnahmen gibt, wenn die *Hisbollah* sich weiterhin im Ausland engagiert.

Für die *Hisbollah* hätte ein endgültiger Rücktritt Hariris ein Dilemma dargestellt. Eine Regierungskrise bedeutet für die *Hisbollah*, dass es sich nicht mehr hinter Hariris „Power-Sharing-Regierung“ (Regierung der nationalen Einheit) verstecken könnte, welche der Miliz Deckung für ihre regionalen Operationen, insbesondere in Syrien, gab. Zudem gewährte sie der *Hisbollah* politische Legitimität und Schutz vor möglichen internationalen Sanktionen.

Die im Mai 2018 geplanten Parlamentswahlen sind für den Libanon richtungsweisend, da erstmals eine verfassungsändernde Mehrheit durch die schiitisch-christliche Allianz im Parlament erreicht werden könnte

und zudem auch die Besetzung von Ministerämtern durch die *Hisbollah* gesteuert werden könnte.

Der Libanon ist für Saudi-Arabien nunmehr das einzige Land, in dem es seine Macht gegen den Iran ausspielen kann. Andere Fronten, wie Irak oder Syrien, sind für Saudi-Arabien bereits verloren. Im Fall von Verfassungsänderungen und Eingriffen in das politische System zu Gunsten der pro-iranischen *Hisbollah* würde das Königreich vermutlich nicht tatenlos zusehen.

### Syrien - Kein Friede in Sicht

Das Jahr 2017 leitete einen Wendepunkt in der siebenjährigen Geschichte des syrischen Bürgerkriegs ein. Dabei sind weder die Kämpfe entschieden, noch ist der IS als Terrororganisation geschlagen. Aber es zeichnen sich schemenhaft politische Konturen ab, die das Grundgerüst für die weitere Entwicklung Syriens bilden könnten.

Anfang Mai 2017 unterzeichneten Russland, Iran und Türkei die Astana-Vereinbarung zur Einrichtung von vier Deeskalationszonen (Idlib, Homs, Ost-Ghouta und Südsyrien), in denen Kampfhandlungen eingestellt werden sollten. Die drei Beobachterstaaten verpflichteten sich, ihren Einfluss auf lokale Gruppen zur Verhinderung von Kämpfen zu nutzen, Luftschläge auszusetzen sowie humanitäre Hilfslieferungen zuzulassen. Die USA, welche sich über Jahre hinweg gegen eine militärische Intervention in Syrien entschieden hatte und stattdessen auf eine diplomatische Lösung pochte, wurde in die Astana-Vereinbarung nicht eingebunden und konzentrierte ihr Engagement einzig auf den Kampf gegen den IS. Der Astana-Prozess, der sich hauptsächlich auf eine Verhandlungslösung auf militärischer Ebene konzentriert, ersetzte - sehr zum Unmut der Opposition - die UN-geführten Friedensverhandlungen in Genf zunehmend, welche bisher ohne Erfolge verliefen. Jedoch gelang es trotz Deeskalationszonen nicht, Waffenstillstände durchzusetzen und die humanitäre Situation zu verbessern. Die Deeskalationszonen sind nicht als sichere Zonen zu verstehen, sondern als Teil einer militärischen Strategie, die insbesondere Pro-Assad Kräften erlaubt, dringend benötigte Truppen an die Frontlinien mit dem IS zu verlagern. So konnten das Regime und seine Verbündeten in neuen Offensiven in IS-gehaltenen Gebieten in Homs, Deir ez-Zour und entlang des Euphrat-Tals den befürchteten Einflussgewinn der USA mit den von ihnen unterstützten kurdischen Syrian Democratic Forces (SDF) bremsen und den vom Iran und *Hisbollah* angestrebten Landkorridor vom Irak über syrisches Territorium errichten.

Die Deeskalationszonen sichern den Einflussgewinn der Regionalmächte langfristig ab und erlauben

gegebenenfalls eine dauerhafte Stationierung ihrer Kräfte. Die Türkei weitete unterdessen ihren militärischen und politischen Einfluss in Nordsyrien durch die Etablierung eines Landkorridors zwischen Afrin und Jarablus sowie durch seine Beobachterrolle in der Provinz Idlib aus. Der Türkei geht es primär darum, die Position und den Einfluss des syrischen Ablegers der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu schwächen.

In allen Zonen einigte man sich zwar auf einen Mechanismus zur Einhaltung der Waffenruhe, allerdings stellten regelmäßige Waffenstillstandsverletzungen die Ernsthaftigkeit dieses Abkommens in Frage. Die Deeskalationszonen sind zwar ein erster Schritt zur Eindämmung der Kampfhandlungen, sie bieten jedoch keine politische Lösung. Der syrische Außenminister Walid Moallem stufte sie im September 2017 sogar nur als „temporäre Vereinbarung“ ein.

Die Einnahme von Aleppo, eine der letzten urbanen Hochburgen der bewaffneten Opposition, durch Regimekräfte Ende 2016 leitete das Scheitern der Revolution ein. Nach über zwei Jahren russischer Luftschläge gegen Rebellengruppen, den IS und den Al-Qaida-Ableger *Hai'at Tabrir al-Sham* (HTS) wurde ein beträchtlicher Teil der bewaffneten Opposition ausgeschaltet und die Phase der aktiven Kampfhandlungen 2017 beendet. Die Einstellung des CIA-Programms zur Unterstützung von Anti-Assad-Rebellen mit Ende des Jahres versetzte der bewaffneten Opposition den endgültigen Todesstoß. Auch auf politischer Ebene erlitt die bisher fragmentierte Opposition unter dem Druck seiner Unterstützer Rückschläge. Sie musste im November 2017 für die 8. Genf-Verhandlungsrunde eine Fusion mit weniger regimekritischen Oppositionsgruppen wie der Moskau- und Kairo-Gruppe eingehen und von ihren zentralen Verhandlungsbedingungen - sofortiger Rücktritt Assads und Freilassung von politischen Gefangenen - gänzlich Abstand nehmen.

Die arabischen Golfstaaten, als langjährige Unterstützer der Opposition, wurden vom Astana-Prozess gänzlich ausgeschlossen und waren gezwungen, ihre unrealistischen Ziele eines Regimesturzes aufzugeben und neue strategische Ziele in Syrien zu definieren. Diese könnten vor allem im Einflussgewinn durch den Wiederaufbau zerstörter sunnitisch-arabischer Gebiete liegen.

Frieden und Stabilität scheinen mittlerweile für die syrische Bevölkerung wesentlich wichtiger zu sein, als die Forderung nach Mitsprache und politischer Beteiligung.

Die Türkei versuchte in den letzten Monaten vergeblich, die USA dazu zu bewegen, ihre Unterstützung für die PKK in Nordsyrien (YPG) aufzugeben und stattdessen Türkei-loyale Oppositionskräfte im Kampf gegen den IS

zu positionieren. Parallel dazu erfolgte eine politische Annäherung an Russland, u.a. in Folge des Deeskalationsabkommens für die letzte von Rebellen gehaltene Provinz Idlib. Der Türkei gelang es, durch ihre Kontrolle des sogenannten „Jarablus-Korridors“ (seit 2016) sowie durch die zuletzt errichteten Beobachtungsposten zur Einhaltung des Waffenstillstandes in Idlib die kurdische Enklave Afrin fast vollständig einzukesseln. Frustriert von dem von den USA geplanten Aufbau einer 30.000 Grenzkontroll-Streitkraft und der anhaltenden Unterstützung für die Kurden, steht im Jänner 2018 eine türkische Militäroffensive in Afrin, die von Präsident Erdogan bereits mehrfach angedeutet wurde, unmittelbar bevor. Türkische und amerikanische Interessen in Syrien scheinen mit der US-Entscheidung, in Syrien stationiert zu bleiben und verbündete Kurden zu unterstützen, zunehmend auseinanderzudriften. Erdogan sieht die Verwandlung der SDF in eine „Stabilisierungsmiliz“, welche von den USA langfristig zur Verhinderung eines Wiederauflebens des IS sowie zur Eindämmung der iranischen Präsenz eingesetzt werden würde, als fundamentale Bedrohung der türkischen nationalen Sicherheitsinteressen.

Der Iran mit seinem Verbündeten, der libanesischen *Hiszbollah*, kann als Gewinner im Syrienkonflikt betrachtet werden. Pro-iranische Milizen und *Hiszbollah* führten erfolgreich Offensiven gegen Rebellenkräfte und den IS durch und konnten ihren Machteinfluss massiv ausweiten. Besonders Israel ist über die Präsenz pro-iranischer Milizen nahe seiner Grenzen besorgt. Mehrfach erfolgten israelische Luftschläge auf deren Konvois, Waffenlager und -fabriken. Russland, als Vermittler und Waffenstillstandsbeobachter, zeigt sich nicht bereit, die Präsenz seines Verbündeten Iran im Grenzgebiet zu verhindern. So umfasst der neue Plan einer Pufferzone zwischen Israel und (pro-)iranischen Kräften vom 08.11. nur eine Breite von 5-7 km, statt der von Israel geforderten 60 km. Israel befürchtet, dass dieses Abkommen Schlupflöcher bietet und pro-iranischen Kräften erlaubt, sich langfristig in Südwestsyrien festzusetzen. Vor allem die *Hiszbollah* könnte das Gebiet entlang der Golanhöhen als neue Basis für Offensiven gegen Israel nützen.

Unterdessen verfestigten sich im Jahr 2017 die Einflusszonen der externen Mächte, insbesondere durch Militärstützpunkte. Russland begann mit der Modernisierung und dem Ausbau seines Marinestützpunktes in Tartus, zudem wurde gemeinsam mit der YPG ein russisch-kurdisches Ausbildungslager in Afrin aufgebaut. Russland gilt neben dem Iran als weiterer „Sieger“ im Syrienkonflikt. Es gelang ihm, sich durch seine Marinebasis langfristig den Zugang zum Mittelmeer zu sichern, wirtschaftlich u.a. durch

zahlreiche Waffenlieferungsverträge zu profitieren sowie seine Position als relevanter internationaler Akteur zu stärken. Die kürzlich erfolgte Ankündigung Putins über den Abzug beträchtlicher Anteile russischer Truppen aus Syrien kann eher als Refokussierung der russischen Kräfte auf den Westen Syriens verstanden werden. Dort gilt es, das Assad-Regime bei der Rückeroberung der letzten von Rebellen gehaltenen Provinz Idlib zu unterstützen und zudem langfristig die eigenen Militärstützpunkte in Latakia zu sichern.

Die USA bauten unterdessen ihre Basen im Kurdengebiet in Rmelan, Kobane und Hasaka aus, insbesondere mit dem Hintergrund, ein Wiederaufleben des IS zu verhindern und den iranischen Einfluss in Syrien einzudämmen. Die Türkei errichtete Berichten zufolge einen Stützpunkt in der vom IS-befreiten Stadt al-Bab, Großbritannien eine Militärbasis im jordanisch-syrisch-irakischen Grenzgebiet in al-Tanf. Der Iran betreibt Einrichtungen in Aleppo, Hama und südwestlich von Damaskus. Alle diese Staaten werden bei den Verhandlungen zur politischen und territorialen Zukunft Syriens eine wesentliche Rolle spielen.

### **Irak - Der Untergang des IS-Kalifats und der Ausbruch neuer Konflikte**

Der Irak scheint auf den ersten Blick das Jahr 2017 mit zahlreichen Erfolgen zu beenden: Der Sieg über den IS, eine selbstbewusste irakische Armee, mächtige pro-iranische Milizen sowie eine Zentralregierung in Bagdad, die durch ihre Machtdemonstration gegenüber Kurdistan in Folge des Unabhängigkeitsreferendums gestärkt erscheint. Tatsächlich bringt der Wegfall des gemeinsamen Feindes IS andere, bisher verdrängte Konflikte in den Vordergrund, die im Wahljahr 2018 an Brisanz gewinnen könnten.

Der Siegeszug gegen den IS im Jahr 2017 bewirkte eine massive Aufwertung der pro-iranischen *Hashd al-Shaabi* oder Volksmobilisierungskräfte (PMF), die sich als effiziente Anti-Terroreinheiten und Garant für Sicherheit im Irak positionieren. Die PMF können grob als fragmentierte sub-staatliche Struktur beschrieben werden, die über 50 Milizen mit rund 60.000 Kämpfern umfasst. Die mächtigsten Gruppierungen darunter vertreten die strategischen Interessen des Iran (einige sunnitische Verbände und schiitische Gruppen bekennen sich allerdings nicht zum Iran und dessen geistlichen Führer Khamenei). In einem Post-IS-Irak streben die PMF danach, sich als politische und soziale Bewegung zu etablieren, erste Ansätze in diese Richtung bestehen bereits.

Das Grenzgebiet zu Syrien, rund um die Gebiete Tal Afar und Sinjar, die im Jahr 2017 erobert wurden, ist von großer operativer Bedeutung für die pro-iranischen Kräfte, da es ihnen erlaubt, den angestrebten

Landkorridor zwischen Iran und Libanon aufrechtzuerhalten. Iran-loyale Kräfte können somit für künftige militärische Konfrontationen rasch und kostengünstig Kämpfer und Waffen auf dem Landweg verschieben.

Durch seine Verbündeten übt der Iran auch Einfluss auf zahlreiche politische Fraktionen aus. Mittlerweile wurden das irakische Verteidigungs- und Innenministerium sowie das neue Anti-Terror Büro durch Iran-loyale Kräfte dominiert.

Westliche Vertreter, wie Frankreichs Präsident Macron und CIA-Chef Mike Pompeo, sprachen sich hingegen lautstark für eine Auflösung der PMF aus. Für die USA stellte der Sieg gegen den IS im Irak einen wichtigen Schritt im Kampf gegen Extremismus im Mittleren Osten dar. Gemäß Pentagon bleibt die USA weiterhin mit 5.200 Soldaten im Irak vertreten. Diese sind für die Säuberung von Gebieten mit geschätzt 1.000 verbleibenden IS-Kämpfern sowie für Stabilisierungs- und Entminungsmaßnahmen zuständig.

Es ist zu erwarten, dass der IS nach dem Verlust seiner gehaltenen Gebiete sich zu einem Netzwerkakteur wandeln wird, der mit klassischer Kriegsführung schwerer zu bekämpfen ist, als „territorialisierte“ Gruppierungen, da sie sich die Beschaffenheit bestimmter Räume nützlich machen, um dadurch ihre militärische Unterlegenheit auszugleichen. Der IS wird sich vermutlich in geographisch schwer zugängliche bzw. staatlich nur schwer kontrollierbare Räume zurückziehen – aber auch in den sozialen Raum, z.B. in die syrische oder irakische Zivilgesellschaft. Erstere dienen vor allem der Formierung und Regeneration der eigenen Kräfte, letzterer als Aktionsraum für Terrorattacken und dem „Untertauchen“. So könnte der IS zum Beispiel aus der schwer zu kontrollierenden irakischen Wüste heraus mit punktuellen Terrorattacken aktiv bleiben und in von den irakischen Sicherheitskräften zurückeroberten Gebieten seine Stärke demonstrieren. Zudem verfügt es über Personal, das jahrelange Erfahrung in staatlicher Verwaltung, Wirtschaftstreiben, Terrorfinanzierung sowie Artillerie- und Guerillataktiken besitzt. Die bisher für die Verwaltung des Territoriums gebundenen Ressourcen könnten zudem verstärkt in globale terroristische Aktivitäten fließen und neue Anschlagsserien in Ägypten, Afghanistan, Pakistan, Zentralasien aber auch in westlichen Staaten hervorrufen.

Das Ende September abgehaltene Referendum über die Unabhängigkeit Kurdistans sorgte für große Verstimmungen, sowohl zwischen Bagdad und Erbil, als auch zwischen den kurdischen Fraktionen selbst. Der Hauptstreitpunkt dabei war, dass das Referendum nicht nur in der Autonomieregion, sondern in Gebieten weit

darüber hinaus durchgeführt wurde, die von den Peschmerga im Laufe des Krieges gegen den IS eingenommen worden waren, so etwa in Teilen der ölreichen Provinz Kirkuk und rund um die Stadt Sinjar in der syrisch-irakischen Grenzregion.

Das angespannte kurdisch-irakische Verhältnis stellte eine ernst zu nehmende Bedrohung für die territoriale Integrität des gesamten Irak dar.

Am 25.09 sprach sich eine Mehrheit von knapp 93 Prozent der ca. 2,3 Mio. Wähler für eine Unabhängigkeit Kurdistans aus, diese wurde jedoch nie ausgerufen.

Die Hoffnung Barzanis, dass die Spannungen innerhalb der irakischen Kurden durch das Referendum beigelegt würden, realisierte sich nicht. Das Gegenteil war der Fall. Bereits im Sommer kündigten neben den VN auch der Iran, die Türkei und Deutschland an, eine Unabhängigkeit Kurdistans nicht zu unterstützen. Lediglich Israel stellte sich auf die Seite der irakischen Kurden.

Als Antwort auf das Referendum wurden von Seiten Bagdads Gelder sowie Finanztransfers nach Kurdistan eingefroren, eine Flugverbotszone über Kurdistan verhängt, die mobile Kommunikation eingeschränkt und angekündigt, die Grenzübergänge wieder unter Kontrolle der Zentralregierung zu stellen. Außerdem plante Bagdad die Wiedereröffnung alter Ölpipelines, die das kurdische Autonomiegebiet umgehen. De facto wurde die KRG von Bagdad entmündigt und zu einer Provinzregierung ohne internationale Unterstützung gemacht. Das kurdische Parlament setzte aus Protest zu den Maßnahmen Bagdads seine Arbeit für zwei Wochen aus. Der Termin für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Kurdistan, die für 1. November angesetzt waren, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Auch Deutschland stellte seine Unterstützung kurzfristig für die Kurden vor Ort ein und unterbrach das Ausbildungsprogramm für die Peschmerga. Iran und Irak hielten gemeinsam eine Militärübung in unmittelbarer Nähe zur Autonomieregion Kurdistan ab.

Das Unabhängigkeitsreferendum machte auch die Großteils von Kurden besetzte, doch nicht zur kurdischen Autonomieregion gehörige erdölreiche Provinz Kirkuk zum Streitpunkt zwischen Bagdad und Erbil. PMF nahmen aufgrund des Rückzugs der kurdischen Peschmerga gemeinsam mit anderen staatlichen Sicherheitskräften Kirkuk nach nur wenigen Tagen vollständig ein.

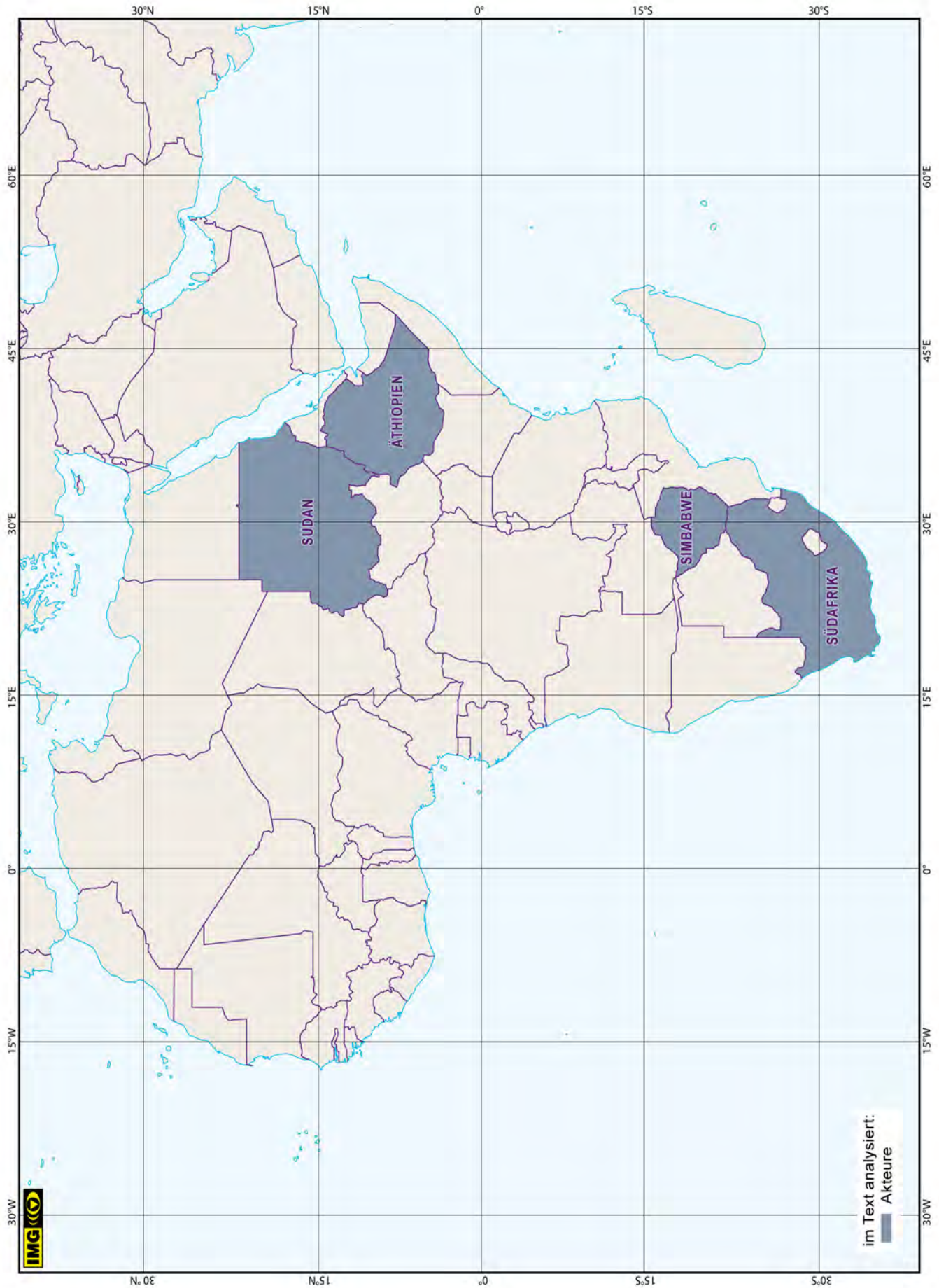
Die Offensive verhärtete die Spannungen zwischen Bagdad und Erbil, die einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den IS leisteten.

Unterdessen ließen zahlreiche hochrangige Besuchs-austausche im Jahr 2017 auf ein Comeback Saudi-Arabiens im Irak - mit Unterstützung der USA -

schließen. Die Eröffnung von saudischen Botschaften und Konsulaten, neue Flugverbindungen, die Etablierung einer Handelskommission sowie die Eröffnung des seit 1990 geschlossenen Grenzübergangs Arar soll Saudi-Arabien eine führende Rolle im Wiederaufbau geben sowie die Dominanz des Iran eindämmen. Saudi-Arabien versucht, Allianzen mit anti-iranischen schiitischen politischen Führern, wie Premier Abadi, zu schmieden, um langfristig die saudische Präsenz im Irak auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu verankern. Ob Saudi-Arabien die seit 14 Jahren herrschende schiitische Elite in Bagdad, samt ihrer mächtigen Milizen, beeinflussen kann, bleibt abzuwarten.

Im Jahr 2018 wird sich der Irak der entscheidenden Richtungsfrage stellen müssen, ob die Milizen der PMF in die Armee integriert werden oder ob sich nach dem Beispiel der iranischen Revolutionsgarden eine Art Parallelarmee im Irak entwickelt.

Für die Stabilität Iraks wird viel davon abhängen, inwieweit sunnitische Gruppen sich von Bagdad vertreten fühlen, welche politische Macht den Milizenführern eingeräumt wird, wie der Versöhnungskurs mit den Kurden aussieht und wie rasch und erfolgreich der Wiederaufbau erfolgen und wirtschaftliche Stabilität erzielt werden kann. Ob die externen Mächte Iran, Saudi-Arabien, Türkei, USA und Russland dabei eine konstruktive Rolle spielen werden, ist zu bezweifeln. Premierminister Abadi, der als Kompromisskandidat der USA und des Iran galt, hat heftig zu kämpfen, um bei den Wahlen im Frühjahr 2018 nicht von seinem Parteikollegen und Ex-Premier Nouri al-Maliki an der Spitze des Irak abgelöst zu werden. Malikis gute Beziehungen zum Iran und zu zahlreichen Milizenführern wird voraussichtlich seine Position bei den nächsten Wahlen stärken. Klar ist auch, dass durch den lediglich formalen Rücktritt führender Milizenführer zum Zwecke einer Politikerkarriere ihr Einfluss auf die jeweiligen Milizen kaum schwinden wird. Der Irak steht 2018 auch nach der erfolgreichen Zerschlagung des IS vor großen Herausforderungen.



Subsahara-Afrika



## Subsahara-Afrika

### **Südafrika: Neuer ANC-Chef**

Der African National Congress (ANC), der seit den ersten Wahlen nach der Apartheid im Jahr 1994 regiert, hat am 18. Dezember 2017 einen neuen Parteivorsitzenden gewählt. Mit Matamela Cyril Ramaphosa wurde ein erfahrener Politiker und Geschäftsmann Nachfolger von Präsident Jacob Zuma bestellt. Ramaphosa war unter anderem Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung nach dem Ende der Apartheid und Generalsekretär des ANC. Von 1996 bis zu seinem Amtsantritt als Vizepräsident Südafrikas im Jahr 2014 hatte er verschiedene Positionen als Manager und Unternehmer inne.

Die Präsidentschaft von Jacob Zuma war geprägt von Korruptions- und anderen Skandalen. Mehrere Versuche der Opposition, den Präsidenten abzusetzen, scheiterten jedoch. Große Verluste im Wählervertrauen bei lokalen Wahlen führten jedoch auch innerhalb des ANC zu einem Umdenken. Dass Zuma noch bis zum nächsten Wahltermin 2019 Präsident bleiben wird, scheint nicht mehr so sicher. Er könnte auch schon vorher, so wie sein Vorgänger Thabo Mbeki, auf Druck der Partei abgelöst werden.

Unter Cyril Ramaphosa sind zwar einige Änderungen in der Politik zu erwarten, eine große Erneuerung stellt aber auch er nicht dar. Ramaphosa gehört ebenso wie viele andere Spitzenfunktionäre noch der älteren Generation innerhalb der Partei an, die sich im Kampf gegen die Apartheid und danach beim Aufbau des demokratischen Südafrika verdient gemacht haben. Viele junge Südafrikaner haben diese Zeit aber nicht mehr erlebt und der historische Bonus verschwindet zusehends. Dies könnte dazu führen, dass Ramaphosa keine so hohe Zustimmungsrate der Bevölkerung bekommen wird wie seine Vorgänger. Dennoch wird aus heutiger Sicht der ANC auch 2019 als stimmenstärkste Partei aus der Wahl hervorgehen.

### **Zimbabwe: Neustart ohne Mugabe**

Nach 37 Jahren an der Macht endete die Ära von Präsident Robert Mugabe am 21. November 2017 mit seinem Rücktritt. Nachdem die Streitkräfteführung Mugabe de facto unter Hausarrest gestellt hatte, wurde dieser durch die Umstände dazu gezwungen, sein Amt niederzulegen. Meist wird übersehen, dass es sich um keinen klassischen Putsch oder eine Revolution gehandelt hat, da nicht eine Elite gegen die andere ausgetauscht wurde, sondern um einen Machtkampf innerhalb der regierenden Partei, die mit allen Mitteln verhindern wollte, dass Grace Mugabe die Nachfolge ihres betagten Mannes an der Spitze des Staates antritt. Die Bevölkerung erhofft sich von den politischen Veränderungen eine rasche Verbesserung ihrer Lebensumstände und feierte dementsprechend.

Der neue Präsident, Emmerson Mnangagwa, ist nicht neu auf der politischen Bühne des Landes. Er war bereits von 2014 an Vizepräsident und wurde erst Tage vor der Intervention des Militärs von seinem Vorgänger entlassen. Als Grund dafür wurde immer wieder der Kampf verschiedener Gruppen innerhalb der regierenden ZANU-PF genannt, indem vorerst Grace Mugabe als Gewinnerin galt, die mit dem Rücktritt ihres Mannes auch die politische Arena des Landes verlassen musste. Von außen betrachtet lassen sich allerdings mehrere Bruchlinien identifizieren, von denen zwei besonders ins Auge fallen: ein Konflikt innerhalb der ethnischen Gruppe der Shona, welcher Clan welche Positionen innerhalb des politischen Systems besetzen soll/kann, sowie ein Generationskonflikt zwischen jenen, die noch im Bürgerkrieg gekämpft haben, und der jüngeren Generation. Mit Mnangagwa hat sich nicht nur die ältere gegen die jüngere Generation durchgesetzt, sondern auch ein Vertreter des Karanga-Clans. Dieser gilt als der größte Clan innerhalb der Shona, musste aber in den vergangenen Jahrzehnten dem relativ kleinen Zezuru-Clan, dem Robert Mugabe angehört, den Vortritt lassen.

Für die Zukunft des Landes werden die 2018 anstehenden Wahlen von zentraler Bedeutung sein, vor allem hinsichtlich demokratischer Entwicklungen. Sie sind einerseits für die ZANU-PF ein Test, ob die Partei noch das Potential besitzt, die Menschen für sich und ihre politischen Ideen zu gewinnen, andererseits sind diese Wahlen aber auch ein wichtiger Indikator dafür, ob sich im Umgang mit politischen Mitbewerbern etwas geändert hat.

Die internationalen Reaktionen sind durchwegs unterschiedlich ausgefallen. Auch in Afrika reichte die Bandbreite von Bedauern über die Art und Weise des Machtwechsels bis zum Begrüßen des Neuanfanges. Nach den nächsten Wahlen, die bis spätestens September 2018 stattfinden sollten, wird sich die Politik der meisten Staaten gegenüber Zimbabwe neu ausrichten.

### **Äthiopien: Gute ökonomische Aussichten, aber interethnische Konflikte**

Äthiopien wird auch für das Jahr 2018 ein im internationalen Vergleich hohes Wirtschaftswachstum von ca. 7,4 Prozent prognostiziert, das bis zum Jahr 2020 sogar auf 11,5 Prozent ansteigen soll. Das Schwellenland gehört damit nicht nur zu den am schnellsten und stärksten wachsenden Volkswirtschaften Afrikas, sondern weltweit. Das Bevölkerungswachstum geht seit Mitte der 1990er Jahre konstant zurück und liegt derzeit (2018) bei etwa 2,46 Prozent. Die Geburtenrate pro Frau sank im selben Zeitraum vom über sieben auf etwas über vier Kinder. Für die kommenden Jahre dürfte sich dieser Trend fortsetzen. Aus statistischer Perspektive gesehen wächst

damit auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und könnte sich in den kommenden Jahren noch beschleunigen.

Obwohl die Regierung politisch ihrerseits auf Entspannung setzt und eine Amnestie für politische Gefangene angekündigt hat, wird die Lage in Äthiopien insgesamt angespannt bleiben. Vor allem die interethnischen Spannungen in einigen Regionen dürften weiterhin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen beitragen, wobei die zugrunde liegenden Ursachen für die Auseinandersetzungen in Verteilungskämpfen zu finden sein dürften. Im zweiten Halbjahr 2017 waren besonders zwischen Oromo und Somali Konflikte eskaliert. Die Folge waren zahlreiche Tote im Dezember.

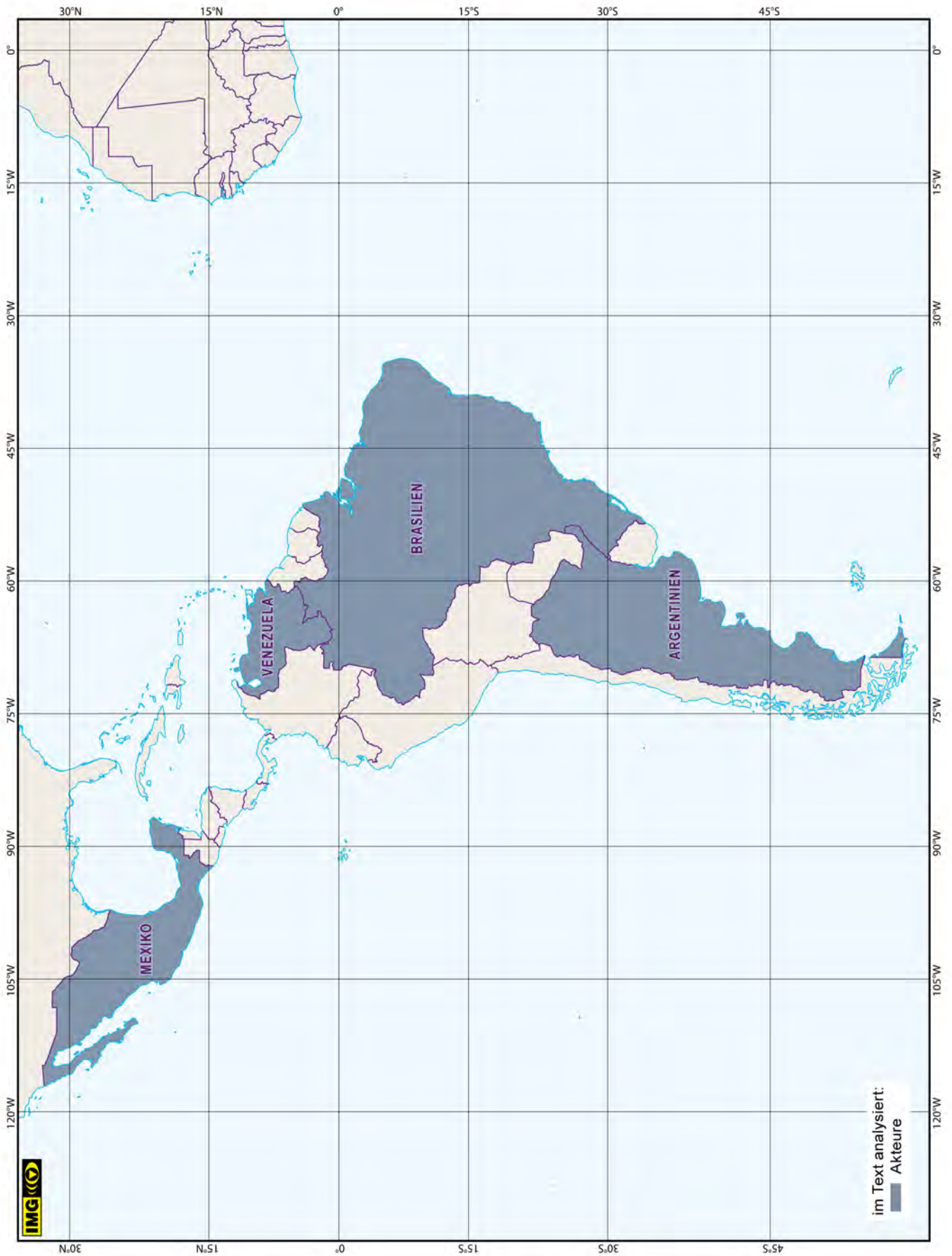
Für die Regierung ist es in den nächsten Jahren eine riesige Herausforderung, alle äthiopischen Bürger am ökonomischen Erfolg teilhaben zu lassen und Umverteilungsmechanismen zu finden, die weite Teile der Bevölkerung soweit zufrieden stellen, dass radikale Kräfte innerhalb ethnischer oder religiöser Gruppen weniger Zuspruch bekommen.

### **Sudan: Außen- und innenpolitische Spannungen**

Ägypten und Eritrea stellen für den Sudan eine Bedrohung dar. Nach dem Staatsbesuch des eritreischen Präsidenten bei seinem Amtskollegen in Ägypten hat der Sudan zugegeben, dass Truppen an die eritreische Grenze verlegt wurden. Die Beziehungen in der Region haben sich 2017 verändert und verschlechtert. Eritrea hat mit Argwohn beobachtet, dass es im Verhältnis zwischen dem Sudan und Äthiopien eine starke Annäherung gab, die im April 2017 in einem Verteidigungsabkommen mündete und wohl eher gegen Ägypten gerichtet war. Als Grund scheint wahrscheinlich, dass sich der Sudan und Äthiopien gemeinsam gegen Ägypten verteidigen wollen, das sehr genau darauf achtet, dass die Entnahme des Nilwassers den internationalen Abkommen entspricht. Dementsprechend waren auch die Reaktionen auf den Bau des Renaissance-Dammes in Äthiopien, von dem sich auch der Sudan Vorteile verspricht, während Ägypten diesem Bauvorhaben sehr kritisch gegenüber steht. Die intensiveren Beziehungen des Sudan zu Äthiopien haben aber auch bei Eritrea zu Ängsten geführt, sodass intensivere Beziehungen mit Ägypten als Folge der generellen Entwicklungen in der Region gesehen werden können. Zudem tauchen immer wieder Behauptungen auf, dass sich ägyptische Soldaten in Eritrea befänden. Der sudanesischer Außenminister nahm die Anschuldigungen gegen die Nachbarstaaten Mitte Jänner 2018 zurück und gab bewaffnete sudanesischer oppositionelle Kräfte als Grund für den Aufmarsch an, ohne diese jedoch genau zu spezifizieren. Für das außenpolitische Getöse dürften auch innenpolitische Gründe von Relevanz sein. Ende

Dezember 2017 kündigte die Regierung an, den Brotpreis künftig nicht mehr zu stützen. Diese Maßnahme ist an und für sich nicht ungewöhnlich, da die Regierung während der letzten Jahre bereits die Stützungen auf Treibstoffe, Medikamente und Zucker reduziert hatte. Auch Proteste dagegen fanden mehrfach statt. Allerdings starben zwei Menschen im Jänner 2018 bei Demonstrationen gegen den Anstieg der Brotpreise um ca. 50 Prozent. Und die Proteste waren nicht auf die Hauptstadt alleine beschränkt. In Süddarfur begannen die Ärzte eines Krankenhauses in Nyala mit einem unbegrenzten Streik, um auf schlechte Arbeitsbedingungen, das Fehlen von Medikamenten und Ausrüstung und nicht bezahlte Löhne hinzuweisen. Aus anderen Provinzen des Sudan wurden ebenfalls Zwischenfälle gemeldet. Das Regime in Khartoum fürchtet, dass sich die Proteste zu landesweiten Unruhen entwickeln könnten, die nicht mehr kontrollierbar wären. Daher sind außenpolitische Spannungen durchaus „willkommen“, um ein Zusammenrücken im Inneren zu erzeugen.





Latinamerika

## Krisenregion Lateinamerika

Lateinamerika ist weiterhin die gewalttätigste Region der Welt, die sich nicht im Kriegszustand befindet. Nur in Syrien zu leben war letztes Jahr gefährlicher als in Venezuela, El Salvador und Honduras. Und der Irak, Jemen und Libyen haben ähnlich hohe Raten gewalttätiger Todesfälle wie Brasilien, Kolumbien und Guatemala. In Brasilien starben zwischen 2001 und 2015 etwa 786.000 Menschen eines gewaltsamen Todes. Das Militär muss regelmäßig mit Waffengewalt die Kontrolle über Armenviertel übernehmen, um die Situation nicht vollkommen eskalieren zu lassen. Raubüberfälle und Kämpfe zwischen kriminellen Banden der Favelas stehen in Rio de Janeiro und anderen Städten auf der Tagesordnung. Kriminalität bleibt daher das größte Problem Lateinamerikas. Einerseits verhindert die hohe Kriminalitätsrate ein rascheres Wirtschaftswachstum, andererseits schafft die mäßige Wirtschaftslage den idealen Nährboden für Kriminalität, Drogenanbau und -handel. Mit diesen gehen Gewalttätigkeit und der Verlust von Autorität und Legitimität staatlicher Institutionen einher.

Eine nachhaltig positive soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist auf dieser Grundlage eher unwahrscheinlich. Die regionalen Sicherheitsbedrohungen werden daher auch auf Grund des nur mäßigen Wirtschaftswachstums 2018 weiter zunehmen. Die Wirtschaft wird vermutlich auch in den nächsten Jahren nur moderat wachsen und somit nur begrenzt zu einer inneren Befriedung beitragen. Zynisch könnte man von „business as usual“ sprechen.

### **Das Ende links-ideologischer Experimente?**

Eine Veränderung findet hingegen auf der ideologisch-politischen Ebene statt. Eine massive Gegenbewegung hat den politischen Linkstrend, der die Politik in Teilen des Kontinents in den vergangenen zehn Jahren geprägt hat, gekippt. Was 2015 mit der Niederlage der Linken bei den argentinischen Präsidentschaftswahlen und der venezolanischen Parlamentswahl begonnen hat, ist auch 2017 nicht zum Stillstand gekommen. 2018 werden einige wichtige Wahlen zeigen, ob dieser Trend aufrecht bleibt. In fast allen Staaten ist die Stimmung sehr polarisiert und gewohnt emotional. Entsprechend gewalttätige Konflikte sind daher erwartbar. Die demokratische Reife ist in vielen Staaten aber nur sehr begrenzt vorhanden. Nur beispielhaft dafür stehen die Ereignisse in Honduras und Venezuela. Bei der Präsidentschaftswahl in Honduras vom November 2017 erreichte Amtsinhaber Juan Orlando Hernández erst nach sich mehrmals verändernden Auszählungen, dem Ausfall der Auszählungs-EDV, teilweiser Neuauszählung und massiver Wahlbetrugsvorwürfe einen höchst umstrittenen „Sieg“. Noch viel eklatanter sind die Maßnahmen der sozialistischen Machthaber in

Venezuela, um an der Macht zu bleiben. Die linksgerichteten Machthaber widersetzen sich einer Machtübergabe, was zu einem massivem demokratischen Rückschritt führt. Dazu wurde in einer Art Staatsstreich das Parlament entmachtet und eine verfassungsgebende Versammlung einberufen. Diese sollte nicht nur eine neue Verfassung ausarbeiten, sondern wurde dem Parlament überdies übergeordnet. Ablauf und Zusammensetzung dieser Versammlung sind klar verfassungswidrig und verhindern eine korrekte Mitwirkung von Parlament oder Opposition. Faktisch erhielten Vertreter des Chavismus überproportionalen Einfluss. Venezuelas Oberster Gerichtshof hat überdies zuletzt die Kandidaten der wichtigsten Oppositionskoalition von der auf Ende April vorgezogenen Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen. Auf diese Art und Weise versucht der sozialistische Staatspräsident Nicolás Maduro seine Wiederwahl sicherzustellen. Somit ist aber auch sichergestellt, dass der gewaltsame Machtkampf zwischen Linken und Rechten weiter auf der Straße ausgetragen wird. Venezuela bleibt daher vorerst auch ein Herd von Instabilität. In dem am Rande des Staatsbankrotts stehenden Land wurden bei gewalttätigen Protesten im vergangenen Jahr zumindest 125 Menschen getötet. Venezuelas Präsident Maduro ist ein weiteres, noch härteres Durchgreifen gegen seine Gegner zuzutrauen. Die entscheidende Frage wird dabei sein, ob er dazu weiter auf die uneingeschränkte Loyalität des Militärs bauen kann. Ohne einen Regierungswechsel und größere Wirtschaftsreformen sind in Venezuela jedenfalls weiterhin Instabilität und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch zu erwarten. Das lateinamerikanische Sorgenkind erlebt eine sich vertiefende Rezession von etwa 10 Prozent. Eine wirtschaftliche Erholung ist jedenfalls nicht in Sicht. Ein endgültiger Zusammenbruch Venezuelas würde die linken Experimente des letzten Jahrzehnts in Lateinamerika weiter diskreditieren. Dies, obwohl in den Jahren linksgerichteter Vorherrschaft in Lateinamerika auf Grund steigender Löhne und eines besseren Zugangs zu Schulbildung Armut und Ungleichheit erheblich zurückgegangen sind. Anfang der 2000er Jahre lebten über 40 Prozent der Menschen in der Region unterhalb der Armutsgrenze, 2014 waren es knapp 25 Prozent. Aktuell ist die Armutsrate aber wieder auf knapp über 30 Prozent gestiegen. Die Armut hat in Lateinamerika vor allem aufgrund der wirtschaftlichen Probleme und damit einhergehenden schwachen Wachstumsraten wieder zugenommen. Aktuell sind etwa 190 Millionen Menschen unmittelbar davon betroffen. Eine der Hauptursachen für die Verlangsamung ist der drastische Rückgang der Rohstoffpreise. Das schwache Wachstum hat dabei die Staatshaushalte belastet und die Investitionsraten gedämpft. In den 2000er Jahren ist aber auch eine neue

Mittelklasse entstanden, die nunmehr Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsliberalismus einfordert. Sie sind auch die von der Weltbank als „neue Arme“ Bezeichneten. Bei den „neuen Armen“ handelt es sich zumeist um gut ausgebildete junge Erwachsene aus den Städten, die aufgrund der Wirtschaftskrise ihre Arbeit verloren haben. Soziale Spannungen werden somit auch in absehbarer Zukunft für politische Unruhe sorgen.

### **Außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen**

Dies hat aber auch außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen. Auf Grund der inneren Schwäche ist eine wie immer geartete Außenwirkung lateinamerikanischer Staaten nicht zu erwarten. Die geopolitische Bedeutung Südamerikas wird in absehbarer Zukunft somit begrenzt bleiben. Aber auch auf der ideologischen Ebene ist mit sicherheitspolitischen Konsequenzen zu rechnen. Die dominanten linksgerichteten Regierungen waren in den vergangenen Jahren von einem grundsätzlichen Anti-Amerikanismus geprägt. Die verbliebenen linksgerichteten ALBA-Staaten (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América) Bolivien, Ecuador und Venezuela setzen zwar weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit mit China und Russland, haben aber keine regionale Dominanz mehr. Hugo Chávez, langjähriger Präsident Venezuelas, hatte seinerzeit zur Realisierung sozialistischer Ideen und Reformen versucht, gleichgesinnte Staaten zu vereinen. ALBA sollte ein Gegenentwurf zur für alle nord- und lateinamerikanischen Staaten geplanten Freihandelszone ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) werden. Mit dem Einbruch der Ölpreise und der daraus folgenden Wirtschaftskrise Venezuelas schwand die Bedeutung von ALBA jedoch massiv. Aktuell werden faktisch keine relevanten Projekte realisiert. Der zunehmende wirtschaftliche und humanitäre Druck in Venezuela lässt aber ein Ende des linksgerichteten Politikexperimentes in Lateinamerika erwarten. Ihr Streben nach größerer Unabhängigkeit von den USA ist zwar im Wesentlichen gescheitert, hat aber zu einem stärkeren Einfluss Chinas und Russlands geführt. Inwieweit dieser russische und chinesische Einfluss bei rechtsgerichteten Regierungen aufrechterhalten wird, ist fraglich. Vor allem Venezuela hatte die Beziehungen zu China und Russland massiv ausgebaut. Dabei wurden Kredite aus China und Russland aufgenommen, die mit künftigen Öleinnahmen bzw. Beteiligungen an der Erdölgesellschaft PdVSA gedeckt werden sollen. Auf regionaler Ebene sind aber auch Beziehungen zwischen Brasilien und China von besonderem Interesse. China ist immerhin nach der EU Brasiliens größter Handelspartner – vor den USA. Aber auch die Beziehungen Argentiniens zu China, Indien und Russland waren von der peronistischen Regierung

Kirchner massiv verstärkt worden. China ist nach Brasilien inzwischen der zweitwichtigste Handelspartner Argentiniens. Die rechtsgerichtete Regierung von Mauricio Macri hat diese Handelsbeziehungen vorerst nicht in Frage gestellt. Die zukünftige Rolle vor allem Chinas, aber auch Russlands wird vor den Hintergrund einer Entideologisierung und dem US-amerikanischen Wirtschaftsprotektionismus interessant zu beobachten sein. Sollten beide Staaten auch losgelöst von linksideologischen Überlegungen eine starke Beziehung in Lateinamerika aufrechterhalten können, bedeutet dies eine potentielle Herausforderung für die traditionelle US-Dominanz des Raumes.

### **Rechtswende in Brasilien und Argentinien**

Bereits realisiert wurde die politische Rechtswende unter anderem in den wichtigsten südamerikanischen Ländern Argentinien und Brasilien. In Brasilien ist dabei der amtierende rechtskonservative brasilianische Präsident Temer über ein umstrittenes Amtsenthebungsverfahren gegen die linksgerichtete Präsidentin Dilma Rousseff an die Macht gekommen. Die Absetzung von Rousseff betrachtet die Linke als einen *"juristisch-politischen Putsch"*, da Rousseff und ihr politischer Ziehvater Luiz Inácio Lula da Silva, kurz: Lula, verhindert haben, dass sich Brasilien am neoliberalen Globalismus beteiligt. Eben dieser Lula hätte theoretisch auch gute Aussichten, das Rennen um das Präsidentenamt bei den Wahlen 2018 zu gewinnen. Jedenfalls liegt er in allen Umfragen deutlich vor allen bisher genannten Gegenkandidaten. Lula wurde jedoch im letzten Jahr wegen Korruption zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt und ist daher - sofern dieses Urteil nicht wider Erwarten von einem Berufungsgericht aufgehoben werden wird - von der Wahl ausgeschlossen. Der aussichtsreichste Kandidat ist daher aktuell Jair Messias Bolsonaro, der Kandidat der rechtsreligiösen Partido Social Cristão (PSC), einer Partei fundamentalistischer evangelikaler Christen. Die PSC gehört derzeit einer fraktionsübergreifenden Gruppierung im Parlament an, die von landwirtschaftlichen Großunternehmern und Evangelikalen dominiert ist und mit etwa 40 Prozent in der Abgeordnetenkammer und rund 20 Prozent im Senat eine der wichtigsten Gruppierungen darstellt. Der Aufstieg des evangelikalen Christentums in Brasilien hat jedenfalls auch das Potential, die politische Landschaft zu verändern.

Das dominierende und alle politischen Prozesse in den Schatten stellende Problem ist in Brasilien jedoch die Korruption bzw. die Aufarbeitung dieser durch die Justiz. Diese hat in den vergangenen Jahren eine neue politische Dimension bekommen. Der "Caso Odebrecht" benannte Korruptionsfall rund um Brasiliens größten Baukonzern Odebrecht zieht immer weitere Kreise. Odebrecht sicherte sich durch Schmiergeldzahlungen in Höhe von hunderten

Millionen US-Dollar über Jahrzehnte insbesondere Aufträge für überbeuerte Infrastrukturprojekte des halbstaatlichen Ölkonzerns Petrobras. Zahlreiche hochrangige Regierungs- und Oppositionsvertreter stehen unter dem Verdacht, bestochen worden zu sein. Obwohl die brasilianische Justiz einige spektakuläre Fälle abgeurteilt hat, geht die Aufarbeitung nur schleppend voran und wird auch massiv behindert. Vielfach entsteht überdies der Eindruck, dass das rechtskonservative Lager Verfahren gegen eigene Vertreter verhindert, die Arbeit der Justiz hingegen vor allem zur Bekämpfung linker Politiker „nutzt“. Die Problematik ist dabei, dass das Parlament jedem einzelnen Verfahren gegen Parlamentarier und Regierungsvertreter vor dem Obersten Gericht zustimmen muss. Dies geschieht jedoch nur selektiv. Das Vertrauen der Bevölkerung in Regierung und Politik befinden sich jedenfalls auf einem Tiefpunkt. Gleichzeitig sind Regierung und Parlament in ihrer Arbeit fast gelähmt.

Die zentrale Frage zur Lösung der sozialen Frage ist jedoch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. In Brasilien kehrte die Wirtschaft 2017 wieder zu einem positiven Wachstum in der Größenordnung von 0,7 Prozent zurück und für das Jahr 2018 werden 1,5 Prozent erwartet.

In Argentinien erfolgte die Politikwende ohne Tricks oder gerichtliche Unterstützung. Nachdem bereits 2015 der rechtsgerichtete Präsident Mauricio Macri die schillernde Peronistin Cristina Fernández de Kirchner abgelöst hatte, erhielt er bei den Parlamentswahlen im Oktober 2017 eine starke Rückendeckung. Über 40 Prozent aller Wahlberechtigten stimmten für die Regierungallianz Cambiemos, wodurch diese zur stärksten parlamentarischen Fraktion wurde. Somit hat sich in Argentinien zumindest bis zu den Präsidentschaftswahlen 2019, bei der Macri und Kirchner die voraussichtlichen Kandidaten sein werden, eine rechtsgerichtete Regierung stabilisiert.

### **Mexiko und seine schwierige Beziehung zum großen Nachbarn**

Auch die Entwicklung Mexikos ist primär von wirtschaftspolitischen Fragen abhängig. Mexikos Wirtschafts-, aber auch Außen- und Sicherheitspolitik wird dabei durch seine geostrategische Lage zwischen Pazifik und Atlantik, vor allem aber als Brücke zwischen Nordamerika und Lateinamerika bestimmt. Daher ist sein Verhältnis zu den USA für seine weitere Entwicklung von zentraler Bedeutung. Dabei stehen wiederum wirtschaftliche Fragen im Vordergrund. Vor allem das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada (NAFTA) hat dazu geführt, dass etwa 80 Prozent der mexikanischen Exporte in die USA erfolgen. Dies stellt immerhin etwa ein Viertel des

mexikanischen BIP dar. Überdies kommen etwa 65 Prozent der Auslandsinvestitionen aus dem nordamerikanischen Raum. Die Regierung Trump stellt die Grundpfeiler der mexikanisch-amerikanischen Beziehungen jedoch massiv in Frage. Auf wirtschaftlicher Ebene betrifft dies insbesondere NAFTA, das Zollerleichterungen und die Öffnung einiger Märkte wie Energie und Finanzen für Unternehmen aus den anderen Mitgliedsstaaten vorsieht. Es enthält außerdem Regeln zum Investitionsschutz. Auf Betreiben der USA wird dieses derzeit neu verhandelt. In den bisherigen Gesprächen wurden jedoch keine bedeutenden Fortschritte erzielt. Trump hatte in der Vergangenheit wiederholt die Aufkündigung des Vertrages angedroht, sollten in den Verhandlungen keine Verbesserungen für die USA erzielt werden. Bisher war man davon ausgegangen, dass die US-amerikanische Drohung, NAFTA aufzukündigen, nur dazu dienen würde, die US-Verhandlungsposition zu verbessern. Inzwischen aber sind Beobachter davon überzeugt, dass Trump Forderungen stellt, die Mexiko und Kanada nicht akzeptieren können. Die USA stoßen sich vor allem an dem hohen Handelsbilanzdefizit gegenüber Mexiko - vergangenes Jahr lag dieses bei etwa 65 Mrd. US-Dollar (54 Mrd. Euro). Die USA wollen daher vor allem bei Fahrzeugen aus der mexikanischen Kfz-Industrie den Anteil von in den USA gefertigten Fahrzeugteilen erhöhen. Mexiko behielt dennoch seine grundsätzliche Wachstumsdynamik trotz der Ungewissheit im Zusammenhang mit der NAFTA-Neuverhandlung vorerst bei, diese wird aber 2017 und 2018 voraussichtlich auf 2,0 Prozent zurückgehen.



US-Grenztruppen

Aber auch die Migrationsfrage ist für Mexiko – unter anderem aus wirtschaftlichen Gründen - von großer Relevanz. Etwa 12 Millionen Mexikaner leben in den USA, insgesamt haben sogar rund 36 Millionen Bewohner der USA mexikanische Wurzeln. Mexiko fühlt sich nicht nur für diese Menschen verantwortlich, sondern profitiert auch von deren Geldüberweisungen und deren wirtschaftlichen Aktivitäten mit der Heimat. Daher fordert Mexiko eine Legalisierung illegaler Migranten in den USA sowie einen geregelten Zugang für Mexikaner zum US-amerikanischen Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus befürchtet Mexiko bei einer effizienten Grenzsicherung, dass Migranten aus Südamerika, die erfolglos versuchen, in die USA zu emigrieren, in Mexiko stranden und die soziale Situation des Landes belasten.

Aber auch die Bekämpfung des Drogenhandels und der Organisierten Kriminalität ist für Mexiko ein zentrales Thema. Die Organisierte Kriminalität wird im nördlichsten lateinamerikanischen Land im vergangenen Jahr für etwa 25.000 Tote verantwortlich gemacht. Mexiko drängt daher das wichtigste Zielland des lateinamerikanischen Drogenhandels - die USA - vergeblich zu effektiveren Waffenverkaufskontrollen, einer effizienten Eindämmung des Drogenkonsums und einer massiven Bekämpfung der Geldwäsche über US-amerikanische Banken.

### **Sozioökonomische Aufgabenstellungen**

Losgelöst von ideologischen Fragestellungen ist wirtschaftspolitisch für die gesamte Region eine Stagnation zu befürchten, wenn die lateinamerikanischen Staaten nicht bereit sind, Strukturreformen in Bildung, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, Produktivität und Besteuerung der informellen Wirtschaft zu realisieren. Eine alternde Bevölkerung bedroht überdies die Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme. Die Gesundheitskosten werden in den kommenden Jahrzehnten das Wirtschaftswachstum dämpfen. Es zeichnet sich gleichzeitig ab, dass das außenwirtschaftliche Umfeld schwieriger wird und der Wettbewerb um ausländische Investitionen sich verschärfen wird. Korruption und das Versagen linker und rechter Regierungen, sozioökonomische Unterschiede zu verringern, könnten zu zunehmend polarisierten Gesellschaften führen, in denen sich Klassen-, ethno-rassistische und ideologische Spaltungen gegenseitig verstärken.

### **Militär- und rüstungspolitische Aktivitäten in Lateinamerika**

#### **US-amerikanische Raketen und Torpedos für Mexiko**

Mexiko hat nach Kanada und den Vereinigten Staaten die längsten Küsten Amerikas. Dies impliziert eine große Meeresfläche, die überwacht werden muss. Insbesondere die Pazifikküste Mexikos ist sehr ungeschützt. Diese Gewässer werden von vielen südamerikanischen Schiffen genutzt, insbesondere von solchen, die Ecuador, Kolumbien und Venezuela verlassen. Der kommerzielle Schiffsverkehr wird auch genutzt um Drogen zu transportieren. Zumeist werden diese dabei auf hoher See an kleinere Boote übergeben, um diese dann an Land zu bringen. Überdies betreibt Mexiko im Golf von Mexiko Erdöl- und Erdgasanlagen,

die vor möglichen Terroranschlägen geschützt werden müssen. In beiden Fällen möchte Mexiko mit moderner Militärausrüstung eine abschreckende Wirkung herzustellen. Anfang Jänner 2018 wurde diesbezüglich bekannt, dass die US-Regierung den Verkauf von 23 Raketen- und sechs Torpedosystemen an Mexiko genehmigt hat. Dem Waffendeal im Wert von fast 100 Millionen Dollar muss noch vom Kongress genehmigt werden. Dies ist das erste Mal, dass Mexiko versucht, diese Art von Waffen zu erwerben. Zum Verkauf vorgeschlagen wurden landgestützte Flugkörper der Klasse RGM-84L Harpoon Block II, taktische Flugkörper der Block II Airframe-Klasse sowie Torpedos Lightweight der Klasse MK 54 Mod 0.

#### **Ausweitung russischer Militärkooperationen in Lateinamerika**

Auf Lateinamerika entfielen im Zeitraum 2000-2016 nur 4,6 Prozent der russischen Waffenverkäufe, wobei Venezuela und Nicaragua die größten Käufer waren. Wegen der anhaltenden von den USA und der EU verhängten Sanktionen sieht sich Russland nach neuen Absatzmärkten für seine Militärproduktion um. Ein wichtiger Handelspartner Russlands für Waffenexporte ist Bolivien. Der Kommandeur der bolivianischen Luftwaffe empfahl, dass das Land das russische Kampfflugzeug "Yakovlev Yak-130" (Nato Code "Mitten") erwerben solle, um die Lockheed T-33 zu ersetzen. Zudem steht die bolivianische Armee vor der Anschaffung neuer Panzer und Kampffahrzeuge, für die sie ebenfalls russische Ausrüstung in Betracht zieht. Die beiden Länder unterzeichneten bereits im August 2017 ein Abkommen zur Verteidigungszusammenarbeit, mit dem größere russische Waffenlieferungen nach Bolivien vorgesehen sind. Neben dem Kampfflugzeug Yak-130 sind vor allem die manövrierbaren Mehrzweckjäger Su-35 und Su-30MK, der Mi-35M Kampfhubschrauber, der Mi-26T2 Schwertransporthelikopter, das Flugabwehrraketen- und Artilleriesystem Pantsir-S1 und das Langstrecken-Luftabwehrsystem Antey-2500 die vielversprechendsten Waffensysteme, die Russland den lateinamerikanischen Käufern anbieten kann. 2017 nahmen russische Rüstungskonzerne an vier Ausstellungen in Lateinamerika teil, darunter an der Rüstungsausstellung Expodefensa 2017 in Bogota (Kolumbien), die vom 4. bis 6. Dezember stattfand. Rosoboronexport, der staatliche Monopol-Exporteur Russlands für Rüstungsgüter, nimmt derzeit an mehreren Ausschreibungen sowohl für bodengestützte Waffen als auch für Flugzeuge in Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Peru teil. Russland und Argentinien verhandeln über den Erwerb von russischen MiG-29-Kampfflugzeugen. Brasilien interessiert sich für den Kauf des russischen Raketen-



und Artilleriesystems Pantsir-S1air sowie für weitere tragbare Iгла-S-SAMs, die bereits in dieses Land verkauft wurden. Kolumbien, Peru, Venezuela, Uruguay und Argentinien haben Interesse am Kauf russischer Mehrzweckkampfflugzeuge, wie dem Modell Sukhoi Su-30, bekundet, das derzeit in Syrien eingesetzt wird. Russlands Waffenlieferungen nach Kolumbien kamen in den letzten 20 Jahren auf über 500 Millionen Dollar. Das kolumbianische Militär besitzt zudem über 20 russische Mi-17-Transporthubschrauber. Russland ist bereit, lizenzierte Produktionsstätten zu errichten, um Waffen und militärische Ausrüstung in lateinamerikanischen Ländern herzustellen. Des Weiteren besteht das Angebot der gemeinsamen Planung und des Baus von Schiffen. Ende November 2017 schloss sich Russland den internationalen Bemühungen an, die Besatzung des verschwundenen argentinischen U-Bootes San Juan zu retten. Ein russisches Antonov-Flugzeug lieferte den Pantera Plus, ein unbemanntes Unterwasserfahrzeug, das in der Lage ist, Sonar-Scans bis zu einer Tiefe von 1.000 Metern durchzuführen. Es führte eine Such- und Rettungsaktion zusammen mit dem wissenschaftlichen Forschungsschiff Yantar durch, das als Mutterschiff für Mini-U-Boote fungiert. Die Tauchboote der Konsul-Klasse sind Berichten zufolge in der Lage, in Tiefen von bis zu 6.000 Metern zu arbeiten und sind mit Geräten für komplexe Unterwassereinsätze ausgestattet. Das Schiff selbst verfügt über Detektoren, um die genaue Position des U-Bootes zu bestimmen. Bisher war die Mission noch nicht von einem Erfolg gekrönt.

### **Iran militärische Präsenz in Lateinamerika**

Im November 2017 kündigte der Kommandant der iranischen Marine, Konteradmiral Hossein Khanzad, an, dass die iranische Marine in naher Zukunft in befreundeten Staaten in Lateinamerika (darunter Kuba, Ecuador, Chile und Venezuela) sowie im Golf von Mexiko ankern wird. *„Wir haben keinerlei weltweiten Beschränkungen für den Einsatz unserer Marine in den Meeren. Wir möchten unsere Beziehungen ausbauen und diese auch testen“*, erklärte der iranische Konteradmiral. Diese Bemühungen Irans, seinen Einfluss in Lateinamerika auszuweiten, ist Teil einer größeren Agenda, seine militärische Präsenz in internationalen Gewässern zu erhöhen. Der Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte und gleichzeitige Staatsoberhaupt, Ali Khamenei, betonte kürzlich, dass die Marine ein wichtiger Akteur in der Region und darüber hinaus sein müsse. Iran hat überdies als einziges nichtlateinamerikanische Land einen Beobachterstatus bei der Bolivianischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA), des gegen die USA gerichteten lateinamerikanischen Wirtschaftsbündnisses.

## Cyber-Lagebild

Das Jahr 2018 wurde von Schwachstellen namens "Meltdown" und "Spectre" bei Chips von AMD, ARM und Intel eingeläutet. Nach bisherigen Erkenntnissen sind nahezu alle Computer mit Intel-Prozessoren sowie alle Tablets, Laptops und Smartphones mit AMD und ARM-Chips betroffen. Die Schwachstellen eröffnen eine Reihe von Angriffsmöglichkeiten unter nicht erkennbarer Umgehung aller bisher gesetzter Absicherungsmaßnahmen. Mutmaßlich bestehen diese Schwachstellen seit den 1990er Jahren und sind auf einen schwerwiegenden Mangel der Systemarchitektur der Chips zurückzuführen. Diese und andere unten angeführte Beispiele zeigen die Fragilität und Verwundbarkeit der mit dem Internet verbundenen Informations- und Kommunikationstechnologie-Systeme (IKT-Systeme<sup>2</sup>) auf.

Das ursprünglich in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts zum Zwecke der Sicherstellung der Kommunikation nach einem Atomangriff auf die USA entwickelte Internet hat sich in den letzten 25 Jahren zur größten Maschine der Menschheit entwickelt. Durch die Vernetzung von Computern auf der physikalischen Basis des Internets entstand ein alle Gesellschaftsbereiche umfassender virtueller Raum, der Cyber-Raum<sup>3</sup>. Parallel zur Ausbreitung des Internets wurde über dessen militärische Nutzung nachgedacht. Die steigende Bedeutung dieses Cyber-Raumes gipfelte

in der Betrachtung als neue politisch-strategische und militärische Dimension.

Um die Cyber-Sicherheit und Cyber-Verteidigung erfolgreich sicherstellen zu können, ist die permanente Beobachtung, Analyse, Beschreibung und Verteilung eines Cyber-Lagebildes erforderlich.

Daher ist die Schaffung einer Struktur zur Koordination auf der operativen Ebene aufbauend auf bestehende operative Strukturen gefordert. Im Rahmen dieser operativen Struktur „soll insbesondere ein periodisches und anlassbezogenes Lagebild Cyber-Sicherheit erstellt und über zu treffende Maßnahmen auf der operativen Ebene beraten werden. Gewährleistet werden soll auch ein kontinuierlicher Überblick über die aktuelle Situation im Cyber Space durch Sammeln, Bündeln, Auswerten und Weitergeben von relevanten Informationen. Dabei ist auch die Wirtschaft in geeigneter Form auf Augenhöhe einzubinden. Der permanent und gemeinsam erarbeitete Status zur Situation im Cyberspace soll allen Beteiligten als Grundlage für zu treffende planerische, präventive und reaktive Maßnahmen dienlich sein. Die Betreiber von kritischen Infrastrukturen werden auf der operativen Ebene und insbesondere bei Störungen im Bereich der Informations- und Kommunikationsstrukturen unterstützt sowie über Gefahren im Netz informiert. Die Operative Koordinierungsstruktur ist so zu gestalten, dass es möglich ist, sie als operatives Ausführungsorgan des übergreifenden Cyber- Krisenmanagements zu nützen<sup>4</sup>“. Diese Plattform dient im Frieden zur Aufbereitung und Zurverfügungstellung eines periodischen, aber auch anlassbezogenen Cyber-Lagebildes sowie der Entwicklung von Maßnahmen auf operativer Ebene.

### Militärische Auftragserfüllung

Wie das ua. aktuelle Lagebild zeigt, können Cyber-Angriffe jederzeit starten. Die Vorwarnzeit könnte sehr kurz oder gar nicht gegeben sein und Schäden könnten sehr rasch sehr hoch sein.<sup>5</sup> Deshalb sind das frühzeitige Erkennen von Angriffsvorbereitungen bzw. von anlaufenden Angriffen, die Frühwarnung und die Alarmierung von hoher Bedeutung für die Abwehr. Die

<sup>2</sup> Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) ist die Sammelbezeichnung für technische Mittel in Form von Hard- und Software sowie den Geräten, die der Gewinnung, Übertragung und Verarbeitung von Informationen dienen. Der Begriff IKT umfasst Mittel und Systeme aus den Bereichen Informationstechnik (IT), der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV), der Kommunikationstechnik (KT) sowie der klassischen Fernmeldedienste (FM). Gelegentlich werden diese Systeme auch als Cyber-Systeme bezeichnet. In diesem Aufsatz werden beide Begriffe synonym verwendet.

<sup>3</sup> Gem. BKA, Österreichische Strategie für Cyber Sicherheit, (ÖSCS), Wien 2013, S. 21 ist der „Cyber Raum der virtuelle Raum aller auf Datenebene vernetzten IT-Systeme im globalen Maßstab. Dem Cyber Raum liegt als universelles und öffentlich zugängliches Verbindungs- und Transportnetz das Internet zugrunde, welches durch beliebige andere Datenetze ergänzt und erweitert werden kann. Im allgemeinen Sprachgebrauch bezeichnet Cyber Space auch das weltweite Netzwerk von verschiedenen unabhängigen IK-Infrastrukturen, Telekommunikationsnetzen und Computersystemen. In der sozialen Sphäre kann bei Benutzung dieses globalen Netzwerkes zwischen Individuen interagiert werden, Ideen ausgetauscht, Informationen verteilt, soziale Unterstützung gewährt, Geschäfte getätigt, Aktionen gelenkt, künstlerische und mediale Werke geschaffen, Spiele gespielt, politisch diskutiert und vieles mehr getan werden. Cyber Space ist ein Überbegriff für Alles mit dem Internet verbundenem und für die verschiedenen Internet Kulturen geworden. Viele Staaten betrachten die vernetzte IKT und die unabhängigen Netzwerke, die über dieses Medium operieren, als Teil ihrer Nationalen Kritischen Infrastrukturen“.

<sup>4</sup> ÖSCS, S. 10. Die Struktur zur Koordinierung der Maßnahmen auf operativer Ebene (Innerer Kreis der Operativen Koordinierung (IKDOK)) wurde 2014 eingerichtet, hat sich in den Angriffen des Jahres 2017 bewährt und soll 2018 die volle Einsatzbereitschaft erreichen. Unter Leitung des Cyber Security Centre im Innenministerium kooperieren im Rahmen dieser Struktur Vertreter des Bundesministeriums für Inneres, des Bundesministeriums der Landesverteidigung und des Bundeskanzleramtes, CERTs sowie Vertreter von Institutionen, die mit dem Schutz kritischer Infrastruktur beauftragt sind.

<sup>5</sup> Vgl. Die Fa. Maersk beziffert den Schaden, der durch NotPetya verursacht wurde, auf 200 – 300 Mio. Dollar(!); zuletzt eingesehen am 27.12.2017 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/NotPetya-Maersk-erwartet-bis-zu-300-Millionen-Dollar-Verlust-3804688.html>

Darstellung eines konsolidierten permanent aktuellen Cyber-Lagebildes für den militärischen und als Beitrag für den gesamtstaatlichen Bedarf ist eine vorrangige Aufgabe aller militärischen Cyber-Elemente.

Das militärische Cyber-Lagebild sollte die globale Cyber-Bedrohungslage, die Situation der militärischen IKT-Systeme, die Ergebnisse der Schnittstellenüberwachungssysteme, nachrichtendienstliche und Erkenntnisse aus der Analyse von Malware und Angriffsmethoden umfassen. Zusätzlich wären die Erkenntnisse aus den Absicherungsmaßnahmen der IKT-Systeme anderer Behörden sowie der kritischen strategischen Infrastruktur einzupflegen. Das Lagebild beschreibt alle Arten von Missbrauchsdaten (Abuse Data), neu entdeckte Verwundbarkeiten (Vulnerabilities) und Einbruchindikatoren (Indicators of Compromise (IoC)). Weiters ist für die Vorbereitung der Verteidigung eine möglichst genaue Kenntnis der Ziele, Fähigkeiten, Motive und Ressourcen potenzieller Angreifer und Täter erforderlich. Die Erkenntnisse aus der Analyse des Lagebildes sind einerseits an die Systembetreiber zur Optimierung der Absicherungsmaßnahmen weiterzugeben, andererseits sind die Leitungs- und Führungsebenen zur Sicherstellung deren Handlungsfähigkeit zu informieren. Lageinformationen haben laufend zu ergehen und der Alarm- und Warndienst schafft die Voraussetzung für ein rasches Hochfahren der Verteidigungsmaßnahmen.

Grundsätzlich sind für den militärischen Bedarf hinsichtlich des Beobachtungszeitraumes zumindest zwei Lagebilder erforderlich. Für strategische Planungen wird die langfristig erwartbare Bedrohung fortgeschrieben. Aus den Analysen der Trends und der Bedrohungsphänomene werden Ableitungen für die Entwicklung der Verteidigungspolitik und den Beitrag der Streitkräfte getroffen.

Für die tägliche militärische Aufgabenerfüllung wird im Führungsprozess permanent ein alle Einsatzräume und die nahe Zukunft umfassendes Lagebild beschrieben. Erfolgreiches militärisches Handeln basiert auf einer möglichst präzisen Kenntnis des Feindes, der Situation der eigenen Ressourcen sowie der Umfeldbedingungen, einem konsequenten Kraft-Zeit-Raum-Kalkül und erfordert die rasche Umsetzung in militärisches Handeln.

Im Folgenden soll einerseits die allgemeine Cyber-Bedrohungslage dargestellt werden, andererseits werden die aktuellen Beobachtungen und Erkenntnisse aus dem Jahr 2017 zusammengefasst. Eine allgemeine Lagebeurteilung verlangt einen Blick auf das sicherheitspolitische Umfeld und die Betrachtung der Weiterentwicklung des Cyber-Raumes. Anschließend sind die Cyber-Bedrohungen und erkennbare Trends zu betrachten.

## **Sicherheitspolitisches Umfeld und Technologiewandel**

Das sicherheitspolitische Umfeld ist durch Vielfalt und Komplexität gekennzeichnet. Interaktionen nehmen permanent zu, neue Elemente, Akteure und Phänomene sind zu beobachten. Die weltweite Verfügbarkeit von Informationen hat enorme Ausmaße angenommen. Gleichzeitig ist die Prüfung der Seriosität der Quellen und des Wahrheitsgehaltes der Informationen kaum noch machbar. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten zur Manipulation und Beeinflussung auch sehr großer Bevölkerungsgruppen. Prognosen werden durch unvorhersehbare Ereignisse, Katastrophen und irrationale Handlungen erheblich erschwert.

Folgende Ereignisse und Trends beeinflussen maßgeblich das sicherheitspolitische Umfeld in Mitteleuropa: Mit Terroranschlägen und Gewalttaten von Einzeltätern muss weiterhin und langfristig gerechnet werden. Krisenhafte Entwicklungen an den Rändern Europas (Ukraine, Türkei) sowie in den Hotspots Syrien, Nordafrika, Subsahara, Afghanistan und Nordkorea verstärken die Migrationsbewegung nach Europa und fordern allfällig auch den Einsatz von militärischen Kräften. Die Spannungen zwischen dem Westen und Russland, speziell das Verhältnis USA/NATO zu Russland, kann erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit haben. Schließlich bergen auch Cyber-Angriffe, die auf die durch zunehmende Vernetzung gestiegene Verletzlichkeit unserer Gesellschaft zielen (z.B. gegen die Stromversorgung, gegen GPS/GALILEO, gegen wesentliche IKT-Infrastrukturen), ein hohes Risiko in sich. Als eine wesentliche Konsequenz ergibt sich eine deutliche Verkürzung der Vorwarnzeiten. Damit wird die Überraschung zum dominierenden Faktor.

## **Technologiewandel: Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung**

Im Jahr 2020 werden mehr als 7 Milliarden Menschen Zugang zum Internet haben und etwa 50 Milliarden Dinge mit dem Internet verknüpft sein. Dieser Trend, vom Internet of Things<sup>6</sup> zum Internet of Everything (Volldigitalisierung; Automatisierung), wird sich weiter fortsetzen, mit dem Ergebnis, dass mittelfristig die gesamte Menschheit und hunderte Milliarden Dinge mit diesem gigantischen Netz verbunden sein werden. Alles, was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert, wird automatisiert! Viele physische Systeme werden von der IT erfasst und schrittweise mit dem Internet verbunden. Die Komplexität der IT nimmt durch die vertikale und

<sup>6</sup> *Internet of Things*, Kurzform: *IoT*, bezeichnet die Vision einer globalen Infrastruktur der Informationsgesellschaften, die es ermöglicht, physische und virtuelle Gegenstände miteinander zu vernetzen und sie durch Informations- und Kommunikationstechniken zusammenarbeiten zu lassen.

horizontale Integration in die Wertschöpfungsprozesse erheblich zu. Jedes System wird praktisch zu jeder Zeit und von jedem Ort über das Internet erreichbar sein.

Eng verknüpft mit dieser Entwicklung sind Trends wie Industrie 4.0, Roboter und Drohnen, Künstliche Intelligenz, Blockchain-Technologien, Big Data, Cloud Computing, Methoden der prognostischen Analyse (Predictive/Forecast Analytics) sowie die Mobilität und der Wunsch nach permanenter Erreichbarkeit.

Industrie 4.0 zielt auf die umfassende Verknüpfung industrieller, technischer Prozesse und Technologien mit den dazugehörigen Geschäftsprozessen durch digitale Automatisierung ab, um den Märkten optimal zu entsprechen und gleichzeitig neue Möglichkeiten der Wertschöpfung in der industriellen Produktion zu schaffen.

Roboter sind universell einsetzbare, frei programmierbare und sensorgesteuerte, stationär montierte oder auch mobile, mittlerweile auch lernfähige Maschinen, die in industriellen Bereichen aber auch z.B. in Haushalten, für die Kranken- und Altenpflege, in Banken, Hotels, im Gastgewerbe und in der Landwirtschaft verwendet werden. Unter Drohnen werden funkgesteuerte oder programmierte unbemannte Fluggeräte verstanden, die sowohl für verschiedene militärische als auch zivile und kommerzielle Zwecke eingesetzt werden.

Künstliche Intelligenz, selbst lernende und optimierende Systeme übernehmen bisher von Menschen erledigte Aufgaben in komplexen Umgebungen, weil sie wesentlich schneller reagieren und weniger Fehler machen. Solchen Systemen könnte in der Zukunft eine entscheidende Bedeutung bei der Verteidigung der eigenen Cyber-Infrastruktur zukommen.

Die Blockchain-Technologie ist nicht nur die Basis für digitale Währungen. Diese Technologie hat das Potenzial, die Funktion des vertrauenswürdigen Dritten im Umgang mit Behörden und im Geschäftsleben zu ersetzen, mit den Vorteilen hoher Transparenz, sowie Zeit- und Kostenersparnis.

Big Data steht grundsätzlich für die Erfassung, Analyse, Auswertung und Verarbeitung großer digitaler Datenmengen einschließlich der dafür erforderlichen Technologien sowie der Nutzung der Daten mittels neuer Algorithmen für ganz neue Anwendungen. Big Data-Anwendungen finden sich heute in vielen Bereichen, wie z.B. in Suchmaschinen, sozialen Netzwerken, im E-Business, in der Forschung und in der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung.

Mit Cloud Computing werden IT-Ressourcen (Infrastrukturen, Plattformen, Software) dynamisch zur kostengünstigen Verarbeitung großer Datenmengen zur Verfügung gestellt.

Unter Predictive Analytics werden Methoden zur Auswertung großer, z.B. personenbezogener Datenmengen mithilfe bestimmter Algorithmen zur

Prognose der Entwicklung in der Zukunft verstanden. Die modernen Kommunikationsmittel und deren globale Vernetzung erlauben einerseits eine deutlich ausgeweitete Mobilität und führen andererseits zur permanenten Erreichbarkeit von Menschen und vernetzten Dingen.

Mit dieser dynamischen, technologischen Entwicklung geht ein rasanter und dramatischer Wandel bestehender Strukturen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einher, der mittlerweile weltweit nahezu alle Menschen berührt. Trotz der damit verbundenen Vorteile, wie z.B. enormer Produktivitätssteigerung in vielen wirtschaftlichen Bereichen, einer effizienteren Verwaltung oder globaler Kommunikationsmöglichkeiten, dürfen die Risiken nicht ausgeblendet werden. Die Digitalisierung und Automatisierung zerstören u.a. bisher sehr erfolgreiche Businessmodelle, verändern die Verwaltung und die Art, wie wir leben, nachhaltig.

### Die Cyber-Bedrohung

Mit der Ausbreitung des Internets zeigten sich auch nach und nach die Schattenseiten dieser riesigen Maschine. Neue Kriminalitätsformen traten auf bzw. die Durchführung alter Formen der Kriminalität mit oder durch Cyber-Mittel wurde insbesondere durch die weitgehende Anonymität im Netz begünstigt.

Cyberspace		
Charakter	Akteure	Unterscheidung
• Spielwiese	➤ Script Kiddys	➤ Motivation
• Aktionsgebiet	➤ Aktivisten	➤ Ziele
• Tatort	➤ Anarchisten, „Vandalen“	➤ Ressourcen
• Gefechtsfeld, Kriegsgebiet	➤ Kriminelle	➤ Fähigkeiten
	➤ Spione	
	➤ Terroristen	
	➤ „Cyber Warriors“	

Cyberspace: Charakter-Akteure-Motive

Der Cyber-Raum ist die Spielwiese für Script Kiddys, der Aktionsraum für Aktivisten und Wutbürger, der Tatort für Kriminelle, Terroristen und Spione und kann zum Operations-/Kriegsgebiet für staatliche Cyber Warrior werden. Die Akteure unterscheiden sich nach Motivation, Zielsetzungen, verfügbaren Ressourcen und Fähigkeiten

### Akteure - Angreifer und Täter

Akteure werden zum besseren Verständnis in Angreifer und Täter unterschieden. Unter den Tätern sind die Cyber-Angriffe durchführenden und entsprechend befähigten Personen zu verstehen. Unter Angreifern

sind jene Akteure zu verstehen, die mit einer bestimmten Motivation bestimmte Ziele verfolgen und entweder selbst als Täter aktiv werden oder sich fähiger Täter für ihre Angriffe bedienen. Während Täter überwiegend aus monetären, ideologischen, egomanischen oder auch persönlichen Motiven handeln, sind bei den Angreifern zusätzlich politische und terroristische aber auch anarchistische Beweggründe zu berücksichtigen.

Die nachfolgende Aufstellung von spionierenden Akteuren und deren Zielbranchen aus dem aktuellen Lagebericht des deutschen Bundesamtes für Informationstechnik gibt einen Eindruck über die Anzahl der weltweit aktiven Gruppierungen. APT steht dabei für „Advanced Persistent Threat“ und wird häufig mit nachrichtendienstlichen Akteuren gleichgesetzt. Das Ziel von APTs ist es typischerweise, Informationen im staatlichen oder gesamtwirtschaftlichen Interesse zu erlangen. Die Vorgehensweise ist dabei zielgerichtet, erfolgt über längere Zeiträume und bedarf häufig wegen großer manueller Aufwände einer größeren Personalstärke. All dies ist konsistent mit den Charakteristiken, die man Nachrichtendiensten zuschreibt.

Seit jeher gibt es jedoch auch Anzeichen dafür, dass manche APT-Kampagnen nicht direkt von Nachrichtendiensten, sondern vielmehr von gut organisierten nichtstaatlichen Gruppen durchgeführt werden.<sup>7</sup> Es muss daher neben den direkt bei staatlichen Nachrichtendiensten oder im militärischen Bereich angesiedelten Tätern, auch mit kriminellen Gruppen, die auf eigene Rechnung aber auch als Dienstleister tätig sind, gerechnet werden.

Bei kriminellen Gruppen, bei denen die Mitglieder sich oft nur über entsprechende Plattformen im Internet „kennen“, kann man arbeitsteilige Strukturen feststellen. Es gibt Spezialisten für die Suche nach Schwachstellen in Software (besonders wertvoll: Zero-days), Spezialisten für die Aufklärung von interessanten Zielsystemen, Spezialisten für die Programmierung von Angriffstools, für den Aufbau und die Verfügbarkeit von Bot-Netzen, für die Durchführung von Angriffen und schließlich solche für die Verwertung der Ergebnisse. Schwachstellen, Aufklärungsergebnisse, Angriffswerkzeuge, Botnetze und sogar die Durchführung von Angriffen werden auf diversen Plattformen angeboten.

<sup>7</sup> Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik, „Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2017“, S. 13, Druck- und Verlagshaus Zarbock, Frankfurt am Main, 2017, BSI-LB17/506; URL: [https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Lageberichte/Lagebericht2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Lageberichte/Lagebericht2017.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

Es ist davon auszugehen, dass sich mindestens 30 Staaten mit der systematischen Vorbereitung von Cyber-Angriffen beschäftigen; einerseits, um im Rahmen eines Verteidigungsfalles Cyber-Gegenangriffe starten zu können, andererseits, um in einem Konflikt zur raschen Erreichung eines politischen Zieles offensiv agieren zu können.

Diese Annahme bestätigte Ehud Barak<sup>8</sup>, der ehemalige Ministerpräsident und Verteidigungsminister Israels, als er am europäischen Cyber-Security-Gipfel erklärte, dass eine Armee die Landesinteressen im Web nur dann wahren könne, wenn sie die Möglichkeit habe, sich in die Computersysteme seiner Gegner zu „hacken“.

### Das Cyber-Bedrohungsspektrum

Das Cyber-Bedrohungsspektrum beschreibt Gefahren und Bedrohungen, die den einzelnen Menschen ebenso wie Organisationen, Behörden, Unternehmen und Staaten treffen können. Leider gibt es weder fehlerfreie Soft- noch Hardware, täglich werden neue gravierende Schwachstellen<sup>9</sup> entdeckt. Zudem ergeben sich am Übertragungsweg der Daten zahlreiche Möglichkeiten für Angriffe.



Cyber-Bedrohungsspektrum

Daher müssen Staaten, Unternehmen, Organisationen und Einzelpersonen mit folgenden neuen Bedrohungsszenarien rechnen: Der Risikobogen spannt sich von Datenmissbrauch und subversivem Hacking<sup>10</sup>, über Cyber-Angriffe, um Geld zu ergaunern, und Cyber-, Wirtschafts- und Konkurrenzspionage bis hin zu Sabotageangriffen gegen strategisch bedeutsame Unternehmen und Behörden

<sup>8</sup> Ehud Barak, in Die Schweiz wappnet sich | Tages-Anzeiger Sonntagszeitung, URL: <http://www.genios.de/presse-archiv/artikel/TAS/20131117/die-schweiz-wappnet-sich/JM20131117000187185.html>; zuletzt eingesehen am 25.01.2018

<sup>9</sup> Vgl. URL: <https://www.cert-bund.de/schwachstellenampel> und <https://nvd.nist.gov/>

<sup>10</sup> Hacking (Kofferwort aus Hack und Aktivismus, engl. *Hacking*) ist die Verwendung von Computern und Computernetzwerken als Protestmittel, um politische Ziele zu erreichen. Die erste Verwendung erfuhr der Begriff im Juli 2004 von Mitgliedern eines Hacker-Kollektivs namens *Omega*

und letztlich bis zum digitalen Stillstand eines Staates durch großangelegte Cyber-Attacken<sup>11</sup>.

### Trends

Cyber-Attacken kommen laufend und treffen jeden: Unternehmen, Behörden und Einzelpersonen. Die Angreifer werden immer professioneller und beschäftigen sich intensiv mit den Opfern. Mittels Ransomware<sup>12</sup> und DDoS<sup>13</sup> werden Unternehmen, Behörden und Spitäler<sup>14</sup> sowie Einzelpersonen erpresst. Angriffe werden indirekt geführt und als Dienstleistungen im Netz angeboten (Attack-as-a-Service). Automatisierte Attacken auf Netzwerkebene und Angriffe gegen strategische Infrastrukturen nehmen zu. E-Mails mit Anhängen und mit Malware präparierte Webseiten werden weiterhin hauptsächlich als Angriffsvektoren genutzt. Der Trend zur automatisierten Personalisierung der E-Mails ist verstärkt zu beobachten. Schadprogramme werden industriell gefertigt. Täglich tauchen 400.000-500.000 neue Versionen auf. Mittelfristig<sup>15</sup> muss vermehrt mit Angriffen auf Chipebene, gegen das BIOS<sup>16</sup> von

<sup>11</sup> In diesem Spektrum ist Vandalismus ebenso enthalten wie die Veröffentlichung vertraulicher Daten zur Bloßstellung von Personen oder Organisationen ohne Bereicherungsmotiv oder politischer Aktivismus.

<sup>12</sup> Als Ransomware werden Schadprogramme bezeichnet, die den Zugriff auf Daten und Systeme einschränken oder verhindern und diese Ressourcen nur gegen Zahlung eines Lösegeldes (engl. „ransom“) wieder freigeben. Es handelt sich dabei um einen Angriff auf das Sicherheitsziel der Verfügbarkeit und eine Form digitaler Erpressung (BSI S.79). Die Bezeichnung setzt sich zusammen aus *ransom*, dem englischen Wort für Lösegeld, und *ware*, entsprechend dem für verschiedene Arten von Computerprogrammen üblichen Benennungsschema (*Software, Malware* etc.).

<sup>13</sup> Ein *Denial-of-Service* (DoS; engl. für „*Verweigerung des Dienstes*“) bezeichnet in der Informationstechnik die Nichtverfügbarkeit eines Internetdienstes, der eigentlich verfügbar sein sollte. Im Fall einer durch eine Unmenge von Anfragen verursachten Dienstblockade spricht man von einer durch *Vielfragen verbreiteten Verweigerung des Dienstes* (engl. *Distributed Denial-of-Service, DDoS*). Obwohl es verschiedene Gründe für die Nichtverfügbarkeit geben kann, ist die häufigste Art die Folge einer Überlastung des Datennetzes. Dies kann durch unbeabsichtigte Überlastungen verursacht werden oder durch einen konzentrierten Angriff auf die Server oder sonstige Komponenten des Datennetzes.

<sup>14</sup> Vgl. NZZ; Michael Schilliger vom 13.05.17; URL: <https://www.nzz.ch/digital/globaler-cyberangriff-sieben-antworten-zur-cyberattacke-wanacrypt-20-ld.1292982>, zuletzt eingesehen am 25.12.2017

<sup>15</sup> Wenn hier von mittelfristig die Rede ist, gilt es zu bedenken, dass mittelfristig im IT-Bereich eine eher kurze Zeitspanne ist. Tatsächlich haben wir schon Angriffe auf IoT-Basis gesehen. Wenn es nicht gelingt, die IKT sicherer zu machen, ist ein Cyber-GAU möglich.

<sup>16</sup> Das BIOS (von englisch „*basic input/output system*“) ist die Firmware bei x86-PCs. Es ist in einem nichtflüchtigen Speicher auf der Hauptplatine eines PC abgelegt und wird unmittelbar nach dessen Einschalten ausgeführt. Aufgabe des BIOS ist es unter anderem, den PC zunächst funktionsfähig zu machen und im Anschluss das Starten eines Betriebssystems einzuleiten.

Computern, auf der Basis von und gegen IoT und Industrie 4.0, gegen Cloud-Systeme, gegen Apps und gegen hochsichere Verschlüsselungen<sup>17</sup> gerechnet werden. Weiters sind Cyber-Terrorattacken nicht auszuschließen<sup>18</sup>. Angriffe gegen Betreiber kritischer Infrastrukturen könnten Cyber-Krisen auslösen. Cyber-Angriffe als politisch-militärische Waffe im Vorfeld und in heißen Konflikten werden an Häufigkeit und Intensität noch zulegen.

Daher steht am oberen Ende der Bedrohungsskala der durch großangelegte Cyber-Angriffe verursachte digitale Stillstand. Die strategischen Infrastrukturen sind massiv von deren IKT abhängig und eng miteinander vernetzt. Ein massiver Angriff auf diese strategisch bedeutsamen IKT-Systeme hat damit unter Umständen ähnliche Auswirkungen wie ein massiver Angriff auf die industrielle Basis eines Staates und könnte zu einem politisch verwertbaren Ergebnis genutzt werden. Zur strategischen Bedrohung für die Souveränität eines Staates werden diese Angriffe, wenn sie einen langfristigen, digitalen Stillstand des gesamten Staates zur Folge haben. Solch massive, großflächige Angriffe mit dem Ziel, einen Staat durch Cyber-Attacken in die Knie zu zwingen, entsprechen einem Cyberwar-Szenario. Davon sieht man im Frieden nicht viel, denn die Entwicklung und Testung von Cyber-Waffen erfolgt in Laborumgebung. Was man erkennen könnte, sind Handlungen zur Auskundschaftung und Infiltrierung relevanter Ziele.

### Cyber-Vorfälle in Österreich

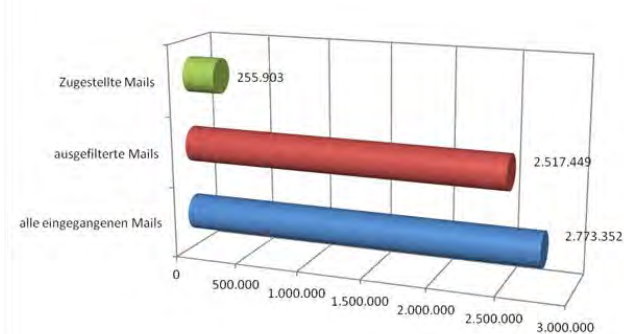
Im Februar 2016 wurde Österreichs größter Mobiltelefonprovider Telekom Austria Ziel eines DDoS-Angriffes, was dazu führte, dass die mobilen Datendienste über mehrere Stunden für eine große Zahl der Kunden nicht verfügbar waren.

Zwischen September 2016 und Jänner 2018 gab es zahlreiche politisch/ideologisch motivierte DDoS-Angriffe auf Webseiten österreichischer Institutionen (darunter den Flughafen Wien, das Außenministerium, das Landesverteidigungsministerium, die Nationalbank, das Parlament, die Seite des damals noch Präsidentschaftskandidaten Van der Bellen, die Seite einer politischen Partei etc.). Akteur war (in manchen Fällen bestätigt, in manchen mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen) die türkische Hackergruppe Aslan Neferler Tim (ANT) sowie diverse Untergruppierungen. Der Hintergrund dieser Angriffsserie ist das außenpolitische Verhältnis zwischen Österreich und der Türkei. Die konkreten Schäden dieser Angriffe sind als gering zu bezeichnen, je

<sup>17</sup> Ein Quantencomputer würde alle derzeitigen Verschlüsselungssysteme in Frage stellen.

<sup>18</sup> Ein Horrorszenario könnte z.B. mit der Störung von Atomkraftwerken oder auch der Sabotage von Luftverkehrskontrollzentren entstehen.

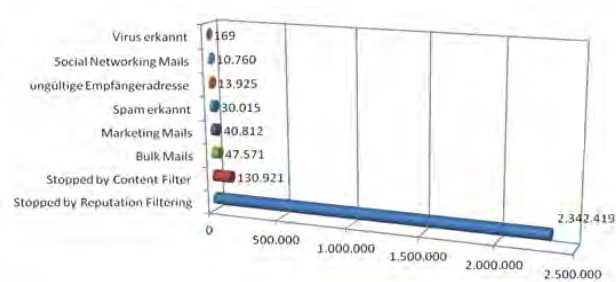
nach medialer Aufmerksamkeit ist teilweise von einem niederschweligen Reputationsverlust auszugehen. Seit Anfang 2017 sind Online-Banking-Kunden besonders durch sogenannte Overlay-Attacken bedroht. Bei dieser Angriffsmethode überlagert ein Schadprogramm die Anzeigefenster legitimer Applikationen, die auf dem infizierten Endgerät aktiv sind. Dadurch können Eingaben via Touchscreen abgefangen und für kriminelle Zwecke missbraucht werden. Zahlreiche österreichische Bankinstitute waren im Beobachtungszeitraum davon betroffen. Solche Angriffe werden auch gegen andere Applikationen wie z.B. Facebook, Skype oder WhatsApp geführt. Darüber hinaus waren viele größere Organisationen von sogenannten CEO-Frauds betroffen. Dabei werden via fingierter E-Mails, die vermeintlich von einer Person im oberen Management geschrieben sind, Überweisungen von mitunter hohen Geldbeträgen vom angeschriebenen Mitarbeiter verlangt, die unter höchster Geheimhaltung durchgeführt werden müssen (so der Mail-Text). Aufgrund zunehmender Sensibilisierungsmaßnahmen konnte zwar die Awareness in den meisten Organisationen angehoben werden, nichtsdestotrotz kommt es aber auch hier immer wieder zu erfolgreichen Angriffen. Auch das Österreichische Bundesheer (ÖBH) ist permanent Angriffen ausgesetzt. Pro Tag werden im Durchschnitt etwa 60.000 Events<sup>19</sup> registriert. Nach entsprechenden Analysen verbleibt ca. 1 konkreter Angriff pro Tag. Vielfach handelt es sich um breit gestreute Massenangriffe, einige gezielte Angriffe weisen jedoch die Merkmale von international angesetzten Cyber-Spionagekampagnen auf.



Aussortierung E-Mails BMLV

Die Grafik zeigt, dass im Beobachtungszeitraum vom 20.11 bis 17.12.2017 mehr als 90 Prozent aller E-Mails aufgrund der Risiken durch Filterregeln automatisch aussortiert und nicht zugestellt werden. Die folgende Grafik zeigt die Gründe für die Aussortierung im Detail an.

<sup>19</sup> Unter einem Event wird eine Auffälligkeit in den Systemabläufen verstanden. Diese Auffälligkeiten können verschiedene Ursachen haben. Erst nach entsprechenden Analysen kann festgestellt werden, ob es sich um einen Sicherheitsvorfall handelt.



Ausgefilterte E-Mails BMLV – detaillierte Darstellung

### Internationale Cyber-Angriffe

Die Ransomware- und Sabotage-Kampagnen WannaCry(pt) und NonPETYA<sup>20</sup> im Mai und Juni 2017 wie auch BAD RABBIT im Oktober betrafen Österreich nur in geringem Ausmaß. Sie waren jedoch aufgrund der umfangreichen Schäden und der raschen und breiten Verteilung der Schadsoftware Beispiele dafür, wie gezielte Angriffe heutzutage erfolgreich ausgeführt werden können. Hervorzuheben ist insbesondere, dass bei diesen Kampagnen veröffentlichte Exploits bzw. Schwachstellen aus den Beständen der NSA bzw. der CIA die Durchführung dieser Angriffe erst ermöglicht hatten.

### WANNACRY

Mitte Mai 2017 kam es zu einer weltweiten Angriffswelle mit der Ransomware WANNACRY. Zur Verbreitung nutzten die Akteure das NSA-Exploit<sup>21</sup> ETERNALBLUE, das Mitte April 2017 von der Hackergruppe THE SHADOW BROKERS veröffentlicht wurde. Zahlreiche MICROSOFT Produkte waren anfällig für diese Schwachstelle. Aufgrund des Exploits kann eine Remote-Verbindung zu einem Computer aufgebaut werden, die im Anschluss eine Installation der Ransomware erlaubt. Weltweit gab es mindestens 223.000 Infektionen. Von dieser Angriffswelle waren Behörden, Unternehmen und Privatleute aus 150 Ländern betroffen. Laut Medienberichten existieren möglicherweise Verbindungen zwischen der nordkoreanischen Hackergruppe LAZARUS und den Cyber-Angriffen mit der Ransomware WANNACRY. Es wird vermutet, dass

<sup>20</sup> Siehe Heise online vom 22.09.2017, 09:57 Uhr, Martin Holland, „NotPetya: Auch Fedex kostet die Cyber-Attacke 300 Millionen US-Dollar“; URL: <https://www.heise.de/newsticker/meldung/NotPetya-Auch-Fedex-kostet-die-Cyber-Attacke-300-Millionen-US-Dollar-3838159.html>, zuletzt eingesehen am 25.12.2017

<sup>21</sup> Als Exploit bezeichnet man eine Methode oder einen Programmcode, mit dem über eine Schwachstelle in Hard- oder Software-Komponenten nicht vorgesehene Befehle oder Funktionen ausgeführt werden können. Je nach Art der Schwachstelle kann mithilfe eines Exploits zum Beispiel ein Programm zum Absturz gebracht, Benutzerrechte ausgeweitet oder beliebiger Programmcode ausgeführt werden. BSI S.79

LAZARUS im staatlichen Auftrag zur Devisenbeschaffung agiert.<sup>22</sup>

## NOTPETYA

Am 27.06.2017 erfolgten Cyber-Angriffe mit der Ransomware NOTPETYA. Diese richtete sich hauptsächlich gegen Ziele in der Ukraine, Russland und teilweise auch gegen Systeme in Westeuropa. Insgesamt wurden mehr als 5.000 Computersysteme angegriffen. Zur Verbreitung innerhalb eines Computernetzwerkes wurden modifizierte Versionen der NSA-Exploits ETERNALBLUE, ETERNALROMANCE sowie DOUBLEPULSAR verwendet. Außerdem wurde NOTPETYA mittels Softwareupdates für das Buchhaltungsprogramm MEDOC und über eine kompromittierte ukrainische Nachrichten-Webseite verteilt. Zu den Opfern gehörten Seehäfen, Supermärkte, Werbeagenturen und Anwaltskanzleien. Eines der Opfer verlor innerhalb von 45 Minuten den Zugriff auf 15.000 Laptops, 2.000 Server und 500 Computersysteme. Der finanzielle Schaden für das Unternehmen beläuft sich auf mehr als 130 Millionen US-Dollar (107 Millionen Euro). Verschiedenste Indikatoren deuten darauf hin, dass es sich bei dieser Kampagne nicht um eine klassische Ransomware-Angriffswelle handelt (Ziel: finanzielle Bereicherung), sondern die Manipulation von Systemen (im Sinne von Sabotage) im Vordergrund stand.

## „Operation Copperfield“ - Angriff gegen eine kritische Infrastruktur

Im Dezember 2017 wurde das Computersystem einer kritischen Infrastruktur im Nahen Osten mit dem Schadprogramm HOUDINI (auch bekannt als H-WORM) über ein externes USB-Speichermedium infiziert. Vermutlich beabsichtigte der Angreifer die Vorbereitung der Sabotage der Infrastruktur und das Ausspähen von Informationen. Beispielhaft für die Durchführung eines gezielten Cyber-Angriffes soll hier die Vorgehensweise der Täter dargestellt werden. Vermutlich gingen dem Cyber-Angriff Recherchen über das Angriffsziel und die dort tätigen Personen voraus. Weiters erfolgte vermutlich die Infizierung des privaten Computers eines Mitarbeiters über die private E-Mail-Adresse. Ein Computerarbeitsplatz, auf den mehrere Mitarbeiter zugreifen konnten, wurde durch einen eingebrachten privaten, externen USB-Massenspeicher infiziert. Das Schadprogramm wurde aktiviert, nachdem

der Mitarbeiter eine Verknüpfung aufrief, die als legitime existierende Datei getarnt war. Die Verknüpfung führte zur Ausführung eines potentiell schadensverursachenden VBS-Skripts. Dabei handelte es sich um den vier Jahre alten Remote Access Trojan (RAT) HOUDINI, der es einem Angreifer ermöglicht, die vollständige Kontrolle über ein infiziertes Computersystem zu übernehmen. Des Weiteren kann das Schadprogramm Informationen über das infizierte Computersystem (inkl. installierter Schutz-Programme) an den Angreifer senden und verschiedene Befehle auf diesem ausführen, sich selbst aktualisieren, Dateien vom Computersystem auf den Server des Angreifers hochladen oder zusätzliche Schadprogramme auf dieses herunterladen (z.B.: Keylogger, Audioaufzeichnung, Screen Grabber<sup>23</sup>). Nach der Installation sucht das Schadprogramm nach weiteren vorhandenen USB-Massenspeichern. Sollten diese vorhanden sein, beginnt es mit der Erstellung von Verknüpfung jeder einzelnen Datei (inkl. originale Dateinamen), die sich auf dem USB-Massenspeicher befindet. Damit das Opfer nicht die originale Datei und die Verknüpfung sieht, werden die originalen Dateien in „versteckte Dateien und Ordner“ umgewandelt. Ruft ein Opfer eine Verknüpfung auf, wird als Erstes das Schadprogramm ausgeführt und als Zweites die eigentliche Datei (z.B. Video, Musik, Bilder). Zur Tarnung des Schadprogramms und des Angriffs nutzten die Akteure das Verschleierungs-Tool BRONCODER. Dadurch ist es möglich, eine Reihe von bekannten und häufig genutzten Antiviren-Programmen<sup>24</sup> namhafter Hersteller zu umgehen. Die DNS-Adresse, mit der das Schadprogramm kommuniziert, wurde bei einem DNS-Service in Reno (US-Bundesstaat Nevada) registriert. Die hinter dieser DNS stehende IT-Infrastruktur dient als Command & Control-Server<sup>25</sup> für HOUDINI. Die IP-Adresse verweist auf eine Lokation in Saudi-Arabien (Mekka) und den Internet Service Provider SAUDINET. Weitere Hinweise deuten auf einen iranischen sowie einen algerischen Akteur. Die Vorgehensweise erlaubt die Vermutung, dass es sich bei dem Angreifer höchstwahrscheinlich um einen staatlichen oder zumindest staatlich unterstützten Akteur handelt.

---

<sup>22</sup> Auch bei den Angriffen auf das SWIFT-System 2016, bei dem in einem Fall 81 Millionen Dollar erbeutet wurden, wird ein nordkoreanischer Hintergrund vermutet. Vgl. „Hacker dringen in Zahlungssystem Swift ein“; <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-04/cyber-angriff-swift-notenbank>, zuletzt eingesehen am 25.12.2017

<sup>23</sup> Ein Screen Grabber ist ein Programm, mit dem Screenshots erstellt werden können.

<sup>24</sup> Nur 27 von 58 Antiviren-Programmen erkannten das Schadprogramm.

<sup>25</sup> *Command-and-Control-Server* dienen der Steuerung von Botnetzen. Meist handelt es sich dabei um durch den Angreifer gehackte Server. Zur Tarnung werden Angriffe oft über mehrere solche örtlich über mehrere Kontinente verteilten Server geführt.



### TRITON – Angriff gegen kritische Infrastrukturen

Im Dezember 2017 wurde ein Cyber-Angriff durch unbekannte Akteure mit dem Angriffsframework TRITON (auch bekannt als TRISIS, TROJAN.TRISIS) gegen industrielle Kontrollsysteme (Industrial Control System, kurz ICS) kritischer Infrastrukturen bekannt. Mutmaßlich bezweckten die Angriffe die Sabotage des Betriebes von kritischen Infrastrukturen. TRITON wurde für die Interaktion mit TRICONEX SAFETY INSTRUMENTED SYSTEMS-Controllern (SIS) entwickelt. Bei TRICONEX handelt es sich um ein Produkt der Firma SCHNEIDER ELECTRIC, das im Bereich der Energiewirtschaft sehr weit verbreitet ist, und unter anderem in Atom-, Öl- und Gaskraftwerken verwendet wird. Den Akteuren gelang es, mittels Fernzugriff auf die SIS-Engineering-Workstation zuzugreifen und das TRITON Schadprogramm zu installieren, um anschließend die SIS-Controller<sup>26</sup> neu zu programmieren. Zur Verschleierung des Angriffs wurde das Schadprogramm als legitime TRICONEX TRILOG-Anwendung getarnt. Diese Anwendung wird zur Überprüfung von Protokollen (log-Dateien) verwendet und ist Teil der TRISTATION-Anwendungssuite. Das Schadprogramm kann Programme und Funktionen auf einen SIS-Controller schreiben oder von diesem lesen sowie den aktuellen Status abfragen. Die Akteure nutzten zur Interaktion zwischen dem TRITON und den SIS-Controllern das TRISTATION-Protokoll. Dabei handelt es sich um ein proprietäres Protokoll, für das keine öffentlichen Dokumentationen existieren. Während des Vorgangs gingen einige SIS-Controller in den „Failed-Safe-State“ über und beendeten den Prozess automatisch und kontrolliert, um eine Beschädigung der kritischen Infrastruktur zu vermeiden. Unbekannt ist, über welchen Angriffsvektor (z.B.: Spear-Phishing-Mails, Phishing-Webseiten, 0-Day-Exploit, Innentäter) das Schadprogramm auf den Computersystemen installiert wurde. Da TRITON das proprietäre TRISTATION-Protokoll nutzt, ist davon auszugehen, dass die Akteure höchstwahrscheinlich Reverse Engineering Methoden einsetzten, um das Schadprogramm zu entwickeln. Aufgrund der Vorgehensweise und der verwendeten Ressourcen handelt es sich höchstwahrscheinlich um einen staatlichen oder zumindest staatlich unterstützten Akteur. Operationen dieser Art bezwecken nicht immer, ein Zielsystem sofort zu stören oder zu zerstören. Es kann daher angenommen werden, dass es sich um die Vorbereitung eines weiterreichenden Cyber-Angriffs handeln könnte.

<sup>26</sup> Ein SIS ist ein autonomes Überwachungssystem, das den Status eines Prozesses überwacht. Wenn der zu überwachende Prozess vordefinierte Parameter überschreitet, die einen gefährlichen Zustand definieren, versucht das SIS, den Prozess in einen sicheren Zustand zu bringen oder führt automatisch eine sichere Abschaltung des Prozesses durch.

Moderne industrielle Prozesssteuerungs- und Automatisierungssysteme verfügen über zahlreiche hochentwickelte Steuerungssysteme und Sicherheitsfunktionen. Eine im Vorfeld stattfindende Kompromittierung dieser Systeme und Funktionen könnte einem Akteur in einem möglichen, zukünftigen Cyber-Konflikt dazu dienen, zu erreichen, dass ein Betreiber einer kritischen Infrastruktur einen Cyber-Angriff nicht erkennen oder abwehren kann.

### Cyber- und EloKa-Angriffe gegen NATO-Länder

Beginnend mit Jänner 2017 erfolgten Angriffe mit Cyber- und elektronischen Methoden gegen im Baltikum und in Polen stationierte NATO-Soldaten und gegen Mobilfunknutzer an der Westküste von Lettland. Mittels der Kompromittierung privater Mobiltelefone von Soldaten und Manipulation der darauf befindlichen Daten sowie dem Einsatz von Kommunikationsjammern (Störsendern) gegen Mobilfunknetze sollte einerseits die Dislozierung von Truppen ausgespäht und andererseits Soldaten psychologisch beeinflusst werden. Auf Grund der Ziele, des Standorts der verwendeten Einsatzmittel und der durchgeführten Handlungen werden russische Akteure hinter den Angriffen vermutet.

Gemäß nicht näher genannten offiziellen Vertretern aus dem NATO-Umfeld sollen in den vergangenen Monaten verstärkt private Mobiltelefone von Soldaten des Nordatlantikbündnisses durch russische Akteure kompromittiert worden sein. Das Hauptaugenmerk lag dabei wahrscheinlich auf den etwa 4.000 im Baltikum und Polen stationierten NATO-Soldaten verschiedener Nationen. Als Beispiel wird Oberstleutnant Christopher L'Heureux (US Army, Kommandant einer NATO-Kaserne in Polen) genannt, auf dessen privatem I-Phone, nach eigenen Angaben von einer russischen IP-Adresse ausgehend, der sogenannte Lost-Mode (zum Wiederauffinden eines verlorengegangenen Geräts) von außen aktiviert worden war. Zusätzlich gab er an, dass mindestens sechs Soldaten unter seinem Kommando mit ähnlichen Problemen zu kämpfen gehabt hatten, etwa mit kompromittierten Facebook-Accounts oder ebenfalls mit manipulierten Telefonen. Bereits im Jänner 2017 wurden von Soldaten in der estnischen Tapa Militär-Basis nahe der estnisch-russischen Grenze Auffälligkeiten (u.a. Löschen von Kontakten) bei ihren privaten Mobiltelefonen gemeldet. Eine Untersuchung der Vorkommnisse deutete auf mobile Telekommunikations-Antennen (NFI, gemeint ist vermutlich der Einsatz von IMSI-Catchern und Man-in-the-Middle-Angriffen) auf russischer Seite hin. Diese Vorkommnisse setzten sich bis zumindest März 2017 fort, als bei weiteren estnischen Soldaten Fremdhandlungen, u.a. wiederum Löschen von Kontakten, festgestellt wurden.

Zielsetzungen der Angriffe könnten einerseits die Feststellung von Truppenbewegungen mittels aktivierter Geolokation-Funktion auf den Telefonen, andererseits die Einschüchterung der eingesetzten Soldaten sein.

Bereits im November 2015 wurden von der NATO EloKa-Aktivitäten Russlands in Form von Störaktionen gegen Flugverkehrskommunikationskanäle in der Region der Ostsee (vermutlich ausgehend von einem Funkturm in der russischen Enklave Kaliningrad) registriert. Gemäß weiterer Aussagen von offiziellen Vertretern der NATO und Ländern des Baltikums sollen außerdem durch Akteure Russlands im Rahmen des Manövers SAPAD (ZAPAD), offiziell nach russischen Angaben von 14.09 bis 20.09.2017, gemäß westlichen Angaben von August bis September 2017, Unterbrechungen im lettischen Mobilfunknetz verursacht worden sein. Dabei kam es am 30.08.2017 an der Westküste von Lettland zu Störungen im Mobilfunkbereich, die mindestens sieben Stunden lang dauerten. Verdächtig wird in diesem Zusammenhang ein in der russischen Enklave Kaliningrad positionierter sogenannter Kommunikationsjammer (Störsender), der eigentlich in Richtung Gotland (Schweden) ausgerichtet sein soll. Laut offiziellen lettischen Angaben beeinflusste der Randbereich des Störsignals das lettische Mobilfunknetz im Westen von Lettland. Zusammenfassend kann als Motiv für die Aktivitäten eine Demonstration der Fähigkeiten angenommen werden.

### **Cyber-Spionage mittels Gratis-Software**

Mutmaßlich stecken asiatische Akteure, u.a. APT17 (auch bekannt als HIDDENLYNX und DEPUTY DOG) und GROUP72 (auch bekannt als DEEP PANDA, PINKPANTHER, SHELL CREW), hinter den Spionageangriffen im Zeitraum vom August bis September 2017. Ausgespäht wurden zwölf Unternehmen aus den Bereichen Technologie (7), Telekommunikation (3), Internet (1) und Spieleindustrie (1) mit Standorten in den USA (3), Japan (3), Taiwan (2), Südkorea (1), Großbritannien (1), Singapur (1) und Deutschland (1). Betroffen waren SAMSUNG, FUJITSU, SONY, O2, INTEL, ASUS und VMWARE. Weiters sollen auch u.a. LINKSYS, EPSON, VODAFONE, MICROSOFT, DLINK, AKAMAI, CISCO und GODADDY attackiert worden sein. Den Angreifern gelang es, das auf der offiziellen Webseite des Softwareanbieters PIRIFORM angebotene Update für die kostenlose Software CCLEANER mit einem Schadprogramm mit einer zweistufigen Angriffsfunktion zu infizieren. Nach dem Download klärte das Schadprogramm in der ersten Phase das kompromittierte System auf (z.B. Version des Betriebssystems, Verfügbarkeit von Administratorrechten, Host- und Domainnamen in

Verbindung mit dem Rechner, installierte Software und laufende Prozesse, etc.) und verschickte die gesammelten Informationen an die Angreifer. Erst nach einer Beurteilung durch die dahinterstehenden Akteure wurden dann in der zweiten Phase weitere Schadprogramm-Komponenten (Backdoors für weitergehende Zugriffe) nachgeladen. Von der Kompromittierung mit dem Aufklärungswerkzeug der ersten Phase dürften mindestens 2,27 Millionen Einzel-Computer betroffen gewesen sein, wobei 1,6 Millionen dieser Rechner Informationen an die Steuerungsinfrastruktur der Akteure rücksandten. Schadprogramm-Komponenten der zweiten Phase wurden jedoch lediglich von bis dato 40 erkannten Rechnern in zwölf Unternehmen nachgeladen, was auf eine gezielte Spionageoperation schließen lässt. Ob es sich bei dieser Operation um staatlich motivierte Wirtschafts- oder von einem Unternehmen in Auftrag gegebene Industriespionage handelt, ist derzeit nicht mit Sicherheit feststellbar.

### **Ausblick**

Auch 2018 ist mit einem weiteren Anstieg von massenhaften aber auch sehr hochqualifizierten Cyber-Angriffen zu rechnen. Die stetige und dichte Beobachtung der Lageentwicklungen im Cyber-Raum, die Analyse der Bedrohungen, die Frühwarnung und Alarmierung sind eine entscheidende Voraussetzungen für vorbeugende und reaktive Absicherungsmaßnahmen für die IKT-Infrastrukturen. Obwohl immer mit überraschend auftauchenden neuen Angriffsmethoden gerechnet werden muss, kann durch den permanenten Lagebildprozess, antizipierend und während eines laufenden Angriffes, ein erheblicher Beitrag zur Reduzierung der Risiken und zur Minimierung der Schäden erbracht werden. Im Sinne der Sensibilisierung und Bewusstseins-schaffung werden auch in Zukunft Beiträge zum aktuellen Cyber-Lagebild dargestellt werde.



## Stabilisierung der globalen Ökonomie

Der seit Mitte 2016 deutlich erkennbare globale Wirtschaftsaufschwung verstärkt sich weiter. Das weltweite Wachstum steigerte sich 2017 nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf etwa 3,7 Prozent, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf 3,6 Prozent, bzw. nach Weltbank auf 3,0 Prozent. 2018 wird das Wachstum laut IWF 3,9 Prozent, OECD 3,7 Prozent und Weltbank 3,1 Prozent erreichen. Damit hat es gemäß der Daten von IWF und OECD erstmals nach der vor zehn Jahren begonnen globalen Wirtschaftskrise wieder die langjährige statistische Wachstumsrate erreicht. Der Aufwärtstrend wird dabei vor allem durch die zuletzt deutlich verbesserten Wachstumsaussichten der Eurozone, Japans, der Schwellenländer Asiens, der aufstrebenden Volkswirtschaften Europas und Russlands abgesichert. Aber auch die Wirtschaft der USA ist nach einem etwas abgeschwächten Wachstum 2016 wieder auf Kurs und ist 2017 um 2,3 Prozent gewachsen und wird sich 2018 um etwa 2,5 bis 2,7 Prozent steigern.

Nach Einschätzung des IWF ist die Erholung jedoch noch nicht abgeschlossen. Nicht nur bleibt das Wachstum in vielen Ländern schwach, sondern vor allem liegt die Inflation in den meisten Industriestaaten unter dem Zielwert. Rohstoffexporteure, insbesondere Erdöl- und Erdgasexporteure, sind überdies weiterhin mit moderaten Rohstoffpreisen und damit deutlich schwächeren Erträgen konfrontiert. Daher dürfte etwa die Wirtschaft des Nahen Ostens in den kommenden Jahren nur etwa 3 Prozent wachsen, was deutlich unterhalb der langjährigen Wachstumsraten liegt.

Die Industrieländer sind im Jahr 2017 um 2,2 bis 2,3 Prozent gewachsen und werden 2018 auf diesem Niveau verharren. Die Aussichten in Schwellen- und Entwicklungsländern sind weiterhin heterogen, wobei die asiatischen Schwellenländer im Allgemeinen schnell wachsen, während viele Länder in Lateinamerika, Subsahara-Afrika und im Nahen Osten mit einer unterdurchschnittlichen Performance zu kämpfen haben. Das Wachstum wird sich aber insgesamt in den Schwellen- und Entwicklungsländern von etwa 4,6 Prozent im Jahr 2017 auf 4,9 Prozent im Jahr 2018 steigern.

Das starke Verbraucher- und Geschäftsvertrauen, insbesondere im Euroraum und in Ostasien, könnte 2018 sogar zu einem noch stärkeren Wachstum führen, als aktuell prognostiziert. Als potentiell Risiko sind jedoch gleichzeitig größere politische Unsicherheiten als gewöhnlich zu berücksichtigen. Dazu zählt der IWF beispielsweise zuletzt mögliche US-

Handelsbeschränkungen, Probleme bei den Verhandlungen über die Beziehungen Großbritanniens und der EU nach dem Brexit und eine anhaltend niedrige Inflation in den Industriestaaten.

Gefahren, dass die globale Erholung möglicherweise nicht nachhaltig ist, ergeben sich auch daraus, dass nicht alle Länder Teil dieser Entwicklung sind, die Inflation in zahlreichen Staaten unter dem Zielwert verbleibt und das Lohnwachstum schwach ist. Vor allem in den Industrienationen bleibt das Wachstum der Nominal- und Reallöhne im Vergleich zu früheren Erholungen geringfügig. Überdies besteht weiterhin das Risiko, dass bei mangelnden strukturellen und fiskalischen Reformen einzelne Staaten bei neuerlichen Krisen nicht handlungsfähig sein werden.

Der seit Mitte 2016 deutlich erkennbare globale Aufschwung der Wirtschaftstätigkeit verstärkt sich weiter.

Die vorliegenden Indikatoren deuten derzeit aber darauf hin, dass die Weltwirtschaft auch längerfristig auf Expansionskurs bleiben wird. Mittelfristig erwartet der IWF auch nach 2018 ein globales Wachstum von etwa 3,8 bis 3,9 Prozent. In den Industriestaaten sind dabei potenzielle Wachstumsraten von zumindest 2,0 Prozent zu erwarten. In den Schwellen- und Entwicklungsländern wird das Wachstum dabei voraussichtlich auf 5,2 bis 5,3 Prozent steigen, wobei ihre Auswirkungen auf die globale Aktivität durch das steigende Weltwirtschaftsgewicht verstärkt werden. Diese Prognose geht auch von einem etwas stärkeren Wachstum der Rohstoffexporteure aus.

### Globaler Handel

Der globale Handel zeigte zuletzt nur ein dezentes Wachstum sowohl in den Industriestaaten als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern. In ersterem Fall beruhte das schwächere Handelswachstum auf einer Investitionsverlangsamung und Bestandsanpassungen. In letzterem Fall stand die anhaltende Handelsschwäche im Zusammenhang mit einer lang anhaltenden Handelsverlangsamung in China und einem starken Rückgang der Einfuhren einiger Rohstoffexporteure, die makroökonomischen Belastungen ausgesetzt waren. Dennoch zeigt die Steigerung des Welthandels 2017 um 4,7 Prozentpunkte, dass es eine vorsichtige Erholung der globalen Nachfrage und insbesondere eine zyklische Erholung des globalen Produktions- und Investitionswachstums gibt. Diese Dynamik dürfte 2018-2020 jedoch nur leicht auf etwa 4,5 Prozentpunkte zurückgehen. Trotz der Aussichten auf eine weitere Normalisierung der Geldpolitik in den großen Industriestaaten bleiben die globalen Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig, dürften

sich jedoch in Zukunft verschärfen. Die Energie- und Metallpreise erholten sich 2017, während die Agrarpreise stabil blieben.



Entwicklung zehnjähriger Staatsanleihen

### Protektionismus in den globalen Handelsbeziehungen

Das langsame Wachstum der Medianeinkommen und der längerfristige Trend sich verschlechternder Einkommensverteilungen haben zur Desillusionierung der Globalisierung in den Industriestaaten – insbesondere in den Vereinigten Staaten und Teilen Europas – beigetragen. Dieser Faktor war ein nicht unwesentlicher Grund für den Wahlerfolg von Donald J. Trump bei den US-Präsidentenwahlen 2016. Der nunmehrige US-Präsident Donald J. Trump kritisiert in diesem Zusammenhang insbesondere den globalen Freihandel als unfair. (siehe dazu auch ISS Aktuell 1/2017, 49-50 bzw. 4/2017, 46-47) Faktum ist, dass in der globalen Wirtschaft ein großes Handelsbilanz-Ungleichgewicht besteht. Problematisch sind dabei vor allem die massiven Handelsbilanzdefizite, welche die USA mit einigen ihrer Handelspartner haben – Schwergewichte sind dabei China mit etwa 350 Mrd. US-Dollar sowie Japan, Deutschland und Mexiko mit jeweils etwa 65 bis 70 Mrd. US-Dollar Handelsüberschüssen.

In diesem Zusammenhang haben die USA eine Reihe von Untersuchungen gegen diese und andere Handelspartner gestartet. Dabei nutzen die USA vor allem klassische Verfahren der Welthandelsorganisation (WTO), um gegen betroffene Unternehmen bzw. Staaten vorzugehen. Innerhalb der WTO gibt es zugelassene Instrumente, die Staaten einsetzen können, um sich gegen unkorrekte ausländische Konkurrenten zu wehren. Dies sind vor allem Anti-Dumping-Maßnahmen, die legal sind, wenn ein ausländischer Unternehmer Waren zu billig anbietet, um damit

inländische Mitbewerber aus dem Markt zu drängen. Vor Beginn der Finanzkrise waren weniger als zwei Prozent der global gehandelten Produkte von solchen Maßnahmen betroffen; 2017 waren es bereits 3,5 Prozent. Während Befürworter aktiver Maßnahmen diese als notwendige Schritte zur Herstellung fairer Handelsbedingungen sehen, befürchten Kritiker die nachhaltige Hemmung des freien Handels bzw. den regelwidrigen Schutz von einzelnen Branchen vor ausländischen Mitbewerbern.

Ende August haben die USA überdies begonnen, formell den Umgang Chinas mit geistigem Eigentum zu überprüfen. Insbesondere stören sich die USA an chinesischen Auflagen gegenüber ausländischen Firmen, chinesischen Partnerunternehmen Zugang zu ihrer Technologie zu gewähren. Kritiker vermuten hinter diesen Auflagen die Vorbereitung bzw. Ermöglichung des Diebstahls geistigen Eigentums.

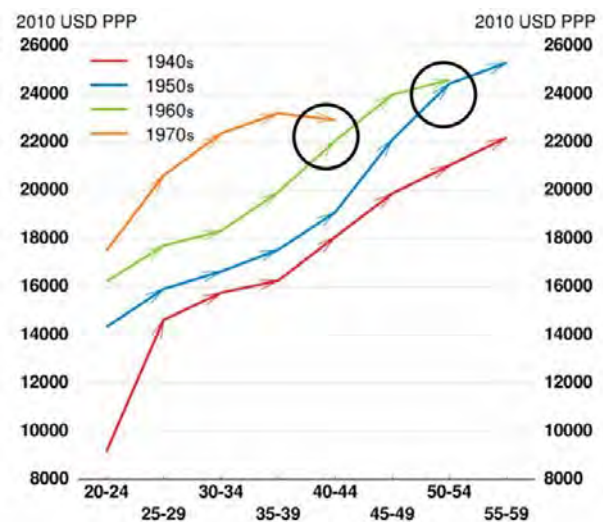
Trump stellt aber bekanntlich auch diverse Handelsabkommen in Frage. Kritiker dieser Abkommen betrachten diese nicht nur als Gefahren für nationale Ökonomien, sondern auch für die Entwicklung einer fairen Weltwirtschaft. Produktionen würden dorthin verlagert, wo die niedrigsten Löhne und die geringsten Regulationen eine kostengünstige Herstellung erlaubten. Verfechter einer liberalen Wirtschaftspolitik argumentieren dagegen, dass Investoren möglichst optimale Bedingungen geboten werden müssten, damit diese Wachstum und Arbeitsplätze schaffen könnten. Höherer Protektionismus könnte die globalen Lieferketten stören, die globale Produktivität verringern und Konsumgüter teurer machen, wodurch insbesondere einkommensschwache Haushalte geschädigt würden. Das Gegenmodell eines nationalen Protektionismus würde durch die Abschottung des eigenen Marktes von ausländischer Konkurrenz zwar einzelne Betriebe und Branchen vor starker Konkurrenz schützen, berge aber gleichzeitig die Gefahr höherer Preise und teilweise auch monopolartiger Strukturen. Zahlreiche internationale Analysten befürchten überdies, dass ein von den USA initiiertes Protektionismus negative Auswirkungen auf das Wachstum der globalen Wirtschaft haben könnte.

Den Rückzug der USA aus der Trans-Pacific-Partnership (TPP) mit Australien, Japan, Mexiko, Kanada und sieben anderen Ländern hatte US-Präsident Trump ja bereits Anfang 2017 verfügt. Trump setzt stattdessen auf bilaterale Handelsverträge, in denen die US-Interessen angeblich besser durchgesetzt werden können. Die restlichen TPP-Mitglieder haben sich unabhängig davon Anfang November im Grundsatz auf eine Fortsetzung der TPP auch ohne die USA verständigt – allerdings unter dem neuen Namen

Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP). Die elf verbleibenden Mitgliedsländer zeigten sich darin einig, den „Geist des Abkommens“ zu erhalten und einigten sich auf ein Rahmenabkommen, um das Handelsabkommen zu retten. Parallel zu diesen Bemühungen versucht auch China, sein alternatives multilaterales Abkommen, die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), voranzutreiben. Im Gegensatz zu US-Präsident Trump wirbt Chinas Präsident Xi Jinping intensiv für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in Staatenbündnissen.

Konträr dazu wird inzwischen auf Betreiben der USA auch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko neu verhandelt. NAFTA ist das größte globale Freihandelsabkommen. Der durch das 1994 abgeschlossene Abkommen geschaffene Binnenmarkt umfasst über 450 Millionen Menschen und 25 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. NAFTA sieht Zollerleichterungen und die Öffnung einiger Märkte wie Energie und Finanzen für Unternehmen aus den anderen Mitgliedsstaaten vor. Es enthält außerdem Regeln zum Investitionsschutz. Seit August wird dieses Abkommen nunmehr in bisher fünf Verhandlungsrunden neu verhandelt. In den bisherigen Gesprächen wurden jedoch keine bedeutenden Fortschritte erzielt und auch vor der nächsten Gesprächsrunde Ende Januar in Montréal gibt es bisher kaum wechselseitige Zugeständnisse. Der US-Verhandlungsführer Robert Lighthizer kritisierte nach der letzten Gesprächsrunde Mitte November, dass es bisher keine Hinweise gebe, dass Mexiko und Kanada ernsthaft an einem ausgewogenen Abkommen interessiert seien. Trump hatte in der Vergangenheit wiederholt die Aufkündigung des Vertrages angedroht, sollten in den Verhandlungen keine Verbesserungen für die USA erzielt werden. Bisher war man davon ausgegangen, dass die US-amerikanische Drohung, NAFTA aufzukündigen, nur dazu dienen würde, die US-Verhandlungsposition zu verbessern. Inzwischen aber sind Beobachter davon überzeugt, dass Trump Forderungen stellt, die Mexiko und Kanada nicht akzeptieren können. Die USA stoßen sich vor allem an dem hohen Handelsbilanzdefizit gegenüber Mexiko - vergangenes Jahr lag dieses bei etwa 65 Mrd. US-Dollar (54 Mrd. Euro). Die USA wollen daher vor allem bei Fahrzeugen aus der mexikanischen Kfz-Industrie den Anteil von in den USA gefertigten Fahrzeugteilen erhöhen; für einen zollfreien Marktzugang sollte dieser bei Lkws, Autos und großen Nutzfahrzeugen von 62,5 Prozent auf 85 Prozent steigen. Außerdem sollten 50 Prozent der Bauteile aus den USA stammen.

Besondere sicherheitspolitische Relevanz und eine bisher nicht gekannte Dimension hat der US-amerikanische Ansatz im Rahmen der National Security Strategy (NSS), die wirtschaftliche Sicherheit zu einem Teil der nationalen Sicherheit der USA zu erklären. Die US-Regierung stellt dabei klar, dass die Vereinigten Staaten zukünftig keine wirtschaftlichen Aggressionen oder unfaire Handelspraktiken tolerieren werden, da diese den Wohlstand und die Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten bedrohen würden. Als strategische Zielsetzung wurde daher definiert, hartnäckige Handelsungleichgewichte und Handelsbarrieren abzubauen und somit US-amerikanischen Firmen neue Möglichkeiten zu bieten, ihre Exporte zu steigern. Die USA drohen dabei gegen jene Länder entsprechende Maßnahmen („enforcement actions“) zu ergreifen, welche Regeln brechen, um dadurch einen unfairen Vorteil zu erlangen.



Langfristige Veränderung des Lohnwachstums verschiedener Generationen

### **Niedrige Lohnzuwächse bzw. Pro-Kopf-Wachstumsraten**

Schwaches Lohnwachstum ist eine Ursache für die weiterhin geringe Inflation in den meisten Industriestaaten. Dies gibt Anlass zur Sorge, da dadurch die nominalen Zinsen niedrig bleiben, während gleichzeitig die Zentralbanken die Zinssätze nicht weiter senken können. Der IWF problematisiert gerade diesbezüglich das langsame Wachstum der Nominallöhne, da es den Trend stagnierender Medianlöhne, steigender Einkommensungleichheit und von Job-Polarisierungen verstärkt. Faktisch werden jedenfalls gut bezahlte Jobs der Mittelklasse in den Industriestaaten immer knapper. Der IWF befürchtet, dass solche Entwicklungen zu erheblichen Gegenreaktion von Globalisierungskritikern in den

betroffenen Staaten führen werden. Er betrachtet Letzteres wiederum als eine bedeutende Bedrohung für die Weltwirtschaft. In den Schwellenländern haben Handelsliberalisierung und technologischer Wandels hingegen positive Auswirkungen gezeigt, wodurch die Einstellung gegenüber den Auswirkungen des Handels auf die Arbeitsmärkte weitgehend optimistisch ist.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass der längerfristige Trend der Pro-Kopf-Wachstumsraten in vielen Volkswirtschaften unter den Trendwachstumsraten vergangener Jahrzehnte liegt. Vor allem die Industriestaaten sind mittelfristig mit Wachstumsraten konfrontiert, die deutlich niedriger sind, als in der Dekade vor der globalen Finanzkrise ab 2007. In diesen Staaten spielen das erwartete langsame Produktivitätswachstum und die alternden Belegschaften eine wichtige Rolle. Niedrige Pro-Kopf-Wachstumsraten bergen jedoch das politische Risiko in sich, Zukunftshoffnungen bzw. den Glauben an eine faire Verteilung wirtschaftlicher Ergebnisse zu untergraben. Dies wiederum ist jedoch eine Voraussetzung für die innere Stabilität und Sicherheit von Gesellschaften bzw. Staaten.

### **Jugendarbeitslosigkeit**

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht davon aus, dass weltweit 2017 etwa 70 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos waren. Das entspricht etwa 13,1 Prozent der Bevölkerungsgruppe und hat sich somit von 13,0 Prozent im Jahr 2016 leicht verschlechtert. Laut Eurostat betrug die Jugendarbeitslosigkeit in der EU bei 16,2 Prozent, im Euro-Raum 2017 etwa 18,2 Prozent – ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert von 18,2 bzw. 20,5 Prozent. In Österreich stieg der Anteil hingegen auf 10,3 Prozent gegenüber 10,2 Prozent im Jahr 2016. Die niedrigsten Jugendarbeitslosenraten verzeichneten Tschechien (5,0 Prozent) und Deutschland (6,6 Prozent), die höchsten Griechenland (39,5 Prozent), Spanien (37,9 Prozent) und Italien (32,7 Prozent). Letztere Staaten befinden sich damit auch im globalen Spitzenfeld.

Regional ist die Quote in arabischen Ländern mit 29,7 Prozent und in Nordafrika mit 28,6 Prozent am höchsten. Besorgniserregend ist dabei auch, dass die Jugendarbeitslosigkeit in beiden Regionen in den vergangenen 10 Jahren die höchsten Steigerungsraten von 3,3 bzw. 4,2 Prozentpunkten aufwies. Eine Trendumkehr ist überdies nicht zu erwarten. Vielmehr erwartet ILO, dass bis 2030 in Afrika zusätzlich über 25 Millionen Menschen zwischen 15 und 29 auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Da die heimischen Arbeitsmärkte diesen vermutlich nur begrenzt Chancen bieten werden, werden viele versuchen, zu emigrieren. Die Bereitschaft, ins Ausland zu gehen, ist dabei bereits

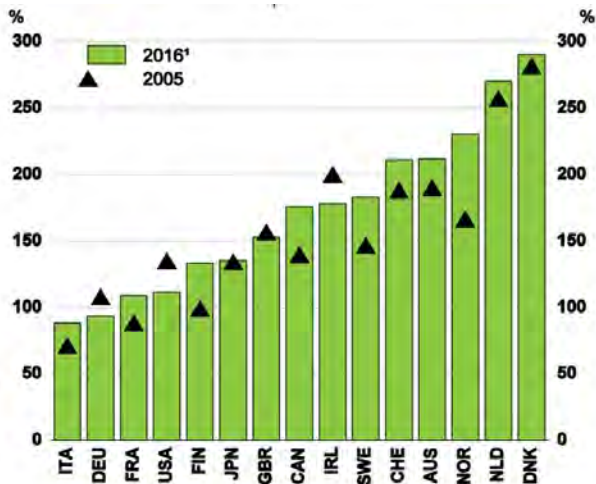
aktuell mit 44,3 Prozent in Subsahara-Afrika am höchsten, dicht gefolgt von Nordafrika und Osteuropa mit jeweils rund 40 Prozent.

### **Industriestaaten**

Die US-Wirtschaft ist 2017 um 2,3 Prozent gewachsen. Die US-amerikanische Notenbank hob ebenso wie OECD und Weltbank ihre Wachstumsprognose für 2018 auf 2,5 an. Die Prognose für eine Fortsetzung des Wachstums spiegelt die sehr günstigen finanziellen Bedingungen und das starke Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern wider. Vor allem der private Konsum - der bekanntlich rund zwei Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung der USA ausmacht - beflügelt die Wirtschaftsdaten. Die Konsumentenstimmung ist auf extrem hohem Niveau und sorgt für stabile Nachfrage der privaten Haushalte. Der entsprechende Indikator erreichte Ende 2017 den höchsten Stand seit 2000. Grundlage dafür ist die sehr niedrige Arbeitslosenquote von 4,1 Prozent und Rekordwerte der Aktienbörsen. Der US-Aktienindex Dow Jones hat zuletzt die Marke von 25.000 Punkten geknackt. Seit Sommerbeginn stieg die Inflationsrate kontinuierlich und lag zuletzt bei 2,2 Prozent. Konsequenterweise setzte die US-Notenbank ihren bisher letzten Zinsschritt Mitte Dezember und erhöhte ihren Leitzins erneut leicht um 0,25 Prozentpunkte. In den USA sind für die kurzfristigen Zukunftsaussichten einerseits die erheblichen politischen Unsicherheiten negativ zu bewerten, andererseits die beschlossenen Steuersenkungen als positive Stimulanz zu berücksichtigen. Über einen längeren Zeitraum wird erwartet, dass sich das US-Wachstum etwas abschwächen wird. Das Potenzialwachstum wird allgemein auf 1,8 bis 2,0 Prozent geschätzt, was das zu erwartende geringere Wachstum des US-Arbeitsmarktes aufgrund der Bevölkerungsalterung widerspiegelt.

Die Erholung des Euroraums dürfte in diesem Jahr stärker werden, die Dynamik bleibt hoch. Der BIP-Anstieg hat 2017 etwa 2,4 Prozent und wird 2018 vermutlich 2,1 bis 2,2 Prozent betragen. Das Wachstum dürfte 2017 in Deutschland 2,5 Prozent, in Spanien 3,1 Prozent, in Frankreich 1,8 Prozent und in Italien 1,6 Prozent betragen haben. 2018 wird das Wachstum voraussichtlich in Deutschland 2,3 Prozent, in Spanien 2,3 bis 2,4 Prozent, in Frankreich 1,8 bis 1,9 Prozent und in Italien 1,4 bis 1,5 Prozent betragen. Dieser generelle Anstieg des Wachstums 2017 und 2018 spiegelt vor allem eine Beschleunigung der Exporte im Zusammenhang mit der breiteren Ankurbelung des Welthandels und das anhaltende kräftige Wachstum der Binnennachfrage wider. Unterstützt wird die Lage von verminderten politischen Risiken und politischen Unsicherheiten. Auch die Unternehmen schätzen ihre Geschäftslage derzeit optimistisch ein; der European

Economic Sentiment Indicator hat in allen EU-Ländern eine deutlich steigende Tendenz. Die mittelfristigen Aussichten für das Euro-Währungsgebiet bleiben jedoch gedämpft, da das projizierte Potenzialwachstum durch die schwache Produktivität, nachteilige demografische Faktoren und in einigen Ländern durch einen öffentlichen und privaten Schuldenüberhang beeinträchtigt wird.



Private Verschuldung ausgewählter Industriestaaten

Die Arbeitslosenquote lag in der EU Ende 2017 mit 7,3 Prozent und in der Euro-Zone mit 8,7 Prozent jeweils auf dem niedrigsten Stand seit 2009. Die geringsten Arbeitslosenraten verzeichneten im November Tschechien (2,5 Prozent), Malta und Deutschland (je 3,6 Prozent), Ungarn (4,0 Prozent) und Großbritannien (4,2 Prozent). Die höchsten Quoten hatten Griechenland (20,5 Prozent) und Spanien (16,7 Prozent). Die Arbeitslosigkeit ging dabei 2017 in allen EU-Staaten zurück, am stärksten in Griechenland, Portugal, Kroatien und Zypern. Österreich verzeichnete dabei nach der EU-Berechnungsmethode eine Arbeitslosenrate von 5,4 Prozent. Die Inflation ist mit zuletzt 1,4 bis 1,5 Prozent trotz der guten Konjunktur in Europa moderat bzw. zu niedrig geblieben. Sie bleibt damit weiter unter dem EZB-Ziel von unter, aber nahe 2 Prozent. Ein wesentlicher Grund dafür ist die immer noch hohe Arbeitslosigkeit. Ein entsprechendes Anziehen der Lohnsteigerungen, die zu einer höheren Inflation führen sollten, ist daher auch für 2018 nicht in Sicht. Die EZB erwartet somit auch 2018 eine Inflationsrate von 1,4 Prozent. Die Geldpolitik wird daher erst allmählich gestrafft werden. Von der Fiskalpolitik der EZB dürften somit weiterhin neutrale bis leicht expansive Impulse ausgehen. Die EZB plant aber jedenfalls das Volumen ihres Anleihenankaufprogrammes ab 2018 zu verringern, den Leitzinssatz ließ sie aber bislang unverändert.

In Großbritannien blieb die Wirtschaftsdynamik auf Grund der Unsicherheiten während der Brexit-Verhandlungen vergleichsweise verhalten. Das Wachstum wird 2017 und 2018 voraussichtlich auf 1,5 Prozent zurückgehen. Die negativen Effekte des geplanten „Brexit“ dürften jedoch nicht so stark ausfallen, wie vielfach befürchtet. So sank die Arbeitslosigkeit mit 4,3 Prozent auf das niedrigste Niveau seit 1975! Wermutstropfen für die Arbeitnehmer war, dass trotz Steigerung der Löhne um durchschnittlich 2,1 Prozent die Reallöhne auf Grund der steigenden Inflation um 0,4 Prozent schrumpften. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ist daher auch auf den verringerten privaten Konsum zurückzuführen. Die Abwertung des Pfund hat das Realeinkommen der Haushalte belastet. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten sind natürlich unsicher und werden zum Teil von den neuen wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU und dem Ausmaß der Zunahme von Handels-, Migrations- und grenzübergreifenden Finanzhindernissen abhängen.

In Japan wird die Dynamik vor allem auf Grund der Stärkung der weltweiten Nachfrage angetrieben. 2017 hat es ein Wachstum von 1,5 Prozent gegeben, das sich voraussichtlich auf 1,2 Prozent im Jahr 2018 abschwächen wird. Mittelfristig wird der schrumpfende japanische Arbeitsmarkt das BIP-Wachstum, nicht aber das Pro-Kopf-Einkommen bremsen.

### Österreichische Wirtschaftsentwicklung

Das Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) geht bei seiner aktuellen BIP-Prognose für 2017 von 3,0 Prozent, das Institut für Höhere Studien (IHS) und die Österreichische Nationalbank (OeNB) sogar von 3,1 Prozent aus. Auch für 2018 geht das WIFO von einer 3,0-prozentigen, das IHS von einer 2,7-prozentigen und die OeNB von einer 2,8-prozentigen Steigerung aus. Damit liegt die Konjunkturdynamik erstmals seit 2013 wieder über jener der Euro-Zone. In den vergangenen Jahren hatte sich ja Österreich mit Wachstumsraten zwischen 0,1 und zuletzt 1,5 Prozent deutlich schlechter als vergleichbare Staaten bzw. die Eurozone insgesamt entwickelt. Die heimische Wirtschaft befindet sich derzeit in der stärksten Wachstumsphase seit Mitte der 2000er Jahre, so das IHS, das WIFO sprach vom höchsten Wirtschaftswachstum seit sechs Jahren. Mittelfristig rechnet das WIFO, dass in den Jahren bis 2022 die österreichische Wirtschaft mit durchschnittlich 2,2 Prozent pro Jahr wachsen wird. Das IHS und die OeNB gehen mittelfristig von 1,9 Prozent Wirtschaftswachstum aus.

Treiber der Konjunktur sind laut IHS die Investitionen, wobei insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen äußerst kräftig ausgeweitet wurden. Überdies profitiert die Exportwirtschaft vom positiven weltwirtschaftlichen



Umfeld. 2017 stiegen die Exporte um etwa 6,0 Prozent, 2018 ist mit 5,0-5,5 Prozent Steigerung zu rechnen. Der private Konsum wird vor allem durch den starken Beschäftigungsanstieg gestützt. Der Anstieg der verfügbaren Realeinkommen von etwa 1,5 Prozent und der Rückgang der Arbeitslosigkeit führen zu einer verstärkten Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Die vorliegenden Indikatoren deuten auch im laufenden Jahr auf eine stabile Wirtschaftsentwicklung hin. Besonders kräftig expandiert gegenwärtig die Industrieproduktion. Ausgabenstimulierend ist auch, dass die Stimmung sowohl der Unternehmen als auch der Privathaushalte sehr positiv ist.

Die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt entspannt sich angesichts der robusten Konjunktur weiter. Nachdem sich die Arbeitslosigkeit nach nationaler Definition in den vergangenen Jahren kontinuierlich von 7,6 Prozent auf 9,1 Prozent gesteigert hatte, ist diese 2017 auf etwa 8,5 zurückgegangen und wird 2018 vermutlich auf 8,1 bis 8,3 Prozent sinken. Nach Eurostat-Definition liegt die Arbeitslosigkeit aktuell bei 5,4 Prozent und wird 2018 auf 5,3 Prozent sinken. Die Sockelarbeitslosigkeit beträgt dabei laut WIFO 37 Prozent, bei den über 50jährigen etwa 45 Prozent. Das IHS geht davon aus, dass 2019 8,0 Prozent erreicht werden. In der Folge dürfte das Arbeitskräfteangebot wieder stärker als die Nachfrage zunehmen und mittelfristig die Arbeitslosenquote auf 8,4 Prozent steigen. Die Inflation stieg gleichzeitig 2017 auf 2,0 Prozent und liegt damit deutlich über dem Euro-Raum.

Problematisch ist hingegen, dass trotz des exzellenten konjunkturellen Umfelds und der niedrigen Zinsen weiterhin ein negativer Staatshaushalt zu beklagen ist. Mittelfristig belastend ist dabei, dass die hohe Staatsverschuldung vorerst bestehen bleibt und somit die Rückzahlung auf spätere Jahre verschoben wird. Angesichts der Tatsache, dass mittelfristig die Sozialkosten durch die Alterung der Bevölkerung weiter steigen werden, ist die Lage der öffentlichen Budgets besorgniserregend. Dennoch könnte der Saldo der öffentlichen Haushalte bis 2019 ausgeglichen sein und danach einen leichten Überschuss ausweisen. Die Staatsschuld wird in diesem Szenario von 83,6 Prozent des BIP 2016 auf knapp 64 Prozent im Jahr 2022 sinken. Somit würden aber auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht die EU-Konvergenzkriterien erfüllt sein. Eine wie immer geartete Vorsorge für eine sich verschlechternde Konjunktur bzw. steigende Zinsen ist damit aber natürlich noch nicht gegeben.

### **Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer**

Die Wachstumsrate für Schwellen- und Entwicklungsländer hat laut Weltbank 2017 etwa 4,3 Prozent, laut IWF 4,7 Prozent und wird 2018

vermutlich 4,5 bzw. 4,9 Prozent betragen. Mittelfristig sind Steigerungen von über 5,0 Prozent zu erwarten. Dabei ist festzuhalten, dass auf Pro-Kopf-Basis die Wachstumsraten zwar um 1,3 Prozentpunkte niedriger liegen, aber mit 3 Prozent 2017 deutlich über der Pro-Kopf-Wachstumsrate der Industriestaaten von durchschnittlich 1,4 Prozent im selben Zeitraum lagen. Grundsätzlich bedeutet dies eine allmähliche Annäherung des BIP pro Kopf zwischen den beiden Ländergruppen. Die Rohstoffpreise sind zuletzt zwar wieder leicht gesunken, sind aber im Allgemeinen höher als die Durchschnittswerte von 2016. Es ist davon auszugehen, dass sich das Wachstum der Rohstoffexporteure voraussichtlich weiter erholen und erheblich zum projizierten Anziehen des globalen Wachstums beitragen wird. Dennoch wird das Wachstum der Rohstoffexporteure voraussichtlich deutlich unter seinem historischen Durchschnitt bleiben. Im Gegensatz dazu wird für die Gruppe der rohstoffimportierenden Länder, die den Löwenanteil des globalen Wachstums ausmachen, ein weiterhin hohes Wachstum prognostiziert, wobei das höhere Wachstum in Indien und anderen Rohstoffimporteuren die Verlangsamung in China mehr als ausgleichen wird.

Die chinesische Wirtschaft steigerte sich 2017 „nur noch“ um 6,8 Prozent und das Wachstum wird 2018 auf 6,6 Prozent zurückgehen. Dabei ist anzumerken, dass insbesondere China 2017 und 2018 bessere Werte aufweist, als zuletzt erwartet. Entgegen früherer Prognosen hat sich das Wachstumstempo nur sehr gering verlangsamt. China schafft es bisher, eine geordnete Verlangsamung seines Wachstums zu realisieren. Dieses wird von kontinuierlichen Strukturreformen begleitet. Generell wird die Verlagerung von Industrie- auf Dienstleistungen und von Exporten zu inländischer Nachfrage fortgesetzt. Dabei sinken schon seit Jahren sowohl Export als auch Import deutlich. China schafft es dabei, die Verlangsamung der industriellen Wirtschaftsaktivität durch den Ausbau des Dienstleistungssektors abzufedern. Die schon zuletzt erkennbare Verlangsamung der Verlagerung von Investition zum Konsum wurde überdies durch Infrastrukturausgaben der Staatsbetriebe und des öffentlichen Sektors ausgeglichen. China setzt außerdem weiterhin erfolgreich darauf, die Wertschöpfung innerhalb des Landes auszubauen. Zudem ist das Konsumwachstum robust. Insgesamt hat vor allem die innerchinesische Nachfrage das nationale Wirtschaftswachstum unterstützt.

In Indien verlangsamte sich die Wachstumsdynamik nach Angaben von OECD, IWF und Weltbank auf 6,7 Prozent im Jahr 2017 und sollte 2018 wieder auf 7,0 bis 7,4 Prozent steigen. Darin spiegeln sich die anhaltenden

Auswirkungen der Devisenwechsellinitative sowie der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Einführung der nationalen Güter- und Dienstleistungssteuer im Juli 2017 wider. Der letztgenannte Schritt, der die Vereinheitlichung des großen indischen Binnenmarktes verspricht, gehört zu einer der wichtigsten Strukturreformen der indischen Regierung.

In den ASEAN-5-Volkswirtschaften (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand, Vietnam) wird das Wachstum 2017/2018 voraussichtlich auf 5,2 bis 5,3 Prozent steigen, teilweise aufgrund der stärker als erwarteten externen Nachfrage aus China und Europa.

Russland hat sich von den erheblichen makroökonomischen Belastungen der letzten Jahre erholt. Es ist nach einigen Jahren der Rezession 2017 wieder auf der positiven Seite gelandet und um 1,8 bis 1,9 Prozent gewachsen. 2018 wird die gleiche Wachstumsrate erwartet. Die Erholung Russlands basiert dabei vor allem auf der Stabilisierung der Ölpreise, einer Lockerung der Finanzlage und dem verbesserten Vertrauen. Mittelfristig ist für Russland ein Wachstum von etwa 1,5 bis 1,8 Prozent zu erwarten. Russlands zu große Abhängigkeit vom Energiesektor ist aber weiterhin ein Grundproblem seiner Wirtschaft und des Staates per se.

In Brasilien ermöglichte die starke Exportleistung, dass die Wirtschaft 2017 wieder zu einem positiven Wachstum in der Größenordnung von etwa 1,0 Prozent zurückkehrte; für das Jahr 2018 können 1,5 bis 1,8 Prozent erwartet werden. Mexiko behielt seine grundsätzliche Wachstumsdynamik trotz der Ungewissheit im Zusammenhang mit der Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens vorerst bei, wird aber 2017 und 2018 voraussichtlich auf 2,0 bis 2,3 Prozent zurückgehen. Das lateinamerikanische Sorgenkind Venezuela kämpft hingegen in einer sich vertiefenden Rezession von etwa 10 Prozent mit einer politischen und humanitären Krise. Eine wirtschaftliche Erholung ist jedenfalls nicht in Sicht.

Im Mittleren Osten, in Nordafrika, in Afghanistan und in Pakistan hat sich das Wachstum von zuletzt 5,0 Prozent im Jahr 2017 voraussichtlich auf 2,0 Prozent verlangsamt. Für 2018 wird ein Wachstum von 3,2 bis 3,5 Prozent erwartet, was vor allem auf eine stärkere Inlandsnachfrage bei Ölimporteuren und eine Erholung der Ölproduktion bei den Ölexporteuren zurückzuführen ist. Regionale Unsicherheit und geopolitische Risiken belasten jedoch weiterhin die Aussichten. Das Wirtschaftswachstum in der Islamischen Republik Iran hat sich nach einem ersten massiven Vorwärtsschritt unmittelbar nach dem Ende der internationalen Sanktionen im Jahr 2016 wieder

etwas abgeschwächt und betrug 2017 etwa 3,6 Prozent. 2018 ist mit einer neuerlichen Steigerung auf 4,0 Prozent zu rechnen. Zusätzlich haben dazu Kürzungen der Ölproduktion im Rahmen der OPEC-Vereinbarung beigetragen. In Saudi-Arabien wird erwartet, dass sich das Nicht-Öl-Wachstum in diesem Jahr etwas verstärken wird. Insgesamt wird das Wachstum 2018 voraussichtlich auf 1,2 bis 1,5 Prozent steigen. Die wirtschaftlichen Aussichten in Pakistan haben sich verbessert, wobei für 2017 ein Wachstum von 5,3 Prozent und für 2018 von 5,6 Prozent erwartet wird. Dazu werden Investitionen in den chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridor und der private Sektor beitragen. In Ägypten lag das Wachstum nach vorläufigen Schätzungen im Geschäftsjahr 2017 bei 4,2 Prozent und soll 2018 bei 4,5 Prozent liegen. Die Erholung der Binnen- und Auslandsnachfrage unterstützte das wieder anziehende Wachstum in der Türkei. Der innere und grenzüberschreitende Konflikt in Teilen des Nahen Ostens belastet die türkische Wirtschaftstätigkeit aber noch immer.

Das Wirtschaftswachstum in Subsahara-Afrika ist 2017 auf 2,5 bis 2,6 Prozent gestiegen und wird 2018 auf etwa 3,2 Prozent klettern. Die Unterschiede zwischen den Ländern werden jedoch beträchtlich sein. Die Abwärtsrisiken sind aufgrund von besonderen Faktoren in den größten Volkswirtschaften der Region und Verzögerungen bei der Umsetzung politischer Anpassungen gestiegen. Das Wachstum liegt aber kaum höher als das Bevölkerungswachstum. Auch Nigeria hat 2017 die durch niedrige Ölpreise und Unterbrechung der Ölproduktion verursachte Rezession beendet. Das Wachstum im Jahr 2017 lag aufgrund der Erholung des Ölmarktes und positiver Entwicklungen in der Landwirtschaft bei 1,0 Prozent. In Südafrika lag das Wachstum 2017 bei 0,8 Prozent und wird im Jahr 2018 nur etwa 1,0 Prozent betragen. Grund dafür ist, dass die zunehmende politische Unsicherheit das Vertrauen der Verbraucher und der Unternehmen schmälert. In Angola lag das Wachstum im Jahr 2017 bei etwa 1,2 Prozent.

Aus sicherheitspolitischer Sicht ist es besonders problematisch, dass aufstrebende und einkommensschwache Rohstoffexporteure, insbesondere Energieexporteure, weiterhin mit großen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sind und potenzielle Quellen destabilisierender politischer Schocks sein könnten. In einer ähnlichen Situation sind auch die Länder, in denen politische Unruhen stattfinden, vor allem im Nahen Osten, in Nord- und Subsahara-Afrika und in Lateinamerika. Einige dieser Länder sind überdies von den potentiellen negativen Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die Industriestaaten insbesondere in Europa werden dabei

indirekt durch die von ärmeren Ländern ausgehenden Massenwanderungen und geopolitischen Instabilitäten betroffen sein.

*(Daten: IWF, Weltbank, OECD, ILO, Europäische Kommission, Eurostat, Statistik Austria, WIFO, IHS)*

**Bildnachweis**

S. 5: Foto: Pfc. Drake Nickels / US Marine Corps, Navy and Marine Corps aircraft fly in formation above the USS Carl Vinson as the aircraft carrier operates in the Pacific Ocean, Jan. 20, 2018, during a regularly scheduled deployment, URL: <https://www.defense.gov/Photos/Photo-Gallery/igphoto/2001868645/>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

S. 13: Graphik: Herwig Jedlaucnik; Anzahl illegaler Migranten über die zentrale Mittelmeerroute (Italien) 2016 und 2017

S. 17: Foto: White House, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 License, URL: <https://www.whitehouse.gov/issues/national-security-defense/>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

S. 18: Foto: White House, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 License, URL: <https://www.whitehouse.gov/>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

Seite 20: Screenshot; Donald Trump, Tweet vom 28. Dezember 2017

S. 32: Foto: NATO, Denmark takes over in NATO's Baltic Air Policing, URL: [www.nato.int](http://www.nato.int), zuletzt eingesehen am 11. 1. 2018.

S. 34: Foto: Igor Rudenko, Ministry of Defence of the Russian Federation; A Zapad 2017 exercise episode performed at Borisovskiy range (Minsk region, Republic of Belarus), licensed under Creative Commons Attribution 4.0, URL: <http://eng.mil.ru/en/multimedia/photo/gallery.htm?id=45311@cmsPhotoGallery>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

S. 35: Foto: NATO, Turkish ship Inebulo and Spanish submarine Tramontana during Dynamic Monarch 17, URL: [www.nato.int](http://www.nato.int), zuletzt eingesehen am 11. 1. 2018.

S. 37: Foto: Vadim Savitsky, Ministry of Defence of the Russian Federation; Russian Armed Forces Supreme Commander-in-Chief visits the Khmeimim airbase, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, URL: <http://eng.mil.ru/en/multimedia/photo/gallery.htm?id=49303@cmsPhotoGallery>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

S. 38: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation; S-400 Triumph SAM systems put on alert (Sevastopol), licensed under Creative Commons Attribution 4.0, URL: <http://eng.mil.ru/en/multimedia/photo/gallery.htm?id=50611@cmsPhotoGallery>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

S. 60: Foto: White House, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 License, URL: <https://www.whitehouse.gov/issues/immigration/>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

S. 66: Graphik: BMLV; Cyberspace: Charakter-Akteure-Motive

S. 67: Graphik: BMLV; Cyber-Bedrohungsspektrum

S. 69: Graphik: BMLV; Aussortierung E-Mails BMLV

S. 69: Graphik: BMLV; Ausgefilterte E-Mails BMLV – detaillierte Darstellung

S.75: Graphik: Long-term yields remain low. In: OECD Economic Outlook November 2017, The Policy Challenge: Catalyse the private sector for stronger and more inclusive growth., 8. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/The-policy-challenge-catalyse-the-private-sector-for-stronger-and-more-inclusive-growth-OECD-Economic-Outlook-November-2017.pdf>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

S.76: Graphik: Income gains across generations have slowed. In: OECD Economic Outlook November 2017, The Policy Challenge: Catalyse the private sector for stronger and more inclusive growth., 7. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/The-policy-challenge-catalyse-the-private-sector-for-stronger-and-more-inclusive-growth-OECD-Economic-Outlook-November-2017.pdf>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018

S.78: *Graphik: Household debt. In: OECD Economic Outlook November 2017, The Policy Challenge: Catalyse the private sector for stronger and more inclusive growth., 12. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/The-policy-challenge-catalyse-the-private-sector-for-stronger-and-more-inclusive-growth-OECD-Economic-Outlook-November-2017.pdf>, zuletzt eingesehen am 31.01.2018*

## **Karten**

Mag. Andreas STUMMVOLL

Institut für militärische Geowesen (IMG)

## Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Außen- und Sicherheitspolitik Russlands im Kontext internationaler Konflikte
Dr. Gerald BRETTNER-MESSLER	Der indo-pazifische Raum
Dr. Gerald HAINZL	Subsahara-Afrika
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die EU
Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Äußere und innere strategische Herausforderungen der westlichen Welt Stabilisierung der globalen Ökonomie Krisenregion Lateinamerika
Dr. Johannes MAERK	Militär- und rüstungspolitische Aktivitäten in Lateinamerika
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Mag. Jasmina RUPP David FUSSI	Die MENA-Region im Dauerstress
Dr. Felix SCHNEIDER	Die USA, die Welt und Donald Trump
Mag. Walter J. UNGER	Cyber-Lagebild

## **Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)**

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an [lvak.iss@bmlvs.gv.at](mailto:lvak.iss@bmlvs.gv.at) bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

[www.bundesheer.at/iss](http://www.bundesheer.at/iss)

<http://www.bundesheer.at/iss>



ISBN: 978-3-903121-36-2



**LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE  
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**